

DIE EINKOMMENSVERTEILUNG
IN ÖSTERREICH

Hannes SUPPANZ

Michael WAGNER

Forschungsbericht/
Research Memorandum Nr. 143

Juli 1979

Mit Beiträgen von

Kurt Bayer

Günther Chaloupek

Meinhard Supper

Michael Wagner

Gefördert vom Jubiläumsfonds
der Österreichischen Nationalbank

Die in diesem Forschungsbericht getroffenen Aussagen liegen im Verantwortungsbereich der Autoren und sollen daher nicht als Aussagen des Instituts für Höhere Studien wiedergegeben werden.

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

VORWORT

- I. Einkommensverteilung in Österreich - ein ein-
führender Überblick (H. Suppanz, M. Wagner) I.1
 - II. Funktionelle Einkommensverteilung in Österreich
1954 bis 1975 (K. Bayer) II.1
 - III. Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger
Arbeit in Österreich 1953 bis 1975 (G. Chaloupek) III.1
 - IV. Arbeiterverdienste in der Wiener Sachgüterpro-
duktion 1926 bis 1975 (G. Chaloupek) IV.1
 - V. Die Lohnstruktur der österreichischen Industrie
1962 bis 1975 (M. Supper) V.1
 - VI. Einkommenschancen im Lebenszyklus. Befunde aus
dem österreichischen Mikrozensus (M. Wagner) VI.1
- DIE AUTOREN VII.1

VORWORT

An Fragen der Einkommensverteilung besteht in Österreich ein zunehmendes Interesse. Davon zeugt die wachsende Zahl an Arbeiten, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Allerdings fehlt bis heute eine umfassende Studie über die Einkommensverteilung in Österreich. Das Institut für Höhere Studien hat sich daher im Rahmen eines Projekts "Einkommensverteilung in Österreich" das Ziel gesetzt, einen Gesamtüberblick zu geben.

Der nun vorliegende Forschungsbericht verfolgt einen doppelten Zweck: er soll einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit den Zugang zu den wichtigsten Datenquellen über die Einkommensverteilung in Österreich erleichtern und anhand dieser Datenquellen die Grundstrukturen der österreichischen Einkommensverteilung aufzeigen. Die Gliederung des Berichts nach den Quellen der Einkommensverteilungsdaten beruht auf der Überlegung, daß ein genaues Studium der statistischen Quellen eine unverzichtbare Voraussetzung für weitergehende Analysen bildet. Deshalb hat sich das Institut für Höhere Studien auch der Mitarbeit von Wissenschaftlern versichert, die in jenen Institutionen arbeiten, von denen die betreffenden Statistiken herausgegeben werden. Ohne die Kooperation dieser Institutionen wäre der Bericht nicht möglich gewesen.

Ein Teil der Manuskripte schließt die Datenbearbeitung mit dem Jahr 1975 ab. Diese Tatsache wiegt indes bei Strukturuntersuchungen zur Einkommensverteilung nicht schwer. Denn die Verteilungsstrukturen ändern sich - wie die Untersuchungen der Einzelberichte in ihren langfristigen Vergleichen zeigen - so langsam, daß man bei der Analyse von Strukturverschiebungen eher in Jahrzehnten als in Jahren rechnen sollte. Darüber hinaus hat das Institut für Höhere Studien in zwei Einzelberichten für

das Bundesministerium für Soziale Verwaltung⁺⁾ die Entwicklung der Einkommensverteilung bis in das Jahr 1978 weiterverfolgt. Sofern aus diesen Untersuchungen ins Gewicht fallende Tendenzänderungen seit 1975 hervorgehen, wird dies im einleitenden Überblick erwähnt.

Der vorliegende Bericht ist Teil eines umfassenderen Forschungsschwerpunktes der Abteilung Ökonomie des Instituts für Höhere Studien. Im Rahmen dieses Forschungsschwerpunkts werden empirische und theoretische Einzelstudien angefertigt, Vorlesungen und Seminarzyklen mit internationalen Wissenschaftlern veranstaltet und ein EDV-System aufgebaut, das eine rasche analytische Bearbeitung von Verteilungsdaten ermöglicht. Zu den konkreten Nahzielen des Forschungsschwerpunkts zählt - was die vorliegende Studie noch nicht leisten kann - die Zusammenführung der verschiedenen Datenquellen zu einem synthetischen Gesamtbild der österreichischen Einkommensverteilung.

Die Einrichtung des Forschungsschwerpunkts ist durch die finanzielle Förderung des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank ermöglicht worden. Die Fortführung der Studien wird durch das zunehmende Interesse von öffentlichen und privaten Stellen an Daten zur Einkommensstruktur erleichtert.

Den Verfassern von Beiträgen Kurt Bayer, Günther Chaloupek und Meinhard Supper, den Konsulenten Kurt Rothschild, Anton Kausel und Helmuth Teufelsbauer sowie den weiteren Mitarbeitern (namentlich Frau Gerda Suppanz, die umfangreiche Rechenarbeiten durchgeführt hat) gilt unser herzlicher Dank.

Wien, im Sommer 1979

Hannes Suppanz

Michael Wagner

+) J. CHRISTL, H. SUPPANZ, Zur Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Österreich, Mai 1978
K. PICHELMANN, M. WAGNER, Zur Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Österreich 1977/78, Mai 1979

Zusammenfassung

Der Band enthält die Berichte eines Forschungsprojektes über "Einkommensverteilung in Österreich". Das Hauptaugenmerk gilt der personellen Einkommensverteilung unter den Unselbständig Erwerbstätigen (Gewinneinkommen werden nur in Hinblick auf ihren Anteil am Volkseinkommen berücksichtigt). Die Hauptthemen der Einzelstudien sind: Lohn- und Gewinnanteile am Volkseinkommen; Verteilung lohn- und sozialsteuerpflichtiger Einkommen; Industrielle Lohnstruktur; Alter-Einkommensprofile.

Abstract

This volume reports on a research project on distribution of incomes in Austria. The project focuses on the distribution of earned incomes; capital income is only considered with respect to its share in national income. The main topics of this volume are: wage and profit shares in national income; distribution of taxable earnings; wage structure in manufacturing industries; age income profiles.

Einkommensverteilung in Österreich
- ein einführender Überblick

Hannes Suppanz
Michael Wagner

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Fragestellung und Methoden	I.5
1. Kritische Beurteilung der Datenquellen	I.5
2. Typische Einkommensrelationen	I.7
II. Empirische Resultate	I.11
1. Lohn und Gewinn	I.11
2. Verteilung der volkswirtschaftlichen Lohnsumme	I.14
3. Alter-Einkommensprofile	I.19
4. Industrielle Lohnstruktur	I.22

I. Fragestellung und Methoden

Die empirische Verteilungsforschung sieht sich vor allem mit drei Fragen konfrontiert:

- wie sind die typischen Grundproportionen der Einkommensverteilung beschaffen ?
- läßt sich ein langfristiger Trend der Veränderung der Grundproportionen erkennen ?
- welche Bestimmungsgrößen beeinflussen die beobachtbaren Einkommensstrukturen ?

Der Zielsetzung des Projekts entsprechend konzentrieren sich die Beiträge dieses Berichts vor allem auf die ersten beiden Fragen. Kurt Bayer untersucht die funktionelle Verteilung des Volkseinkommens auf Löhne und Gewinne. Günther Chaloupek zeigt, wie sich die volkswirtschaftliche Lohnsumme auf verschiedene Gruppen von Lohn- und Gehaltsempfänger aufteilt. Michael Wagner analysiert Altersprofile der Einkommensverteilung bei Lohn- und Gehaltsempfänger. Meinhard Supper und Günther Chaloupek dokumentieren die Lohnstruktur der Industriearbeiter.

Bei der Beantwortung der angeführten Fragen nach den typischen österreichischen Verteilungsproportionen und ihren langfristigen Veränderungen stehen alle Berichte vor zwei grundlegenden Problemen:

- einer kritische Beurteilung der Datenquellen;
- der Auswahl von "typischen" Einkommensrelationen.

1. Kritische Beurteilung der Datenquellen

Die meisten Beiträge müssen sich in ihrer kritischen Würdigung der Datenquellen darauf beschränken, einerseits einen Überblick über die Entstehung der Daten zu geben und andererseits auf die Mängel der Datenbasis hinzuweisen.

Population

Zu den typischen Mängeln der verfügbaren Datenquellen zählt insbesondere die unvollständige Erfassung der relevanten Population. So sind etwa in der Lohnsteuerstatistik alle jene Arbeitnehmergruppen unterrepräsentiert, die einen unterdurchschnittlichen Rücklauf an Lohnsteuerdaten aufweisen. Das betrifft vor allem Saisonarbeiter, Heimarbeiter und Arbeiter in Kleinbetrieben. Ein ähnliches Problem tritt bei der Industriehöherhebung der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft auf. Rund 20% der Industriearbeiter bleiben durch diese Erhebung unberücksichtigt. Es handelt sich vermutlich auch in diesem Fall um Arbeiter in Kleinbetrieben, die eine unterdurchschnittliche Beteiligung an der Fragebogenaktion der Kammer zeigen. Erheblich besser ist die Situation bei der Lohnstufenstatistik des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger. Die Verknüpfung der statistischen Datenerfassung mit Rechtsansprüchen von Arbeitnehmern sorgt für einen hohen Repräsentationsgrad (wie Chaloupek anhand von Volkszählungsergebnissen nachweist). Einen ausgezeichneten Repräsentationsgrad weisen auch die Mikrozensusdaten des Statistischen Zentralamts und die Wiener Industriehöherstatistik der Arbeiterkammer auf; beide Daten beruhen auf einer geschichteten Zufallsstichprobe.

Einkommensvariable

Außer auf die Möglichkeiten einer verzerrten Erfassung der relevanten Population gehen fast alle Beiträge auf ein zweites quellenkritisches Problem ein: Welches Einkommen wird durch die jeweilige Datenquelle erfaßt? Grundsätzlich gilt, daß "Einkommen" oder "Lohn" in jeder der Datenquellen eine andere Bedeutung besitzt. Selbst innerhalb einzelner Datenquellen werden die Begriffe uneinheitlich gebraucht; so beruht die Industriehöherstatistik der Bundeswirtschaftskammer auf einem Lohnbegriff, der nicht in allen Fachverbänden einheitlich abgegrenzt ist.

Die meisten Teilstudien haben, in Hinblick auf die Einkommensvariable, auch mit schwerwiegenden Mängeln in der Datenerfassung und -aufbereitung zu kämpfen. So hat etwa das Statistische Zentralamt in der Mikrozensus-Erhebung die Einkommensklassen so breit definiert, daß die Hälfte der erfaßten Erwerbstätigen in eine Klasse fällt, d.h. 50% der Population kann in bezug auf eine Variable, auf die es eigentlich ankäme - das Einkommen - nicht unterschieden werden. Einen analogen (wenn auch nicht so gravierenden) Nachteil birgt die Lohnstufenstatistik. Zwar weist die Lohnstufenstatistik die Einkommen unter der Höchstbemessungsgrundlage außerordentlich fein gegliedert aus. Im Test sind alle Einkommen, die über dieser Grenze liegen, zu einer einzigen großen Klasse zusammengefaßt. Dadurch bleibt die Einkommensverteilung in diesem Bereich im Dunkeln.

Der Wert einer ausführlichen Quellenkritik liegt meist darin, den Leser auf Unsicherheitsbereiche in der Dateninterpretation aufmerksam zu machen. Denn bei aller Quellenkritik ist die Verteilungsforschung doch darauf angewiesen, auf dem zur Verfügung stehenden Datenmaterial aufzubauen. Nur in seltenen Glücksfällen - wie in dem Beitrag von Chaloupek zur Einkommensverteilung aus unselbständiger Arbeit - kann Quellenkritik zur Abwägung zwischen alternativen Datenkörpern verwendet werden.

2. Typische Einkommensrelationen

Selbst die rein beschreibende Darstellung der österreichischen Einkommensstruktur hat die Autoren der Beiträge vor einige schwierige Entscheidungen gestellt. Dazu zählt insbesondere:

- eine Abgrenzung der Verteilungsvariablen (z.B. Netto- vs Brutto- Einkommen, bereinigte vs unbereinigte Lohnquote)
- die Auswahl von geeigneten Vergleichsgruppen (z.B. Männer vs Frauen, Arbeiter vs Angestellte)
- die Darstellung von Gesamtverteilungen durch leicht überschaubare Konzentrationsmaße (z.B. Gini-Koeffizienten, Dezilproportionen).

Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß nicht alle Leser mit den vom jeweiligen Autor getroffenen Entscheidungen zufrieden sein werden. Denn die jeweils getroffene Wahl der Verteilungsvariablen, Vergleichsgruppen und Ungleichheitsindizes hängt sowohl von theoretischen Vorannahmen wie von praktischen Überlegungen ab.

Abgrenzung der Verteilungsvariablen

Die Abgrenzung der Verteilungsvariablen wirft nicht bei allen Datenquellen die gleichen Schwierigkeiten auf. Die Lohnerhebungen der Arbeiterkammer und der Bundeswirtschaftskammer für die Industrie enthalten kaum Spielräume für eigenständige Abgrenzungen. Andererseits bedarf es auch keiner solchen zusätzlichen Abgrenzungen, da die jeweilige Verteilungsvariable - etwa der Stundenlohnsatz - theoretisch und praktisch allgemeines Interesse beanspruchen darf.

Der relative Schwierigkeitsgrad in der Abgrenzung der Verteilungsvariablen wird schon in dem Raum erkennbar, den die einzelnen Autoren dieser Frage widmen. Während Supper (industrielle Lohnstruktur) auf eine solche Diskussion überhaupt verzichtet und Chaloupek (personelle Einkommensverteilung) sie relativ knapp halten kann, geht Bayer (funktionelle Einkommensverteilung) ausführlich auf das Problem der angemessenen Verteilungsvariablen ein. Er begründet das Interesse an Volkseinkommensanteilen (als Verteilungsvariablen) mit deren Implikationen für die ungleichen Akkumulationschancen von Selbständigen und Unselbständigen. Wagner (Einkommenschancen im Lebenszyklus) versucht anhand der modernen Kontroversen in der Verteilungstheorie zu zeigen, warum Alters-Einkommensprofile eine wichtige Verteilungsvariable darstellen: Der typische Verlauf dieser Profile bildet den empirischen Ausgangspunkt sowohl von Theorien, die die Existenz erheblicher Chancenungleichheit bestreiten, wie von Theorien, die behaupten, der moderne Kapitalismus beruhe auf einem festen System "sozial organisierter Ungleichheit".

Auswahl von Vergleichsgruppen

Die Auswahl von Vergleichsgruppen ist meist von Vorstellungen über die Ursachen von Lohn- und Einkommensdifferenzialen geleitet. Implizit gehen auch zuweilen Gerechtigkeitsvorstellungen ein. Eine solche Vorstellung kommt etwa bei Chaloupek (Einkommensverteilung aus unselbständiger Arbeit) in seiner Wahl der Grundpopulation ("Erwachsene Erwerbstätige, getrennt nach Geschlecht, in allen Wirtschaftssektoren, ohne teilzeitbeschäftigte") zum Ausdruck. Allerdings ist eine überzeugende Begründung der Gegenüberstellung von Vergleichsgruppen kaum möglich, sofern man sich nicht auf eine einheitliche Konzeption von "Ungleichheit" und auf die Ursachen dieser Ungleichheit geeinigt hat. Deshalb wirkt oft selbst eine kommentarlose Gegenüberstellung von Vergleichsgruppen als sozialpolitische Polemik.

Darstellung durch Ungleichheitsindizes

Eine ähnliche Schwierigkeit wie bei der Wahl von Vergleichsgruppen tritt bei der Darstellung von Verteilungsstrukturen durch Ungleichheitsindizes auf. Denn die durch Ungleichheitsindizes geleistete Informationsverdichtung ist keineswegs neutral. So mag ein Vergleich mit Hilfe von Gini-Koeffizienten ein gerade umgekehrtes Resultat erbringen als ein Vergleich von Verteilungen durch deren mittlere Quartilsabstände. In diesem Sinn müssen Aussagen über die Ab- bzw. Zunahme der Einkommensungleichheit über die Zeit stets auf ihre Allgemeingültigkeit geprüft werden. Im allgemeinen wird man wohl nur für den Fall der sogenannten Lorenz-Dominanz von einem eindeutigen Trend sprechen können (Lorenz-Dominanz liegt vor, wenn die Lorenz-Kurven der zum Vergleich herangezogenen Verteilungen einander nicht schneiden). Neben theoretischen Überlegungen über die Interpretierbarkeit und besondere Sensibilität von Ungleichheitsindizes hat auch die Beschaffenheit der Daten die Wahl der Ungleichheitsindizes beeinflusst.

So erzwingt etwa der durch die Höchstbemessungsgrenze bewirkte Informationsverlust in der Lohnstufenstatistik eine Beschränkung auf Indikatoren, die sich auch ohne Kenntnis des oberen Verteilungsendes berechnen lassen. Chaloupek hat in diesem Zusammenhang Dezilrelationen als Ungleichheitsindikatoren gewählt. Auch im Fall der Mikrozensusdaten beschränkt die unvollständige Information über den Verteilungsverlauf die Wahl von Ungleichheitsindizes. Die grobe Einkommenskategorisierung zwingt Wagner dazu, die Alterseinkommensprofile aus der Veränderung der relativen Besetzungszahlen in bestimmten Einkommensklassen zu rekonstruieren.

Für die meisten Datenquellen lassen sich grundsätzlich die verschiedensten Ungleichheitsindizes verwenden. Indes ist, wie stichprobenartige Kontrollrechnungen gezeigt haben, für die vorliegenden Studien keine markante Revision der Hauptergebnisse zu vermuten.

II. Empirische Resultate

1. Lohn und Gewinn

Der Lohnanteil am Volkseinkommen stieg von rund 50% vor dem Ersten Weltkrieg auf über 60% Anfang der dreißiger Jahre, ging dann bis zum Zweiten Weltkrieg zurück und näherte sich erst in den fünfziger Jahren wieder der 60%-Marke. Da im beschriebenen Zeitraum die Unselbständigenquote an den Erwerbstätigen ziemlich unverändert blieb, geben die genannten Zahlen auch annähernd die Entwicklung der globalen Pro-Kopf-Verteilung (bereinigte Lohnquote) wieder.

Erst in den letzten 25 Jahren ist ein relativ kontinuierlich steigender Trend der Lohnquote feststellbar. In den siebziger Jahren überschritt der Lohnanteil am Volkseinkommen die 70%-Marke und nähert sich nun 75%. Diese Entwicklung spiegelt die Verschiebung der Erwerbstätigenstruktur zu den Unselbständigen wieder, deren Anteil von rund 65% Mitte der fünfziger Jahre auf rund 85% Ende der siebziger Jahre zunahm; bereinigt um diesen Effekt ist die Lohnquote nicht höher als vor 25 Jahren. Oder anders ausgedrückt: Seit Mitte der fünfziger Jahre stieg das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen nicht mehr als das Volkseinkommen je Erwerbstätigen, es beträgt nach wie vor etwa 90% des Durchschnittseinkommens in der Gesamtwirtschaft.

Der Aufwärtstrend der (unbereinigten) Lohnquote wird durch kurzfristige und mittelfristige Schwankungen überlagert, die die Folge von Konjunktur- und Investitionszyklen sind. Im Konjunkturaufschwung nehmen die Gewinne überdurchschnittlich zu, erst im Konjunkturabschwung holen die Löhne wieder auf. Investitionswellen (wie von Mitte der fünfziger bis Anfang der sechziger Jahre und dann wieder Anfang der siebziger Jahre) begünstigen die Gewinneinkommen, während Phasen schwacher Investitionstätigkeit durch einen beschleunigten Anstieg des

Lohnanteils am Volkseinkommen gekennzeichnet sind. Diese Entwicklung wird noch deutlicher, wenn man Lohn- und Gewinnanteile nur für einen "Marktsektor" ohne Öffentlichen Dienst und Landwirtschaft berechnet, weil für diese Wirtschaftsbereiche das Lohn-(Gewinn)quotenkonzept nicht sehr sinnvoll ist.

Ermittelt man "Nettoquoten", in dem man die direkten Steuern im weiteren Sinn (nicht aber die Sozialversicherungsbeiträge) eliminiert, ergibt sich folgendes Bild: die Nettolohnquote stieg von etwa 63% Mitte der fünfziger Jahre auf 78% Mitte der siebziger Jahre, also auf etwas höherem Niveau parallel zur Bruttolohnquote, aber unterproportional. Der Anteil der Lohnsteuer an der Bruttolohn- und Gehaltssumme stieg von etwa 4% auf 8%, der Anteil der direkten Steuern im weiteren Sinn an den Gewinneinkommen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von rund 20% auf rund 24%. Die Belastung der Gewinneinkommen mit direkten Steuern war also Mitte der siebziger Jahre nach wie vor bedeutend höher, hat aber relativ weniger zugenommen als jene der Lohneinkommen.

Der Beitrag von Bayer, dem diese Ergebnisse entstammen, basiert auf der alten Volkseinkommensrechnung und schließt mit dem Jahr 1975. Eine Konfrontation der Daten mit der neuen Volkseinkommensrechnung sowie mit der jüngsten Entwicklung zeigt aber, daß sie (zumindest was die Bruttoeinkommen anlangt, eine Überprüfung der Nettoberechnungen war nicht möglich) nach wie vor Gültigkeit haben. Die Revision der Volkseinkommensrechnung brachte zwar in einzelnen Jahren größere Korrekturen, nicht aber bezüglich der langfristigen Tendenzen, um die es hier geht. Seit 1975 hat sich an den Verteilungsrelationen nur wenig geändert. Dies kann bereits den wenigen Zahlen entnommen werden, die in Übersicht 1 zusammengestellt sind.

Lohnanteil am Volkseinkommen in %

	Lohnquote Alte VGR	Lohnquote Neue VGR	Bereinigte Lohnquote Alte VGR Basis 1955	Bereinigte Lohnquote Neue VGR Basis 1964
1955	59.1	.	59.1	.
1964	62.1	62.8	56.3	62.8
1975	73.5	73.1	59.4	64.9
1978	.	74.5	.	64.7

2. Verteilung der volkswirtschaftlichen Lohnsumme

Umfassende Aussagen über die personelle Einkommensverteilung in Österreich, die auch Vergleiche mit anderen Ländern zuließen, sind bei der augenblicklichen Datensituation nicht möglich, da die statistischen Quellen nicht integrierbar sind.^{+) Die statistische Erfassung der Einkommensverteilung der Selbständigen ist außerdem so unzureichend, daß die Daten nur eine geringe Aussagekraft haben. Daher schien eine Beschränkung auf die Verteilung der Unselbständigeneinkommen unangebracht.}

Chaloupek stellt die Verteilung der Lohneinkommen im Zeitraum 1953/75 aufgrund der Lohnstufenstatistik des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger bzw. im Zeitraum 1953/70 aufgrund der Lohnsteuerstatistik dar. Nach der Lohnstufenstatistik erhöhte sich das mittlere Einkommen (Medianeinkommen) der männlichen Beschäftigten von 1953 bis 1960 um 51%, wobei die Steigerungsrate von 42% beim untersten Dezileinkommen auf 68% beim obersten Dezileinkommen zunimmt. Das mittlere Einkommen der männlichen Arbeiter erhöhte sich um 49%, das der männlichen Angestellten um 61%. Auch innerhalb dieser Gruppen war in diesem Zeitraum eine Entnivellierungstendenz zu beobachten. Differenzierter war die Entwicklung bei den weiblichen Beschäftigten: hier stiegen zwar die untersten Einkommen stärker als die mittleren, aber auch die obersten Einkommen. Anders als bei den männlichen Beschäftigten nahmen die Angestelltegehälter mit 32% viel weniger zu als die Arbeiterlöhne (52%, jeweils Medianeinkommen). Innerhalb der Gruppe der weiblichen Arbeiter war - im Gegensatz zu den übrigen Gruppen - eine Nivellierung der Lohneinkommen festzustellen. Das mittlere Einkommen der weiblichen Beschäftigten stieg von 1953 bis 1960 mit 41% gleich stark wie jenes der Beschäftigten insgesamt, aber deutlich weniger als jenes der Männer.

^{+) G. Chaloupek hat einen Versuch in diese Richtung gemacht, allerdings nur für einen Zeitpunkt und nur für die hohen Einkommen: CHALOUPEK, G., Die Verteilung der persönlichen Einkommen in Österreich. Die hohen Einkommen. Wirtschaft und Gesellschaft 1, 1977.}

Die Tendenz zu einer ungleicheren Verteilung hat bereits 1957 einen Höhepunkt erreicht und sich in den sechziger Jahren nicht fortgesetzt. Bei den männlichen Beschäftigten blieb im Zeitraum 1960/75 die (relative) Lohnhierarchie nahezu konstant. Eine leichte Zurücknahme der Entnivellierung der fünfziger Jahre war bloß bei den männlichen Angestellten festzustellen. Dagegen kam es bei den Beamten, deren Gehaltsstruktur in den fünfziger Jahren nahezu unverändert geblieben war, in den sechziger Jahren zu einer stärkeren Einkommensdifferenzierung. Das mittlere Einkommen der weiblichen Angestellten erhöhte sich 1960/75 wieder weniger als das der weiblichen Arbeiter. Die Lohnstruktur innerhalb dieser Gruppen entwickelte sich aber gerade gegenläufig zu den fünfziger Jahren. Insgesamt wurde die Verteilung der Einkommen der weiblichen Beschäftigten von 1960 bis 1975 etwas ungleicher. Verglichen mit den fünfziger Jahren waren die Unterschiede im Einkommenswachstum aber minimal: für alle Beschäftigten lagen sie für die Dezile zwischen 312% und 321%. Das mittlere Einkommen der weiblichen Beschäftigten stieg von 1960 bis 1975 laut Lohnstufenstatistik etwas rascher als jenes der Männer.

Für den Zeitraum 1953/75 insgesamt ergibt sich das Bild einer Entnivellierung der Lohneinkommen, wobei diese Entwicklung bei den Männern eindeutig, bei den Frauen aber uneinheitlich ist. Die Vergrößerung der Einkommensdisparitäten fand jedoch überwiegend bereits in den fünfziger Jahren statt. Dieses Ergebnis deckt sich mit jenem aus der Lohnsteuerstatistik. Die nach dem Abschluß des Beitrages von Chaloupek publizierte Lohnsteuerstatistik 1973 zeigt gegenüber 1970 - wie auch die Lohnstufenstatistik - eine leichte Vergrößerung der Einkommensunterschiede, die aber im Vergleich zu den fünfziger Jahren geringfügig ist.

Wie weiterführende Arbeiten des Instituts für Höhere Studien⁺ gezeigt haben, die sich auf die Lohnstufenstatistik stützen, hat sich diese Tendenz im Zeitraum 1973/78 nicht mehr im selben Maße fortgesetzt. Dort präsentierte Verteilungsmaße kommen außerdem bezüglich der siebziger Jahre zu unterschiedlichen Ergebnissen, was darauf zurückzuführen ist, daß die Entnivellierungstendenz schwächer und uneinheitlicher war als Mitte der fünfziger Jahre: zwar sind die höchsten Einkommen überdurchschnittlich gestiegen, dasselbe gilt jedoch auch für die untersten Einkommen.

Zusammenfassend kann man für die Bruttoeinkommen der Unselbständigen festhalten: Die Einkommensdifferentiale sind nach wie vor beträchtlich und zeigen ein großes Beharrungsvermögen. Die Dezilspanne hat einen Wert von über fünf (das gilt für die Arbeiter, aber - wenn man die oberen, von der Lohnstufenstatistik nicht ausgewiesenen Einkommen extrapoliert - auch für die Erwerbstätigen insgesamt). Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede haben sich seit den fünfziger Jahren eher wieder vergrößert: Gemessen am Median verdienen männliche Erwerbstätige um über 50% mehr als weibliche, wobei vor allem bei den Angestellten die Diskrepanz stark zugenommen hat. Unterschiedlich ist die Entwicklung bei einer Gliederung nach der sozialen Stellung: Während sich das Einkommensdifferential zwischen Angestellten und Arbeitern bei den Männern auf über 30% erhöht hat, hat es sich bei den Frauen auf etwa 50% in den fünfziger Jahren auf etwas über 30% in den siebziger Jahren verringert.

+) CHRISTL, J., SUPPANZ, H., Zur Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Österreich. Mai 1978.
PICHELMANN, K., WAGNER, M., Zur Entwicklung der Einkommen und der Einkommensverteilung in Österreich 1977/78.
Mai 1979.

Übersicht 2

Einkommenszuwächse nach Dezilen 1953/75
(Lohnstufenstatistik, 1953=100)

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<u>Männer</u>									
Arbeiter	454,5	592,1	578,8	592,6	612,1	636,6	661,7	665,2	-
Angestellte	519,1	580,3	606,2	699,5	633,6	-	-	-	-
Erwerbstätige	549,2	592,8	597,3	616,9	638,4	660,7	680,3	694,3	-
<u>Frauen</u>									
Arbeiter	627,8	569,7	606,2	654,3	609,1	581,2	575,7	604,3	603,3
Angestellte	495,1	443,1	483,2	571,9	528,2	561,0	573,4	607,9	-
Erwerbstätige	653,4	589,8	639,4	621,8	592,0	592,9	601,0	622,1	665,3
<u>Männer + Frauen</u>									
Arbeiter	527,3	603,2	603,7	571,6	579,4	596,5	619,0	641,5	659,3
Angestellte	424,3	481,1	521,9	550,0	572,8	595,7	605,8	-	-
Erwerbstätige	548,3	620,6	576,5	575,9	593,0	620,0	648,2	670,6	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 3

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnstufenstatistik, Stichtage Juli (August), in Schilling)

Dezil	1953	1957	1960	1970	1975
	<u>Arbeiter insgesamt</u>				
1	400	430	497	1.218	2.109
2	619	813	982	2.284	3.734
3	811	1.043	1.214	2.851	4.896
4	995	1.245	1.404	3.256	5.687
5	1.109	1.409	1.567	3.640	6.425
6	1.207	1.560	1.750	4.057	7.200
7	1.307	1.733	1.961	4.530	8.090
8	1.433	1.978	2.254	5.134	9.192
9	1.642	2.347	2.705	6.065	10.826
	<u>Angestellte insgesamt</u>				
1	709	566	735	1.881	3.008
2	977	1.064	1.166	2.819	4.700
3	1.107	1.309	1.399	3.359	5.777
4	1.217	1.542	1.645	3.862	6.693
5	1.336	1.773	1.924	4.385	7.653
6	1.472	2.006	2.236	4.997	8.769
7	1.664	2.304	2.606	5.738	10.080
8	-	2.723	3.152	6.864	-
9	-	-	-	-	-
	<u>Erwerbstätige insgesamt</u>				
1	441	460	535	1.386	2.418
2	661	862	1.029	2.496	4.102
3	903	1.103	1.262	2.999	5.206
4	1.049	1.303	1.452	3.425	6.041
5	1.156	1.474	1.635	3.856	6.855
6	1.250	1.646	1.842	4.320	7.750
7	1.358	1.854	2.099	4.877	8.803
8	1.515	2.140	2.450	5.612	10.160
9	-	2.591	3.041	6.938	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

3. Alter-Einkommensprofile

Alter-Einkommensprofile dienen der Darstellung typischer Einkommensverläufe über den gesamten Lebenszyklus von unselbständig Erwerbstätigen. Für Österreich lassen sich Einkommensprofile aus dem Mikrozensus des Österreichischen Statistischen Zentralamts konstruieren. Diese Einkommensprofile geben an, wieviel Prozent einer Altersgruppe das Referenzeinkommen von S 4000,-- (es entspricht etwa dem 6. Dezil der Gesamtpopulation) überschreiten.

Zwischen den Einkommensprofilen verschiedener Gruppen von Unselbständigen bestehen deutliche Unterschiede. Die Einkommensprofile von Arbeitern gleichen einem umgekehrten "U". Auf Jahre des Aufstiegs und der Stagnation folgen Jahre der Einkommensminderung. Die Einkommensprofile der Angestellten flachen nach einer Periode des Aufstiegs ab, während die Einkommensprofile der Beamten einen deutlichen Zuwachs in allen Altersgruppen aufweisen. Dieses Grundmuster der drei Profile zeigt sich in verschiedenen Tätigkeitsfeldern und Branchen immer wieder.

Die Zugangschancen zu bestimmten Tätigkeitsfeldern sind in hohem Maße vom formalen Schulabschluß abhängig. Das spiegelt sich deutlich in den Einkommensprofilen von Volksschul-, Hauptschul- und AHS-Absolventen wieder. Die mit der formalen Schulbildung verbundene soziale Auswahl ist indes nicht vor allem auf die technisch notwendigen Ausbildungsqualifikationen bezogen. Das zeigt die Gegenüberstellung geschlechtsspezifischer Einkommensprofile für unterschiedliche Niveaus des Schulabschlusses. Weibliche Erwerbstätige sind meist auf Berufsfelder beschränkt, deren Einkommensprofile deutlich unter den Einkommensprofilen von Männern mit gleicher formaler Bildung liegen.

Einkommensprofile von Arbeitern, Angestellten
und Beamten*)

Altersgruppen	Anteil der Personen (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000; gegliedert nach:			
	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Gesamt- population ¹⁾
	%	%	%	%
16-20	4	5	- ²⁾	3
21-25	16	19	21	17
26-30	32	46	51	40
31-35	32	56	54	44
36-40	34	54	62	44
41-45	29	61	76	48
46-50	24	60	75	46
51-55	20	54	83	49
56-60	20	67	82	47
61-65	13	71	97	53
Alle Altersgruppen ³⁾	24	47	70	36

1) Durchschnitt aus Arbeitern, Angestellten, Beamten; gewichtet mit deren Anteil an der Population.

2) Absolute Besetzungszahl kleiner als zwei.

3) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen.

* Anteil der Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S r.000,- (etwa t.Dezil der Gesamtpopulation; bezogen auf die Zahl der Personen innerhalb einer Altersgruppe und Kategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2 (EBEKU).

Übersicht 5Einfluß der Schulbildung auf das Einkommensprofil*)

Altersgruppen	Anteil der Personen (in einer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000,-			
	Höchste abgeschlossene Schulbildung			
	Volks- schule	Haupt- schule	Berufsbildende mittlere Schule	Allgem. bildende Höhere Schule
	%	%	%	%
16-20	2	2	3	_1)
21-25	8	19	18	24
26-30	25	40	42	48
31-35	24	42	47	83
36-40	25	45	63	86
41-45	30	42	58	86
46-50	27	42	56	61
51-55	23	36	66	80
56-60	21	49	66	92
61-65	20	41	81	91
Alle Alters- gruppen ²⁾	21	32	47	67

1) Absolute Besetzungszahl des Feldes kleiner als zwei.

2) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen.

*) Anteil der Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S 4.000,-; (etwa 6.Dezil der Gesamtpopulation); in Prozent, bezogen auf die Zahl der Personen innerhalb einer Altersgruppe und Bildungskategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEKU).

4. Industrielle Lohnstruktur

Die seit Anfang der sechziger Jahre durchgeführten Erhebungen der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft für Industriearbeiterlöhne bieten detailliertere Informationen als die bisher behandelten Statistiken: sie lassen eine Gliederung nach Qualifikation, Lohnart und Branche zu (leider nicht nach dem Geschlecht) und erlauben eine Konfrontation von Effektivverdiensten und Mindestlöhnen; die Berechnung von Verteilungsmaßen wurde dadurch erleichtert, daß auf die gesamte Datenmasse zurückgegriffen werden konnte.

Da die Erhebungen erst relativ spät - Anfang der sechziger Jahre - begonnen wurden, überrascht es nicht, daß kaum Änderungen in der Verteilung feststellbar sind. Die Relation zwischen dem höchsten und niedrigsten Bruttolohn eines Industriearbeiters beträgt seit 1962 nahezu unverändert 2:1, die Dezilanteile am gesamten Einkommen zeigen eine bemerkenswerte Konstanz und die verschiedenen Konzentrationsmaße weisen nur geringfügige Schwankungen auf. Das gilt sowohl für den Bruttostundenlohn im engeren Sinn als auch für die Bruttostundenverdienste einschließlich etwaiger Akkord- und Prämienlöhne.

Bei den Kollektivvertragslöhnen ist die (relative) Spanne zwischen Maximum- und Minimumlohn überraschenderweise sogar etwas größer als bei den Effektivverdiensten und hat leicht steigende Tendenz. Erst wenn man Dezilanteile und weitere Verteilungsmaße heranzieht, wird bei den Kollektivvertragslöhnen eine leichte Tendenz zur Nivellierung erkennbar; über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg scheint jedoch die Konzentration der Kollektivvertragslöhne größer gewesen zu sein als jene der Effektivverdienste. Die Verringerung der Mindestlohndifferentiale war aber nicht sehr ausgeprägt und hat sich jedenfalls bis Mitte der siebziger Jahre noch nicht merklich auf die Verteilung der Effektivverdienste ausgewirkt.

Lohnstrukturen in der Industrie ^{*)}

	I s t				K v			
	1962	1965	1974	74/62	1962	1965	1974	74/62
Z e i t l o h n								
Arithmet. Mittel (S)	10,75	13,76	32,73	3,04	8,83	11,07	24,37	2,76
Median (S)	10,47	13,69	32,07	3,06	8,30	10,50	23,21	2,80
Minimumlohn (S)	7,09	9,04	19,73	2,78	6,31	7,32	15,26	2,42
Maximumlohn (S)	14,39	17,63	42,22	<u>2,93</u> ²	12,43	15,87	35,57	<u>2,86</u> ²
relative Spanne ¹⁾	2,03	1,95	2,14	<u>1,99</u> ²	1,97	2,17	2,33	<u>2,19</u> ²
Standardabweichung	1,96	2,36	5,74		1,49	1,93	4,43	
Variationskoeffizient	18,23	17,15	17,52		16,87	17,47	18,17	
D u r c h s c h n i t t s l o h n								
Arithmet. Mittel (S)	11,73	14,68	34,25	2,92	8,67	10,80	23,57	2,72
Median (S)	11,78	14,88	33,96	2,88	8,30	10,00	22,00	2,65
Minimumlohn (S)	7,28	9,28	19,73	2,71	6,34	7,35	15,26	2,41
Maximumlohn (S)	15,57	20,32	44,22	<u>2,84</u>	12,37	15,81	35,28	<u>2,85</u>
relative Spanne ¹⁾	2,14	2,19	2,24	<u>2,11</u> ²	1,95	2,15	2,31	<u>2,22</u> ²
Standardabweichung	2,11	2,38	5,88		1,33	1,78	4,10	
Variationskoeffizient	17,95	16,18	17,17		15,34	16,50	17,41	

1) Relative Spanne = $\frac{\text{Maximumlohn}}{\text{Minimumlohn}}$

2) Arithmetisches Mittel der relativen Spannen 1962-1974
*) Arbeiter, Herbsterberhebung

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS

Dem entspricht, daß sich der Zusammenhang zwischen der Branchenhierarchie bei Mindest- und Istlöhnen gelockert hat. Ausführliche Untersuchungen von Supper über die Stabilität der Rangordnungen der Löhne nach Branchen einerseits und Qualifikation und Lohnart andererseits haben gezeigt, daß die Istlohnhierarchien eine größere Konstanz aufweisen. Die Branchenhierarchien von Ist- und Mindestlöhnen zeigen - vorwiegend aus institutionellen Gründen - deutliche Unterschiede. Ob die geringere Stabilität der Mindestlohnhierarchien einfach auf Abweichungen im Lohnrhythmus zurückgeht oder auf Bemühungen zur Korrektur von Lohnrelationen muß offenbleiben.

Die Industrielohnerhebung der Arbeiterkammer beschränkt sich zwar nur auf Wien, hat aber im Vergleich zur Bundeskammererhebung zwei Vorteile: sie unterscheidet zwischen männlichen und weiblichen Arbeitern, außerdem reicht sie - wenn auch nicht streng vergleichbar - bis in die zwanziger Jahre zurück. Bei den männlichen Arbeitern hat sich die Verteilung in den letzten fünfzig Jahren erstaunlich wenig geändert. Von 1926 bis 1947 war eine gewisse Nivellierungstendenz erkennbar, die dann durch eine Entnivellierung bis zum Beginn der sechziger Jahre abgelöst wurde. Bei den Arbeiterinnen dagegen zeigt sich langfristig eine Tendenz zur Einebnung der Lohnunterschiede. Im Gegensatz zu den männlichen Arbeitern setzte sich bei den Frauen die Nivellierungstendenz in der Nachkriegszeit fort. Bei den Industriearbeitern insgesamt scheint die Nivellierungstendenz in den letzten fünfzig Jahren zu überwiegen (wegen Stichprobenänderungen muß diese Aussage mit Vorbehalt gemacht werden), die überwiegend das Resultat der Einebnung geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede gewesen sein dürfte. Der Median der Löhne der weiblichen Arbeiter in der Wiener Industrie war in den zwanziger Jahren nur etwa halb so hoch wie jener der Löhne männlicher Arbeiter, nunmehr beträgt die Relation etwa zwei Drittel. Dieser Aufhol-Prozeß konzentrierte sich jedoch vor allem auf die Nachkriegszeit; seit den fünfziger Jahren stiegen die Männerlöhne in der Wiener Industrie wieder stärker als die Frauenlöhne.

Übersicht 7Frauenlöhne in Prozent der Männerlöhne 1926/75

	Durchschnitt	Median
1926	52.0	52.1
1947	63.4	64.7
1953	70.3	71.3
1960	62.1	63.1
1963	63.0	63.0
1975	63.1	66.0

Quelle: Arbeiterkammer Wien.

Funktionelle Einkommensverteilung in Österreich
1954 bis 1975⁺)

Kurt Bayer

+)
+) Dieser Abschnitt wurde bereits 1977 abgeschlossen und berücksichtigt daher noch nicht die Zwischenrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung	II.5
1. Zweck und Definition	
2. Überblick über österreichische Literatur	
II. Entwicklung der Einkommensarten in Österreich	II.11
1. Lohneinkommen	
2. Gewinneinkommen	
III. Entwicklung der Einkommensanteile	II.18
1. Lohn- und Gewinnanteile in der Gesamtwirtschaft	
2. Einkommensanteile im 'Marktsektor'	
3. Komponenten der Änderung der Lohnquote	
4. Zur zeitlichen Variabilität der funktionellen Verteilung	
5. Produktivität und Einkommensverteilung	
6. Einkommensarten und direkte Steuern	
IV. Anhang 1: Verschiedene Maße zur Berechnung des Lohnanteils	II.45
Anhang 2: Zum Konzept der produktivitätsorientierten und der kostenniveauneutralen Lohnpolitik	II.48
Bibliographie	II.51
Übersichten und Abbildungen	II.55

I. Einleitung

1. Zweck und Definitionen

Im folgenden wird die funktionelle Einkommensverteilung in Österreich im Zeitraum 1954 bis 1975 untersucht. Es geht hierbei hauptsächlich um eine empirische Darstellung der Entwicklung der funktionellen Verteilung, basierend auf den Daten der österreichischen Volkseinkommensrechnung. Wie üblich wird von einer Zweiteilung der Einkommensarten ausgegangen, die den Faktoren Arbeit und Kapital zufließen. Vereinfacht werden die Unselbständigen mit den Kontrakteinkommen (Löhne und Gehälter) in Verbindung gebracht, die Unternehmer (Selbständigen) mit allen anderen Einkommensarten (Residualeinkommen) also den Einkommen aus Besitz und Unternehmung im weiteren Sinne. Letztere werden hier verkürzt als "Gewinneinkommen" bezeichnet /32 (1972/73), S. 17/. Es ist hierbei klar, daß die Zuteilung von Einkommensarten auf soziale Gruppen nicht eindeutig möglich ist - z.B. beziehen auch Lohnverdiener Einkommen aus Besitz; andererseits stecken in den Einkommen der Freiberufler nicht nur Gewinn- sondern auch reine Arbeitskomponenten -, wie dies in den Frühzeiten der Industrialisierungsperioden der Fall war. Es tritt in zunehmendem Maße das Problem der "Querverteilung" auf, also das Problem, daß einzelne Einkommensarten auf verschiedene sozio-ökonomische Gruppen aufzuteilen sind /43/. Aus Gründen der Meßbarkeit und der mangelnden Information über solche Querverteilungstendenzen muß in der vorliegenden Studie von diesen Problemen abgesehen werden. Es wird die Fiktion des Nichtvorhandenseins von Querverteilungen aufrecht erhalten.

Die Einkommensverteilung ist von der Verteilung der Vermögen abhängig und von dieser bestimmt /siehe z.B. 20, S. 83ff; 16, S. 469ff; 17, S. 28; 10; 27, S. 158ff/.

Eine besondere Schwäche der österreichischen Statistik liegt in der Nichterfassung der Vermögensverteilung. Es muß daher pragmatisch vorgegangen und die Einkommensverteilung isoliert erfaßt werden. Als funktionelle Einkommensverteilung wird somit hier die Primärverteilung, d.i. die direkt aus dem Produktionsprozeß entstehende Verteilung des Volkseinkommens auf Löhne und Gehälter, also auf die Einkommen der nicht dispositionsfähigen Arbeitskraft einerseits und auf Gewinneinkommen (in irgendeiner Form aus dem Besitz von Produktionsmitteln entstehende Einkommen) andererseits bezeichnet.

Es braucht nicht weiter ausgeführt werden, daß die Bezugsgröße der Gewinneinkommen, der "Profite", ein Kapitalbegriff sein muß und daß die Zuordnung dieser Einkommen auf Personen problematisch ist, da diese Einkommensart u.a. die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften, die Gewinne der verstaatlichten Industrien und Bundesbetriebe und andere, nicht einzelnen zuordenbare Größen enthält. Durch solche Zuordnung von Einkommensarten entstehende Pro-Kopf-Verteilungen sind ökonomisch insofern relevant, als sie einen Indikator für die Chancen der Vermögensbildung nach sozialen Gruppen (Selbständige, Unselbständige) darstellen. Für die Frage der Aufteilung des Sozialprodukts in Investitions- und Konsumausgaben hingegen ist nur die Globalverteilung bedeutend. Aus einer kürzlich erschienenen Studie über die Finanzierungs- und Gewinnsituation der österreichischen Industrieaktiengesellschaften läßt sich ein über die Zeit fallender Trend der Kapitalrendite (Betriebsüberschuß bezogen auf das Anlagevermögen) ablesen /3/.

Die Datenquelle dieser Untersuchung bildet fast ausschließlich die offizielle österreichische Volkseinkommensrechnung, wie sie vom Österreichischen Statisti-

schen Zentralamt (bis 1973 gemeinsam mit dem WIFO) laufend herausgegeben wird /32/. Die zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Studie "gültigen" Daten wurden anhand des Statistischen Handbuches der Republik Österreich für 1975 überprüft /41/. Für die Jahre 1974 und 1975 wurden die letztweils gültigen Schätzungen des WIFO herangezogen (Stand Oktober 1976). Soweit in der Analyse andere Quellen herangezogen wurden, wird dies im Text vermerkt.

2. Überblick über die österreichische Literatur

Empirische Arbeiten über die Verteilung der Einkommen in Österreich, sowohl über die funktionelle wie über die personelle Verteilung, sind rar. In vorderster Linie zu nennen sind die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (seit 1974 nur mehr von letzterem) periodisch herausgegebenen Hefte "Österreichs Volkseinkommen" /32/, die neben den Daten der VGR auch Kommentare zu den Daten, und damit auch zur Verteilung enthalten. Es fällt auf, daß in diesen Kommentaren sehr häufig entweder eine Konstanz der Lohnquote /32 (1954-68), S. 32/ oder auch ein Steigen /32 (1972/73), S. 17/ behauptet wird und überhaupt sehr viel mit qualitativen Überlegungen argumentiert wird.*)

*) "Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen erhöhte sich nominell von 59,3 % (1954) auf 66,5 % (1968). Gleichzeitig hat sich die Struktur der Erwerbstätigen zugunsten der Arbeitnehmer verschoben. Dadurch blieb die Pro-Kopf-Verteilung des Volkseinkommens konstant". /32, S. 32/ - Tatsächlich ist jedoch in diesem Zeitraum die strukturbereinigte Lohnquote (berechnet auf Basis 1955) von 60,7 % auf 58,4 % gesunken. Außerdem berücksichtigt dieser Vergleich nicht die Tatsache, daß 1954 ein Hochkonjunkturjahr war und 1968 ein Rezessionsjahr, die Quote 1954 also konjunkturell bedingt niedriger sein wird als die Quote 1968. Zum Vergleich: zwischen den aus konjunkturellen Gründen besser vergleichbaren Hochkonjunkturjahren 1955 und 1964 sank die bereinigte Lohnquote von 59,1 % auf 56,3 %, also um 3 Prozentpunkte (siehe Übersicht 6).

In diesem Zusammenhang muß auch die sehr verdienstvolle Rückrechnung der österreichischen Wirtschaftsergebnisse bis auf das Jahr 1913 erwähnt werden /33/, die erst langfristige konsistente Verteilungsvergleiche ermöglicht. Nach dieser Berechnung haben sich in der funktionellen Verteilung in den letzten sechzig Jahren gewaltige Änderungen ergeben: 1913 betrug die Lohnquote nur 51,0 %, nach dem Kriege stieg sie 1924 auf 57,2 %, sank dann und erreichte in der Wirtschaftskrise 1931 mit 61,6 % einen Höhepunkt. Im Jahr 1937 fiel sie auf 54,6 % und lag 1950 bei 55,3 %, von wo ab sie bis 1954 deutlich anstieg. Interessant ist auch, daß sich die Unselbständigenquote von 1913 bis ca. 1950 kaum veränderte (sie lag fast immer um ca. 63 - 64 %) und erst ab dann deutlich anzusteigen begann. Damit ergibt sich in der Entwicklung der Lohnquote und der Lohn-Einkommensrelation (siehe weiter unten) bis in die fünfziger Jahre hin kaum ein Unterschied. Bemerkenswert ist auch, daß die Lohnquote ihren höchsten Stand der Vorkriegszeit schon 1931 erreichte, also zwei Jahre vor dem absoluten Höhepunkt der Krise: die Verhandlungsposition der Gewerkschaften war unter dem Druck der langdauernden Arbeitslosigkeit und der Verschiebung der politischen Machtverhältnisse so geschwächt, daß die Lasten der sich noch verstärkenden Krise in zunehmendem Maße auf die Arbeiterschaft abgewälzt wurden /45, S. 25/. Hier waren also stärker als in anderen Konjunkturzyklen eher die Dauer und Stärke des Einbruches als sein Zeitpunkt für die konjunkturelle Entwicklung der Verteilung maßgeblich. Eine sehr detaillierte Darstellung der Entwicklung der Lohnquote in Österreich, die sich auf die vorgenannten Daten stützt, liefert M. Szecsi /45/. Vorliegende Studie führt Szecsis Ausführungen mit neuen Daten weiter und stützt sich in weitem Maße auf ihre Darstellungsweise, ohne ganz ihre Schlußfolgerungen zu übernehmen. Ein deutlicher Unterschied in der Interpre-

tation ergibt sich z.B. bei folgendem Punkt: Szecsi schließt auf eine Konstanz der funktionellen Anteile für Österreich, und zwar sowohl für den langen Zeitraum 1924/67 als auch für Teilperioden /45, S. 57/. Die Daten der letzten Jahre zeigen allerdings deutliche Anteilsverschiebungen und bestärken somit eher das Bild nicht langfristig gleichbleibender Anteile (siehe unten III.4).

Im Rahmen eines internationalen Vergleiches hat K. Rothschild /36/ die Verteilungsdaten einer Analyse unterzogen. Er zieht für Österreich folgende Schlußfolgerungen: Gemessen an Fünfjahresperioden ist der Lohnanteil von 1950 bis 1965 gestiegen, obwohl in einzelnen Jahren auch Rückgänge der Lohnquote zu verzeichnen waren. Für Österreich erklären die BNP-Wachstumsrate und das Wachstum der Verbraucherpreise ungefähr die Hälfte der Schwankungen in der Lohnquotenveränderung, wobei der (negative) Einfluß der Wachstumsschwankungen ungefähr drei Mal so groß ist, wie der der Inflationsrate. Rothschild rechnet den Selbständigen (ebenso wie Szecsi) ein Arbeitseinkommen zu und schließt, daß die Strukturänderungen zwischen Selbständigen und Unselbständigen den größten Beitrag zur Veränderung der Lohnquote seit Ende des Weltkriegs beigetragen hätten /36, S. 82/. Allerdings sei in Österreich die Lohnquote weniger gewachsen als man aus der Änderung der Erwerbstätigenstruktur hätte schließen können.

Schließlich ist noch eine Untersuchung verschiedener möglicher Verteilungskonzepte und der aus ihnen resultierenden Ergebnisse von K. Bayer /4/ zu nennen. Diese Arbeit zeigt, daß Aussagen über die funktionelle Verteilung sehr stark vom verwendeten Konzept der Lohnquote abhängen, ohne daß dies in den vorhandenen Publikationen deutlich genug gemacht wird. Als eine Schlußfolgerung erscheint,

daß mit dem passenden Verteilungs- bzw. Quotenkonzept praktisch jedes gewünschte Ergebnis produziert werden kann, daß aber in Österreich bis auf wenige Ausnahmen in den offiziellen Verteilungskommentaren die getroffenen Annahmen nicht transparent gemacht worden seien.

Eine ganz neue Arbeit von E. Streissler /44/ berechnet "reine Unternehmereinkommen" (unter Abzug eines Arbeitseinkommens für Selbständige in der Höhe des durchschnittlichenlohneinkommens) und kommt zu dem Schluß, daß sich diese Quote in den letzten zwanzig Jahren deutlich erhöht hätte, was der Autor auf das Wirken der Sozialpartnerschaft zurückführt.

II. Die Entwicklung der Einkommensarten in Österreich 1954-75

1. Lohneinkommen

Die volkswirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme umfaßt sämtliche Geld- und Naturalbezüge der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Soldaten und Lehrlinge, einschließlich Sonderzahlungen aller Art /32(1954-68), S.31/. Eingeschlossen sind die Lohnsteuern samt Zuschlägen und die Sozialversicherungsbeiträge (sowohl die von den Lohnabhängigen als auch die von den Unternehmen gezahlten Anteile) und die kalkulierten Pensionsansprüche der Beamten.

Von 1954 bis 1975 hat sich die volkswirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme um durchschnittlich 10,6 % pro Jahr erhöht, also stärker als das Volkseinkommen (9,5 % pro Jahr) - (siehe Übersicht 1). Damit hat sich natürlich auch die Lohnquote (gerechnet als Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Volkseinkommen) erhöht. Die Lohn- und Gehaltssumme hat im Beobachtungszeitraum kontinuierlich zugenommen, doch zeigen sich konjunkturelle Schwankungen in einer Zu-, bzw. Abnahme der Zuwachsraten. Die stärksten Steigerungen der Lohnsumme waren in den Jahren 1971 bis 1974 zu verzeichnen, aber auch 1955 bis 1957 und 1964 bis 1966 gab es hohe Zuwachsraten. Die geringsten Zuwachsraten fielen in die Jahre 1958/59 und 1967 bis 1969.

Es muß hier wiederholt werden, daß in den Lohneinkommen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch die Einkommen der angestellten Direktoren und Manager enthalten sind, die nicht nur Arbeitseinkommen darstellen dürften. Da diese Einkommen sich in der Verteilung innerhalb der Lohneinkommen an der Spitze der Skala befinden, kommt es bei einer Pro-Kopf Betrachtung zu einer Verzerrung, die die statistisch beobachteten Lohnanteile nach oben drückt. Eine Bereinigung ist jedoch aus statistischen Gründen - zumindest im Rahmen dieser Studie - nicht möglich.

Andererseits muß erwähnt werden, daß in der Einkommenskategorie "Einkommen aus Besitz und Unternehmung" auch Einkommen enthalten sind, die personell Lohnbeziehern zuzuordnen sind, also auch dort Verzerrungen vorkommen (Sparzinsen, Einkommen aus Vermietung, etc.) Von einer Kompensation dieser beiden Effekte kann jedoch keine Rede sein, da die an den Gewinneinkommen Beteiligten Unselbständigen auch wieder zu einem beträchtlichen Teil aus solchen Personen bestehen dürften, die funktionell Unternehmerfunktionen ausüben. Trotzdem dürfte der Anteil der an Gewinneinkommen beteiligten Lohnabhängigen mit steigendem Durchschnittseinkommen deutlich ansteigen. Diese Verzerrungen (Ergebnisse einer Querverteilung) sind jedenfalls bei der Interpretation von Ergebnissen der Verteilungsrechnung zu beachten.

2. Gewinneinkommen

Die österreichische Volkseinkommensrechnung disaggregiert die Gewinneinkommen ("Einkommen aus Besitz und Unternehmung") in folgende Teilgrößen: Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, Freie Berufe, Einkommen aus Besitz (aus Vermietung und Verpachtung, Kapitalvermögen und sonstige Einkünfte) und Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (einschließlich direkter Steuern). Die statistische Differenz, die sich aus Unterschieden zwischen Entstehungs- und Verteilungsrechnung ergibt, wird den Gewinneinkommen zugeschlagen /32(1954/68), S.8/.

Das österreichische Volkseinkommen wuchs zwischen 1954 und 1975 um durchschnittlich 9,5 % pro Jahr. Die Lohneinkommen stiegen in diesem Zeitraum um jährlich 10,6 %, die Gewinneinkommen um 7,6 %. Damit verschoben sich auch die Anteile: während 1954 der Gewinnanteil noch rund 41 % betrug, sank er bis 1975 auf rund 27 % (siehe Übersicht 5).

1954 betrug der Anteil der Gewinneinkommensarten an den gesamten Gewinneinkommen: aus Gewerbebetrieb 40 %, Land- und Forstwirtschaft 37 %, Unverteilte Gewinne 20 %, Freie Berufe 4 % und Einkommen aus Besitz 1 %. Bis 1974 änderten sich die Anteile stark: Gewerbebetrieb 44 %, Land- und Forstwirtschaft 14 %, Unverteilte Gewinne 23 % und Freie Berufe 7 %. (Für 1975 liegen noch keine Schätzungen vor.) Es zeigt sich also, daß alle Einkommensarten ihren Anteil auf Kosten der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft vergrößern konnten. Während z.B. die Einkommen aus Besitz, die allerdings 1954 fast nicht existent waren (249 Mill. S) im Durchschnitt um 24 % pro Jahr wuchsen, die Unverteilten Gewinne um 9,5 %, die Einkommen aus Freien Berufen um über 11,6 % und die Einkommen aus Gewerbebetrieb noch um 8,6 %, lag die Steigerung bei den landwirtschaftlichen Einkommen nur bei 2,5 % pro Jahr. (Alle diese Raten basieren auf nominellen Zahlen.)

Die Einkommen aus Landwirtschaft sind weniger konjunkturell abhängig als die anderen Einkommensarten: sie werden einerseits von klimatischen Bedingungen beeinflusst, andererseits von dem strukturellen Faktor der Landflucht. Letztere wird besonders deutlich in der Entwicklung der Zahl der Selbständigen (inklusive Mithelfende) in der Landwirtschaft, die 1954 noch 689.000 betrug, 1975 nur mehr ca 310.000 (siehe Übersicht 3a). Dies bedeutet für das Einkommen je Selbständigen in der Landwirtschaft folgendes: betrug es 1954 15.629 S jährlich (damit ungefähr die Hälfte des durchschnittlichen Gewinneinkommens und nur knapp über 70 % des durchschnittlichen Lohneinkommens), so stieg es bis 1974 zwar auf 59.400 S, was jedoch nur mehr knapp über 20 % des Gewinneinkommens je Selbständigen ausmachte und die Hälfte des durchschnittlichen Lohneinkommens. Die größten relativen Einkommenszuwächse wurden in der Land- und Forstwirtschaft 1973 (+ 22 %), 1961 (+ 20 %), 1972 und 1964 erzielt. Ein-

kommensschrumpfungen waren besonders kraß in den Jahren 1971 (-12 %), 1962 (- 11 %) und 1968 (- 11 %). Es sind hier 3-Jahreszyklen der Einkommensentwicklung zu beobachten, die Hand in Hand mit den Schwankungen der landwirtschaftlichen Produktion einhergehen /39/.

Deutliche konjunkturelle Schwankungen zeigen sich in der Entwicklung der Unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften. Schrumpfungen in den konjunkturschwachen Jahren 1958, 1961, 1967, 1971 und 1975 stehen starke Expansionen in den Aufschwungsjahren 1955-57, 1959-60, 1963, 1968-70, 1972 und 1974 gegenüber.

Auch die Einkommen aus Gewerbebetrieb zeigen trotz stetiger Expansion (mit Ausnahme 1962) konjunkturelle Schwankungen, die sich hier allerdings nur als Wachstumszyklen äußern. Kräftige Zunahmen dieser Einkommensart sind besonders in den jeweils ersten Jahren des Konjunkturaufschwungs sichtbar (1959, 1963, 1968, auch 1970). Die Entwicklung der Einkommen aus Gewerbebetrieb wird durch zwei gegenläufige Tendenzen bestimmt: expansiv wirkt die Entwicklung der großen Handels- und Industriebetriebe, die als Personengesellschaften geführt werden (deren Einkommen also nicht als "Unverteilte Gewinne" figurieren), kontraktiv hingegen die Entwicklung bei den kleinen Einmann- und Familienbetrieben. Weiters sind hier auch Nebenerwerbsbetriebe von Landwirten enthalten. Die Verteilung der Einkommen innerhalb dieser Einkommenskategorie weist deshalb eine sehr große Streuung auf, die sich im Laufe der Beobachtungsperiode noch vergrößert haben dürfte.

Überdurchschnittlich stieg das Einkommen aus Freien Berufen. Konjunkturelle Schwankungen zeigen sich hier kaum oder nur sehr undeutlich. Die höchsten Wachstumsraten waren in den Jahren 1957 und 1958 und in den letzten Jahren zu verzeichnen, die niedrigsten 1969 und 1962.

Keine konjunkturrell bedingten Schwankungen zeigt auch die Entwicklung der Einkommen aus Besitz. Da das Ausgangsniveau 1954 so niedrig war, zeigen die Anfangsjahre natürlich außergewöhnlich hohe Steigerungsraten, die sich ab Anfang der sechziger Jahre "normalisieren", aber immer noch fast durchlaufend sehr hoch bleiben (siehe Übersicht 1).

Die Definition der Gewinne (Einkommen aus Besitz und Unternehmung), die in der österreichischen Volkseinkommensrechnung gebraucht wird, weicht von dem Profitbegriff als Kapitaleinkommen in mehreren Beziehungen ab /1, S.344/: einerseits enthalten die Einkommen aus Besitz und Unternehmung Einkommensarten, die nicht Kapitaleinkommen sind: hiezu gehört der größte Teil der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft sowie ein Teil der Einkommen aus Gewerbebetrieb und Freiem Beruf. Weiters sind in dieser Kategorie Einkommensarten enthalten, die den Unternehmungen nur teilweise unbeschränkt zur Verfügung stehen (z.B. Rücklagen und Rückstellungen) /3/. Andererseits gibt es Profite, die nicht in der Volkseinkommensrechnung erfaßt werden (z.B. aus Bewertungsunterschieden resultierende Gewinne beim Verkauf von Sach- oder Finanzwerten, etc.), da sie keine "Leistungseinkommen" darstellen.

In einigen Verteilungsstudien ist der Versuch unternommen worden, zur Errechnung eines "reinen" Kapitaleinkommens den Selbständigen ein "Arbeitseinkommen" zuzurechnen und dieses von den Gewinneinkommen abzuziehen /24;36;44/. Diese Praxis ist auch international üblich, doch scheint sie artifizuell. Einerseits wirft sie unlösbare statistische Probleme auf (wie hoch ist das "Arbeitseinkommen der Selbständigen"), da je nach Zurechnungsmethode jedes gewünschte Ergebnis erzielt werden kann, andererseits scheint sie dem Autor vom Konzept her nicht wünschenswert: In der Frage der funktionellen Verteilung geht es hier doch um

die Trennung von Einkommen, die aus der freien Disposition von Produktionsfaktoren erzielt werden (Profiteinkommen), von solchen, die durch Vermarktung der Arbeitskraft erzielt werden (Lohneinkommen). Andere Autoren vertreten die Ansicht, daß die Berechnung eines solchen Arbeitseinkommens für Selbstständige berechtigt wäre, da ein großer Teil dieser Selbstständigen ähnliche ökonomische Tätigkeiten erfüllten wie z.B. angestellte Verkäufer, Arbeiter, etc. und in gleicher Weise das Marktangebot, Preise und Löhne beeinflussten /36;45/.

Es kommt uns hier aber nicht so sehr darauf an, ob z.B. ein Unternehmer selbst in seinem Betrieb "arbeitet" oder alle Funktionen an einen Manager delegiert, sondern auf das aus der unternehmerischen Tätigkeit resultierende Einkommen. In diesem Zusammenhang wird oft angeführt /6, S.188 ff/, daß ja auch die Einkommen der leitenden Angestellten, die in der Volkseinkommensrechnung als Bestandteil der Lohnsumme geführt werden, eigentlich Gewinneinkommen darstellen, da deren Träger unternehmerische Funktionen ausüben. Leider ist mangels statistischer Unterlagen diese Zurechnung nicht durchführbar. Bei der Interpretation von auf der offiziellen Volkseinkommensrechnung aufbauenden Verteilungsrechnungen ist jedenfalls auf die hier angeführten Qualifikationen Bedacht zu nehmen, wenn sie auch nicht quantitativ erfaßt werden können.

Trotz aller hier aufgeführten Unvollkommenheiten der Datenbasis in Österreich scheint es sinnvoll, Verteilungsrechnungen durchzuführen und die übliche Aufteilung in Lohn- und Gewinneinkommen beizubehalten. Hauptzweck der Studie wird aber dann, die in der österreichischen Volkseinkommensrechnung und anderen offiziellen Statistiken enthaltenen verteilungsrelevanten Daten über einen langen Zeitraum konsistent zu beleuchten und somit außer Streit zu stellen. Das heißt aber nicht, daß es nicht wünschenswert und sinn-

voll wäre, über dieses Datenmaterial hinausgehende Quellen und Schätzungen zu benutzen (besonders auf dem Sektor der Nicht-Lohneinkommen), um so weiteres Licht auf verteilungsrelevante Sachverhalte zu werfen. Solche weitergehenden Studien müssen zum jetzigen Zeitpunkt aber späteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

III. Entwicklung der Einkommensanteile 1954 - 75

1. Lohn- und Gewinnanteile der Gesamtwirtschaft 1954 - 75

Laut offizieller Volkseinkommensrechnung (VGR) stieg die Lohnquote von 1954 bis 1975 von 59,3 % auf 73,5 %, also um mehr als 14 Prozentpunkte. In dieser Zeitspanne können mehrere Einzelphasen unterschieden werden: bis einschließlich 1960 gab es kaum Bewegung in der LQ (Lohnquote), die Variationen waren minimal. Erst ab 1961 bis einschließlich 1968 ist ein stetiger Anstieg, von 59,0 % (1960) auf 66,2% (1967, 1968) festzustellen. Dann nahm die LQ wieder zwei Jahre lang ab, 1971 bis 1973 stieg sie wieder an, stagnierte 1974 und stieg 1975 sehr stark an (siehe Abb. 1). Dieses Muster scheint darauf hinzudeuten, daß die Entwicklung der LQ seit 1954 in Österreich nicht primär von konjunkturellen Gegebenheiten abhängt, sondern stärker durch andere Faktoren bestimmt wird. Sonst wäre die Konstanz der LQ in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre und die dann sehr rasche und kontinuierliche Zunahme in den sechziger Jahren, die doch auch konjunkturelle Schwankungen aufwies, nicht möglich. Daraus kann geschlossen werden, daß im Beobachtungszeitraum, und zwar zu Beginn der sechziger Jahre eine deutliche Änderung in den Verteilungsbedingungen eingetreten ist. Während in den späten fünfziger Jahren die Kapitalseite ungeachtet der Konjunkturlage ihren Anteil ausweiten konnte, gelang es der Arbeitnehmerseite erst ab 1960, verlorene Anteilsansprüche wieder zurückzuholen und die Lohnquote zu vergrößern. Dieses Muster spiegelt sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosenrate (siehe Übersicht 8), die 1961 erstmals unter die oft in der Literatur als Schwellwert bezeichnete Marke von 3% sank und dann nur mehr wenig fluktuierte. Von 1954 - 60 hatte die Arbeitslosenrate durchschnittlich 5,1 % betragen, danach "nur

mehr" 2,4%. Mit dieser Entwicklung dürfte eine Stärkung der Machtposition der Arbeitnehmer einhergegangen sein, die sich auch im Verteilungskampf äußerte. Dieses Muster entspricht auch dem in der Beiratsstudie "Untersuchung des Preis- und Kostenauftriebs" /5, S. 18/ erwähnten: Bis 1960 hätte es sich in Österreich um eine durch hohe Gewinne ausgelöste Nachfrageinflation gehandelt, danach erst seien Auswirkungen durch Kostenerhöhungen (besonders Löhne) spürbar geworden.

Erst in der Rezession 1967/68 verhielt sich die LQ wie allgemein konjunkturell erwartet, sie langte auf dem bisher höchsten Stand an; nicht jedoch, weil die Löhne so stark erhöht worden wären (Lohnsummensteigerung + 8,7 %, gegenüber + 9,7 % in den Jahren 1960 - 67 durchschnittlich), sondern weil aufgrund der Tarifverträge die Löhne langsamer auf Konjunkturunbrüche reagieren, als die variablen Gewinne (Lohn-lag-Hypothese) /7, S. 91/92/. Ebenfalls erwartungsgemäß fiel dann die LQ 1969 und 1970, erholte sich 1971 wieder, stieg nach einer Unterbrechung 1973 weiter und stagnierte 1974. In diesen letzten Jahren zeigte sich neuerlich, daß im frühen Konjunkturaufschwung die Gewinne den Löhnen vorausseilen und erst eine anhaltend gute Konjunkturlage (bzw. die Minirezession 1971) eine weitere Steigerung der LQ erlaubt. In der Rezession 1975 ließen dann die schon vorher ausgehandelten Kontrakteinkommen die Lohnsumme weiter steigen, was zu einer starken Erhöhung der LQ führte.

Hier ist allerdings auf die Strukturverschiebung bei den Erwerbstätigen hinzuweisen (siehe weiter unten). Um über den Beobachtungszeitraum abschätzen zu können, inwieweit die seit den sechziger Jahren erfolgte LQ-Steigerung nach der Stagnation in den fünfziger Jahren auf diesen Faktor zurückzuführen ist, wird die tatsächliche LQ mit einer hypothetischen verglichen, die die Verteilung eines Basisjahres konstant hält und nur die Variationen durch Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur enthält /45, S. 27/.

Diese hypothetische Lohnquote (siehe Anhang und Übersicht 6) zeigt in allen Beobachtungsjahren (bis auf 1975) höhere Werte als die tatsächliche. Das bedeutet: wenn die Verteilungsrelation des Jahres 1955^{*} über den ganzen Zeitraum hin konstant geblieben wäre und sich nur die Erwerbstätigenanteile verschoben hätten, hätten die Lohnquoten höher sein müssen. Besonders in den Jahren 1970 - 74 war der Unterschied zwischen hypothetischer und tatsächlicher Lohnquote eklatant (fast vier Prozentpunkte im Durchschnitt). Eine Rechnung, die auf einer Konstanthaltung der Verteilungsrelation des ersten Konjunkturzyklus in der Gesamtwirtschaft beruht, gibt folgende Resultate: Die hypothetische Lohnquote ist in den Jahren 1954, 1955, 1967 und 1975 niedriger als die tatsächliche, sonst immer höher, sie steigt auch von Jahr zu Jahr. Dies beweist, daß auch die breitere Basis eines ganzen Konjunkturzyklus die vorigen Ergebnisse nicht wesentlich verändert, höchstens leicht mildert: aufgrund der Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur hätte die Lohnquote bei Beibehaltung der Verteilungsrelation, die im Konjunkturzyklus 1954 - 58 geherrscht hat, in fast allen Jahren höher sein müssen als sie es tatsächlich war. Die Verteilung hat sich also über den gesamten Zeitraum hin zuungunsten der Löhne verschoben, wenn auch einzelne Jahre (die der stärksten Rezessionen) leichte Aufholbewegungen gebracht haben. Die relative Position der Lohnabhängigen hat sich somit in den letzten 20 Jahren in Österreich verschlechtert.

Dies kann weiter deutlich gemacht werden durch die Berechnung der Lohn-Einkommensrelation (r), (Übersicht 6), die sich aus der Division der Lohnquote durch den Unselbständigenanteil an den Erwerbstätigen (a) ergibt ($r = l/a$). Die Lohn-Einkommensrelation gibt also das Durchschnittseinkommen der Unselbständigen in Prozent der Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen an (siehe Anhang 1). Die

* 1955 war allerdings ein Hochkonjunkturjahr mit einer für ein solches Jahr charakteristisch "niedrigen" Lohnquote. Daher wurde eine Kontrollrechnung angestellt, die diesen Effekt ausschaltet (siehe weiter unten).

Lohn-Einkommensrelation, die einen besseren Maßstab für die Verteilung abgibt als die (unbereinigte) Lohnquote, ist in den Eckjahren der Untersuchung fast gleich hoch (siehe Übersicht 6). Die Entwicklung dieser Quote zeigt folgendes Muster: bis einschließlich 1960 sinkt sie ziemlich deutlich, ab 1961 zeigt sie keinen Trend mehr, sondern nur ziemlich ausgeprägte konjunkturelle (gegenzyklische) Schwankungen. 1975 zeigt sie eine extreme Steigerung, bedingt durch die extreme konjunkturelle Situation. Daß dieser relative Gewinn im letzten Jahr die besonders in den fünfziger Jahren erlittenen Verteilungsverluste der Unselbständigen nicht wettmachen konnte, wurde schon anhand eines Vergleichs zwischen hypothetischer und tatsächlicher Lohnquote gezeigt (siehe auch Abbildung 1a: die Flächen, in denen die tatsächliche über der hypothetischen Quote liegt, sind weit kleiner als die, in denen das umgekehrte Verhältnis herrscht).

Der Berechnung der Lohn-Einkommensrelation entspricht die Errechnung der Gewinn-Einkommensrelation (s). Die in der Einleitung vorgebrachten Warnungen gegen die personelle Zuordnung von Einkommensarten kommen hier zum Tragen. Diese Relation zeigt das Durchschnittseinkommen der Selbständigen in Prozent des Durchschnittseinkommens je Erwerbstätigen (Übersicht 6). Die G-E-Relation in Österreich stieg von 117,6 % im Jahre 1954 auf einen Wert von 180,3 im Jahre 1974 und fiel 1975 auf 154,1. Bis auf die Jahre 1958, 1962, 1966, 1967 und 1971 und 1975 stieg sie kontinuierlich an. Da sie das Pendant zur L-E-Relation darstellt, ist sie auch von denselben Faktoren beeinflusst (der Entwicklung der Gewinnquote und der Veränderung in der Erwerbstätigenstruktur). Diese Zahlen besagen, daß das durchschnittliche Gewinneinkommen je Selbständigen 1954 1,2 mal und 1974 1,8 mal so hoch war wie das durchschnittliche

Volkseinkommen je Erwerbstätigen. Besonders in den letzten drei Beobachtungsjahren (außer 1975) waren sehr starke Zunahmen dieser Quote zu beobachten. Aus der Gewinn-Einkommensrelation und der Lohn-Einkommensrelation läßt sich ein Quotient bilden, der angibt, um wievielfach das Durchschnittseinkommen der Selbständigen höher war als das der Unselbständigen. Diese Quote (S/r) wies im Jahre 1954 eine Höhe von 1,30 auf, die sich im Laufe der folgenden 20 Jahre dann auf 2,18 steigerte (1975 lag der Wert wieder bei 1,74). Dies zeigt also, daß die Gewinneinkommen je Selbständigen in diesem Zeitraum deutlich stärker zunahm als die Lohneinkommen je Unselbständigen. Im Zeitverlauf nahm die s/r Relation fast ständig zu, mit Ausnahme der Jahre 1961/1962, 1966/67, 1971 und 1975. Das bedeutet wieder, daß nur in den Jahren konjunktureller Tiefpunkte kurzfristige Einbrüche in die permanente Steigerung der Gewinn/Lohn-Relation möglich waren. Bei diesen Berechnungen ist auch zu beachten, daß diese um die Zahl der Mithelfenden, die zu den Selbständigen gezählt werden, verzerrt sind, die G-E-Relation bzw. s/r also zu niedrig ausweisen. Schätzungen für die BRD haben ergeben, daß die Eliminierung der Mithelfenden s/r verdoppeln würde und die Eliminierung des Landwirtschafts-sektors und der Mithelfenden zu einer Vervierfachung der ursprünglichen Gewinn-Lohnrelation (s/r) führen würden. /15, S. 20, Tabelle 7/. Für Österreich kann ein Teil dieses Effektes durch die Errechnung eines "marktwirtschaftlichen Sektors" offengelegt werden. *)

*) Weitere Probleme bei dieser Zuordnung von Einkommensarten zu sozialen Gruppen ergeben sich für Österreich durch Änderungen institutioneller Art (etwa die Anmeldung von 30.000 bis 40.000 mithelfenden Ehefrauen als Unselbständige im Jahre 1974, die Problematik von Unselbständigen mit mehreren Lohnsteuerkarten, etc.) sowie durch die starke Streuung besonders, aber nicht nur bei den Gewinneinkommen: die Abwanderung eines unterdurchschnittlich verdienenden Selbständigen zu den Unselbständigen erhöht etwa automatisch das Durchschnittseinkommen der ersten Gruppe.

2. Einkommensanteile im "Marktsektor"

Zwei Sektoren der Gesamtwirtschaft stören globale Verteilungsmaße besonders deutlich: der öffentliche Sektor und die Land- und Forstwirtschaft. Der öffentliche Sektor einmal aus dem Grund, daß die dort entstehenden Einkommen nicht originär entstehen, sondern da sie aus Steuern, etc. finanziert werden, erst Resultat sekundärer Verteilungsprozesse (über die öffentliche Hand) sind /45, S.11; 6, S.89/ und zweitens, weil es in diesem Sektor aus Definitionsgründen kein Profit-Lohnverhältnis geben kann, da die gesamten Einkommen aus diesem Sektor Lohneinkommen sind. Verteilungskämpfe im üblichen Sinne spielen sich daher hier nicht ab.

Der zweite Problemsektor ist die Landwirtschaft. Sie ist deswegen für Verteilungsbetrachtungen problematisch, weil gerade in diesem Sektor eine Trennung zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen kaum möglich ist: rein rechnerisch ergibt sich nämlich bei der Landwirtschaft ein so geringes Einkommen je Erwerbstätigen, daß bei Zurechnung des Durchschnittslohns ein negatives Kapitaleinkommen resultiert. In der globalen Betrachtung müßte dann diese negative Quote von anderen Sektoren kompensiert werden, was ökonomisch sinnlose Resultate ergibt /45, S.11.

Aus diesem Grunde wurde eine neue Verteilungsrechnung erstellt, die nur den privaten Sektor ohne Land- und Forstwirtschaft erfaßt. In diesem Sektor wird der größte Teil der kapitalistischen Produktionsverhältnisse realisiert, hier werden Verteilungsfragen akut. Im weiteren wird dieser Sektor als "Marktsektor" oder "marktwirtschaftlicher Sektor" bezeichnet. Er enthält immer noch Teilbereiche, die nicht rein marktwirtschaftlich organisiert sind wie z.B. die öffentlichen Versorgungsbetriebe und Bundesbetriebe (z.B. ÖBB, Post- und Telegraphenverwaltung etc.). Aus Datengründen war es aber bisher noch nicht möglich, diese Bereiche

herauszulösen. Rein rechnerisch wurde das "Marktwirtschaftliche Volkseinkommen" errechnet, indem der Beitrag zum Volkseinkommen des Öffentlichen Dienstes (vermindert um die Amortisation öffentlichen Vermögens) und der der Landwirtschaft (unter Berücksichtigung der Einkommen der Bundesforste) errechnet und vom in der VGR ausgewiesenen Volkseinkommen abgezogen wurden (siehe Übersicht 2). Die Einkommen der direkt und indirekt verstaatlichten Betriebe sind also noch enthalten.

Die resultierende Unselbständigenquote ist weit höher als die globale, steigt jedoch im Beobachtungszeitraum weniger stark (von 81,1 % auf 89,9 %, gegenüber 65,4 % auf 82,8 % der Globalquote) (Übersicht 3b). Der Anstieg der privaten Beschäftigtenquote geht hauptsächlich auf die Steigerung der Unselbständigen (von 1,5 Mill. auf 2,1 Mill.) zurück; die Zahl der Selbständigen im gewerblichen Sektor nahm weniger stark ab als in der Landwirtschaft (von 357.000 auf 237.000; siehe Übersicht 3a).

Die Entwicklung der Markt-Lohnquote (l_p) weist einen ganz anderen Verlauf auf als die der globalen. Sie stieg über den gesamten Zeitraum nur relativ wenig (von 63,7 % 1954 auf 65,3 % im Jahre 1974 und auf 70,5 % 1975), weist aber viel größere Schwankungen auf (siehe Übersicht 7). A priori ist eine stärkere konjunkturelle Schwankungsbreite zu erwarten, da ja der marktwirtschaftliche Sektor konjunkturanfälliger ist als der öffentliche und auch als die Landwirtschaft, deren Entwicklung eher anderen Bedingungen unterliegt.

Die Markt-Lohnquote sinkt tendenziell bis 1960 (tiefster Wert des gesamten Beobachtungszeitraumes: 58,9 %) und steigt dann zuerst sehr kräftig, danach nur mehr sehr langsam bis

1964, um dann bis 1967 wieder sehr deutlich zuzunehmen. Ab dem Konjunkturanstieg 1968 fällt die Lohnquote kontinuierlich bis 1970 und steigt dann wieder zuerst recht deutlich, dann langsamer wieder auf das Niveau von 1967 zurück und springt 1975 hoch. Die Beobachtung starker antizyklischer Schwankungen entspricht dem erwarteten Bild /24, S.34; 8, S.3 ff; 42, S.237; 38, S.133 f/.

Ab der Mitte der sechziger Jahre zeigt sich ein Verlauf, der dem der globalen Lohnquote sehr ähnlich ist, wenn die Markt-Quote auch im Niveau deutlich zurückbleibt. Die Unterschiede können durch die in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich gestiegenen Beamtenegehälter erklärt werden sowie durch die zurückgehende Bedeutung der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft. Die Berechnung der Lohn-Einkommensrelation (r_p) für den Marktsektor zeigt, daß auch deren Niveau tief unter dem für die Gesamtwirtschaft errechneten liegt: 1954 betrug sie 78,5 %, sank im Laufe der Jahre auf einen Wert von 72,6 % im Jahre 1974 und stieg auf 78,4 % 1975. Die stärkere konjunkturelle Beeinflussung des privaten Sektors zeigt sich auch daran, daß r_p stärker schwankt als r . Trotz des bis 1960 sinkenden und dann stationären Trends in der Pro-Kopf Quote zeigen sich in den Jahren um die Konjunkturtiefpunkte zum Teil sehr kräftige Steigerungen. Im Durchschnitt der Jahre machte das Einkommen je Unselbständigen etwas weniger als drei Viertel des Durchschnittseinkommens je Erwerbstätigen aus.

Die Berechnung der hypothetischen Lohnquote des privaten Sektors (l_p^*), bei der von der Fiktion ausgegangen wird, daß die Lohn-Einkommensrelation des Basisjahres (1955) konstant geblieben ist und alle Änderungen der Lohnquote nur auf Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur zurückgehen, zeigt, daß diese auch für den privaten Sektor in fast jedem Beobachtungsjahr höher liegt als die tatsächliche (bis auf

1967 und 1975), und vor allem, daß sie kontinuierlich steigt. Um Konstanz zu 1955 herzustellen, hätte 1974 die Lohnquote um drei Prozentpunkte über dem tatsächlich erreichten Wert liegen müssen. Diese Aussage hängt allerdings von der Wahl des Basisjahres ab. Verwendet man die Verteilungsrelation des Konjunkturzyklus 1954-58 als Basis, dann war die hypothetische Lohnquote 1954, 1967 und 1975 niedriger als die tatsächliche. In allen anderen Jahren lag sie höher. Unabhängig vom Basisjahr zeigt sich also auch im Marktsektor über die letzten 20 Jahre eine Veränderung der Verteilungsrelation, da allein die Verschiebungen in der Erwerbstätigenstruktur höhere Lohnquoten hätten bringen müssen (abgesehen von den Rezessionsjahren 1967 und 1975).

Die der Lohn-Einkommensrelation entsprechende Gewinn-Einkommensrelation des Marktsektors (s_p) steigt von 192,1 % im Jahre 1954 auf 292,1 im Jahre 1975. Das bedeutet, daß das durchschnittliche Einkommen je Selbständigen 1975 dreimal so hoch war wie das Durchschnittseinkommen je Erwerbstätigen. Hier zeigt sich sehr deutlich der Effekt der Eliminierung der Landwirtschaft aus der Rechnung: 1975 war die gesamtwirtschaftliche Gewinn-Einkommensrelation bei 154 % gelegen. Noch krasser wird der Unterschied zwischen Gesamtwirtschaft und Marktsektor, wenn man das durchschnittliche Profiteinkommen mit dem durchschnittlichen Lohneinkommen vergleicht: diese Relation betrug im Marktsektor 1954 2,5 (gesamt: 1,4), im Jahre 1975 war sie auf 3,1 (global: 1,8) gestiegen. Im Marktsektor war also 1975 das durchschnittliche Gewinneinkommen je Selbständigen fast viermal so hoch wie das durchschnittliche Lohneinkommen je Unselbständigen, 1974 sogar 4,7 mal (siehe Übersichten 6 und 7).

3. Komponenten der Änderung der Lohnquote

In der Gesamtwirtschaft ist die Lohnquote zwischen 1954 und 1975 von 59,3 % auf 73,5 % gestiegen. Der Vergleich dieser beiden Jahre ist allerdings durch deren unterschiedliche Stellung im Konjunkturzyklus beeinflusst: 1954 ist ein Aufschwungsjahr, damit ein Jahr einer relativ "niedrigen" LQ, 1975 ein Rezessionsjahr und damit ein Jahr einer "hohen" Lohnquote. Zu bedenken ist auch noch, daß 1954 ein atypisches Jahr mit einem nicht vergleichbaren Ergebnis insofern ist, als durch die Nichteinbeziehung der USIA-Gewinne bis einschließlich 1954 die Lohnquote in diesem Jahr zu hoch ausgewiesen ist.

Wie schon erwähnt (siehe auch Anhang), setzt sich die Änderung der Lohnquote aus der Änderung der hypothetischen Lohnquote (also jener Quote, die unter der Fiktion einer konstanten L-E-Relation errechnet ist, wobei Änderungen nur auf Änderungen in der Beschäftigtenstruktur zurückgehen) und der strukturbereinigten Lohnquote (die unter der Annahme einer seit dem Basisjahr konstanten Quote der Unselbständigen an den Erwerbstätigen errechnet ist, deren Änderungen also Änderungen in der L-E-Relation zeigen) zusammen.

Die empirische Betrachtung zeigt (dazu Übersicht 9), daß die hypothetische Lohnquote der Gesamtwirtschaft (l^x) in jedem einzelnen Jahr steigt, daß also schon aufgrund der permanenten Steigerung im Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen die Lohnquote steigen mußte. Besonders stark sind diese Steigerungen in den Jahren 1971, 1972 und 1973, also den Jahren stärksten Fremdarbeiterzustromes. Vom gesamten Zuwachs der Lohnquote von 14,2 Prozentpunkten gehen über 100 %, nämlich 15,8 Prozentpunkte auf die Zunahme der Unselbständigenquote zurück (immer unter der

Annahme, daß die vorgenommene Komponentenerlegung, die davon ausgeht, daß Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur unabhängig von Änderungen in der L-E-Relation sind, gültig ist). Über den gesamten Zeitraum übt die L-E-Relation sogar einen negativen Einfluß auf die Lohnquotenänderung aus (-1,2 Punkte), da sie ebenso wie die bereinigte Lohnquote bis einschließlich 1960 zurückgeht (im letztgenannten Jahr um 1,7 Punkte). Bis auf die Hochkonjunkturjahre 1955 und 1960 wurde der negative Einfluß der fallenden L-E-Relation auf die Lohnquote durch die Zunahme, die von der Änderung der Erwerbstätigenstruktur ausging, mehr als kompensiert, d.h. die Lohnquote stieg trotz fallender L-E-Relation leicht an (in den Hochkonjunkturjahren allerdings war der negative Effekt der fallenden L-E-Relation stärker). 1961 und 1962 ging von der L-E-Relation ein positiver Effekt aus, dann bleibt er drei Jahre lang neutral; ab dem Aufschwung 1968 ist der Effekt negativ, mit Ausnahme von 1971 und 1975, wo die L-E-Relation sehr deutlich stieg.

Ein etwas anderes Bild wird bei der marktwirtschaftlichen Lohnquote sichtbar: Sie änderte sich von 1954 auf 1975 von 63,7 % auf 70,5 %, stieg also um 6,8 Prozentpunkte. Da sie nur aufgrund von Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur um 6,9 Punkte hätte steigen müssen (Änderung der hypothetischen Lohnquote), blieb über den gesamten Zeitraum gesehen der Einfluß von Änderungen der L-E-Relation neutral (ohne 1975 wäre er deutlich negativ gewesen: - 5 Punkte). Von der Änderung der Erwerbstätigenstruktur und der L-E-Relation gehen also sogar über den gesamten Zeitraum (bis auf 1975) hin konträre Effekte aus. Die Änderung der Erwerbstätigenstruktur trug von Jahr zu Jahr ziemlich wenig, aber doch recht gleichmäßig positiv zur Lohnquotenänderung bei (Ausnahme 1967). Der stärkste positive Beitrag fiel auf

das Jahr 1973, das auch das Jahr des stärksten Lohnquotenwachstums war. Der Beitrag der Änderung der L-E-Relation ist meist negativ oder neutral, in den Jahren 1961, 1966 und 1967, 1971, 1973 und 1975 ist er stark positiv. Besonders starke negative Beiträge gab es 1955, 1959 und 1970, also immer in Aufschwungs- oder Hochkonjunkturjahren. Im marktwirtschaftlichen Sektor wurde der deutlich quotensenkende Einfluß der Änderung der L-E-Relation nur knapp und weniger oft als in der Gesamtwirtschaft durch den quotenerhöhenden Einfluß der Strukturänderung bei den Erwerbstätigen wettgemacht.

4. Zur zeitlichen Variabilität der funktionellen Verteilung

Der hier gewählte Beobachtungszeitraum von 21 Jahren deckt Perioden mit sehr variierender Verteilungsentwicklung. Grundsätzlich sind mehrere Periodenabgrenzungen möglich:

- a) Zweiteilung der Periode nach der Höhe der Arbeitslosenrate: In einer Machttheorie der Verteilung /z.B. 10/ ist die Arbeitslosenrate von zentraler Wichtigkeit für die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer. Im Jahre 1961 sank sie erstmals deutlich unter die 3%-Marke und blieb dann bis heute darunter. Von 1954 bis 1960 hatte die Arbeitslosenrate durchschnittlich 5,1 % betragen, ab 1961 durchschnittlich 2,4 % (siehe Übersicht 8).
- b) Konjunkturzyklen: Die Beobachtungsperiode umfaßt ziemlich genau vier Konjunkturzyklen: 1954-58, 1959-62, 1963-67 und 1968-75. Jeder dieser Zyklen beginnt mit einem Aufschwungsjahr und läuft bis in das nächste Rezessionsjahr. Die Datierung erfolgt nach G. Tichy /47, S. 42/.
- c) Investitionszyklen: Der Beobachtungszeitraum schließt neben den erwähnten Wachstumszyklen sehr verschieden starke Investitionszyklen (besonders, aber nicht nur

bei den Industrieinvestitionen) ein: Dem Investitionsboom von 1954 bis 1961 folgt die relative Stagnationsphase (in der Gesamtwirtschaft) bis 1969, auf die wieder eine dreijährige Investitionsexplosion (1970-72) folgt; die letzten drei Jahre sind wieder durch relativ schwache Investitionen gekennzeichnet. Da die Stärke der Investitionsausweitung nach der Kreislauftheorie ein bedeutender Einflußfaktor der Einkommensverteilung ist, werden auch diese Variationen untersucht /siehe z.B. 46; 27/.

- d) Mittelfristiger Trend: Hier wird untersucht, wie sich die Verteilung über den gesamten Zeitraum entwickelt hat und inwieweit sich eine Konstanz der Lohnquote, die oft in der Literatur behauptet wurde /z.B. 23, S.48/49; 26, S.14/15; 43, S.121 f; 20, S.72/73; 19, S.175/, für die österreichischen Daten nachweisen läßt.

Bei diesen Vergleichen kommt es stärker als auf die Betrachtung der globalen Lohnquoten auf die Entwicklung der strukturbereinigten Quoten an, da hier eher die Aufteilung von Einkommen auf soziale Gruppen im Vordergrund steht, die (unabhängig von der Struktur der Erwerbstätigen) die Höhe der Investitionsquote bestimmt und von dieser beeinflusst wird.

Die bereinigte Lohnquote der Gesamtwirtschaft hat sich von 57,7 % in der Periode 1955-60 auf 56,9 % in der Periode 1961-75 abgeschwächt, die Lohn-Einkommensrelation von 86,3 % auf 85,0 %. Im Marktsektor sind die Unterschiede zwischen den beiden Perioden überhaupt nicht mehr existent: die bereinigte Lohnquote 1955-60 betrug 60,5 %, 1961-75 60,3 %, die L-E-Relation im ersten Zeitraum durchschnittlich 73,6 %, im zweiten 73,3 %.

Diese Daten beweisen, daß die Erreichung der Vollbeschäftigung und ihre Beibehaltung seit Beginn der sechziger Jahre

kaum einen Einfluß auf die relative Position der Unselbständigen hatte: die Steigerung in der globalen Lohnquote geht ausschließlich auf die Zunahme des Unselbständigenanteils an den Erwerbstätigen zurück und nicht auf eine Verbesserung der relativen Einkommensposition der Unselbständigen. Die ganz leichte Verschlechterung in der Gesamtwirtschaft könnte sogar zur Vermutung Anlaß geben, daß die Steigerung der globalen Lohnquote mit einem leichten Absinken der relativen Einkommensposition der Unselbständigen erkauft wurde, bzw. das Ziel der Steigerung der relativen Durchschnittseinkommen dem der globalen Lohnanteilssteigerung untergeordnet wurde. Die Daten für den marktwirtschaftlichen Sektor widersprechen dieser Vermutung nicht, erhärten sie allerdings auch nicht.

Bei der Aufteilung in Konjunkturzyklen (siehe Übersicht 10), die sich teilweise mit der vorangegangenen Aufteilung überlappt, zeigt sich, daß die bereinigte Quote der Gesamtwirtschaft von 58,7 % im ersten Zyklus auf 56,5 % im zweiten sank, dann auf 57,1 % im dritten anstieg und wieder leicht auf 56,8 % im vierten Zyklus zurückfiel. Die durchschnittlichen Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft in den Konjunkturzyklen hatten folgendes Muster: 6,9 %, 4,8 %, 4,2 % und 4,6 %. Verglichen mit den bereinigten Lohnquoten zeigt sich eine gegenläufige Bewegung, d.h. abgesehen vom ersten Zyklus, der von einem außergewöhnlich starken Wirtschaftswachstum und einer sehr hohen Lohnquote gekennzeichnet war, gehen Steigerungen in der bereinigten Lohnquote mit geringeren Wachstumsraten einher. Im Marktsektor gibt es keine Entwicklung dieser Art: hier fällt die bereinigte Lohnquote von 62,2 % im ersten Zyklus auf 58,6 % im zweiten, steigt dann auf 60,4 % im dritten und stagniert auf 60,5 % im vierten Zyklus. Hier zeigt sich also kein systematischer Einfluß des Wirtschaftswachstums auf die Einkommensverteilung. Diese Daten weisen deutlich in die Richtung, daß

Wirtschaftswachstum als solches nicht Verteilungsprobleme lösen kann. Sein Einfluß auf die pro-Kopf-Verteilung zwischen Selbständigen und Unselbständigen ist bestenfalls neutral bis leicht negativ. Ähnliches wurde schon für die Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen /14, S.261/.

Für den Einfluß der Investitionszyklen auf die Verteilung muß auch die globale Lohnquote untersucht werden (siehe Übersicht 10): im ersten - starken - Investitionszyklus 1954-61 liegt die durchschnittliche globale Lohnquote für die Gesamtwirtschaft bei 59,7 %, im schwachen Zyklus 1962-69 bei 63,8 % und in der folgenden Boom-Phase 1970-72 bei 65,8 %. Inwieweit die Investitionsabschwächung der letzten drei Jahre in das Bild der übrigen drei Zyklen paßt, ist nicht klar; die Gründe für die Stagnation der Investitionen dürften jedoch von denen der ersten Stagnationsphase verschieden sein /2, S.456 ff/. Die durchschnittliche Lohnquote dieser Periode lag bei 70,2 %. Das aus der Kreislauftheorie zu erwartende Bild, daß nämlich Perioden kräftiger Investitionsausweitungen mit solchen deutlicher Gewinnquotensteigerungen einhergehen, wird zumindest trendmäßig ab dem Jahre 1961 bestätigt. Eindeutig besser trifft es auf die Entwicklung der bereinigten Lohnquoten zu, die ab 1961 genau das erwartete Muster zeigen: höhere Quoten in den Stagnationsphasen der Investitionen, eine niedrigere in der Boom-Phase 1970-72. Ganz eindeutig entspricht die Entwicklung bei den Lohnquoten im Marktsektor der Kreislauftheorie: die globalen Quoten (und abgeschwächt die bereinigten Quoten) sind höher während der Stagnationsphasen und niedriger während der Boom-Phasen.

Es entspricht unseren Erwartungen, daß der sogenannte Marktsektor, in dem ja Verteilungskämpfe direkt ausgetragen werden, stärker auf rein ökonomische Einflüsse reagiert als

die Gesamtwirtschaft, in der einerseits der direkte Einfluß des Staates bei den öffentlichen Gehaltsverhandlungen, andererseits die Einkommensverteilungsentwicklung in der Landwirtschaft eher anderen Gesichtspunkten (vielleicht institutioneller Art) folgt. Diese Ausführungen verdeutlichen auch die Rolle der Investitionsförderung des Staates in ihrem Einfluß auf die Verteilungsrelationen im marktwirtschaftlich organisierten Sektor der österreichischen Volkswirtschaft.

Es verbleibt noch die Aufgabe, die Variabilität der Lohnquote über den gesamten Zeitablauf hin zu untersuchen, d.h. festzustellen, ob die Quoten im Zeitverlauf konstant waren oder einer trendmäßigen Entwicklung gefolgt sind. Grundsätzlich muß vorausgeschickt werden, daß sehr starke Änderungen in den Verteilungsrelationen wegen des großen Gewichts der Löhne im Volkseinkommen nicht zu erwarten sind, wenn auch die Lohnsumme sich ändert /34/. In der Neoklassik wurde oft die These von der Konstanz der LQ aufgestellt: aus der Grenzproduktivitätstheorie läßt sich bei neutralem technischem Fortschritt und bei Konstanz der Machtverhältnisse auf den Güter- und Arbeitsmärkten eine konstante Lohnquote ableiten /25; 17/. Auch aus kreislauftheoretischen Erklärungsmodellen kann sich Konstanz der Lohnquote entweder als absolute Konstanz oder als Resultat einander kompensierender Einflüsse einzelner Einflußvariablen ergeben: bei konstanter Investitionsquote und der Annahme konstanter Sparneigungen für Unselbständige und Selbständige kann eine konstante LQ abgeleitet werden /z.B. 20; 27/. Nach Kalecki kann sich die LQ durch Änderungen im Monopolisierungsgrad (negativ korreliert mit LQ) und eine Änderung im Rohstoff-Lohnkostenverhältnis (ebenfalls negativ korreliert) verändern. Beide Effekte können gleichzeitig auftreten und einander kompensieren, ohne daß hierfür

eine besondere Gesetzmäßigkeit gegeben sein müßte /21; 28/. Weiters ist zu beachten, daß die These von der mittel- und langfristigen Konstanz der Lohnquote häufig als ideologische Waffe gebraucht wird, um so die Unmöglichkeit der Durchsetzbarkeit von Veränderungen in den Verteilungsrelationen als "ökonomisches Gesetz" zu manifestieren /34/. Diese Schlußfolgerung ist insofern falsch, als sie das mögliche Ergebnis eines Prozesses so darstellt, als ob dieses auch ohne den vorhergegangenen Prozeß (nämlich den Verteilungskampf) ebenso ausgefallen wäre. Abgesehen von dieser Argumentation ist jedoch die Frage nach der Konstanz vom ökonomischen Standpunkt aus irrelevant.

Die österreichischen Daten zeigen folgendes Ergebnis: Zusätzlich zu den schon besprochenen zyklischen Schwankungen der Lohnquote in der Gesamtwirtschaft weist diese auch einen mittelfristigen Trend auf, der statistisch signifikant ist ($LQ = 54,45 + 0,50 t$; $r^2 = 0,90$). Ein ähnliches Ergebnis wird auch von anderen Autoren für andere Länder errechnet /z.B. 40; 34/. Im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre ist die Lohnquote der Gesamtwirtschaft also um einen halben Prozentpunkt gestiegen. Nicht ganz so deutlich, aber positiv ist die Trendbehaftung bei der Lohnquote des Marktsektors ($b = 0,15$).

Statistisch signifikant ist auch der negative Trend der L-E-Relation der Gesamtwirtschaft ($b = -0,15$), im Marktsektor allerdings ist der geschätzte Koeffizient nicht von 0 verschieden.

Eine Trendbehaftung der österreichischen Verteilungsdaten kann also mit Ausnahme der Lohnquote der Gesamtwirtschaft statistisch weder eindeutig bejaht noch verneint werden. Als wichtiger als die Frage nach der Trendbehaftung bzw. Konstanz der Lohnquoten haben sich oben die nach den Einflüssen auf die Lohnquote erwiesen.

5. Produktivitätsentwicklung und Einkommensverteilung (siehe hierzu auch Anhang 2)

In der BRD wurde lange Zeit die Orientierung der Lohnsteigerungen an der Produktivitätsentwicklung, also eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, verfochten /siehe 18/. Später wurde dann das Konzept auf eine "kostenniveauneutrale" Lohnpolitik erweitert. Diese Konzepte sollen gesamtwirtschaftliche Stabilität sichern, d.h. die Einkommens- bzw. Lohnpolitik wird Stabilitätskriterien untergeordnet /11, S.82/. Die Verteilungskonzeption stellt kein gleichrangiges wirtschaftspolitisches Ziel dar, sondern ein abgeleitetes, untergeordnetes /siehe z.B. 14/. Ist die Wachstumsrate der Arbeitskosten als Differenz der Wachstumsraten des Lohnsatzes und der Arbeitsproduktivität gegeben (siehe Anhang 2 zur Formalisierung dieser Zusammenhänge), so müßte zur Durchsetzung eines Umverteilungsanspruches der Lohnsatz über die Zunahme der Arbeitsproduktivität hinaus erhöht werden. Erfolgreich ist diese Strategie nur, wenn die Unternehmer diese Steigerungen nicht durch Preiserhöhungen kompensieren (die Veränderung der Lohnquote ist definitionsgemäß gleich der Differenz zwischen der Veränderung der Arbeitskosten und der Preise /siehe 11, S. 83/). Das bedeutet, daß die Unternehmer an der Beibehaltung des Status quo interessiert sind, wenn sie eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik vertreten. Als Lohnleitlinie folgt daraus, daß zur Sicherung der Preisniveaustabilität die Löhne nur im Ausmaß der Produktivitätssteigerung wachsen dürfen, wenn alle anderen Inflationsursachen ausgeschaltet sind. Eine solche Politik führt also zur Aufgabe eines Umverteilungsanspruches, da sie eine Konstanz der Lohnquote anstrebt: die Stabilisierung der Gewinne erfolgt durch Lohnpolitik (siehe Anhang 2).

Etwas weiter geht das Konzept der "kostenniveauneutralen" Lohnpolitik, in der die Löhne Lückenbüßerfunktion nicht nur für die Gewinne, sondern für die gesamte Stückkostentwicklung übernehmen /13, S. 142/. Preisniveaustabilisierung wird hier also durch Kostenniveaustabilisierung verfolgt, wie im JG 1964/65, Ziff. 248 deutlich ausgeführt wird /18/. Die zugrunde liegende formale Konzeption lautet, daß die Wachstumsrate der Stückkosten gleich wäre der Differenz der Wachstumsraten der Preise minus der Gewinnmarge /31/ (siehe auch Anhang 2). Als Lohnleitlinie bedeutet dies, daß, wenn alle anderen Inflationsursachen ausgeschaltet sind, die Wachstumsrate der gesamten Stückkosten der der Preise entsprechen sollte. Diese Politik entspricht nur dann der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, wenn die Kapitalkosten je Produkteinheit konstant bleiben und die Erwerbstätigenstruktur sich nicht verändert. Da letztere sich zu den Unselbständigen hin verändert, könnten die Löhne stärker steigen als die Produktivität. Ein Steigen der Kapitalkosten hätte jedoch nach dieser Konzeption einen negativen Einfluß auf die Lohnsteigerungen. Die Berechnung der Kapitalkosten je Produkteinheit (bei deren Sinken die Löhne stärker steigen könnten) ist jedoch praktisch unmöglich /11, S. 87/. Bei Vernachlässigung dieses Effekts läuft die Lohnleitlinie auf eine Stabilisierung der strukturbereinigten Lohnquote hinaus. Da diese in der BRD wie in Österreich sinkt, war also der Anstieg der unbereinigten Quote stabilitätskonform. Grundsätzlich sind Lohnleitlinien der obigen Art nur mittelfristig möglich, da ja während des Konjunkturzyklus weder das geforderte monetäre Gleichgewicht, noch gegebene Wettbewerbsbedingungen existieren (Voraussetzungen des Sachverständigenrates für eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik, JG 1964/65, Ziff. 248). Gewinnmargen, Preisniveau und Stückkosten schwanken über den Konjunkturzyklus, wobei destabilisierende lags (Lohn-lag-Hypothese) vorherrschen /11, S. 90/. In der ersten Aufschwungsphase

steigt die Produktivität immer stärker als die Löhne (Preis-Kosten-Schere), während in der Hochkonjunktur die Entwicklung sich umkehrt.

Der Sachverständigenrat ist mit Giersch /12, S. 156/ der Meinung, daß die destabilisierende Wirkung von Verteilungskämpfen auf dem Trugschluß der funktionalen Gruppen beruhe, konjunkturell bedingte Situationen langfristig zu ihrem Vorteil nutzen zu können. Langfristig gesehen gebe es jedoch "ökonomische Gesetze", die in etwa durch die Theorie der kostenniveauneutralen Lohnpolitik beschrieben würden (bei gegebenem Monopolgrad), aufgrund derer die Einkommensverteilung bestimmt würde. Die Ausnutzung konjunkturell bedingter Machtsituationen sei daher sinnlos, da auf mittlere Sicht die Verteilung durch die Knappheit der Produktionsfaktoren bestimmt würde (JG 1972/73, Ziff. 49).

Für Österreich gibt es zwar keine expliziten Äußerungen und Leitlinien dieser Art, doch ist anzunehmen, daß im großen und ganzen die Feststellungen des deutschen Sachverständigenrates unterstützt werden. Für die Orientierung der Löhne an der Produktivität, also eine Stabilisierung der Lohnquote, wären viele Äußerungen anzuführen. Schon weniger ist die Bedeutung der strukturbereinigten Lohnquote für Preisstabilisierung und Lohnpolitik bekannt.

Andererseits ist es nicht leicht, die hinter der magischen Formel eines mittelfristigen dreiprozentigen Reallohnzuwachses, die noch zu Zeiten der Hochkonjunktur aufgestellt wurde, liegenden Produktivitäts- und Kostenüberlegungen aufzudecken. Die Formel, die auf eine Verstetigung der Lohnpolitik hinausläuft, dürfte jedoch nicht am historischen Wachstum der Arbeitsproduktivität in Österreich orientiert gewesen sein, da diese von 1954/74 um durchschnittlich 5,4 % pro Jahr stieg /41, S.77/. Die Reallöhne stiegen

in diesem Zeitraum laut Statistischem Zentralamt um durchschnittlich 5,3 %. Auch im Durchschnitt der Jahre 1970/74 stieg die Produktivität noch um 4,7 % an, während im gleichen Zeitraum die realen pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer um 5,6 % wuchsen.

Überhaupt ist in Österreich, im Gegensatz zur BRD, für die Gahlen ein dem Konzept der Kostenniveauneutralität entsprechendes Verteilungsverhalten konstatiert /11, S.83/, nicht ganz einsichtig, nach welchem "ökonomischen Gesetz" sich die Einkommensverteilung entwickelt hat. Sieht man vom konjunkturell außergewöhnlichen Jahr 1975 ab, so ist die bereinigte Lohnquote in den letzten zwanzig Jahren ziemlich deutlich gesunken, wenn auch die unbereinigte stark anstieg. Einerseits stiegen die Löhne weniger als die Produktivität, andererseits sank die strukturbereinigte Lohnquote über den Beobachtungszeitraum ab. Daraus läßt sich ableiten, daß sich die Verteilungsbedingungen für die Unselbständigen langfristig verschlechtert haben.

Beim Vergleich der Produktivitätssteigerungen mit den realen Lohnsteigerungen pro Kopf ist auch auf die Messung der Produktivität Rücksicht zu nehmen: meist wird sie als das reale BNP je Erwerbstätigen berechnet, während in der Verteilungsrechnung statt des BNP das Volkseinkommen, also das Nettosozialprodukt zu Faktorkosten eingeht. Das VE differiert vom BNP einerseits durch die Weglassung des Kapitalverzehrs (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen), andererseits durch Weglassung der saldierten indirekten Steuern minus Subventionen (Faktorkostenkonzept). Die Nettokonzeption bedeutet aber, daß man beim Produktionsfaktor Kapital die Abschreibungen, also diejenigen Aufwendungen, die zum Substanzerhalt des Kapitalstocks nötig sind, wegläßt, den Faktor Arbeit aber insofern unterschiedlich behandelt, als seine Reproduktionskosten dem Lohn zugerechnet werden.

In welchem Ausmaß die Reproduktionskosten des Faktors Arbeit zu berücksichtigen wären, ist strittig. Hier soll nur auf die unterschiedliche Behandlung der Faktoren aufmerksam gemacht werden. Die Errechnung der Produktivitätssteigerung aus dem BNP führt somit zu einer Verzerrung. Andererseits kann aus dem Volkseinkommen keine Produktivität errechnet werden, da kein Preisdeflator zu seiner Deflationierung zur Verfügung steht. Die geforderten Zusammenhänge von Produktivitäts- und Lohnentwicklung sind also nicht ganz streng zu interpretieren. In den letzten zwanzig Jahren ist in Österreich die Produktivität leicht stärker gestiegen als der Bruttolohn real (siehe Übersicht 8 und Abbildung 3). Die Zahl der Jahre, in denen die Produktivität stärker stieg, hält der, in denen sie weniger stieg, die Waage. In den ersten beiden Konjunkturzyklen ergibt sich zuerst ein starkes Übergewicht der Produktivitätssteigerung, dann aber der Lohnsteigerung, während in den beiden letzten Zyklen die Wachstumsvorsprünge je nach konjunktureller Situation variieren, sich aber ausgleichen. Im Durchschnitt zeigt sich das erwartete Bild, daß (je nach Länge des Aufschwungs) in der ersten Aufschwungsphase die Löhne hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleiben und erst in der zweiten Aufschwungshälfte bzw. im Abschwung nachziehen (siehe Abbildung 3). Im gesamten Zeitraum jedoch bleibt ein Wachstumsvorsprung der Produktivität bestehen. In der Abbildung ist dieser an der Differenzfläche zwischen den Wachstumslinien sichtbar: die Flächen, in denen die Löhne stärker steigen als die Produktivität, sind kleiner als die anderen.

6. Einkommensarten und direkte Steuern (Nettoquoten 1954-75)

Die Analyse konzentrierte sich bisher naturgemäß auf die primäre Einkommensverteilung, d.h. die sich direkt aus dem Produktionsprozeß ergebende Verteilung der Einkommen. Zur Illustration dessen, was von den beiden großen Einkommensgruppen nach Abzug der vom Staat eingehobenen direkten Steuern

verbleibt - zum Konsum, Investition und Ersparnis - wurden Nettolohn- und Gewinnquoten errechnet. Vereinfacht wurde der Lohn- und Gehaltssumme die Lohnsteuer samt Zuschlägen, den Gewinneinkommen die Summe aus Körperschaftssteuer, Einkommens-, Gewerbe- und Vermögenssteuer (samt Zuschlägen) zugerechnet. Die Sozialversicherungsbeiträge bleiben in einem ersten Vergleich bei den Löhnen, da angenommen wird, daß sie den Unselbständigen wieder zugute kommen. Diese Aufteilung ist zwar nicht vollständig, doch genügt sie für illustrative Zwecke. Der Anteil der Lohnsteuer an der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme stieg von 3,9 % im Jahre 1954 auf 8,2 % 1974, wurde also mehr als verdoppelt. Der Anteil der direkten Steuern am Gewinneinkommen ist im Niveau höher, stieg aber im Beobachtungszeitraum weit weniger stark an: von 19,8 % im Jahre 1954 auf 23,5 % 1974 (siehe Übersicht 4).

Dies wird noch deutlicher, wenn man den Anteil der Lohnsteuer an den hier definierten direkten Steuern im Zeitablauf verfolgt: machte er 1954 nur 21,9 % aus, so stieg er kontinuierlich bis 1975 auf 43,1 %. Die Lohnsteuereinnahmen stiegen von 1954 bis 1975 um das mehr als Fünfzehnfache (+ 1515 %) und damit fast dreimal so schnell wie die direkten Gewinnsteuern (+ 500 %).

In der konjunkturellen Betrachtung der Steuereinnahmen gibt es bei den Gewinnsteuern insofern Probleme, als die zeitliche Zuordnung der Steuereinnahmen zu den im Laufe des Steuerjahres erzielten Einkommen durch die Methode der Veranlagung (mit Voraus- und Nachzahlungen) nicht gegeben ist. Über den langen Zeitraum hingegen gleichen sich diese Effekte aus. Beim Vergleich der Wachstumsraten der Lohn- und Gewinnsteuern zeigt sich, daß beide Reihen konjunkturell schwanken: bei den Lohnsteuereinnahmen sind negative bzw. nur kleine positive Zuwachsraten in den Jahren 1958/59, 1963 und 1967/68 zu beobachten, in allen anderen Jahren liegen die Zuwachsraten immer

über der 10 %-Marke, meistens sogar über 20 und 30 %. Bei den Gewinnsteuern zeigt sich in der Konjunkturentwicklung ein lag von ca einem Jahr hinter den Lohnsteuereinnahmen: 1955, 1959 und 1968 haben die geringsten Steigerungen bzw. die stärksten Rückgänge, 1967, 1961 und 1974 die stärksten Zuwächse. (Zu den Steuerdaten für die BRD siehe /15, S.11/.)

Bemerkenswert bei der Betrachtung der "Gewinnsteuern" ist auch die Verschiebung der Anteile der einzelnen Steuern am Gesamtergebnis: der Anteil der Einkommenssteuern an den gesamten Gewinnsteuern stagnierte zwischen 47,3 % 1954 und 47,8 % 1975, der der Vermögenssteuern stieg von 3,5 % auf 5,8 %. Der Anteil der Gewerbesteuern fiel von 27,6 % auf 25,7 %, der der Körperschaftssteuern verringerte sich leicht (von 21,6 % auf 20,7 %).

Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß die unmittelbare Belastung der Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer) auf Kosten der Einzelunternehmen und Freiberuflichen im Beobachtungszeitraum abgenommen hat. Um dies genauer zu testen, wurden die Steuern auf Einkommen der privaten Haushalte (Löhne, Gewinne) und Einkommen der Körperschaften aufgeteilt. Konsistente Daten hierfür sind nur von 1964-74 verfügbar:

a) Lohneinkommen

Die Belastung der Brutto-Lohn- und Gehaltssumme (ohne Arbeitgeberbeiträge) mit Abgaben (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge etc.) stieg von 13,50 % 1960 auf 19,18 % 1974 /30 (1973/74)/. In diesem Vergleich wurde aus datentechnischen Gründen von einem anderen Lohnbegriff (ohne Arbeitgeberbeiträge) und einem anderen Belastungskonzept (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge etc.) ausgegangen als vorher. Das hier ausgewiesene Netto-Lohneinkommen entspricht dem, was die Unselbständigen tatsächlich auf die Hand bekommen. Dieser Vielzahl der österreichischen Einkommensbegriffe

hat eine Parallele in der BRD. Für die genannte kräftige Steigerung ist besonders die Entwicklung der Lohnsteuer verantwortlich, deren Anteil sich in diesem Zeitraum verdoppelte (von 4,8 % auf 10,0 %), während die anderen Abgaben gleich schnell wie die Lohnsumme stiegen. Machte der Anteil der Sozialversicherungsbeiträge 1960 doppelt so viel wie der der Lohnsteuer aus, so war er 1974 kaum mehr geringer. Besonders seit 1969 ist die Gesamtbelastung der Lohneinkommen stark gestiegen (von 16,0 % 1968 auf 19,2 % 1974). In der BRD liegt die Gesamtbelastung der Löhne deutlich höher als in Österreich, der Unterschied hat sich im Beobachtungszeitraum verstärkt (Belastungsquote 1960: 15,8 %, 1974: 27,7 %). Besonders kräftig ist der Unterschied in der Lohnsteuerbelastung, die in der BRD von 6,4 % auf 15,9 % gestiegen ist, also deutlich schneller als in Österreich /45, S. 519 ff/.

b) Gewinneinkommen der privaten Haushalte

Als Einkommenskategorie handelt es sich hier um die Einkommen aus Besitz und Unternehmung (also Gewinne ohne Unverteilte Gewinne der Körperschaften). Die Belastung mit direkten Steuern ist zwischen 1964 und 1974 um ca 5 Prozentpunkte von 15,7 % auf 20,6 % gestiegen, wobei hier die stärksten Steigerungen seit 1970 festzustellen sind. Die absolute Steigerung der Belastungsquote ist hiemit leicht stärker als die der Lohneinkommen. Im Durchschnitt liegt sie im Niveau um ca zwei Prozentpunkte höher. In der BRD hat sich im Beobachtungszeitraum 1964-73 die Belastungsquote dieser Einkommenskategorie verringert, und zwar von 18,1 % auf 16,8 % 1973, wobei sie von 1972 auf 1973 um fast zwei Prozentpunkte anstieg /48/.

c) Gewinne der Körperschaften

Zu den in der VGR ausgewiesenen Unverteilten Gewinnen wurden auch die Dividenden und Tantiemen (die auch in den Haus-

haltseinkommen enthalten sind) dazugerechnet, da sich ja die Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften auf die Gesamtgewinne vor Ausschüttung bezieht. Die ausgeschütteten Gewinne (Dividenden) werden also zweimal besteuert, einmal bei ihrer Entstehung ein ein zweites Mal bei ihrem Endbezieher.

Im Gegensatz zur Entwicklung bei den privaten Haushalten hat sich die Belastungsquote der Körperschaften von 33,12 % 1964 auf 23,09 % 1973 sehr deutlich verringert (siehe auch hiezu /3, S.481/). Die Belastungsquote der Körperschaften schwankt ziemlich stark (1966: 34,1 %, 1967: 30,8 %; 1968: 26,8 %) und ist in den letzten drei Jahren um drei Prozentpunkte gesunken. Die Belastungsquote der Gewinne der Körperschaften ist in Österreich deutlich niedriger als in der BRD, allerdings ist die Entwicklung in Deutschland ähnlich: 1964 betrug in der BRD die Belastungsquote 42,8 %, 1972 nur mehr 36,7 %, sie ist also weniger gesunken als in Österreich.

Dieser grobe Überblick zeigt, daß in Österreich die direkte Steuerlast der privaten Haushalte zugunsten der der Körperschaften deutlich zugenommen hat. Während in der BRD generell die Lohnsteuern von dieser Erhöhung zugunsten der Gewinnsteuern betroffen sind, hat sich in Österreich auch die Steuerquote auf die Einkommen aus Besitz und Unternehmung der privaten Haushalte erhöht. Während die Körperschaftssteuereinnahmen in Österreich von 1964 auf 1974 nur um 106 % gestiegen sind, haben sich die Einnahmen aus Einkommenssteuer um 190 %, aus Vermögensteuer um 187 %, aus Lohnsteuer (ohne Sozialversicherungsbeiträge) aber um 400 % erhöht.

Die hier aufgezeigten Tendenzen geben nicht die tatsächliche Steuerbelastung der Einkommensarten wieder, da sie

vom Problem der Steuerüberwälzung abstrahieren. Die Netto-lohnquote (also Lohnquote ohne direkte Steuern inklusive Sozialversicherungsbeiträge) stieg von 63.7% 1954 auf 78.0% 1975 (Übersicht 5), also ziemlich gleich der Bruttoquote, die allerdings im Niveau tiefer liegt. Von Konjunkturzyklus zu Zyklus sind bei der Nettoquote ähnliche Sprünge zu verzeichnen wie bei der Bruttoquote, doch ist der Sprung vom zweiten auf den dritten Zyklus bei der Nettoquote größer, dafür der vom dritten auf den vierten geringer. Dies bedeutet, daß im dritten Zyklus der Anteil der Lohnsteuern an der Lohnsumme weniger, im vierten stärker zunahm als der der Gewinnsteuern an den Gewinnen. Die Bereinigung um die Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur zeigt dasselbe Bild wie bei den Bruttoquoten (Übersicht 6), doch liegt das Niveau der Nettoquoten wieder ca. 6 Prozentpunkte über den Bruttoquoten.

IV. Anhang 1: Verschiedene Maße zur Berechnung des LohnanteilsSymbole: $E = L + K$ E = Zahl der Erwerbstätigen L = Zahl der Lohnabhängigen K = Zahl der Selbständigen

$$Y = wL + kK = cE$$

 Y = Volkseinkommen w = Durchschnittslohn k = Durchschnittseinkommen der Selbständigen c = Durchschnittseinkommen je Erwerbstätigen

$$a = L/E = \text{Unselbständigenanteil}$$

$$wL = W = \text{Lohnsumme}$$

$$kK = G = \text{Gewinne}$$

$$1. \text{ Bruttolohnquote: } l = \frac{wL}{cE} = \frac{wL}{wL + kK} = \frac{W}{Y}$$

bezeichnet den globalen Anteil der Lohneinkommen am Volkseinkommen. Für weitere Definitionen der Lohnquote und ihre Bedeutung. Für den Verteilungsprozeß und Inflation siehe /3, S.19-29/.

$$2. \text{ Lohn-Einkommensrelation: (wage/income ratio):}$$

$$r = \frac{W}{L} : \frac{Y}{E} = \frac{w}{c} = \frac{l}{a}$$

bezeichnet das Verhältnis des Durchschnittslohns (durchschnittliches Lohneinkommen je Lohnabhängigem) zum Durchschnittseinkommen aller Erwerbstätigen

$$3. \text{ Gewinn-Einkommensrelation: } s = \frac{1-l}{1-a} = \frac{1-\frac{W}{Y}}{1-\frac{L}{E}} = \frac{G}{K} : \frac{Y}{E} = \frac{k}{c}$$

bezeichnet das Verhältnis des Durchschnittsgewinns (Gewinneinkommen je Selbständigem) zum Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen

$$4. \text{ s/r: bezeichnet das Verhältnis Durchschnittsgewinn zu Durchschnittslohn}$$

Einige Beziehungen zwischen diesen Maßen

$$1) l_t = \frac{wL}{cE} = r_t \cdot a_t$$

Die Lohnquote setzt sich zusammen aus der Lohn-Einkommensrelation und der Unselbständigenquote. Veränderungen in der Lohnquote gehen also auf Veränderungen eines oder beider Maße zurück: $dl = dr \cdot a + da \cdot r$

2) Erwerbstätigenkomponente: Aus Veränderungen der Lohnquote wird die Veränderung der Lohn-Einkommensrelation ausgeschaltet, d.h. letztere wird konstant gehalten. So kann der Effekt von Veränderungen in der Struktur der Erwerbstätigen auf die Lohnquotenentwicklung errechnet werden. Die Konstanz der LE-Relation wird in der empirischen Literatur vielfach als Maß für die Konstanz der Einkommensverteilung angesehen /45, S.12; 5, S.73/. Veränderung = $r \cdot da$

Rothschild bemerkt hiezu, daß zu beachten ist, daß Konstanz von r nicht bedeutet, daß das Verhältnis der Einkommen beider funktionaler Beziehergruppen unverändert bleibt, d.h. bei konstantem r bleibt wL/kK nicht konstant. Dies trifft zu, wenn wie auch in der österreichischen Realität k, w , dann wird s/r größer, wenn der Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen steigt (dies stimmt zumindest bei konstanter Erwerbstätigenzahl; wächst E (z.B. durch Gastarbeiter, Frauenbeschäftigung), ist keine eindeutige Aussage möglich, da neue Lohn- und auch Gewinneinkommen geschaffen werden /36, S.45 ff/).

Auch die bei Punkt 1 getroffene Annahme, daß Größe und Veränderungen in r von Bewegungen in a unabhängig sind, ist nicht realistisch; im Gegenteil, die relative Größe des Unselbständigenanteils hat in Wirklichkeit wohl einen Effekt auf die LE-Relation. Die Annahme der Unabhängigkeit ist nur zum Zweck der Isolierung einzelner Effekte beschränkt zulässig.

3) Einkommenskomponente: Sie wird berechnet durch Konstanthalten der Erwerbstätigenstruktur eines Basisjahres. Veränderung = $a \cdot dr$

Die Veränderungen von 2) und 3) addieren sich also zur Gesamtveränderungen der Lohnquote: $dl = a_0 dr + r_0 \cdot da = d\bar{l} + dl^*$

Mit Hilfe dieser beiden Konzepte können hypothetische Lohnquoten errechnet werden, die einerseits anzeigen, wie sich die Lohnquote entwickelt hätte, wenn sich die Erwerbstätigenstruktur nicht verändert hätte (im weiteren "bereinigte Lohnquote" = \bar{l}) genannt:

$\bar{l}_t = a_0 \cdot r_t = l_t \cdot \frac{a_0}{a_t}$. Die Veränderungen in dieser bereinigten Lohnquote gehen also nur auf Veränderungen in der relativen Einkommensposition der Unselbständigen zurück (siehe z.B. OECD-Bericht über Österreich 1974 /30, S.20/. Andererseits kann eine im weiteren Sinne "hypothetische Lohnquote" (l^*) errechnet werden, die auf der Annahme aufbaut, daß sich die relative Einkommensposition seit dem Basisjahr nicht verändert hätte und daher alle Änderungen in dieser Lohnquote nur auf Änderungen in der Erwerbstätigenstruktur zurückgehen:

$$l_t^* = r_0 \cdot a_t = l_0 \frac{a_t}{a_0} .$$

Anhang 2. Zum Konzept der produktivitätsorientierten und kostenniveauneutralen Lohnpolitik (nach Gahlen und Leifert/11, S. 82-89/.

Gegeben sei:

$$l = \frac{wL}{Y_r P}$$

$$m = \frac{Y_r}{L}$$

$$u = \frac{w}{m}$$

Y_r = reales Volkseinkommen
 P = Preise
 m = Arbeitsproduktivität
 u = Lohnkosten je Produkteinheit = Arbeitskosten

Aus diesen Definitionen kann folgende Beziehung in Wachstumsraten (dargestellt mit Punkt über der jeweiligen Variablen) ermittelt werden.

$$(1) \quad \dot{P} + \dot{l} = \dot{u} = \dot{w} - \dot{m}$$

Umverteilung zu den Löhnen kann (abgesehen von Preissenkungen) nur durch Steigerung der Arbeitskosten erreicht werden, also wenn die Lohnerhöhungen die produktivitätssteigerung übertreffen. Die Arbeitgeber können die Lohnquote nur stabil halten, wenn sie auf Kostendruck mit Preissteigerungen antworten. Als Lohnleitlinie für die produktivitätsorientierte Lohnpolitik folgt, daß zur Erreichung von Preisstabilität die Löhne nur wie die Arbeitsproduktivität zu steigen haben, die Lohnquote bleibt also konstant.

Die Ableitung der Lohnleitlinie und ihrer Verteilungskonsequenzen bei der kostenniveauorientierten Lohnpolitik ist etwas komplizierter.

$$(2) \quad Y = G + H \quad G = \text{Gewinne} \quad H = \text{Gesamtkosten}$$

$$(3) \quad \dot{H} = H_c + H_k + U \quad H_c = \text{Kapitalkosten} \quad H_k = \text{Arbeitskosten der Selbständigen}$$

$U = \text{Arbeitskosten der Unselbständigen}$

$$(4) \quad E = L + K$$

$$(5) \quad Y = Y_r \cdot P$$

Dividiert man (2) durch Y, erhält man

$$(6) \quad 1 = \frac{g}{p} + \frac{h}{p} \quad g = \text{Stückgewinn } \left(\frac{G}{Y_r} \right) ; h = \text{Stückkosten } \left(\frac{H}{Y_r} \right)$$

Dann folgt:

$$(7) \quad P = g + h = \frac{g+h}{h}h = \lambda \cdot h \quad \lambda = 1 + \text{Gewinnmarge}$$

In Wachstumsraten lautet (7):

$$(8) \quad \dot{P} - \dot{\lambda} = \dot{h}$$

Diese Tautologie besagt nur, daß bei Kostendruck ($\dot{h} > 0$) die Preise steigen und/oder die Gewinnmargen eingeengt werden. Die Zusatzhypothese des Sachverständigenrates lautet: falls alle anderen Inflationsursachen ausgeschaltet sind, entspricht die Wachstumsrate der (gesamten) Stückkosten der der Preise. Inflation wird vermieden, wenn die Stückkosten konstant bleiben und auch die Gewinnmarge. Die Berechnungsformel für die kostenniveauneutrale Lohnpolitik kann wie folgt abgeleitet werden /11, S. 87/:

$$(9) \quad \dot{h} = \frac{hc}{h} \dot{h}_c + \frac{h_k}{h} \dot{h}_k + \frac{u}{h} \dot{u} = 0$$

Unter Einbeziehung der Gleichung (1) folgt die Lohnleitlinie:

$$(10) \quad \dot{w} = -\frac{hc}{u} \dot{h}_c - \frac{h_k}{u} \dot{h}_k + \dot{m}$$

Unter Berücksichtigung von (4) folgt dann:

$$(11) \quad \dot{w} = -\frac{hc}{u} \frac{L}{E} \dot{h}_c + (\dot{L} - \dot{E}) + \dot{m}$$

Die Lohnleitlinie der kostenniveauneutralen Lohnpolitik entspricht der der produktivitätsorientierten nur, wenn einerseits die Kapitalstückkosten, andererseits die Erwerbstätigenstruktur konstant bleiben. Bei Vernachlässigung des Kapitalkosteneffektes läuft diese Lohnleitlinie also auf eine Stabilisierung der strukturbereinigten Lohnquote hinaus.

Bibliographie

- /1/ ADAM, H., Statistische Probleme bei Einkommensvergleichen zwischen selbständig und abhängig Beschäftigten. WSI Mitteilungen 9/1973.
- /2/ AIGINGER, K., Mittelfristige Investitionsschwankungen in der Industrie. Monatsberichte des WIFO, 10/1974.
- /3/ AIGINGER, K., Bayer K., Selbstfinanzierung und Betriebsüberschuß der Industrie. Monatsberichte des WIFO, 10/1976.
- /4/ BAYER, K., Wer gewinnt die Inflation? Neues Forum 253/254, 1975.
- /5/ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Untersuchung des Preis- und Kostenauftriebs. Wien 1968.
- /6/ BLECHSCHMIDT, A., Löhne, Preise und Gewinne (1967 - 1973). Lampertheim 1974.
- /7/ BLÜMLE G., Theorie der Einkommensverteilung. Berlin 1975.
- /8/ BODDY, R., Crotty J., Class Conflict and Macropolicy: The Political Business Cycle. Review of Radical Political Economics 1, VIII, Spring 1975, S. 1-19.
- /9/ BRONFENBRENNER, M., Income Distribution Theory, Chicago 1971.
- /10/ FÜRST, E., Die Machttheorien der Einkommensverteilung, in H. Frisch: Beiträge zur Einkommensverteilung, Berlin 1967.
- /11/ GAHLEN, B., Leifert E., Die Vorschläge des Sachverständigenrates zur Einkommenspolitik, in: Gahlen B., Wachstumszyklen und Einkommensverteilung, Tübingen 1974.
- /12/ GIERSCH, H., Probleme stabilisierungskonformer Lohnpolitik. Kyklos II, 1967.
- /13/ GLASTETTER, W., Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung. WSI Mitteilungen 5/1971.
- /14/ GLASTETTER, W., Zum Problem der "abgeleiteten Verteilungskonzeption" - Einige kritische Bemerkungen zum vorliegenden Wachstumsprozeß aus der Sicht der Verteilungsgerechtigkeit, in: Bombach G., Frey B.S., Neue Aspekte der Verteilungstheorie, Tübingen 1974.
- /15/ GÖTZ, R., Die Entwicklung der Einkommensverteilung in den Wachstumszyklen der BRD 1950-71, in: Gahlen, B., Wachstumszyklen und Einkommensverteilung, Tübingen 1974.

- /16/ HELMSTÄDTER, E., Vermögensbildung und Einkommensverteilung bei Inflation. Zwei Bemerkungen über den Zusammenhang einiger strategischer Größen, in: Bombach, Frey, Gahlen, Neue Aspekte ...
- /17/ HUFFSCHMIDT, J., Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der BRD, Frankfurt 1970.
- /18/ Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1964/65.
- /19/ JOHNSON, D.G., The Functional Distribution of Income in the U.S. 1950-1952. REStat. 36, 1954.
- /20/ KALDOR, N., Alternative Theories of Distribution. REStud., 23, 1955/56.
- /21/ KALECKI, M., The Distribution of the National Income (1939). Selected Essays on the Dynamics of the Capitalist Economy, Cambridge 1971.
- /22/ KALECKI, M., Theory of Economic Dynamics. London 1954.
- /23/ KEYNES, J.M., Relative Movements of Real Value and Output. Economic Journal, 49, 1939.
- /24/ v.KNORRING, E., Krol, G.J., Lohnquote und Wachstumszyklus. Ein internationaler Vergleich, in: B. Gahlen. Wachstumszyklen ...
- /25/ KRAVIS, I.B., Relative Income Shares in Fact and Theory. American Economic Review, 49, Dec. 1959.
- /26/ KRELLE, W., Verteilungstheorie, Tübingen 1962.
- /27/ KOWALSKI, L., Einkommensverwendung, Einkommensverteilung und Vermögensverteilung, Tübingen 1967.
- /28/ KÜLP, B., Verteilungstheorie, Stuttgart 1974.
- /29/ MÜNNICH, F., Die langfristige Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung, Meisenheim/Glan 1966.
- /30/ OECD. Austria 1973, Paris, Juli 1974.
- /31/ OTT, A.E., Zur Konzeption der Sachverständigen. Der Volkswirt 21, Nr. 46, 1967.
- /32/ Österreichs Volkseinkommen, Öst. Stat. Zentralamt und WIFO, laufend, Wien.
- /33/ Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, Wien 1965.
- /34/ ROTHSCHILD, K., Der Lohnanteil am Gesamteinkommen. Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 78, 1957, I.
- /35/ ROTHSCHILD, K., Einige neuere Beiträge zu einer makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, in: K. Rothschild. Marktform, Löhne, Außenhandel, Wien 1966.

- /36/ ROTHSCCHILD, K., Development of Income Distribution by Factor Shares in Western Europe, OECD, Paris 1971.
- /37/ SCHEBECK, F., Die Erklärung der Einkommensverteilung aus dem Einkommenskreislauf, in: H. Frisch: Beiträge zur Einkommensverteilung, Berlin 1967.
- /38/ SCHEELE, E., Einkommensverteilung und Wirtschaftswachstum, Tübingen 1965.
- /39/ SCHNEIDER, M., Laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Landwirtschaft, in: Monatsberichte, WIFO.
- /40/ SOLOW, R., A Sceptical Note on the Constancy of Relative Shares. AER, September 1958.
- /41/ Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, XXVI, Neue Folge: Öst.Stat.Zentralamt, Wien 1975.
- /42/ STEINDL, J. Maturity and Stagnation in American Capitalism, Oxford 1952.
- /43/ STOBBE, A., Untersuchungen zur makroökonomischen Theorie der Einkommensverteilung, Kieler Studien 59, Tübingen 1962.
- /44/ STREISSLER, E., Sozialpartnerschaft und Gewinne. Wirtschaftspolitische Blätter 4/1976.
- /45/ SZECSI, M., Der Lohnanteil am österreichischen Volkseinkommen 1913 bis 1967. Beiträge zu Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaften III, Wien 1970.
- /46/ TESCHNER, M., Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern. DIW Sonderheft 106, Berlin 1975.
- /47/ TICHY, G., Indikatoren der österreichischen Konjunktur 1950-70. Studien und Analysen 4, WIFO, Wien 1972.
- /48/ TOFAUTE, H., Die verteilungspolitische Bedeutung der Abgaben bei Arbeitnehmer- und Unternehmereinkommen in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. WSI Mitteilungen 10/1975.
- /49/ VOMFELDE, W., Langfristige Tendenzen der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik. Jb. f. Nationalökonomie und Statistik, Mai 1976.

ÜBERSICHTEN UND ABBILDUNGEN

Übersicht 1

Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Löhne und Gehälter	Einkommen aus Besitz und Unternehmung	Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften	Öffentliche Einkommen aus Besitz und Unternehmung	Zinsen für die Staats-schuld	Volks-einkommen
			in Mill. S			
1954	42.928	23.667	5.819	229	-287	72.356
1955	48.995	27.598	6.750	-20	-441	82.882
1956	55.458	29.996	7.531	116	-536	92.565
1957	61.337	32.435	8.908	333	-646	102.367
1958	63.766	35.034	8.055	118	-783	106.190
1959	67.706	35.245	10.100	313	-1.055	112.309
1960	74.076	39.110	12.785	968	-1.329	125.610
1961	82.812	44.965	11.141	1.345	-1.502	138.761
1962	90.457	45.327	12.151	1.209	-1.596	147.548
1963	97.636	49.460	12.046	1.148	-1.725	158.565
1964	107.438	52.522	13.899	1.086	-1.855	173.090
1965	118.338	56.501	14.180	764	-2.073	187.710
1966	130.281	58.389	14.352	953	-2.221	201.754
1967	141.554	59.227	14.336	1.011	-2.393	213.735
1968	150.218	63.281	15.977	466	-3.047	226.895
1969	163.412	68.422	19.635	925	-3.534	248.860
1970	178.552	77.683	24.553	1.907	-4.052	278.643
1971	205.446	82.628	23.633	1.399	-4.395	308.711
1972	232.793	91.405	28.696	1.157	-4.786	349.265
1973	272.142	99.192	30.056	533	-5.346	396.577
1974 ¹⁾	314.600	151.700		-6.100		460.200
1975 ¹⁾	355.200	136.500		-8.300		483.400

Q: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich 1975, für 1974 und 1975 Schätzungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

1) Vorläufige Zahlen.

Verteilung der Einkommen im "Marktsektor"¹⁾

Jahr	Löhne und Gehälter	Gewinne	Gesamt- einkommen
1954	33.361	19.002	52.363
1955	38.132	23.212	61.344
1956	42.986	25.643	68.629
1957	46.840	28.754	75.594
1958	49.043	29.851	78.894
1959	52.380	35.042	87.422
1960	57.842	40.394	98.236
1961	65.292	41.886	107.178
1962	71.809	44.992	116.801
1963	77.544	48.449	125.993
1964	85.496	53.368	138.864
1965	94.098	56.614	150.712
1966	103.450	59.468	162.918
1967	111.308	59.404	170.712
1968	117.322	66.092	183.414
1969	126.816	74.873	201.689
1970	138.851	87.598	226.449
1971	161.509	93.419	254.928
1972	183.610	105.554	289.164
1973	214.577	111.505	326.082
1974 ²⁾	249.989	132.650	382.639
1975 ²⁾	278.400	116.500	394.900

Q: Österreichisches Volkseinkommen; eigene Berechnungen.

1) Gesamtwirtschaft ohne öffentlichen Dienst, ohne Land- und Forstwirtschaft.

2) Vorläufig geschätzt.

Struktur der Erwerbstätigen

Jahr	Unselbständige (in 1.000)				Selbständige		
	Markt- sektor	öffent- licher Dienst	Land- und Forst- wirt- schaft	insge- ³⁾ samt	Land- und Forst- wirt- schaft	Gewerb- licher Sektor	insge- ⁴⁾ samt
1954	1.528,3	250,6	196,3	1.975,2	689,5	357,0	1.046,5
1955	1.635,0	252,9	186,3	2.074,2	670,8	354,0	1.024,8
1956	1.700,0	261,9	175,2	2.137,1	652,7	351,0	1.003,7
1957	1.738,3	282,1	165,0	2.185,4	636,6	349,0	985,6
1958	1.754,5	294,1	154,2	2.202,8	631,2	346,0	977,2
1959	1.786,3	306,0	143,8	2.236,1	614,8	343,0	957,8
1960	1.833,8	318,1	130,0	2.281,9	598,0	340,0	938,0
1961	1.874,7	322,2	119,5	2.316,4	585,1	336,4	921,5
1962	1.890,0	326,2	109,4	2.325,6	559,1	328,4	887,5
1963	1.893,8	331,0	99,7	2.324,5	543,5	326,2	869,7
1964	1.915,3	337,4	92,7	2.345,4	521,7	325,6	847,3
1965	1.935,3	341,8	85,3	2.362,4	487,8	323,4	811,2
1966	1.932,6	356,4	78,7	2.367,7	455,1	320,4	775,5
1967	1.901,7	367,0	71,6	2.340,3	432,2	330,3	762,5
1968	1.881,5	371,2	66,4	2.319,1	418,8	323,2	742,0
1969	1.901,6	375,0	61,4	2.338,0	402,7	309,6	712,3
1970	1.934,4	380,0	56,5	2.370,9	388,7	302,0	690,8
1971	1.996,4	387,0	53,0	2.436,4	365,9	290,2	656,1
1972	2.033,2	411,0	49,7	2.493,9	341,4	279,5	620,9
1973	2.110,3	433,0	47,0	2.590,3	326,5	252,0	578,5
1974 ²⁾	2.140,0	452,1	44,2	2.636,3	318,9	240,7	559,6
1975 ¹⁾	2.120,8	468,4	42,1	2.631,3	309,7	237,3	547,0

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen.

1) Vorläufige Zahlen.

2) Durch Anmeldung von mithelfenden Ehefrauen dürfte die Zahl der Unselbständigen um 30 bis 40.000 gestiegen sein (Schätzung Kausel).

3) Unselbständig Beschäftigte ohne Karenzurlauberinnen (laut Stat. Handbuch).

4) Schätzung WIFO.

Struktur der Erwerbstätigen

Jahr	Anteil der Unselbständigen an den Erwerbstätigen		Erwerbstätige in 1.000	
	Gesamtwirt- schaft	Markt- sektor	Gesamtwirt- schaft	Marktsektor
1954	65,4	81,8	3.021,7	1.885,3
1955	66,9	82,8	3.099,0	1.989,0
1956	68,0	82,9	3.140,8	2.051,0
1957	68,9	83,3	3.171,0	2.087,3
1958	69,3	83,5	3.180,0	2.100,5
1959	70,0	83,9	3.193,9	2.129,3
1960	70,9	84,4	3.219,9	2.173,8
1961	71,5	84,8	3.237,9	2.211,1
1962	72,4	85,2	3.213,1	2.218,4
1963	72,8	85,3	3.194,2	2.220,0
1964	73,5	85,5	3.192,7	2.240,9
1965	74,4	85,7	3.173,6	2.258,7
1966	75,3	85,8	3.143,2	2.253,0
1967	75,4	85,2	3.102,8	2.232,0
1968	75,8	85,3	3.061,1	2.204,7
1969	76,6	86,0	3.050,3	2.211,2
1970	77,4	86,5	3.061,7	2.236,4
1971	78,8	87,3	3.092,5	2.286,6
1972	80,1	87,9	3.114,8	2.312,7
1973	81,7	89,3	3.168,8	2.362,3
1974	82,5	89,9	3.195,9	2.380,7
1975 ¹⁾	82,8	89,9	3.178,3	2.358,1

Q: Übersicht 3

1) Vorläufige Zahlen.

Übersicht 4Netto-Einkommen in Mill.S

Jahr	Nettolöhne ¹⁾	Nettogewinne ²⁾	Nettoeinkommen ³⁾
1954	41.271	23.525	64.796
1955	47.274	28.232	75.505
1956	53.204	31.159	84.363
1957	58.390	22.873	92.263
1958	61.315	34.346	95.661
1959	65.078	36.652	101.730
1960	70.992	43.099	114.091
1961	79.040	45.584	124.624
1962	86.156	45.534	131.590
1963	93.141	48.442	141.583
1964	101.967	52.118	154.085
1965	111.574	54.567	166.141
1966	121.928	55.673	177.601
1967	132.547	55.575	188.122
1968	141.613	59.903	201.516
1969	152.119	67.545	219.664
1970	164.850	80.183	245.033
1971	189.407	80.986	270.393
1972	213.722	90.351	304.073
1973	251.010	95.860	346.870
1974 ⁴⁾	287.200	110.200	397.400
1975 ⁴⁾	328.400	92.800	421.200

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; eigene Berechnungen.

1) Volkswirtschaftliche Lohnsumme minus Lohnsteuer samt Zuschlägen.

2) Gewinneinkommen laut Übersicht 1 minus Körperschaftsteuer, Einkommensteuer, Gewerbesteuer und Vermögensteuer.

3) Summe aus 1 und 2

4) Vorläufige Zahlen.

Lohn- und Gewinnquoten der Gesamtwirtschaft

Jahr	brutto ¹⁾		netto ²⁾	
	Lohnquote	Gewinnquote	Lohnquote	Gewinnquote
1954	59,3	40,7	63,7	36,3
1955	59,1	40,9	62,6	37,4
1956	59,9	40,1	63,1	36,9
1957	59,9	40,1	63,3	36,7
1958	60,0	40,0	64,1	35,9
1959	60,3	39,7	64,0	36,0
1960	59,0	41,0	62,2	37,8
1961	59,7	41,3	63,4	36,6
1962	61,3	38,7	65,5	34,5
1963	61,6	38,4	65,9	34,1
1964	62,1	37,9	66,2	33,8
1965	63,0	37,0	67,2	32,8
1966	64,6	35,4	68,7	31,3
1967	66,2	33,8	70,5	29,5
1968	66,2	33,8	70,3	29,7
1969	65,7	34,3	69,3	30,7
1970	64,1	35,9	67,3	32,7
1971	66,6	33,4	70,1	29,9
1972	66,7	39,3	70,3	29,7
1973	68,6	31,4	72,4	27,6
1974 ³⁾	68,4	31,6	72,3	27,7
1975 ³⁾	73,5	26,5	77,9	22,1

1) Laut Übersicht 1.

2) Laut Übersicht 4; inklusive Sozialversicherungsbeiträge.

3) Vorläufige Schätzungen.

Übersicht 6

Weitere Verteilungsmaße für die Gesamtwirtschaft

Jahr	Lohnquote		Lohn- Einkommens- Relation ²⁾ in Prozent	Gewinn- Einkommens- Relation ²⁾ in Prozent	hypothetische Lohnquote
	bereinigt ¹⁾ brutto	bereinigt ¹⁾ netto			
1954	60,7	65,2	90,7	117,6	57,7
1955	59,1	62,2	88,3	123,6	59,1
1956	57,9	62,1	86,6	128,4	60,0
1957	58,1	61,5	86,9	128,9	60,8
1958	57,9	61,9	86,6	126,2	61,2
1959	57,6	61,2	86,1	132,3	61,8
1960	55,7	58,7	83,2	140,9	62,2
1961	55,9	59,3	83,5	141,4	63,1
1962	56,7	60,5	84,7	140,2	63,9
1963	56,6	60,6	84,6	141,2	64,3
1964	56,3	60,3	84,5	143,0	64,9
1965	56,7	60,4	84,7	144,5	65,7
1966	57,4	61,0	85,8	143,3	66,5
1967	58,7	62,6	87,8	127,4	66,6
1968	58,4	62,0	87,3	139,7	66,9
1969	57,4	60,5	85,8	146,6	67,6
1970	55,4	58,2	82,8	158,8	68,3
1971	56,5	59,5	84,5	157,5	69,6
1972	55,7	58,7	83,3	167,3	70,7
1973	56,2	59,3	84,0	171,6	72,1
1974 ³⁾	55,5	58,6	82,9	180,6	72,8
1975 ³⁾	59,4	62,9	88,8	154,1	73,1

1) Bereinigt um Änderungen in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1955); zur Berechnung siehe Anhang;

2) Zur Berechnung von Lohn-Einkommens- und Gewinn-Einkommensrelation siehe Anhang und Text.

3) Vorläufige Werte

Übersicht 7

Lohn- und Gewinnquoten im Marktsektor

Jahr	Lohn- quote	Gewinn- quote	bereinig- te 1) Lohnquote	Lohn- Einkommens- Relation 2)	Gewinn- Einkommens- Relation 2)	hypothetische 3) Lohnquote
1954	63,7	36,3	64,5	78,5	192,1	61,4
1955	62,2	37,8	62,2	75,7	212,4	62,6
1956	62,6	37,4	62,1	75,5	218,7	62,8
1957	62,0	38,0	61,2	74,4	227,5	63,1
1958	62,2	37,8	61,2	74,5	229,1	63,2
1959	59,9	40,1	58,7	71,4	249,1	63,5
1960	58,9	41,1	57,4	69,8	263,5	63,9
1961	60,9	39,1	59,0	71,8	257,2	64,2
1962	61,5	38,5	59,3	72,2	260,1	64,5
1963	61,6	38,4	59,3	72,2	261,2	64,6
1964	61,6	38,4	59,2	72,0	264,8	64,7
1965	62,4	37,6	59,8	72,8	262,9	64,9
1966	63,5	36,5	60,8	74,0	257,0	65,0
1967	65,2	34,8	62,9	76,5	235,1	64,5
1968	64,0	36,0	61,7	75,0	231,3	64,6
1969	62,9	37,1	60,1	72,1	231,9	65,1
1970	61,3	38,7	58,3	70,9	249,7	65,5
1971	63,3	36,7	59,6	72,5	289,0	66,1
1972	63,5	36,5	59,3	72,2	301,7	66,5
1973	65,8	34,2	60,6	73,7	319,6	67,6
1974 ³⁾	65,3	34,7	59,7	72,6	343,6	68,1
1975 ³⁾	70,5	29,5	64,4	78,4	292,1	68,1

1) Bereinigt um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur (Basis 1955); zur Berechnung siehe Anhang.

2) Zur Berechnung von Lohn-Einkommens- und Gewinn-Einkommensrelation siehe Anhang und Text.

3) Vorläufige Werte

Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

Jahr	Wachstum BNP real	Produk- tivität 2)	Inflations- rate	Arbeits- loseñ- rate	Reallohn 3)
in Prozent					
1954			3,6	7,6	
1955	11,1	8,6	0,8	5,4	6,1
1956	6,9	5,8	3,6	5,1	7,7
1957	6,1	5,1	2,2	4,7	4,6
1958	3,7	3,6	2,2	5,1	2,0
1959	2,8	2,6	1,1	4,6	3,6
1960	8,2	7,7	1,9	3,5	5,0
1961	5,6	5,0	3,6	2,7	5,9
1962	2,6	3,4	4,4	2,7	4,4
1963	4,2	4,8	2,7	2,9	4,7
1964	6,2	6,4	3,8	2,7	5,9
1965	3,4	4,2	5,0	2,7	4,5
1966	5,0	6,0	2,2	2,5	7,1
1967	2,4	3,7	4,0	2,7	5,5
1968	4,4	6,0	2,8	2,9	3,9
1969	5,9	6,4	3,0	2,8	4,3
1970	7,8	7,6	4,4	2,4	3,5
1971	5,3	5,4	4,7	2,1	7,7
1972	6,4	5,7	6,3	1,9	4,6
1973	5,8	4,0	7,5	1,6	5,9
1974 ¹⁾	4,1	3,6	9,5	1,5	4,1
1975 ¹⁾	-2,0	-1,5	8,4	2,0	4,4

Q: Statistisches Handbuch 1975; Bundesministerium für Soziale Verwaltung.

1) Vorläufig.

2) reales BNP je Erwerbstätigen.

3) reales pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer (diese Zahlen stammen aus dem Stat. Handbuch 1975 und sind nicht voll mit den in dieser Arbeit sonst verwendeten vergleichbar).

Zerlegung der Lohnquotenänderung

$$dl = dl^* + d\bar{l} = dr \cdot a_o + da \cdot r_o \quad 1)$$

Jahr	Gesamtwirtschaft			Marktsektor		
	dl	dl*	d \bar{l}	dl	dl*	d \bar{l}
1955	-0,2	1,4	-1,6	-1,5	0,8	-2,3
1956	-0,2	1,0	-1,1	0,4	0,6	-0,2
1957	1,0	0,8	0,2	-0,6	0,3	-0,9
1958	0,1	0,4	-0,2	0,2	0,1	0,1
1959	0,3	0,6	-0,3	-2,3	0,4	-2,5
1960	-1,3	0,8	-1,9	-1,0	0,4	-1,3
1961	0,7	0,6	0,2	2,0	0,3	1,6
1962	1,6	0,8	0,8	0,6	0,3	0,4
1963	0,3	0,3	-0,1	0,1	0,1	0,0
1964	0,5	0,7	0,0	0,0	0,1	-0,2
1965	0,9	0,8	0,1	0,8	0,2	0,6
1966	1,6	0,8	0,7	1,1	0,1	1,0
1967	1,6	0,1	1,3	1,7	-0,5	2,0
1968	0,0	0,4	-0,3	-1,2	0,1	-1,2
1969	-0,5	0,7	-1,0	-1,1	0,5	-1,5
1970	-1,6	0,7	-1,9	-1,6	0,4	-1,8
1971	2,5	1,3	1,1	2,0	0,6	1,3
1972	0,1	1,2	-0,8	0,2	0,5	-0,2
1973	1,9	1,4	0,4	2,3	1,1	1,2
1974	-0,2	0,7	-0,7	-0,5	0,5	-0,9
1975	5,1	0,3	3,9	5,2	0,0	4,7
1954-75	14,2	15,8	-1,2	6,8	6,9	-0,1
1954-74	9,1	15,5	-5,1	1,6	6,9	-4,8

1) Zur Berechnungsmethode siehe Anhang; auf Grund von Rundungsfehlern summieren die Änderungen nicht in allen Fällen zur Änderung der Lohnquote.

Lohnquote im Konjunkturzyklus¹⁾

Zyklus	Gesamtwirtschaft			Marktsektor	
	Brutto- quote	Netto- quote	bereinigte Quote brutto	Brutto- quote	bereinigte Quote brutto
1954-1958	59,6	63,4	58,7	62,5	62,2
1959-1962	60,1	63,8	56,5	60,3	58,6
1963-1967	63,5	67,7	57,1	62,9	60,4
1968-1975	67,4	71,2	56,8	64,6	60,5

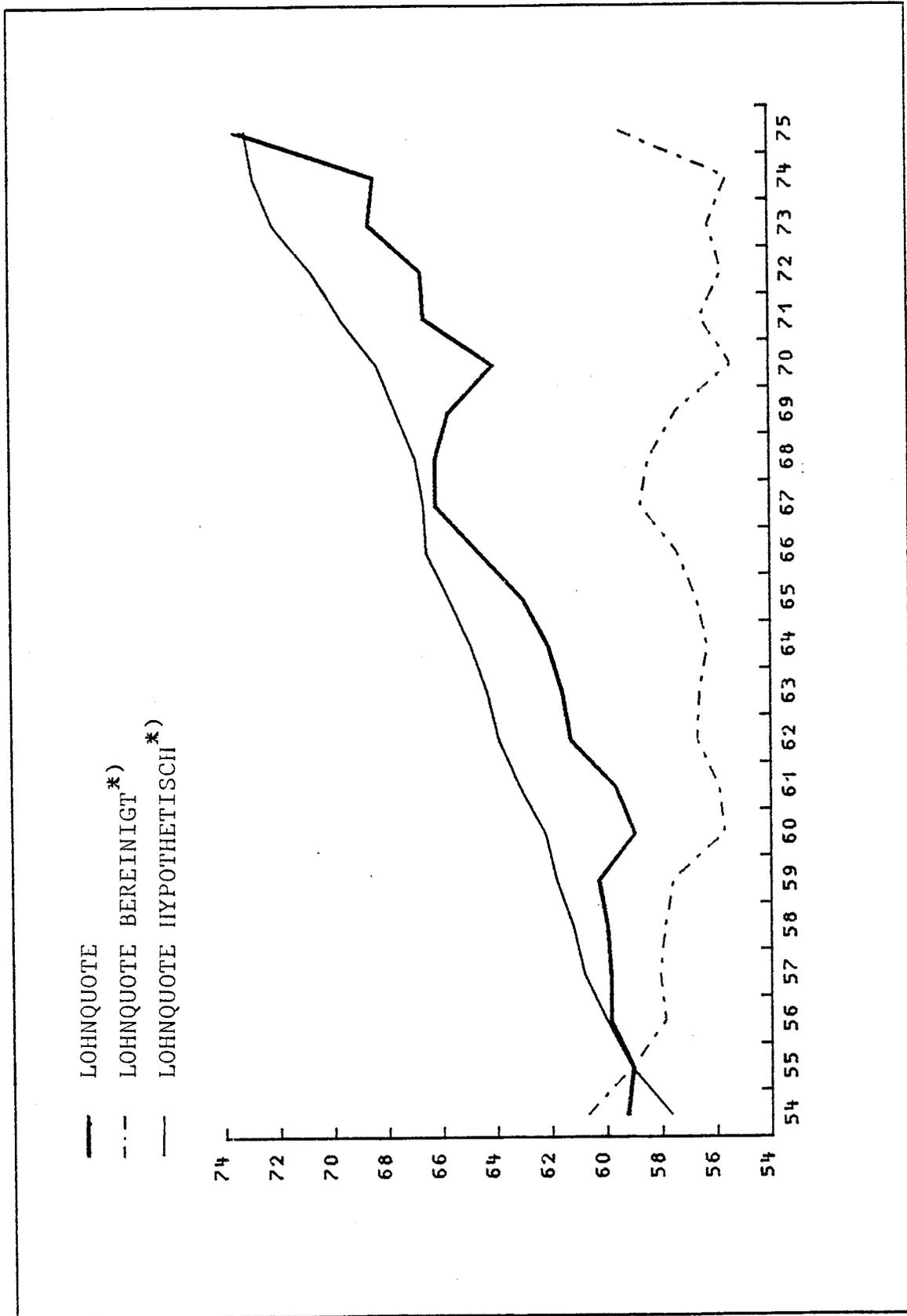
Lohnquoten im Investitionszyklus¹⁾

Zyklus	Gesamtwirtschaft			Marktsektor	
	Brutto- quote	Netto- quote	bereinigte Quote brutto	Brutto- quote	bereinigte Quote brutto
1954-1961	59,7	63,3	57,9	61,6	60,8
1962-1969	63,8	67,9	57,3	63,3	60,4
1970-1972	65,8	69,2	55,9	62,7	59,1
1973-1975	70,2	74,2	57,0	67,2	61,6

1) Zur Datierung und Bedeutung dieser Zyklen siehe Text.

Abbildung 1

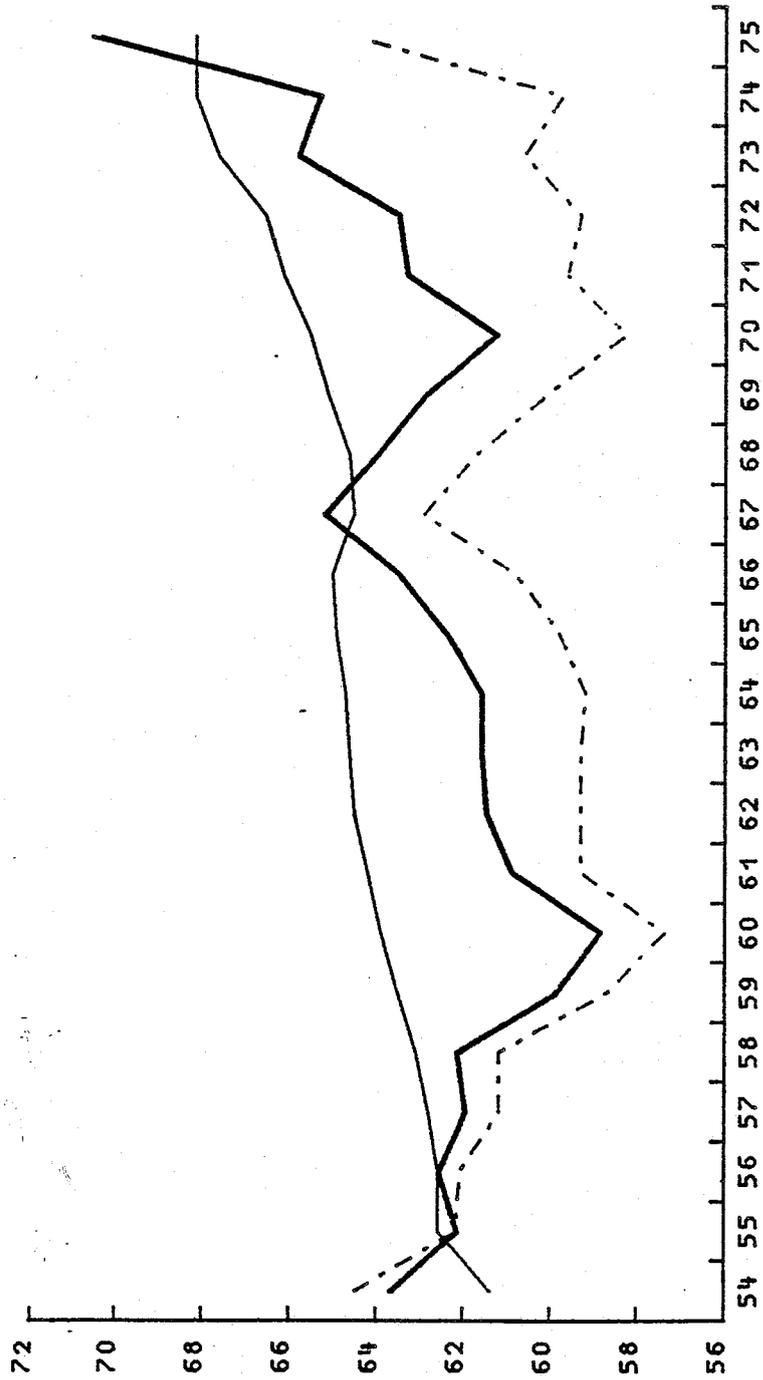
LOHNQUOTEN IN DER GESAMTWIRTSCHAFT



*) BASIS 1955

LOHNQUOTEN IM MARKTSEKTOR

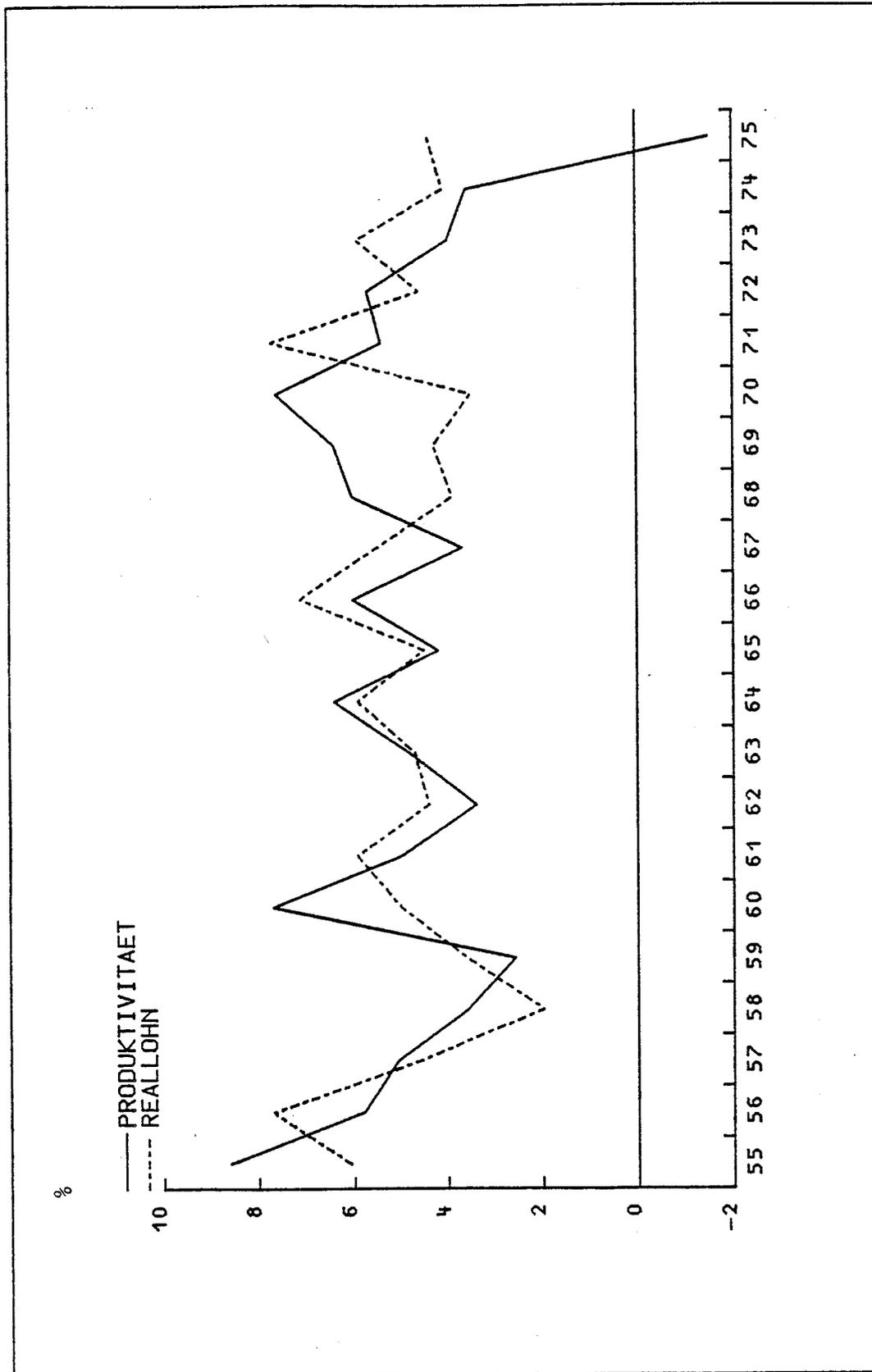
- LOHNQUOTE
- - - LOHNQUOTE BEREINIGT*)
- LOHNQUOTE HYPOTHETISCH*)



*) BASIS 1955

Abbildung 3

PRODUKTIVITAET UND LOHNENTWICKLUNG



Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
in Österreich 1953 bis 1975⁺)

Günther Chaloupek

⁺) Dieser Beitrag wurde bereits 1978 abgeschlossen und berücksichtigt daher noch nicht die Lohnsteuerstatistik 1973.

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vorbemerkung	III.5
II. Die Datenquellen	III.7
A. Lohnsteuerstatistik	
1. Gegenstand, Erfassungsbereich, notwendige Korrekturen	
2. Ganzjährig und nichtganzjährig Erwerbstätige	
3. Repräsentationsgrad	
4. Schwankungen des Repräsentationsgrades	
B. Lohnstufenstatistik der Sozialversicherung	
1. Repräsentationsgrad	
2. Mängel der Lohnstufenstatistik	
C. Schlußfolgerung	
III. Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Jahre 1970	III.19
IV. Die Entwicklung der Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Österreich 1953-1975	III.22
1. Das Jahr 1953 als Basisjahr	
2. Die Periode 1953 bis 1960	
3. Die Periode 1960 bis 1975	
4. Zusammenfassung	
V. Die Entwicklung 1953-1970 im Vergleich von Lohnsteuerstatistik und Lohnstufenstatistik	III.38
1. Die Lohnsteuerstatistik 1953-1970	
2. Vergleich Lohnsteuerstatistik - Lohnstufenstatistik	
VI. Die Ergebnisse im Vergleich mit bisherigen Studien zur Einkommensverteilung in Österreich	III.41
Bibliographie	III.43
Übersichten und Abbildungen	III.45

I. Vorbemerkung

Die empirische Untersuchung der Verteilung der Arbeitseinkommen steht vor zwei grundlegenden Problemen: Nach welchen Kriterien soll die statistische Erfassung der Arbeitseinkommen erfolgen und inwiefern entspricht das Datenmaterial diesen Kriterien, oder anders ausgedrückt: welche Einschränkungen und Vorbehalte müssen den Ergebnissen der statistischen Auswertungen gegenüber gemacht werden.

Die Aufstellung von Kriterien hätte vom Begriff der sozialen Ungleichheit ausgehend, deren zahlreiche Dimensionen aufzuschlüsseln und daraus ein Kategorienschema zu entwickeln. Diese Aufgabe würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit bei weitem übersteigen.

Bei der Beurteilung des in Österreich vorhandenen Datenmaterials in Abschnitt II. wurde untersucht, inwieweit es die Einkommen folgender Population erfaßt:

erwachsene Erwerbstätige, getrennt nach Geschlecht,
in allen Wirtschaftssektoren, ohne Teilzeitbeschäftigte^{*)}.

Die Interpretation von Zeitreihen für diese "Standard"-Population erscheint verhältnismäßig noch am wenigsten problematisch. Leider sind die Daten in dieser Form entweder nicht vorhanden oder aus verschiedenen Gründen nicht brauchbar. Es mußten daher Daten für die Untersuchung der Verteilung der Arbeitseinkommen herangezogen werden, die

*) Diese Definition der Standard-Population lehnt sich an die von H. Lydall /9/ verwendete an, ohne ihr ganz zu entsprechen. Mit der von Lydall gegebenen Begründung seiner Definition kann sich der Autor dieses Abschnitts nur zum geringen Teil identifizieren.

nicht die Standard-Population erfassen, Insoweit sie von dieser abweichen, müssen Vorbehalte und Einschränkungen gegenüber den Ergebnissen gemacht werden, wenn durch die Abweichung die Vergleichbarkeit im Zeitablauf beeinträchtigt ist.

II. Die Datenquellen

Während die Statistiken über die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich sich nur auf einen kleinen Teil aller Haushalte stützen, ist die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zahlenmäßig reichhaltig dokumentiert:

Das Österreichische Statistische Zentralamt erstellt in dreijährigen Abständen (seit 1964, früher unregelmäßig) die Lohnsteuerstatistik. Diese gibt Auskunft über die Jahreseinkommen der ganzjährig und der nicht ganzjährig Beschäftigten einschließlich gewisser Gruppen von Pensionsbeziehern.

Der Hauptverband der Sozialversicherungsträger veröffentlicht seit 1953 zweimal jährlich die Lohnstufenstatistik. Diese erfaßt die Monatseinkommen der unselbständig Beschäftigten ausschließlich der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften an zwei Stichtagen, am 1. Februar und am 1. August (früher Ende Jänner und Ende Juli).

Keine dieser beiden Statistiken erfaßt die Gesamtheit der unselbständig Beschäftigten. Ihre wechselseitige Ergänzung zu einer Gesamtstatistik der Einkommen aller unselbständig Erwerbstätigen ist für den ganzen Zeitraum 1953 bis 1975 nicht möglich. Dennoch kann aus den beiden Statistiken ein umfassendes und detailliertes Bild über die Verteilung der Arbeitseinkommen im Querschnitt und ihre Entwicklung im Zeitablauf gewonnen werden. Vor dem Eingehen in die Sache selbst soll zunächst die Aussagekraft der Statistiken näher untersucht werden.

A. Lohnsteuerstatistik

1. Gegenstand, Erfassungsbereich, notwendige Korrekturen

Lohnsteuerstatistiken existieren für die Jahre 1953, 1957, 1964, 1967 und 1970. Die Lohnsteuerstatistik stellt auf Personen ab. Wenn für ein und dieselbe steuerpflichtige Person zwei oder mehr Lohnsteuerkarten ausgestellt wurden, werden die Einkommen zusammengezählt.

Die Lohnsteuerstatistik umfaßt grundsätzlich alle lohnsteuerpflichtigen Einkommen, also Löhne, Gehälter, Pensionen und Renten, sonstige Ruhe- und Versorgungsgenüsse. Sie beruht auf der Auswertung von in Lohnsteuerkarten, Lohnzetteln, EDV-Datenträgern und den sogenannten "Statistischen Blättern", im Jahresausgleich enthaltenen Informationen^{*)}. Bis 1964 wurde die Gesamtheit der anfallenden Informationen statistisch ausgewertet, 1967 und 1970 jeweils aus den Lohnsteuerkarten eine Stichprobe gezogen. Aus technischen Gründen werden die von Sozialversicherungsträgern ausbezahlten lohnsteuerpflichtigen Pensionen nur zu einem ganz geringen Teil von der Lohnsteuerstatistik erfaßt. Hingegen scheinen die Empfänger von Pensionen von Gebietskörperschaften in der Lohnsteuerstatistik auf.

Bei der vorliegenden Arbeit geht es um eine Analyse der Arbeitseinkommen. Deshalb mußten die Pensionen aus der

*) Siehe dazu die "Einleitung" zu den Lohnsteuerstatistiken. Die Form ihrer Veröffentlichung ist nicht einheitlich. Die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistiken 1953 und 1957 wurden in den "Steuerstatistiken" 1953 bzw. 1957 des Österreichischen Statistischen Zentralamts veröffentlicht. Darüber hinaus existieren mehr Detailinformationen enthaltende Mappenwerke, die nicht veröffentlicht wurden. Die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistiken 1964 und 1967 wurden in detaillierter Form nicht veröffentlicht, sondern als Mappenwerke mit dem Vermerk "vertraulich" an öffentliche Stellen verteilt. Kurzfassungen erschienen jeweils in den Statistischen Nachrichten. Für diese Studie wurden ausschließlich die Mappenwerke als Grundlage herangezogen. Die Lohnsteuerstatistik 1970 erschien als 369. Heft der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1975.

Lohnsteuerstatistik eliminiert werden. Im folgenden Text ist - wenn nicht anders vermerkt - von "Lohnsteuerstatistik" immer im Sinne der durch Eliminierung der Pensionisten entstandenen, aus dem ursprünglichen Zahlenwerk neu berechneten, Daten die Rede.

Die Lohnsteuerstatistik unterscheidet bei den Berufstätigen seit 1957 folgende soziale Stellungen: Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte, Beamte. 1953 waren noch Angestellte und Beamte zu einer Kategorie zusammengefaßt worden.

Da die Summe der Einkommen für eine bestimmte Einkommensstufe (z.B. S 20.000 bis S 24.000) jeweils nur für alle Fälle dieser Klasse, nicht nach sozialer Stellung (Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Pensionisten) getrennt angegeben ist, konnten die Einkommenssummen nach Einkommensstufen für die Erwerbstätigen (ohne Pensionisten) nicht berechnet werden. Damit wird die Berechnung von Verteilungsmaßen, in die die Summe des Einkommens eingeht - das sind fast alle gebräuchlichen Maße - unmöglich. Auch Dezilanteile können nicht berechnet werden, sondern nur Dezile.

2. Ganzjährig und nichtganzjährig Erwerbstätige

Die Lohnsteuerstatistik erfaßt die Einkommen sowohl der ganzjährig Erwerbstätigen, als auch jener Personen, die nur einen Teil des Jahres erwerbstätig sind. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, wurden nur die Daten über ganzjährig Erwerbstätige für die Untersuchung der Einkommensverteilung herangezogen. Dies hat zweifellos eine gewisse Unterschätzung der Ungleichheit der Einkommen zur Folge, da auch Arbeitslosigkeit zur Ungleichmäßigkeit der Verteilung der Einkommen beiträgt. Die Daten über nichtganzjährig Erwerbstätige konnten jedoch nicht berücksichtigt werden, weil die Arbeitslosigkeit nicht der einzige und auch nicht der wichtigste Grund für die Nichtganzjährigkeit von

Beschäftigungsverhältnissen ist, sondern das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben durch Pensionierung. Zweifellos war mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit von 1953 bis 1961 ein gewisser Abbau an Einkommensungleichheit verbunden. Die Lohnsteuerstatistik erscheint jedoch nicht geeignet, diesen Prozeß zu analysieren.*)

3. Repräsentationsgrad

Auch die erwerbstätigen Lohnsteuerpflichtigen werden von der Lohnsteuerstatistik nicht vollständig erfaßt, da in der Praxis nicht alle Lohnsteuerkarten an die Finanzämter abgeführt werden. Die Daten der Lohnsteuerstatistik repräsentieren aus diesem Grunde die Struktur der Arbeitsverdienste, also der Löhne und Gehälter, nur mangelhaft. Die nicht an die Finanzämter abgeführten Lohnsteuerkarten betreffen vor allem Personen niedriger Einkommenskategorien. 1953 partizipierten an der Fehlmenge von rund 550.000 Lohnsteuerkarten "die Dienstnehmer mit land- und forstwirtschaftlichen Berufen mit nahezu drei Zehntel, jene mit hauswirtschaftlichen Berufen bzw. mit Bauberufen mit etwa je einem Achtel. Von den Unselbständigen in Land- und Forstwirtschaft konnte lediglich ein Drittel, von den Dienstnehmern mit hauswirtschaftlichen Berufen (insbesondere Hausgehilfinnen, Bedienerinnen, Hauswarten) nicht einmal die Hälfte statistisch erfaßt werden. Weiters wurden Belege für nur etwa je sechs Zehntel der BekleidungsHersteller (Schneider, Heimarbeiter), der Hotel- und Gaststättenberufe sowie der Friseure abgeliefert. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die nicht erfaßten Dienstnehmer zu meist niedrig entlohnten Berufskategorien zugehörten und

*) Eine gewisse (aber wahrscheinlich relativ geringe) Verzerrung im oberen Einkommensbereich ergibt sich allerdings daraus, daß Abfertigungen, die mit Jahresende fällig werden, den Einkommen der ganzjährig Erwerbstätigen zugerechnet werden.

darüber hinaus vielfach nur saisonbeschäftigt waren. Der Rückfluß der Lohnsteuerkarten war vornehmlich bei solchen Berufen zufriedenstellend, die überwiegend in Groß- und Mittelbetrieben ausgeübt wurden (z.B. Bergbau, in Betrieben der Eisen- und Metallgewinnung und -bearbeitung, in Textilbetrieben, in der chemischen Industrie, in Verkehrsbetrieben sowie die Angestelltenberufe überhaupt)"/15, S.26/.

Viele der genannten Berufe haben seit 1953 erheblich an Bedeutung verloren. Man kann annehmen, daß die Fehlrepräsentation der Struktur der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuerstatistik umso weniger systematisch sich im unteren Einkommensbereich konzentriert, je stärker die Beschäftigung in der Landwirtschaft und in Privathaushalten zurückging. Dennoch ist die Aussagekraft auch der Lohnsteuerstatistiken 1964 und folgende dadurch beeinträchtigt.

4. Schwankungen des Repräsentationsgrades

Die Aussagefähigkeit der Lohnsteuerstatistik über die Entwicklung der Verteilung der Arbeitsverdienste hängt sowohl von der Höhe als auch von der Konstanz ihres Repräsentationsgrades (Nachweisquote) im Zeitablauf ab. Für seine quantitative Bestimmung sind zwei Relationen von Bedeutung: der Anteil der von der Lohnsteuerstatistik erfaßten Lohnsumme an der volkswirtschaftlichen Lohnsumme und der Anteil der erfaßten Fälle an der Gesamtbeschäftigung.

Die volkswirtschaftliche Lohnsumme (ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) wird durch die Summe der Löhne und Gehälter der in der Lohnsteuerstatistik enthaltenen Fälle mit Ausnahme des Jahres 1957 zu jeweils etwa drei Viertel ihres Volumens erfaßt^{x)}. Im Jahre 1957 ist dieser Anteil jedoch bedeutend niedriger (s.Übersicht 1).

^{x)} Die Nachweisquote der deutschen Lohnsteuerstatistik 1968 ist höher. Sie liegt bei 88,7 % /siehe H.J.Krupp 6, S.10/.

Für die Zahl der in der Lohnsteuerstatistik enthaltenen Fälle gibt es in der Beschäftigtenstatistik keine unmittelbare Bezugsgröße. Die Zahl der Fälle von ganz- und nicht-ganzjährigen Bezügen machten - wieder mit Ausnahme des Jahres 1957 - jeweils etwas über 80 % des jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsstandes aus. Dieser Prozentsatz erscheint insofern auf den ersten Blick paradox, als die Lohnsteuerstatistik gerade die unteren Einkommensschichten nur sehr mangelhaft erfaßt und daher eine niedrigere Nachweisquote für die Fälle mit einer höheren Nachweisquote für das Einkommen konsistent sein kann. Genau das Gegenteil ist jedoch der Fall. Über 80 % der Beschäftigten werden von der Lohnsteuerstatistik erfaßt, jedoch weniger als 80 % der volkswirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme.

Das Paradoxon resultiert aus dem Umstand, daß ein Teil der Lohnsteuerfälle nicht ganzjährig erwerbstätig ist, am häufigsten wohl aus dem Grunde, daß Personen während des Jahres in den Ruhestand treten, daneben auch wegen Arbeitslosigkeit. Da die Zahl aller Personen, die ganzjährig oder auch nur aus den genannten Gründen vorübergehend beschäftigt sind, nicht bekannt ist, muß die Nachweisquote der Lohnsteuerstatistik auf synthetischem Wege berechnet werden.

Grundsätzlich geht es dabei darum, eine mit dem jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenstand lt. Arbeitsmarktstatistik vergleichbare Zahl aus der Lohnsteuerstatistik zu errechnen. Die in ihr enthaltenen nicht-ganzjährig Beschäftigten müssen anteilig in ganzjährig Beschäftigte "umgerechnet" werden. Dies ist auf dem Umweg über das Einkommen möglich. Als synthetische Nachweisquote q ergibt sich:

$$q = \frac{\text{Lohnsumme für ganz- und nicht ganzjährig Beschäftigte lt. Lohnsteuerstatistik}}{\text{durchschnittliches Einkommen je ganzjährig Beschäftigten lt. Lohnsteuerstatistik}} \cdot \text{Beschäftigte lt. Arbeitsmarktstatistik}$$

Die Frage, ob die Nachweisquote durch diese Formel über- oder unterschätzt wird, ist nicht zu beantworten. Die nicht ganzjährigen Einkommen der Arbeitslosen liegen zweifellos unter dem Durchschnitt, jene der Pensionsabgänger wahrscheinlich darüber^{*)}. Aufgrund der vorhandenen Angaben läßt sich nicht abschätzen, welcher Effekt überwiegt.

Die Werte der synthetischen Nachweisquoten für die Beschäftigten liegen unter jenen für das Einkommen und sind somit mit dem Faktum der Unterrepräsentation niedriger Einkommenschichten konsistent (siehe Übersicht 2). Die Nachweisquote für Arbeiter bzw. Frauen ist niedriger als die für Angestellte bzw. Männer. Die Übersicht zeigt weiter, daß die Nachweisquote im Zeitablauf bedeutenden Schwankungen unterliegt. Insgesamt liegt sie für das Jahr 1957 bedeutend niedriger als für alle übrigen Jahre. Die Lohnsteuerstatistik 1957 ist daher mit den anderen kaum vergleichbar, man muß vielmehr annehmen, daß das Absinken der Nachweisquote einen noch größeren Teil von unteren Einkommenschichten als die übrigen Lohnsteuerstatistiken unerfaßt läßt.

Die Nachweisquoten für Erwerbstätige insgesamt der Lohnsteuerstatistiken 1953, 1964, 1967 und 1970 weichen nur sehr wenig voneinander ab. Bei Disaggregation nach sozialer Stellung und Geschlecht zeigt sich jedoch, daß 1953 die Nachweisquote für Arbeiter etwas geringer und für Angestellte und Beamte wesentlich höher war als in den Lohnsteuerstatistiken der sechziger Jahre. Darüber hinaus ergibt sich aus den Lohnsteuerstatistiken 1953 bis 1964

^{*)} jeweils auf Monatsbasis

ein höchst uneinheitliches und kaum interpretierbares Bild über die Verteilung der Löhne männlicher Arbeiter (siehe dazu Abschnitt V2). Man muß annehmen, daß auch daraus beachtliche Verzerrungen resultieren, sodaß für eine Analyse der Tendenzen der Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit eigentlich nur die Lohnsteuerstatistiken seit 1964 herangezogen werden können.

B. Lohnstufenstatistik der Sozialversicherung

1. Repräsentationsgrad

Seit 1953 bildet die Lohnstufenstatistik einen Bestandteil der "Stichtagszählungen" der Gebietskrankenkassen bzw. des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Bei der Lohnstufenstatistik stellt sich - wie bei der gesamten Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger - das Problem der Doppelzählung, nämlich daß ein und dieselbe Person doppelt oder u.U. mehrfach bei der Sozialversicherung gemeldet und ebensooft von der Statistik gezählt werden könnte. Aus einer Gegenüberstellung von Volkszählung und Hauptverbandstatistik ergibt sich jedoch folgender Schluß: "Die bisherige Vermutung, daß die Grundzählung (Hauptverbandstatistik) mehrfache sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ein und derselben Person auch mehrmals erfaßt und daher zu Doppelzählungen führt, wird durch die Volkszählungsergebnisse nicht bestätigt", vielmehr "können die Doppelzählungen im Rahmen der Grundzählung als Ergebnis der Gegenüberstellung mit der Volkszählung praktisch ausgeschlossen werden" /5/. Für die Lohnstufenstatistik folgt daraus, daß allfällige Doppelzählungen nur ein vernachlässigbar geringes Ausmaß erreichen und zu keiner merklichen Verzerrung der Lohn- und Gehaltsstruktur führen.

Die Lohnstufenstatistik enthält alle unselbständig Erwerbstätigen mit Ausnahme der pragmatisierten Beamten der Gebietskörperschaften (damit wird etwa ein Drittel der öffentlichen Bediensteten von der Lohnstufenstatistik erfaßt).

Da zum Februartermin saisonale (u.a. wetterbedingte) Einflüsse auf die Beschäftigtenstruktur auftreten, die von Jahr zu Jahr eine unterschiedliche Intensität annehmen, wurden hier nur die Ergebnisse vom August-(bzw. Juli-) Stichtag ausgewertet.

Der Repräsentationsgrad der Lohnstufenstatistik am jeweiligen August-Stichtag ist für Erwerbstätige insgesamt sehr hoch und bemerkenswert stabil (s.Übersicht 3). Arbeiter - sowohl männliche wie weibliche - werden nahezu zur Gänze durch die Lohnstufenstatistik erfaßt, wobei sich nur minimale Schwankungen des Repräsentationsgrades während der Untersuchungsperiode ergeben. Desgleichen sind die geschlechtsspezifischen Abweichungen unbedeutend. Bei den Angestellten und Beamten ergibt sich folgendes Bild: Bei den Männern ist der Repräsentationsgrad geringer als bei den Frauen, da die Mehrzahl der pragmatisierten Beamten Männer sind. Trendmäßig steigt der Repräsentationsgrad stark an. Dies ist damit zu erklären, daß die Zahl der Angestellten stärker zunimmt als jene der pragmatisierten Beamten, letztere also einen fallenden Anteil der Angestellten und Beamten auf sich vereinigen. Für Angestellte exklusive Beamte kann eine Konstanz der Repräsentation angenommen werden.

2. Mängel der Lohnstufenstatistik

Die Lohnstufenstatistik erfaßt Einkommen nur insoweit, als sie unter der Höchstbeitragsrundlage liegen. Diese

Begrenzung wirkt sich vor allem bei den männlichen Erwerbstätigen aus. Bei den Arbeitern kann das oberste, bei den Angestellten in manchen Jahren bereits das sechste Dezil nicht mehr berechnet werden. Für die Untersuchung der Gehaltsentwicklung der Angestellten in diesem Bereich muß daher die Lohnsteuerstatistik herangezogen werden.

Neben Höchstbeitragsgrenzen bestehen auch Mindesteinkommengrenzen für die Anmeldung zur Sozialversicherung. Ihre Veränderung beeinflusst vor allem das unterste Dezil, dessen Bewegungen deshalb nur schwer eine ökonomische Bedeutung beigemessen werden kann.

Unter der Kategorie "Arbeiter" sind in der Lohnstufenstatistik auch die Lehrlinge enthalten. Die Lohnstufenstatistik erfaßt demnach auch Einkommen nicht-erwachsener Erwerbstätiger und weicht daher von der Standard-Population ab. Es zeigt sich jedoch, daß dies die Interpretation der Ergebnisse nicht wesentlich erschwert. Die Anzahl von Lehrlingen in der Juli-Stichtagszählung ist wahrscheinlich niedriger als die jahresdurchschnittliche Lehrlingszahl. Da es im gegenständlichen Zusammenhang jedoch um die Schwankungen des Lehrlingsanteils in der Zeit geht, wurden in Übersicht 4 diese Lehrlingszahlen mit den Arbeiterzahlen der Lohnstufenstatistik in Beziehung gesetzt. Der Lehrlingsanteil ist für die Jahre 1957 bis 1970 (mit Ausnahme von 1967) ziemlich konstant, 1967 wegen der Einführung des neunten Schuljahres niedriger. 1953 existierte noch eine Jugendarbeitslosigkeit von bedeutenden Ausmaßen. Bis 1975 stieg der Lehrlingsanteil als Folge von Änderungen in der Alterszusammensetzung des Erwerbstätigenpotentials.

Die überwiegende Mehrzahl der Lehrlingseinkommen liegt unter dem ersten Dezil der Lohnstufenstatistik, dieser Einkommens-

bereich ist zum Großteil durch Lehrlinge besetzt. Verschiebungen im Lehrlingsanteil haben Veränderungen in den Relationen aller Dezile zur Folge. Eine Auseinanderentwicklung der Dezilrelationen, die auf eine Verschiebung im Lehrlingsanteil zurückzuführen ist, entspricht keiner normativ relevanten Zunahme der Ungleichheit der Einkommensverteilung. Der Lehrlingsanteil muß daher bei der Interpretation der Lohnstufenstatistik im Auge behalten werden. Ein Ansteigen des Lehrlingsanteils führt zu einer statistischen Entnivellierung, die u.U. zu irreführenden Schlüssen verleiten mag. Diese Nivellierungseffekte nehmen mit der Höhe der Dezile ab, sie wirken sich auf das unterste bzw. zweite Dezil relativ am stärksten, auf das oberste relativ am schwächsten aus.

Geringe Entnivellierungseffekte sind dem Anstieg des Lehrlingsanteils von 1953 bis 1960 und von 1970 bis 1975 zuzuschreiben. Empirisch sind diese Effekte nicht isolierbar. Sie erfordern jedoch keine Modifikation der Hauptergebnisse.

Die Lohnstufenstatistik erfaßt auch die Teilzeitbeschäftigten, was besonders bei den weiblichen Erwerbstätigen eine gewisse Rolle spielt. Die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung in den letzten zehn Jahren hat einen Entnivellierungseffekt zur Folge, dessen Ausmaß jedoch nicht sehr bedeutend gewesen sein kann. Verlässliche Zahlen über die Entwicklung der Teilzeitarbeit sind nicht vorhanden. 1967 betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung nur $5 \frac{1}{2} \%$ /1/.

C. Schlußfolgerung

Für die Analyse der Verteilung der Verdienste aus unselbständiger Arbeit in einem bestimmten Zeitpunkt - z.B. 1970 (Abschnitt III) ist trotz der festgestellten Mängel die

Lohnsteuerstatistik besser geeignet. Sie allein ermöglicht erstens eine befriedigende Disaggregation nach sozialer Stellung, da Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte und Beamte getrennt ausgewiesen werden und zweitens die Erfassung der oberen Einkommen (keine Obergrenze wie bei der Lohnstufenstatistik). Verzerrungen ergeben sich insofern, als aus den angeführten Gründen nur die Einkommen der ganzjährig Beschäftigten herangezogen werden können und darüber hinaus auch 1970 noch eine gewisse Unterrepräsentation der unteren Einkommen gegeben ist. Beide Faktoren führen zu einer Unterschätzung des Ausmaßes der Ungleichheit.*)

Für eine Untersuchung der Entwicklung der Verteilung im Zeitablauf erscheint die Lohnsteuerstatistik vor allem wegen der starken Schwankungen des Repräsentationsgrades vor 1964 als Grundlage nicht geeignet. In der Hauptsache stützt sich der Abschnitt IV daher auf die Lohnstufenstatistik. Nur in Ergänzung zu ihr wurde - soweit dies möglich ist - die Lohnsteuerstatistik herangezogen, wo die Lohnstufenstatistik keine Aussagen zuläßt, nämlich für die oberen Einkommensgruppen der Angestellten und die Beamtengehälter. Die Ergebnisse der zum Abschnitt IV analogen Auswertung der Lohnsteuerstatistiken 1953 bis 1970 werden nur zu Vergleichszwecken herangezogen.

*) In die Gegenrichtung wirkt die Berücksichtigung von Abfertigungen.

III. Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Jahre 1970

Für das Jahr 1970 - das letzte Jahr, für das bei Abfassung der Studie eine Lohnsteuerstatistik vorlag - kann die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit in ihrem Gesamtbild sowie disaggregiert nach Geschlecht und "sozialer Stellung" (Arbeiter, Angestellte, Beamte) dargestellt werden.

Der Median der Monatseinkommen der Gesamtheit der unselbständig Erwerbstätigen (Jahreseinkommen : 14, ganzjährig Erwerbstätige, inkl. Lehrlinge) lag in diesem Jahr bei 4.446 Schilling. Von der Gesamtheit aller Einkommen lagen 80 % (ausgenommen das oberste und das unterste Zehntel) innerhalb einer Spannweite von 1 : 4, 60 % (ausgenommen das oberste und das unterste Fünftel) innerhalb einer solchen von 1 : 2,2. Erwartungsgemäß zeigt sich, daß die Dezile unterhalb des Medians deutlich weniger von diesem abweichen als jene oberhalb des Medians.

Das Ausmaß der Differenzierung innerhalb der Gesamtheit ist in hohem Maße durch geschlechtsspezifische Unterschiede und durch Unterschiede nach sozialer Stellung bedingt. Der Median der Einkommen der Männer war 1970 mit 5.010 Schilling um zwei Drittel höher als jener der Einkommen weiblicher Arbeitnehmer (3.241 Schilling). Die Einkommensdifferenzierung nach sozialer Stellung ist bei den Frauen deutlich stärker ausgeprägt als bei den Männern. Für die mittleren 80 % aller weiblichen Arbeitnehmer beträgt die maximale Einkommensrelation 1 : 3,9, bei den männlichen Arbeitnehmern hingegen nur 1 : 3. Darin kommt vor allem der Umstand zum Ausdruck, daß bei den Frauen die Einkommensunterschiede nach sozialer Stellung größer sind als bei den Männern. Bei den Frauen lag der Median

der Angestellteinkommen um 39,2 % (mit Lehrlingen 43,4 %) und jener der Beamteneinkommen um 102,7 % (108,9 %) über dem Median der Arbeiterlöhne, bei den Männern um 32,1 (36,1%) und 17,7 (21,3 %, einschließlich Lehrlinge).

Unter den Einkommen der männlichen Arbeitnehmer weist die Verteilung der Arbeiterlöhne den geringsten Grad der Ungleichheit auf, wenn man die Lehrlinge ausschaltet: 80 % aller männlichen Arbeiter liegen innerhalb einer Spannweite von 1 : 2,2 (siehe Übersicht 5; einschließlich Lehrlinge beträgt die Dezilspanne 3,6 wie bei den Angestellten). Das unterste Dezil erreicht 65,2 % des Medians. Etwas geringer noch als bei den Arbeitern sind die Abweichungen der Dezile unterhalb des Medians bei den Beamten. Oberhalb des Medians ist jedoch die Einkommensskala der Beamten wesentlich weiter auseinandergezogen als die der Arbeiter: das oberste Dezil erreicht bei den Beamten 183,8 % des Medians, gegenüber 142,6 % bei den Arbeitern. Insgesamt sind die Beamteneinkommen daher deutlich ungleichmäßiger verteilt als die Arbeiterlöhne. Am ungleichmäßigsten sind die Gehälter der Angestellten verteilt, sowohl im unteren als auch im oberen Bereich sind die Abweichungen vom Median bei dieser Gruppe am größten. Das unterste Dezil erreicht nur 56,2 % des Medians, die oberste dagegen mehr als das Doppelte.

Auch bei den Einkommen weiblicher Arbeitnehmer zeigt die Verteilung der Arbeiterlöhne (bei Ausschluß der Lehrlinge) den geringsten Grad der Ungleichheit. Im Vergleich zu den Männern sind die Abweichungen unterhalb des Medians größer und oberhalb des Medians etwas geringer (die Dezilspanne beträgt 2,7, einschließlich Lehrlinge 3,7). Sowohl die Gehälter weiblicher Angestellter als auch der weiblichen Beamten zeigen nach unten geringere Abweichungen vom Median als die Löhne weiblicher Arbeiter. Im oberen Bereich ergibt sich insofern ein ähnliches Bild wie bei den Männern, als

die obersten Dezile für weibliche Angestellte und Beamte wesentlich höher als für weibliche Arbeiter liegen. Jedoch ist das Ausmaß der Abweichungen nach oben für die einzelnen sozialen Gruppen bei den Frauen deutlich geringer als bei den Männern: das oberste Dezil bei weiblichen Angestellten beträgt 162,1 % des Medians, für Beamte 166 %.

Ein beträchtlicher Unterschied zu den Männern besteht allerdings bei einem Vergleich der Mediane der Einkommen weiblicher Arbeitnehmer nach sozialen Gruppen: wie bereits weiter oben dargelegt, liegt das mittlere Einkommen der weiblichen Beamten mehr als doppelt so hoch als jenes der weiblichen Arbeiter und ist auch - anders als bei den Männern - höher als jenes der Angestellten. Es zeigt sich, daß vor allem der öffentliche Sektor Berufe bietet, in denen Frauen die Möglichkeit haben, in höhere Einkommenskategorien vorzudringen. Vor allem das hohe Niveau der Beamtgehälter im Vergleich zu den Einkommen der übrigen Erwerbstätigen hat zur Folge, daß die Ungleichheit der Verteilung der Fraueneinkommen erheblich größer ist als das gesamte Einkommen der Unselbständigen.

IV. Die Entwicklung der Verteilung der Einkommen aus un- selbständiger Arbeit in Österreich 1953 - 1975

1. Das Jahr 1953 als Basisjahr

Sowohl in mittel- als auch in langfristiger Betrachtung markiert das Jahr 1953 eine Zäsur in der Entwicklung der Verteilung der Lohn- und Gehaltseinkommen (Arbeitsverdienste).

In längerfristiger Betrachtung steht das Jahr 1953 am Ende eines Vierteljahrhunderts, das durch Wirtschaftsdepression, Kriegswirtschaft, Nachkriegselend und galoppierende Inflation ("Hyperinflation") gekennzeichnet ist. In einer solchen Epoche des gleichsam permanenten ökonomischen Ausnahmezustandes gewinnen die nivellierenden Einflußfaktoren in der Verteilungsentwicklung die Oberhand^{*)}. Steindl /13, S.11ff/ schließt aus einem Vergleich der Lohnsteuerstatistiken 1933 und 1953, daß die Ungleichheit in der Verteilung der Lohn- und Gehaltseinkommen in diesem Zeitraum abgenommen hat. Zwar ist der Ginikoeffizient mit 0,27 etwa konstant geblieben, doch war 1953 ein wesentlich größerer Teil der niedrigen Einkommen durch die Lohnsteuer bzw. Lohnsteuerstatistik erfaßt worden als 1933. Bei Einbeziehung dieser Einkommen im Jahr 1933 würde sich zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich ein höherer Ginikoeffizient ergeben.

Für etwa dieselbe Periode stellt Weissel /17/ aufgrund einer Analyse von Lohn- und Gehaltsstatistiken Wiener Arbeitnehmer eine einheitliche Nivellierungstendenz fest: "Welche Beziehungen wir auch immer betrachten - Männerlöhne gegenüber Frauenlöhnen, Akkordlöhne gegenüber Zeitlöhnen, Facharbeiterlöhne gegenüber Hilfsarbeiterlöhnen, Angestelltengehälter in unteren Verwendungsgruppen gegenüber Gehältern

^{*)} Eine kurze Diskussion möglicher Kausalzusammenhänge findet sich bei Weissel /17, S.19ff/.

in oberen Verwendungsgruppen, Angestelltegehälter gegenüber Arbeiterlöhnen - , stets ist eine Verringerung des relativen (perzentuellen) Abstandes zu beobachten." /17, S.25/.

Während demnach die Nivellierung der Arbeitsverdienste in langfristiger Betrachtung für alle wesentlichen Dimensionen der Verteilung nachweisbar ist, ergibt sich für die Nachkriegszeit (1945 bis 1953) kein so einheitliches Bild.

Aus mittelfristiger Sicht markiert das Jahr 1953 das Ende der Nachkriegswirtschaft im eigentlichen Sinn. Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war einerseits charakterisiert durch empfindliche Mangelercheinungen in der Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Gegenständen des täglichen Lebensbedarfs wie auch in der Belieferung der Industrie mit Roh- und Grundstoffen, die Anlaß für die Errichtung von Bewirtschaftungssystemen in den verschiedensten Bereichen gaben. Andererseits standen nach Kriegsende Inflationstendenzen, die zunächst belebend auf die Konjunktur wirkten. Sehr bald traten jedoch Probleme der Eindämmung der unkontrollierbar zu werden drohenden Inflation in den Vordergrund. Fünf Lohn-Preis-Abkommen konnten indes keine nachhaltige Stabilisierung des Preisniveaus herbeiführen. Erst einer deflationären Fiskal- und Geldpolitik gelang die Brechung des Inflationstrends, teuer erkaufte durch ein Hinaufschnellen der Arbeitslosenzahl auf 183.500 im Jahresdurchschnitt 1953, was eine Arbeitslosenrate von 8,7 % ergibt.

In dieser durch Mangel und Armut breiter Kreise charakterisierten Situation war die Lohnpolitik der Gewerkschaften vor allem bemüht, den unteren Einkommensschichten den dringendsten Lebensbedarf zu sichern und sie als verhandlungsschwächste Gruppen vor den Wirkungen der raschen Geld-

entwertung zu schützen. Ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich auch nach 1945 in der Wirtschaftspolitik, insbesondere in der Lohnpolitik, "gegenüber dem Leistungsprinzip das Alimentationsprinzip" durch: "Den am schlechtesten entlohnten Arbeitern wird das Existenzminimum auf Kosten der besser entlohnten Arbeiter gesichert" /17, S.28/. In der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die bis 1952 extrem zentralisiert war, fand das Alimentationsprinzip seinen Ausdruck darin, daß Lohnerhöhungen entweder in einen Prozentsatz und einen Absolutbetrag (z.B. S 34,- "Ernährungszulage" beim 2. Lohn-Preis-Abkommen) geteilt waren oder neben dem Erhöhungsprozentsatz ein Mindesterhöhungsbetrag (z.B. "mindestens S 100,--" beim 4. Lohn-Preis-Abkommen) oder überhaupt größere prozentuelle Lohnerhöhungen für die unteren Lohngruppen (z.B. 28 % für Facharbeiter, 31 % für Hilfsarbeiter und Frauen im 4. Lohn-Preis-Abkommen) vereinbart wurden /11, S.17/.

Ein Nivellierungseffekt der Lohn-Preis-Abkommen, deren erstes im August 1947 wirksam wurde, ist jedoch anhand der für die Nachkriegszeit vorliegenden Daten nicht durchgängig nachweisbar. Als gesichert kann gelten, daß die Löhne weiblicher Arbeiter sich über die gesamte Periode den Löhnen männlicher Arbeiter annäherten (siehe die folgenden Texttabellen). Daten über die Wiener Sachgüterproduktion zufolge waren die Frauenlöhne 1953 auch etwas gleichmäßiger verteilt als 1947. Für die Verteilung der Verdienste männlicher Arbeiter ist in der Nachkriegszeit kein kontinuierlicher Nivellierungstrend aufzeigbar. Von 1946 bis 1947 fand eine deutliche Angleichung der Hilfsarbeiterlöhne an die Facharbeiterlöhne statt (siehe Texttabellen), die jedoch noch vor dem ersten Lohn-Preis-Abkommen zum Stillstand kam. Zwischen 1947 und 1952 änderte sich die Relation Facharbeiterlohn/Hilfsarbeiterlohn nur geringfügig. In der Wiener Sachgüterproduktion war die Verteilung der Löhne männlicher Arbeiter 1953 etwas ungleichmäßiger als

1947. In diesem Fall wurden offensichtlich die Verteilungswirkungen der Kollektivvertragspolitik durch eine starke Lohndrift konterkariert. Was das Verhältnis Arbeiterlöhne/ Angestellten- und Beamtengehälter betrifft, so kann für die Nachkriegsperiode ein gewisser Abbau der Differenzen angenommen werden; dasselbe gilt für die Gehaltsstruktur.

Stundenverdienste in der Wiener Industrie Verdienststatistik der Wiener Arbeiterkammer				
		Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Frauen
April	1946	100	80	55
November	1946	100	81	55
Juli	1947	100	87	64
Juni	1948	100	88	66
März	1949	100	87	68
März	1950	100	86	68
April	1951	100	88	69
September	1952	100	88	72

Quelle: H. Müller /11, S. 19/

Stundenverdienste in der österreichischen Industrie, Verdienststatistik der Sektion Industrie der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft				
		Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Frauen
Februar	1946	100	80,6	52,3
Oktober	1947	100	87,2	68,6
Oktober	1948	100	85,0	68,8
Oktober	1949	100	86,2	68,7
Oktober	1950	100	87,8	71,9
Oktober	1951	100	87,7	74,6
Oktober	1952	100	87,6	73,9

Quelle: H. Müller /11, S. 24/

Die Verteilung der Arbeitsverdienste insgesamt scheint während der Nachkriegszeit durch einen Nivellierungstrend charakterisiert zu sein. Der Anteil dieser Periode an der langfristigen, seit dem Beginn der dreißiger Jahre eingetretenen Veränderung der Verteilungsstrukturen sollte jedoch nicht zu hoch veranschlagt werden. Jedenfalls dürfte der größte Teil der Verschiebungen bis Mitte 1947, also vor dem Abschluß des ersten Lohn-Preis-Abkommens stattgefunden haben.

Die neuen Verteilungsstrukturen waren - wie eingangs ausgeführt - das Produkt ganz spezifischer Verhältnisse und Einflußfaktoren. Mit deren Wegfallen im Zuge der Normalisierung und Stabilisierung kam der Nivellierungstrend zum Stillstand. Innerhalb der Gewerkschaften setzte sich die Ansicht durch, daß die Lohn- und Gehaltsunterschiede während der Inflations- und Wiederaufbauphase zu stark reduziert worden seien, wobei in der damals geführten intensiven Diskussion der Einfluß der Lohn-Preis-Abkommen zweifellos überschätzt wurde. In ihrer Lohnpolitik trat in den folgenden Jahren wieder das "Leistungsprinzip" stärker in den Vordergrund. Parallel dazu wurde die Lohnpolitik dezentralisiert, das heißt es blieb mehr als früher den Fachgewerkschaften und ihren Sektionen überlassen, den jeweiligen Verhandlungsspielraum voll auszunutzen.

Die Ausgangssituation 1952/53 ist also primär dadurch gekennzeichnet, daß die Lohnpolitik im Sinne einer Pendelbewegung sich anschickte, das Maß der Differenzierung wieder zu vergrößern^{*)}. Ein Einfluß in der Gegenrichtung ging allerdings vom Arbeitsmarkt auf die Einkommensverteilung aus. Die Arbeitslosenrate hat 1953 ihren Höhepunkt erreicht und

*) E. Liefmann-Keil /7, S.288 f/ unterscheidet eine "allgemeine Tendenz zur Nivellierung" und eine zeitweise wirksame Tendenz zur Anerkennung von Differenzierungen.

geht bis 1961 auf 3 % zurück. Das heißt, daß die Verteilung der Arbeitszeit tendenziell gleichmäßiger wird und dementsprechend ceteris paribus auch die Verteilung der Jahreseinkommen. Es war jedoch von vornherein abzusehen, daß die Verminderung von Arbeitslosigkeit und Fluktuation weniger Niederschlag in der Verteilung der Arbeitsverdienste finden würde als die Entnivellierung der Monatsgehälter bzw. der Wochenstunden- und Stücklöhne.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktverhältnisse nach 1953 beinhaltete zudem auch einen entnivellierenden Faktor. Engpässe auf dem Arbeitsmarkt stellten sich zuerst bei den qualifizierteren Tätigkeiten ein. Der Anstieg der Facharbeiterlöhne wurde dadurch begünstigt, während für unqualifizierte Arbeit das Angebot noch längere Zeit unausgeschöpft blieb /13, S. 9/.

2. Die Periode 1953 - 1960

Von 1953 bis 1960 kam es insgesamt zu einer durchschlagenden Entnivellierung der Lohnstruktur. Bei Disaggregation nach Geschlecht und sozialer Stellung zeigt sich bei den männlichen Erwerbstätigen eine einheitliche Tendenz zur Vergrößerung der Differenzierungen, bei den weiblichen Erwerbstätigen eher eine gegenläufige Entwicklung (siehe Übersichten 6 bis 8 und Abbildung 2).

Der Median der Einkommen der männlichen Erwerbstätigen stieg nach der Lohnstufenstatistik um 50,9 %. Durchgängig waren die Einkommenszuwächse umso höher, je höher die Einkommensgruppe. Die drei untersten Dezile stiegen um jeweils etw 42 %, diejenigen oberhalb des Medians um 57 %, 63,4 % und 67,5 % *).

*) Das oberste Dezil wird von der Lohnstufenstatistik nicht erfaßt.

Die Entnivellierungstendenz bei männlichen Erwerbstätigen kommt sowohl in der Relation der Arbeiterlöhne zu den Angestelltengehältern als auch in der Binnendifferenzierung dieser beiden Gruppen zum Ausdruck. Am stärksten erhöhten sich die Einkommen der am besten entlohnten sozialen Gruppen, der Angestellten, bei denen auch die Entnivellierung am stärksten war. Der Median der Angestelltengehälter stieg um 60,8 %, die darunter liegenden Dezile bedeutend weniger. Daß die Einkommen oberhalb der Medians noch um einiges rascher zunahm als jener, kann man aus der Lohnsteuerstatistik schließen; für Angestellte und Beamte (Übersicht 9) nimmt von 1953 bis 1964 einheitlich der Einkommenszuwachs mit dem Rang der Einkommensgruppe zu.

Bei den männlichen Arbeitern ist ebenfalls eine ausgeprägte Entnivellierung zu erkennen, die allerdings weniger stark ist als bei den Angestellten. Der Median der Arbeitslöhne stieg um 48,9 %, also weniger als jener der Angestelltengehälter. Wie bei den Angestelltengehältern nimmt der Lohnzuwachs mit der Höhe des Ausgangsniveaus zu, allerdings in etwas weniger ausgeprägter Progression.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen ergibt sich ein eher uneinheitliches Bild. Die Dezile unterhalb des Medians stiegen fast durchwegs stärker als dieser, das 6. und 7. Dezil langsamer, erst für das 8. und 9. liegt der Zuwachs über jenem des mittleren Einkommens.

Disaggregiert man nach sozialen Gruppen, so ist bei den Gehältern der weiblichen Angestellten die Entnivellierung kaum schwächer ausgeprägt als bei den Männern, allerdings blieb der Zuwachs der Gehälter der weiblichen Angestellten weit unter jenem der Männer. Der Median stieg nur um 32,4 %, der Zuwachs des 9. Dezils war mit 57,7 % geringer als jener

des Medians männlicher Angestellter. Die weiblichen Angestellten erzielten auch im Vergleich zu den weiblichen Arbeitern wesentlich geringere Zuwächse.

Bei weiblichen Arbeitern fand von 1953 bis 1960 insgesamt - im Gegensatz zu allen anderen Gruppen - eine weitere Nivellierung der Lohnstruktur statt. Am stärksten stieg das 4. Dezil (+64,4 %), auch das 2. und 3. erhöhte sich stärker als der Median, der um 52 % zunahm. Das 6. und 7. Dezil stieg weniger als der Median, das 8. und 9. Dezil geringfügig schneller.

Die Löhne der Gesamtheit der Erwerbstätigen waren 1960 deutlich ungleichmäßiger verteilt als 1953. Die Dezile unterhalb des Medians (+41,4 %) stiegen mit einer Ausnahme langsamer als dieser, vom Median aufwärts ergibt sich wieder der progressive Anstieg der Einkommen. Das 8. Dezil stieg um 61,7 % und damit um mehr als 20 Punkte stärker als der Median.

Was den zeitlichen Ablauf des Entnivellierungsprozesses von 1953 bis 1960 betrifft, so vollzog sich der Großteil davon in der ersten Hälfte der Periode, von 1953 bis 1957. In diesen Jahren war die Lohnpolitik am stärksten dezentralisiert und dem Prinzip der Entnivellierung verpflichtet. Von 1957 an - dem Jahr der Gründung der Paritätischen Kommission - war die Lohnpolitik wieder stärker zentralisiert, die Periode der kaum eingeschränkten Nivellierungspolitik durch die Gewerkschaften zweifellos zu Ende. Dennoch setzt sich sowohl bei den männlichen Arbeitern und Angestellten sowie bei den weiblichen Angestellten die Entnivellierung bis 1960 fort, wenn auch mit deutlich verminderter Geschwindigkeit. Der Höhepunkt der Entnivellierung war aber 1960 erreicht und fiel somit ziemlich

exakt mit dem Ende der Wiederaufbauphase der österreichischen Wirtschaft zusammen, als 1961 die Arbeitslosenrate erstmals seit den vierziger Jahren unter 3 % sank.

3. Die Periode 1960 bis 1975

Die Veränderungen in der Verteilung der Arbeitsverdienste in der Periode von 1960 bis 1975 waren im Vergleich zu den vorangegangenen sieben Jahren unbedeutend. Dabei ergeben sich abermals einige vom Gesamtprozeß abweichende Veränderungen bei den Teilprozessen (siehe Übersichten 10-12).

Bei den männlichen Erwerbstätigen lagen die Zuwachsraten für die Dezile 2 bis 8 zwischen den Werten 314,5 % und 323,1 %, also innerhalb einer Bandbreite von weniger als 10 Prozentpunkten. Das kommt praktisch einer proportionalen Entwicklung gleich. Zu einer gewissen Rücknahme der Entnivellierung von 1953 und 1960 kam es bei jener Gruppe, wo diese Entnivellierung am stärksten gewesen war: bei den männlichen Angestellten. Die unter dem Median liegenden Einkommen stiegen merklich rascher als dieser, ohne daß der Vorsprung der oberen Einkommensgruppen aus der Vorperiode wettgemacht worden wäre. Soweit es nach 1960 zu Nivellierungsprozessen kam, wurde die Ungleichheit der Verteilung in keinem Fall auf das Ausmaß von 1953 reduziert. Die Struktur der Löhne der männlichen Arbeiter zeigten etwa dieselbe Parallelverschiebung wie die Einkommen der männlichen Erwerbstätigen insgesamt. Die Zunahmen der Dezile 2 bis 8 liegen hier in dem Band zwischen 294,2 und 311,1 %.

Die Lohnsteuerstatistiken 1964 und 1970 zeigen eine schwächere Nivellierung der Gehälter der Angestellten und Beamten als die Lohnstufenstatistik^{*)}. Dieser Gegensatz zur Lohnstufenstatistik klärt sich nach einer Disaggregation nach

^{*)} Siehe Übersichten 13 und 14.

beiden Gruppen einfach auf. Bei den Angestellten allein kommt eine wesentlich stärker ausgeprägte Nivellierung zum Vorschein. Die Zuwachsraten der Dezile sinkt vom ersten bis zum sechsten Dezil stetig ab und bleibt dann etwa konstant. Das bedeutet, daß die Einkommen der drei obersten Dezile nur wenig hinter dem Median zurückgeblieben sind. In dieser Richtung wäre auch die beim Median abbrechende Lohnstufenstatistik für die Angestellten zu ergänzen.

Im Gegensatz zu den Angestelltegehältern waren die Beamtengehälter 1970 ungleichmäßiger verteilt als 1964. Während im privaten Sektor eine Nivellierungstendenz vorherrschte, kam es bei den Gehältern im öffentlichen Sektor zu einer Vergrößerung der Ungleichheit ihrer Verteilung. Die Dezile 2 und 3 stiegen um jeweils etwa 70 %, die Dezile 8 und 9 hingegen um jeweils etwa 80 %. Die Vermutung liegt nahe, daß der öffentliche Sektor die Entnivellierung des privaten Sektors 1953/60 in den sechziger Jahren "nachgeholt" hat. Für 1953 sind Angestellten- und Beamtengehälter nicht disaggregierbar. Die Entnivellierung der Angestelltegehälter bis 1957 laut Lohnstufenstatistik war deutlich geringer als jene für Angestellten- und Beamtengehälter zusammen in der Lohnsteuerstatistik. Demnach scheint bei den Beamtengehältern von 1953 bis 1957 keine Entnivellierung stattgefunden zu haben. Erst von 1957 an ist in der Lohnsteuerstatistik eine Disaggregation nach Angestellten (privater Sektor) und Beamten (öffentlicher Sektor) möglich. Von 1957 bis 1964 änderte sich die Verteilung der Beamtengehälter fast nicht. Die Gehälter im öffentlichen Sektor wurden also mit etwa zehnjähriger Verzögerung vom Entnivellierungstrend erfaßt, zu einer Zeit, als sich die Verteilung der Gehälter der Privatangestellten längst in die andere Richtung bewegte.

Im Niveau stiegen die Beamtengehälter 1964 bis 1970 deutlich rascher als die Gehälter der Privatangestellten.

Die Nivellierung bei den Angestelltengehältern führte nicht zu einer Nivellierung der Einkommen der Gesamtheit der männlichen Erwerbstätigen. Dies ist dadurch zu erklären, daß gleichzeitig der Anteil der im Verhältnis zu den Arbeitern besser entlohnten Angestellten von 1960 bis 1975 nicht unerheblich gestiegen ist, wodurch die geringste Ungleichheit in der Verteilung der Teilmenge der Angestelltengehälter in der Gesamtmenge wieder kompensiert wurde.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen ist im Zeitraum von 1960 bis 1975 eine leichte Entnivellierung zu registrieren, die im Verhältnis zum Sockel jedoch in einer bescheidenen Bandbreite blieb. Der Zuwachs der Dezile steigt vom zweiten mit 298,8 % bis zu siebenten Dezil (+335,2 %) an. Ähnlich wie bei den Männern weist die Entwicklung der Verteilung der Löhne der weiblichen Arbeiter einen hohen Grad der Analogie zu jener der weiblichen Erwerbstätigen insgesamt auf - eine etwa ebenso deutlich ausgeprägte Entnivellierung. Der Zuwachs des 2. Dezils beträgt 281,3 % und steigt bis zum 8. Dezil auf 316,2 % an. Die Gehälter der weiblichen Angestellten waren 1975 sichtbar weniger ungleichmäßig verteilt als 1960. Jedoch scheint die Nivellierung etwas weniger stark ausgeprägt als bei den männlichen Angestellten gewesen zu sein. Im Durchschnitt stieg das Niveau der Gehälter weiblicher Angestellter von 1960 bis 1975 wie 1953 bis 1960 deutlich langsamer als jenes der Löhne weiblicher Arbeiter.

Die Lohnsteuerstatistiken 1964 und 1970 zeigen für die Gehälter von Angestellten und Beamten eine Parallelverschiebung an. Die Gehälter der weiblichen Privatange-

stellten waren 1970 gleichmäßiger verteilt als 1964, jene der weiblichen Beamten jedoch bedeutend ungleichmäßiger. Der Zuwachs der Dezile steigt von 85,4 % beim zweiten auf 115,3 % beim neunten Dezil. Die Gegenläufigkeit der Entwicklung der Gehälter im privaten und im öffentlichen Sektor ist bei den Frauen stärker ausgeprägt als bei den Männern.

Wie bei den männlichen Erwerbstätigen kommt auch bei den erwerbstätigen Frauen insgesamt die Nivellierung der Gehälter nicht zum Tragen, da sie durch einen wachsenden Angestelltenanteil kompensiert wurde. Für die Gesamtheit aller Erwerbstätigen ergibt sich aus der Kombination der beschriebenen Teilprozesse eine bemerkenswerte Konstanz der Verteilung der Arbeitsverdienste. Die Zuwächse der Dezile 3 bis 8 liegen alle in dem Band zwischen 312,4 und 320,6 %. Im Durchschnitt stiegen die Löhne weiblicher Erwerbstätiger rascher als jene der Männer, was jedoch bei der Verteilung der Gesamtmenge der Einkommen aller Erwerbstätigen durch einen hohen Frauenanteil und die Entnivellierung bei Frauen kompensiert wird. Im zeitlichen Verlauf betrachtet, ist das Ergebnis des Endjahres 1975 das Produkt zweier, jedoch nur schwach ausgeprägter, gegenläufiger Prozesse. Von 1960 bis 1970 kam es bei den Einkommen der männlichen Arbeiter zu einer geringfügigen Nivellierung. Bei den männlichen Angestellten ist eine deutliche Nivellierung von 1960 auf 1970 sichtbar. Ein schwächerer Nivellierungstrend zeigt sich bei den weiblichen Angestellten, während die Ungleichheit der Verteilung der Löhne der weiblichen Arbeiter und der Einkommen weiblicher Erwerbstätiger insgesamt zunahm. Von 1970 bis 1975 kommt es in allen Gruppen wieder zu einer - ebenfalls nur schwach sichtbaren - Entnivellierung. Diese ist bei den Arbeitern mit größerer Sicherheit zu erkennen als bei den Angestellten, bei den Frauen jeweils noch etwas deutlicher als bei

den Männern. Über die Gesamtperiode kumuliert heben sich die gegenläufigen Prozesse in ihren Ergebnissen auf, sodaß während der fünfzehn Jahre seit dem Eintritt der österreichischen Wirtschaft in die Phase der Vollbeschäftigung und Prosperität die Verteilung der Arbeitsverdienste insgesamt und bei Männern etwa konstant geblieben ist.

4. Zusammenfassung

Die Entwicklung der Verteilung der Arbeitsverdienste 1953 bis 1975 ist hauptsächlich durch die Veränderungen im ersten Drittel der Periode geprägt. Ihre Darstellung zeigt, daß sich an Entnivellierungsphasen eine lange Periode bemerkenswert parallel verlaufenden Einkommenswachstums in fast allen Einkommensbereichen anschloß, sodaß die Vergrößerung der Ungleichheit über die Gesamtperiode erhalten blieb.

Die Dezilrelationen (siehe Abbildung 3) entwickelten sich von 1953 bis 1975 bei allen Gruppen männlicher Erwerbstätiger auseinander: bei Arbeitern, Angestellten und auch bei Beamten, woraus sich für die männlichen Erwerbstätigen insgesamt eindeutig eine Verschiebung der Relationen in dieselbe Richtung ergibt.

Weniger einheitlich war die Veränderung der Einkommensverteilung bei den weiblichen Erwerbstätigen. Die Gehälter der weiblichen Angestellten und Beamten unterlagen derselben Tendenz wie die Einkommen der männlichen Erwerbstätigen. Für die Löhne der weiblichen Arbeiter zeigt sich ein - allerdings nicht allzu deutlich ausgeprägtes - Zueinanderrücken der Dezilrelationen über die Gesamtperiode. Daraus resultiert ein uneinheitliches Ergebnis für weibliche Erwerbstätige insgesamt: Während die unteren Bereiche dem Median näherrückten, entfernten sich die oberen Dezile. Die Gesamtheit der Einkommen der

unselbständig Erwerbstätigen war überwiegend von einem Entnivellierungstrend beherrscht.

Die Entnivellierung in Österreich in den fünfziger Jahren steht im Einklang mit dem von Lydall /9, S. 201f/ festgestellten "trend towards widening dispersion" während derselben Zeit in einer Reihe von Ländern. Ob die letzten zwanzig Jahre in säkularer Sicht die Unterbrechung eines langfristigen Trends zur Nivellierung bedeuten^{*)}, bedarf noch der eingehenden Untersuchung.

Die vorliegende Untersuchung hat primär die Beschreibung der Verteilung der Arbeitseinkommen und deren Entwicklung zum Gegenstand. Was die Bestimmungsgründe der Einkommensverteilung, die in den letzten 20 Jahren wirksamen Kausalzusammenhänge betrifft, sollen hier nur einige punktuelle und vorläufige Überlegungen angestellt werden.

Die Ergebnisse dieses Abschnittes lassen zu allererst die These plausibel erscheinen, daß ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Lohnpolitik der Gewerkschaften und der Verteilung der Arbeitseinkommen besteht. Die vorhandene Evidenz - Müller /11/, Weissel /17/ und Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung /14/ - läßt als gesichert erscheinen, daß nach 1945 eine allgemeine Verminderung der Ungleichheit stattfand, die mit einer nivellierenden Lohnpolitik Hand in Hand ging und die bis spätestens 1953 zum Stillstand kam. Die entnivellierende Gegenbewegung bis etwa 1960

*) Für Österreich formulierte diese These E. Weissel /17/, für andere Länder findet sie sich bei L. Reynolds /8/, C. Taft /14/. Lydall /9/ konnte langfristig nur schwache Anzeichen einer Nivellierung finden.

setzte zu dem Zeitpunkt ein, als die ziemlich plötzlich erfolgende weitgehende Dezentralisierung der Kollektivvertragsverhandlungen, wenn nicht ausdrücklich so doch implizit, eine Kehrtwendung in der Zielrichtung der Lohnpolitik mit sich brachte.

Dieser aufgrund der empirischen Befunde plausible Zusammenhang darf jedoch nicht in dem Sinne interpretiert werden, daß die Verteilung der Arbeitseinkommen durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften in autonomer Weise nach politisch vorgegebenen Zielsetzungen manipulierbar sei. Vielmehr läßt sich im Wechsel der Zielsetzungen mit großer Deutlichkeit der Wechsel der ökonomischen Verhältnisse nachzeichnen. Die Lohnpolitik der Nachkriegszeit, ihr solidarischer Grundzug, scheint ebenso sehr von den damaligen ökonomischen Bedingungen (der Unterversorgung, der allgemeinen Knappheit und der galoppierenden Inflation) geprägt wie die der Dezentralisierungs- und Entnivellierungsphase nach 1953, in der angesichts der beginnenden Prosperität die wirtschaftliche und politische Situation der Nachkriegsjahre als vorübergehender Ausnahmezustand und die Einkommensrelationen als "Verzerrungen" betrachtet wurden. Nach ihrer Korrektur mochte die Lohnpolitik sich mit dem status quo zufrieden geben - auch wenn dies kaum je explizit gemacht wurde. Diesem Abfinden mit dem status quo entspricht die tatsächliche weitgehende Konstanz der Verteilung.

Die Verteilung der Arbeitseinkommen scheint so in nicht unwesentlichem Ausmaß durch die Lohnpolitik bestimmt, die ihrerseits eine starke Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage aufweist.

Die Auswirkungen des Wandels in der Wirtschaftsstruktur seit 1953 sind sehr schwierig zu beurteilen. Die Abnahme des Agraranteils bei gleichzeitiger Zunahme des tertiären Sektors, das Steigen des Anteils der Angestellten, der Mangel an inländischem Arbeitskräfteangebot in vielen Bereichen sowie die wachsende Ausländerbeschäftigung könnten als ein Feld von Einflußfaktoren gesehen werden, deren Wirkungen sich auf aggregierter Ebene weitgehend neutralisieren. Die hier dargestellten Ergebnisse (vor allem nach Geschlecht und sozialer Stellung) legen die These nahe, daß die Auswirkungen des Strukturwandels auf die Verteilung der Arbeitseinkommen seit 1960 sehr gering waren.

V. Die Entwicklung 1953 - 1970 im Vergleich von Lohnsteuerstatistik und Lohnstufenstatistik

1. Die Lohnsteuerstatistik 1953 bis 1970 (s. Abbildung 4)

Bei den männlichen Erwerbstätigen zeigt die Lohnsteuerstatistik für die Gesamtheit sowie für Angestellte und Beamte ein mit der Lohnstufenstatistik konsistentes Bild: zunächst Entnivellierung (bis 1957), dann im wesentlichen Parallelverschiebung der Einkommensstruktur. Die Entnivellierung der Gehälter von 1953 bis 1957 bzw. 1964 ist etwas schwächer, da auch die Population Angestellte und Beamte erfaßt wurde, und bei den Beamtengehältern bis 1964 keine Entnivellierung stattfand. Ebenso erklärt sich der insgesamt überproportionale Anstieg der Gehälter aus der Miterfassung der Beamtengehälter, die wesentlich stärker stiegen als die Angestelltegehälter. Inkompatibel sind die Ergebnisse mit jenen der Lohnstufenstatistik für die Arbeiter. Aufgrund der geringeren und stärker schwankenden Nachweisquote geht diese Divergenz jedoch zu Lasten der Lohnsteuerstatistik.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen erklären sich die Divergenzen bei den Gehältern genauso wie bei den Männern. Bei den weiblichen Arbeitern und bei den Erwerbstätigen insgesamt zeigen die Kurven für die Lohnsteuerstatistik einen ähnlichen Verlauf wie jene für die Lohnstufenstatistik vom dritten Dezil an. Die geringen Nachweisquoten der Lohnsteuerstatistik - bei Arbeitern unter 70 Prozent, bei Angestellten wenig mehr als 70 Prozent - lassen vermuten, daß die Lohnsteuerstatistik große Teile des unteren Einkommensbereiches nicht erfaßt und die Veränderungen dieses Bereiches nur aus der Lohnstufenstatistik ersichtlich sind. Konsistenz scheint für den Teil der Population gegeben, den beide Statistiken abdecken.

2. Vergleich Lohnsteuerstatistik - Lohnstufenstatistik

Die vergleichende Gegenüberstellung der beiden Statistiken (siehe auch Abbildung 5) stößt auf mehrere Hindernisse. Im Prinzip identische Populationen sind Arbeiter in der Lohnstufenstatistik und Arbeiter und Lehrlinge in der Lohnsteuerstatistik, Angestellte (in beiden Statistiken) sowie Erwerbstätige in der Lohnstufenstatistik und Erwerbstätige ohne Beamte in der Lohnsteuerstatistik. Für 1953 weist die Lohnsteuerstatistik die Beamten nicht gesondert aus, sondern gemeinsam mit den Angestellten, die Trennung ist erst ab 1957 möglich. 1953 kann demnach nur ein Vergleich der Verteilung der Arbeiterlöhne in den beiden Statistiken vorgenommen werden, der erst ab 1957 auf die Angestelltengehälter bzw. auf die Einkommen der Erwerbstätigen insgesamt ausgedehnt werden kann.

Arbeiter (inkl. Lehrlinge), Männer: 1964 und auch 1957 zeigt die Lohnstufenstatistik eine etwas ungleichmäßigere Verteilung als die Lohnsteuerstatistik. Dies erklärt sich im unteren Bereich durch die vollständigere Erfassung der Lehrlinge in der Lohnstufenstatistik, im oberen Bereich dadurch, daß Überstunden für den einzelnen sich nicht gleichmäßig über das ganze Jahr verteilen, sondern sich auf einige Monate konzentrieren. Dies bewirkt, daß die Verteilung der Gehälter im Monat Juli insbesondere im oberen Einkommensbereich etwas ungleichmäßiger sein muß als für das ganze Jahr. 1970 sind die Unterschiede zwischen Lohnstufen- und Lohnsteuerstatistik gegenüber 1964 noch weiter reduziert.

1953 ist die Abweichung der Lohnsteuer- von der Lohnstufenstatistik im unteren Bereich ähnlich wie 1957. Im oberen Bereich zeigt im Gegensatz zu allen anderen Jahren die Lohnsteuerstatistik die größere Ungleichheit.

Die Ursache dafür kann nur darin liegen, daß die Lohnsteuerstatistik von 1953 bis 1957 bzw. 1964 ihren Erfassungsbereich einigermaßen verändert hat. Dies mindert den Aussagewert der Lohnsteuerstatistik als Zeitreihe.

Arbeiter (inkl. Lehrlinge), Frauen: 1957 und 1964 ergeben sich im Prinzip bei den weiblichen Arbeitern dieselben Divergenzen zwischen den beiden Statistiken wie bei den Männern. 1953 schneiden sich die beiden Kurven unterhalb des Medians. Die Interpretierbarkeit der Lohnsteuerstatistik für 1953 scheint völlig unklar, da nur ein Bruchteil der Lehrlinge erfaßt wurde und dennoch der Abstand der beiden untersten Dezile vom Median größer ist als bei der Lohnstufenstatistik.

Angestellte: Ähnlich wie bei den Arbeitern scheint die Lohnsteuerstatistik das Ausmaß der Ungleichheit im unteren Bereich auch bei den Angestellten zu unterschätzen. Ansonsten sind die Abweichungen jedoch - insbesondere 1964 - sehr gering.

VI. Die Ergebnisse im Vergleich mit bisherigen Studien zur Einkommensverteilung in Österreich

Untersuchungen zur Einkommensverteilung in Österreich sind nicht sehr zahlreich. Sie stützen sich in der Regel auf die Steuerstatistiken, also auf eine Quelle, die auch in dieser Studie herangezogen wurde. Lediglich die Analysen der Lohn- und Gehaltsstruktur aufgrund der Verdienststatistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien bieten die Möglichkeit, einen Vergleich aufgrund voneinander unabhängiger statistischer Erhebungen vorzunehmen.

Eine Untersuchung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung über "Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich" aus dem Jahre 1958 /13/ wertete die Lohnsteuerstatistiken 1953 bzw. 1933 aus und schloß aus einer Analyse der Lohnstufenstatistik der Wiener Gebietskrankenkasse 1953 bis 1957 auf eine Entnivellierung der Unselbständigeneinkommen.

Die Arbeiten von Chaloupek /2/, Merth /10/ und Chaloupek & Ostleitner /3/ aus den siebziger Jahren beschränken sich auf eine Globalauswertung der Lohnsteuerstatistik (inklusive Pensionisten). Von 1953 bis 1957 stieg der Gini-Koeffizient für alle lohnsteuerpflichtigen Einkommensbezieher von 0,284 auf 0,334. Damit wurden die Ergebnisse von Steindl /14/ bestätigt. Von 1957 bis 1970 blieben die Veränderungen des Gini-Koeffizienten in sehr engen Grenzen.

Zu demselben Ergebnis - Entnivellierung 1953 - 1957, dann etwa Konstanz - kommt eine Untersuchung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes /4/, die die Anteile der Dezilgruppen aus der Lohnsteuerstatistik berechnete.

Die zitierten Arbeiten stehen demnach im Einklang mit den hier erzielten Ergebnissen, mit der geringfügigen Modifikation, daß der Entnivellierungsprozeß nicht schon 1957, sondern erst etwa 1960 zum Stillstand gekommen ist.

Auch die Untersuchungen Weissels /17,18/ über die Lohnstruktur in der Wiener Sachgüterproduktion zeigen dieselben Grundtendenzen auf: eine deutliche Tendenz der Entnivellierung von 1953 bis 1960 bei männlichen Arbeitern. Bei den weiblichen Arbeitern sind Weissels Ergebnisse uneinheitlich: bei Frauen im Zeitlohn Entnivellierung, doch bleibt der mittlere Einkommensbereich stärker zurück als der untere; bei Frauen im Akkordlohn dagegen ein durchgehender Nivellierungsprozeß 1947 bis 1960, der bis 1953 dem mittleren Einkommensbereich, erst von 1953 bis 1960 dem unteren Einkommensbereich größere Zuwächse bringt als dem oberen (Weissel /17). Dies deckt sich mit den in Abschnitt IV dargestellten Ergebnissen über die Verteilung der Frauenlöhne. Eine ähnliche Übereinstimmung besteht bezüglich der Entwicklung in den sechziger Jahren: Zwischen 1960 und 1969 (Weissel /18/) waren die Änderungen in der Verteilung der Arbeiterlöhne verhältnismäßig geringfügig, eine einheitliche Tendenz ist nicht nachzuweisen.

Bibliographie

- /1/ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, Bericht über die Teilzeitbeschäftigung; Wien 1968.
- /2/ CHALOUPEK, G.: Wer verdient wieviel? in: Neues Forum Nr. 224/1972.
- /3/ CHALOUPEK, G. & H. OSTLEITNER: Einkommensverteilung und Verteilungspolitik in Österreich, in: H. Fischer (Hrsg.), Das politische System Österreichs, Wien 1974.
- /4/ Die Einkommensschichtung in Österreich von 1953 bis 1970 im Lichte der Steuerstatistiken, in: Statistische Nachrichten Nr. 10/1975.
- /5/ KAUSEL, A.: Revision der Beschäftigtenstatistik (internes Arbeitspapier des Statistischen Zentralamtes)
- /6/ KRUPP, H.-J.: Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik, Göttingen 1976.
- /7/ LIEFMANN-KEIL, E.: Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1961.
- /8/ Lohnsteuerstatistik 1970. Heft 369 der Beiträge zur Österreichischen Statistik, hrsg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, Wien 1975.
- /9/ LYDALL, H.: The Structure of Earnings, Oxford 1968.
- /10/ MERTH, E.: Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich, in: Quartalshefte der Girozentrale Nr. 1/1974.
- /11/ MÜLLER, H.: Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/52, Wien o.J. (1953).
- /12/ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich (Beilage Nr. 50 zu den Monatsberichten), Wien 1957.
- /13/ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich (Beilage Nr. 52 zu den Monatsberichten), Wien 1958. Verfasser J.Steindl.

/14/ REYNOLDS, L. & C. TAFT: The Evolution of Wage Structure, New Haven, 1956.

/15/ Steuerstatistiken 1953, Wien 1957.

/16/ Steuerstatistiken 1957, Wien 1961.

/17/ WEISSEL, E.: Die langfristige Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien; Wien o.J. (1964).

/18/ WEISSEL, E.: Die Lohnentwicklung in der Wiener Industrie in den sechziger Jahren, in: Beiträge zu Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft Nr. VI, Wien o.J. (1974).

ÜBERSICHTEN UND ABBILDUNGEN

Übersicht 1

Anteil der von der Lohnsteuerstatistik erfaßten Lohnsumme
an der volkswirtschaftlichen Lohnsumme

	1	2	Anteil von 2 an 1 %
	Brutto- Lohnsumme*)	lt. Lohnsteuer- statistik	
	in Mill. S		
1953	34.438	25.699	74,6
1957	53.232	35.097	65,9
1964	93.595	72.798	78,0
1967	122.694	96.164	78,4
1970	153.454	118.458	77,2

Quelle: VGR; Lohnsteuerstatistik

*) ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung

Übersicht 2

Synthetische Nachweisquote der Lohnsteuerstatistik

	Erwerbstätige		Arbeiter		Angestellte und Beamte				
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
1953	73,6	77,4	65,7	66,9	71,3	58,6	91,1	94,0	85,6
1957	58,8	61,1	49,5	53,5	57,6	45,6	72,2	79,7	59,4
1964	73,8	77,8	67,4	71,7	75,0	66,4	79,0	84,7	70,8
1967	74,5	78,6	68,0	70,2	73,6	64,8	82,2	88,2	73,8
1970	72,2	75,4	67,2	68,0	70,0	64,8	79,5	85,2	71,6

Quelle: Beschäftigtenstatistik, Lohnsteuerstatistik

Übersicht 3

Repräsentationsgrad der Lohnstufenstatistik, Stichtag Juli

	Erwerbstätige		Arbeiter		Angestellte und Beamte				
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen			
1953	86,6	83,2	93,5	98,3	97,8	99,3	61,2	51,4	81,0
1957	88,5	84,1	94,8	99,4	99,0	100	66,4	56,0	84,9
1960	88,2	84,4	95,0	98,9	98,4	100	68,0	56,8	86,5
1964	86,9	83,6	92,7	97,7	97,7	97,7	69,1	58,6	85,4
1967	86,9	84,3	92,6	97,7	97,7	97,7	70,8	60,9	86,0
1970	87,0	83,7	92,6	97,9	97,9	97,9	71,6	62,1	86,0
1975	87,2	84,4	91,6	98,1	98,5	97,4	75,1	66,1	86,6

Quelle: Stichtagszählung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

Übersicht 4

Anteil der Lehrlinge an der Kategorie "Arbeiter"
in der Lohnstufenstatistik

	Lehrlinge		in Prozent der Arbeiter lt. Lohnstufenstatistik			
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1953	103.699	79.127	24.572	7,8	8,9	5,6
1957	159.065	114.441	44.624	10,7	11,7	8,7
1960	140.986	98.113	42.873	9,4	10,1	8,1
1964	153.925	104.893	49.032	10,5	11,0	9,5
1967	109.485	75.555	33.930	7,8	8,2	7,0
1970	137.445	95.452	41.993	9,9	10,5	8,7
1975	169.491	119.082	50.409	12,3	13,0	10,8

Quelle: Lehrlingsstatistik der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft;
Lohnstufenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

Übersicht 5

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1970
(Lohnsteuerstatistik, ganzjährige Einkommen, in % des Medians)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<u>Männer</u>									
Arbeiter *)	65,2	77,2	85,5	92,9	100	107,4	116,0	126,7	142,6
Angestellte	56,4	69,0	79,7	89,8	100	112,4	129,4	154,2	203,7
Beamte	71,3	79,5	86,1	92,8	100	108,2	120,7	143,6	183,8
Männer insgesamt	58,2	73,8	83,4	91,7	100	109,3	120,4	137,5	173,4
<u>Frauen</u>									
Arbeiter *)	51,7	70,3	83,0	92,4	100	107,5	114,8	124,6	139,0
Angestellte	55,2	70,9	81,8	90,9	100	110,4	121,9	136,7	162,1
Beamte	68,4	76,3	84,0	91,7	100	110,0	121,2	138,8	166,0
Frauen insgesamt	45,6	67,8	80,6	90,6	100	110,5	124,6	144,4	178,6
<u>Erwerbstätige insgesamt</u>	45,2	65,7	78,2	89,2	100	111,1	124,0	141,5	179,1

Quelle: Lohnsteuerstatistik des ÖStZ

*) Ohne Lehrlinge (Erwerbstätige insgesamt einschließlich Lehrlinge)

Übersicht 6

Einkommenszuwächse männlicher Erwerbstätiger nach Dezilen 1953/60
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	<u>Arbeiter</u>								
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1957	94,4	126,4	126,8	128,9	131,9	136,7	142,8	144,6	-
1960	128,1	150,2	142,9	145,1	148,9	155,2	163,0	165,7	-
	<u>Angestellte</u>								
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-	-	-
1957	105,8	123,4	132,0	137,1	140,3	-	-	-	-
1960	115,7	129,2	143,1	153,9	160,8	-	-	-	-
	<u>Erwerbstätige Männer</u>								
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-
1957	103,2	123,2	127,4	130,1	133,3	137,6	142,2	143,9	-
1960	142,4	142,9	142,0	146,2	150,9	157,0	163,4	167,5	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 7

Einkommenszuwächse weiblicher Erwerbstätiger nach Dezilen 1953/60
(Lohnstufenstatistik)

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
				<u>Arbeiterinnen</u>						
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1957	125,9	128,7	133,0	140,1	132,5	127,3	125,7	131,4	132,1	
1960	136,5	149,4	158,6	164,4	152,0	143,7	140,5	145,2	148,2	
				<u>Angestellte</u>						
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1957	85,0	100,8	110,3	116,3	121,8	130,9	135,5	139,2	139,2	
1960	101,6	119,1	122,1	127,1	132,4	142,6	148,8	155,9	157,7	
				<u>Erwerbstätige Frauen</u>						
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1957	116,3	123,9	133,5	130,2	124,3	123,5	124,2	128,7	136,4	
1960	132,6	147,8	159,8	150,0	140,7	138,4	138,1	144,6	154,9	

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 8

Einkommenszuwächse der Erwerbstätigen insgesamt nach Dezilen 1953/60
(Lohnstufenstatistik)

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-
1957	104,3	130,4	122,1	124,2	127,5	131,7	136,5	141,3	-
1960	121,3	155,7	139,8	138,4	141,4	147,4	154,6	161,7	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 9

Einkommenszuwächse der Angestellten und Beamten nach Dezilen 1953/64
(Lohnsteuerstatistik, ganzjährige Einkünfte)

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	<u>Männer</u>								
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1957	140,6	149,8	155,7	159,3	161,9	163,8	166,3	168,1	172,4
1964	218,0	223,4	233,2	240,4	247,8	255,4	262,6	264,6	270,6
	<u>Frauen</u>								
1953	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1957	133,9	134,4	141,3	148,1	143,9	153,2	157,5	159,8	161,5
1964	203,2	200,8	204,8	215,6	210,8	229,3	234,9	239,3	242,5

Quelle: Lohnsteuerstatistik ÖStZ

Übersicht 10

Einkommenszuwächse männlicher Erwerbstätiger nach Dezilen 1960/75
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
				<u>Arbeiter</u>						
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	
1970	256,1	234,2	231,6	231,6	231,4	230,1	227,2	225,1	-	
1975	354,8	394,2	405,0	408,4	411,1	410,2	406,0	401,4	-	
				<u>Angestellte</u>						
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-	-	-	
1970	259,3	249,3	236,1	225,8	220,8	-	-	-	-	
1975	448,7	449,1	413,6	405,5	394,0	-	-	-	-	
				<u>Erwerbstätige Männer</u>						
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	
1970	260,1	238,1	236,5	235,1	234,5	232,2	229,9	228,4	-	
1975	385,7	414,8	420,6	422,0	423,1	420,8	416,3	414,5	-	

Quelle: Hauptverband Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 11

Einkommenszuwächse weiblicher Erwerbstätiger nach Dezilen 1960/75
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
				<u>Arbeiterinnen</u>						
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1970	250,1	220,8	223,8	229,1	231,4	231,5	232,8	236,0	231,0	
1975	459,9	481,3	382,2	392,5	400,7	404,6	409,8	416,2	407,1	
				<u>Angestellte</u>						
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1970	266,4	227,5	235,3	233,0	230,5	227,2	222,5	219,1	218,0	
1975	487,3	373,0	395,7	401,0	398,9	393,4	385,3	383,9	-	
				<u>Erwerbstätige Frauen</u>						
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1970	256,5	229,0	233,7	236,3	237,2	238,7	240,9	236,3	231,8	
1975	492,8	398,8	400,1	414,5	420,8	428,4	435,2	430,2	429,5	

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 12

Einkommenszuwächse der Erwerbstätigen insgesamt nach Dezilen 1960/75
(Lohnstufenstatistik)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1960	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-
1970	259,1	239,8	237,6	235,9	235,9	234,5	232,3	229,1	-
1975	452,0	398,6	412,5	416,1	419,4	420,6	419,2	414,7	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 13

Einkommenszuwächse der Angestellten nach Dezilen 1964/70

(Lohnsteuerstatistik, ganzzährige Einkünfte)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9
				<u>Männer</u>					
1964	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1970	167,8	167,7	164,9	161,0	157,8	156,0	156,4	157,1	157,6
				<u>Frauen</u>					
1964	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1970	144,7	154,4	158,2	158,1	157,4	157,7	155,9	152,6	147,7

Quelle: Lohnsteuerstatistik des ÖStZ

Übersicht 14

Einkommenszuwächse der Beamten nach Dezilen 1964/70

(Lohnsteuerstatistik, ganzjährige Einkünfte)

Dezil	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
				<u>Männer</u>						
1964	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1970	168,9	170,5	170,3	171,5	173,4	174,4	175,3	180,4	180,2	
				<u>Frauen</u>						
1964	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
1970	203,5	185,4	186,0	186,7	191,2	194,9	199,1	207,3	215,3	

Quelle: Lohnsteuerstatistik des ÖStZ

Übersicht 15

Einkommenszuwächse nach Dezilen 1953/75

(Lohnstufenstatistik, 1953=100)

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<u>Männer</u>									
Arbeiter	454,5	592,1	578,8	592,6	612,1	636,6	661,7	665,2	-
Angestellte	519,1	580,3	606,2	699,5	633,6	-	-	-	-
Erwerbstätige	549,2	592,8	597,3	616,9	838,4	660,7	680,3	694,3	-
<u>Frauen</u>									
Arbeiter	627,8	569,7	606,2	654,3	609,1	581,2	575,7	604,3	603,3
Angestellte	495,1	443,1	483,2	571,9	528,2	561,0	573,4	607,9	-
Erwerbstätige	653,4	589,8	639,4	621,8	592,0	592,9	601,0	622,1	665,3
<u>Männer + Frauen</u>									
Arbeiter	527,3	603,2	603,7	571,6	579,4	596,5	619,0	641,5	659,3
Angestellte	424,3	481,1	521,9	550,0	572,8	595,7	605,8	-	-
Erwerbstätige	548,3	620,6	576,5	575,9	593,0	620,0	648,2	670,6	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 16

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnstufenstatistik, Stichtag Juli (August), in Schilling)

Dezil	1953	1957	1960	1970	1975
	<u>Arbeiter</u>				
1	552	521	707	1.810	2.509
2	882	1.115	1.325	3.102	5.222
3	1.073	1.361	1.533	3.551	6.210
4	1.169	1.507	1.696	3.929	6.928
5	1.242	1.638	1.849	4.280	7.602
6	1.304	1.783	2.024	4.656	8.301
7	1.375	1.963	2.241	5.093	9.098
8	1.516	2.192	2.512	5.654	10.085
9	-	2.522	2.947	6.535	-
	<u>Angestellte</u>				
1	932	986	1.078	2.796	4.838
2	1.134	1.399	1.465	3.662	6.581
3	1.282	1.692	1.835	4.330	7.771
4	1.422	1.949	2.188	4.941	8.874
5	1.570	2.203	2.525	5.573	9.947
6	-	2.483	2.902	6.306	11.227
7	-	2.835	3.358	7.226	-
8	-	3.374	-	-	-
9	-	-	-	-	-
	<u>Erwerbstätige Männer</u>				
1	585	604	833	2.167	3.213
2	947	1.167	1.353	3.223	5.614
3	1.104	1.406	1.568	3.707	6.594
4	1.198	1.558	1.752	4.117	7.390
5	1.282	1.709	1.935	4.536	8.184
6	1.370	1.885	2.151	4.994	9.052
7	1.479	2.103	2.417	5.556	10.062
8	1.656	2.383	2.773	6.334	11.497
9	-	2.876	3.409	-	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 17

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnstufenstatistik, Stichtage Juli (August), in Schilling)

Dezil	1953	1957	1960	1970	1975
	<u>Arbeiterinnen</u>				
1	263	331	359	898	1.651
2	488	628	729	1.610	2.780
3	585	778	928	2.076	3.546
4	644	902	1.059	2.425	4.156
5	770	1.020	1.170	2.709	4.690
6	887	1.129	1.275	2.950	5.155
7	977	1.228	1.373	3.196	5.625
8	1.020	1.340	1.481	3.494	6.164
9	1.165	1.539	1.726	3.988	7.028
	<u>Angestellte</u>				
1	488	415	496	1.321	2.416
2	847	854	1.009	2.295	3.753
3	970	1.070	1.184	2.787	4.687
4	1.062	1.235	1.350	3.144	5.420
5	1.150	1.401	1.522	3.510	6.074
6	1.209	1.582	1.724	3.917	6.783
7	1.309	1.774	1.948	4.335	7.506
8	1.432	1.993	2.232	4.892	8.705
9	1.697	2.362	2.676	5.834	10.507
	<u>Erwerbstätige Frauen</u>				
1	307	357	407	1.044	2.006
2	540	669	798	1.828	3.185
3	627	837	1.002	2.341	4.009
4	756	984	1.134	2.679	4.701
5	890	1.106	1.252	2.970	5.269
6	986	1.218	1.365	3.257	5.846
7	1.081	1.343	1.493	3.597	6.497
8	1.193	1.535	1.725	4.077	7.422
9	1.370	1.868	2.122	4.920	9.115

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 18

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnstufenstatistik, Stichtage Juli (August), in Schilling)

Dezil	1953	1957	1960	1970	1975
	<u>Arbeiter insgesamt</u>				
1	400	430	497	1.218	2.109
2	619	813	982	2.284	3.734
3	811	1.043	1.214	2.851	4.896
4	995	1.245	1.404	3.256	5.687
5	1.109	1.409	1.567	3.640	6.425
6	1.207	1.560	1.750	4.057	7.200
7	1.307	1.733	1.961	4.530	8.090
8	1.433	1.978	2.254	5.134	9.192
9	1.642	2.347	2.705	6.065	10.826
	<u>Angestellte insgesamt</u>				
1	709	566	735	1.881	3.008
2	977	1.064	1.166	2.819	4.700
3	1.107	1.309	1.399	3.359	5.777
4	1.217	1.542	1.645	3.862	6.693
5	1.336	1.773	1.924	4.385	7.653
6	1.472	2.006	2.236	4.997	8.769
7	1.664	2.304	2.606	5.738	10.080
8	-	2.723	3.152	6.864	-
9	-	-	-	-	-
	<u>Erwerbstätige insgesamt</u>				
1	441	460	535	1.386	2.418
2	661	862	1.029	2.496	4.102
3	903	1.103	1.262	2.999	5.206
4	1.049	1.303	1.452	3.425	6.041
5	1.156	1.474	1.635	3.856	6.855
6	1.250	1.646	1.842	4.320	7.750
7	1.358	1.854	2.099	4.877	8.803
8	1.515	2.140	2.450	5.612	10.160
9	-	2.591	3.041	6.938	-

Quelle: Hauptverband der Österr. Sozialversicherungsträger

Übersicht 19

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnsteuerstatistik, in Schilling)¹⁾

Dezil	1953	1957	1964	1967	1970
	<u>Arbeiter</u>				
1	9.839	12.542	16.835	27.895	25.665
2	13.463	18.242	28.614	37.993	45.629
3	15.031	20.646	32.994	43.227	52.459
4	16.366	22.681	36.481	47.423	55.297
5	17.561	24.635	39.724	51.554	63.055
6	18.888	26.651	43.008	55.582	68.162
7	20.351	28.842	46.579	59.609	73.915
8	22.193	31.522	51.034	67.593	80.931
9	25.202	35.564	57.612	76.001	91.402
	<u>Angestellte</u>				
	2)				
1	14.144	17.462	28.863	36.430	48.442
2	15.885	23.023	35.323	45.454	59.249
3	17.039	27.156	41.478	53.086	68.414
4	18.185	30.879	47.791	60.606	76.963
5	19.543	34.830	54.393	69.116	85.821
6	21.362	39.507	61.858	77.625	96.471
7	23.987	45.249	71.006	82.736	111.020
8	28.309	53.562	84.190	107.127	132.294
9	35.867	69.413	110.921	141.542	174.846
	<u>Beamte</u>				
1		21.441	32.304	41.548	54.568
2		24.182	35.640	45.852	60.749
3		26.222	38.685	50.144	65.866
4		27.995	41.368	54.093	70.959
5		29.903	44.088	58.043	76.457
6		32.113	47.442	64.130	82.747
7		35.208	52.633	72.315	92.257
8		40.449	60.871	81.284	109.792
9		53.097	77.950	106.520	140.491
	<u>Erwerbstätige Männer</u>				
1	11.870	15.554	24.874	32.954	40.838
2	14.521	19.625	31.524	41.529	51.785
3	16.007	22.294	35.541	46.313	58.469
4	17.180	24.651	39.176	51.043	64.311
5	18.412	26.946	42.692	55.588	70.133
6	19.785	29.336	46.550	60.248	76.669
7	21.596	32.230	51.479	68.637	84.442
8	24.188	36.555	58.452	77.027	96.446
9	29.367	45.891	72.915	95.901	121.642

1) Jahreseinkommen der ganzjährig Erwerbstätigen, einschliesslich Lehrlinge.

2) Angestellte und Beamte

Quelle: Lohnsteuerstatistik des ÖStZ

Übersicht 20

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnsteuerstatistik¹⁾, in Schilling)

Dezil	1953	1957	1964	1967	1970
	<u>Arbeiterinnen</u>				
1	3.578	5.182	8.503	12.794	14.071
2	6.550	10.017	14.984	20.566	20.341
3	8.740	12.616	19.045	24.285	30.309
4	10.492	14.124	21.574	28.003	34.689
5	11.719	15.258	23.592	31.216	37.989
6	12.656	16.327	25.439	33.842	41.165
7	13.506	17.473	27.446	36.467	44.273
8	14.564	18.809	29.883	39.093	48.180
9	15.906	20.834	33.593	45.034	53.890
	2) <u>Angestellte</u>				
1	10.437	13.041	20.772	23.965	30.051
2	12.733	15.978	25.010	31.160	38.603
3	14.127	18.340	28.169	35.154	44.565
4	15.023	20.711	31.330	39.151	49.539
5	16.919	22.985	34.615	43.388	54.483
6	17.141	25.054	38.147	47.690	60.163
7	18.592	27.498	42.603	52.864	66.428
8	20.721	30.771	48.825	59.288	74.494
9	24.759	36.876	59.799	73.656	88.306
	<u>Beamtinnen</u>				
1		20.448	26.675	40.741	54.276
2		23.565	32.637	46.089	60.522
3		25.576	35.837	51.170	66.639
4		27.398	38.957	55.521	72.734
5		30.279	41.497	59.873	79.345
6		32.708	44.784	66.574	87.276
7		36.046	48.300	73.347	96.173
8		40.062	53.115	80.283	110.123
9		49.641	61.161	96.609	131.690
	<u>Erwerbstätige Frauen</u>				
1	5.500	7.460	12.939	17.914	20.695
2	8.932	12.009	19.169	24.525	30.749
3	11.092	14.159	22.496	29.909	36.550
4	12.488	15.701	25.002	33.245	41.119
5	13.541	17.260	27.448	36.546	45.375
6	14.618	19.015	30.277	39.846	50.144
7	15.713	21.549	33.923	45.369	56.523
8	17.425	25.207	39.166	51.836	65.539
9	20.575	31.378	48.704	65.191	81.020

1) Jahreseinkommen der ganzjährig Erwerbstätigen, einschliesslich Lehrlinge

2) Angestellte und Beamtinnen

Quelle: Lohnsteuerstatistik des ÖStZ

Übersicht 21

Die Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit
(Lohnsteuerstatistik¹⁾, in Schilling)

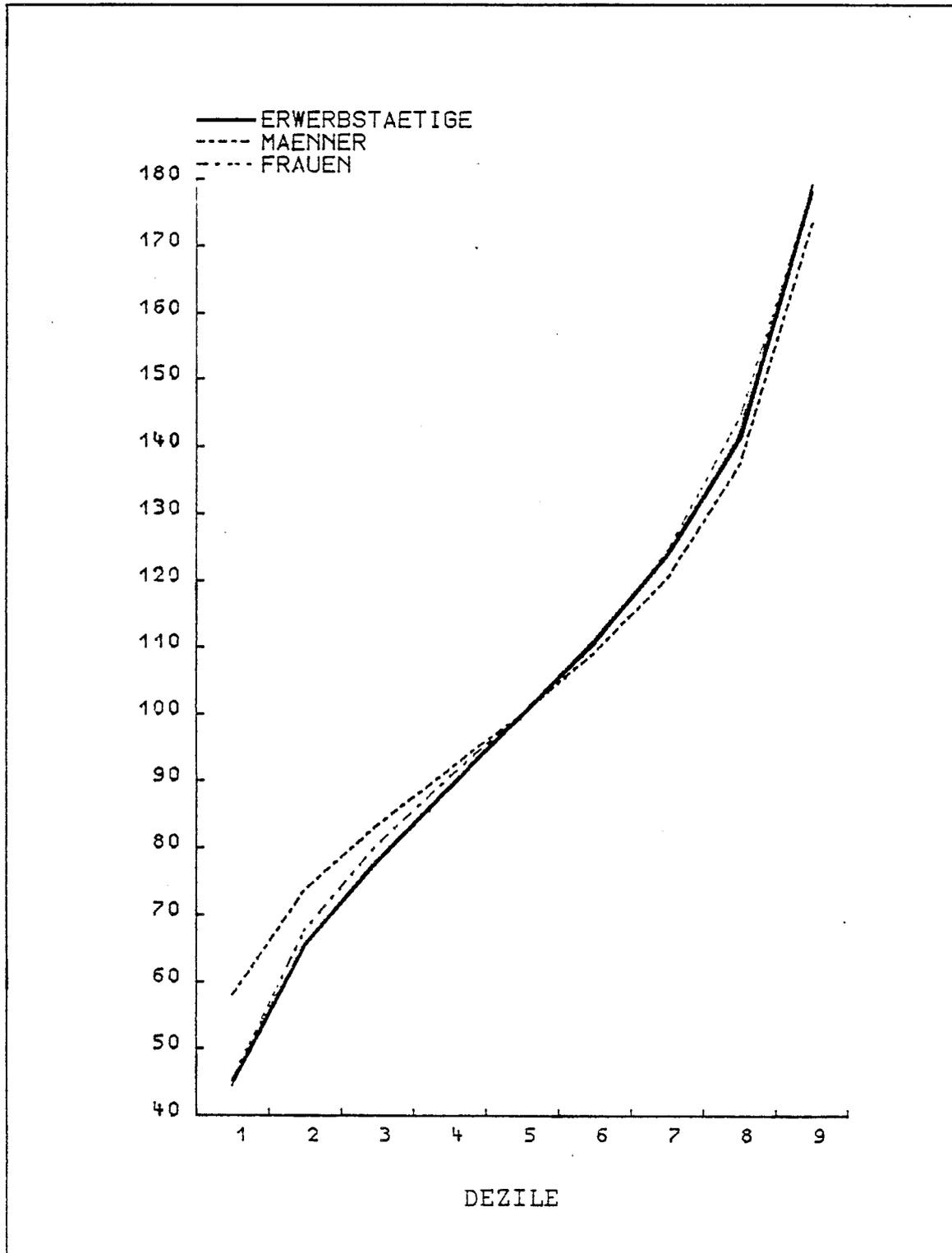
Dezil	1953	1957	1964	1967	1970
	<u>Arbeiter insgesamt</u>				
1	6.405	8.362	11.465	19.194	18.678
2	10.643	14.157	20.759	28.614	33.238
3	12.788	16.779	25.465	34.294	41.077
4	14.296	18.956	29.391	39.358	47.145
5	15.634	21.186	33.328	44.265	53.220
6	17.096	23.576	37.425	49.149	59.610
7	18.738	26.231	41.795	54.601	66.436
8	20.765	29.277	46.783	60.371	74.425
9	23.759	33.594	53.824	72.377	85.835
	2) <u>Angestellte insgesamt</u>				
1	12.478	14.815	24.751	29.686	36.665
2	14.676	18.794	29.636	36.203	46.567
3	16.028	22.394	34.127	42.289	53.909
4	17.179	25.458	38.790	48.000	61.292
5	18.426	28.708	44.252	54.492	69.081
6	19.907	32.537	50.949	62.160	77.966
7	22.151	37.665	59.505	72.792	89.295
8	25.888	45.161	72.051	86.444	107.127
9	32.857	58.793	96.639	118.157	141.163
	<u>Beamte insgesamt</u>				
1		21.334	31.805	41.444	54.526
2		24.084	35.217	45.882	60.719
3		26.252	38.313	50.290	65.971
4		27.921	41.012	54.297	71.205
5		29.943	43.746	58.304	76.849
6		32.182	47.030	64.573	83.381
7		35.377	51.857	72.502	93.107
8		40.400	59.385	81.094	109.862
9		52.486	74.973	103.649	138.959
	<u>Erwerbstätige insgesamt</u>				
1	8.564	11.311	17.360	24.066	28.151
2	12.478	15.892	24.896	33.218	40.915
3	14.315	18.770	29.554	39.303	48.678
4	15.661	21.475	33.693	44.456	55.564
5	16.993	24.135	37.733	49.489	62.243
6	18.399	26.837	41.958	55.004	69.127
7	20.085	29.836	46.771	61.106	77.197
8	22.629	33.871	53.447	71.824	88.093
9	27.368	42.037	65.743	87.572	111.491

1) Jahreseinkommen der ganzjährig Erwerbstätigen, einschliesslich Lehrlinge

2) Angestellte und Beamte

Quelle: Lohnsteuerstatistik des ÖStZ

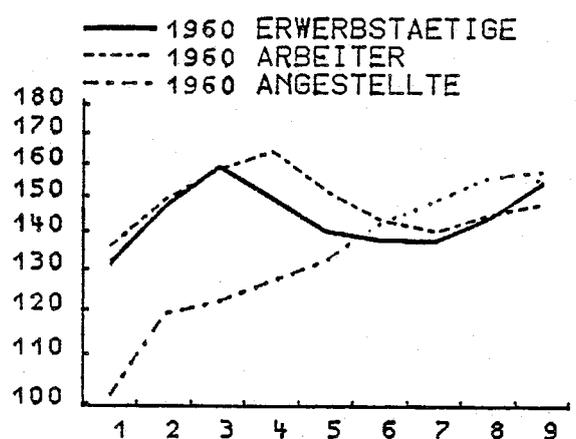
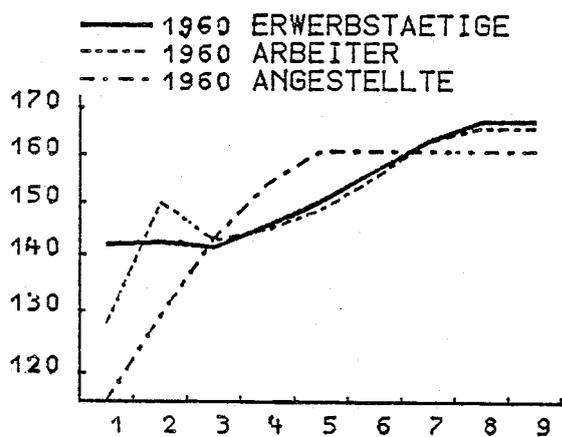
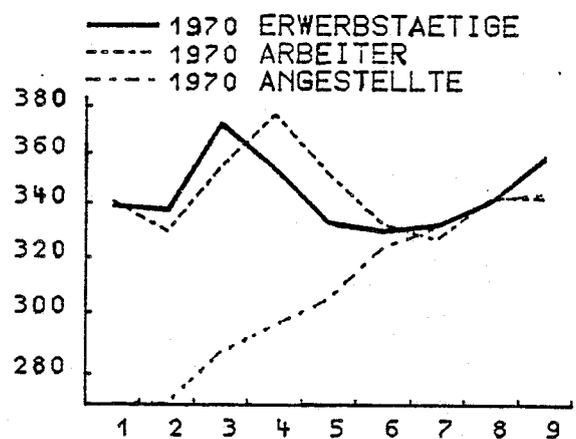
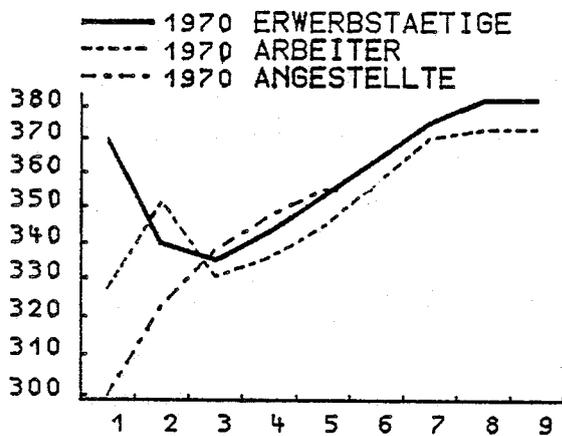
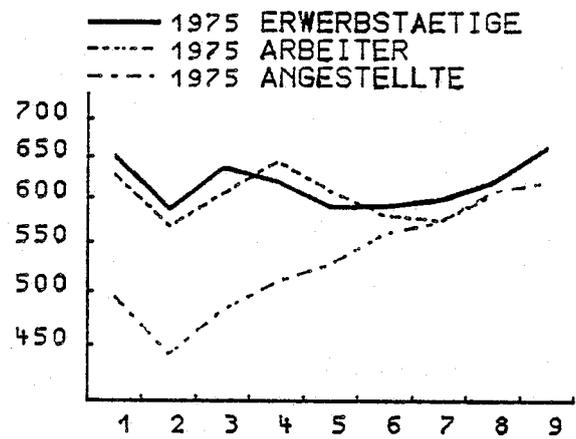
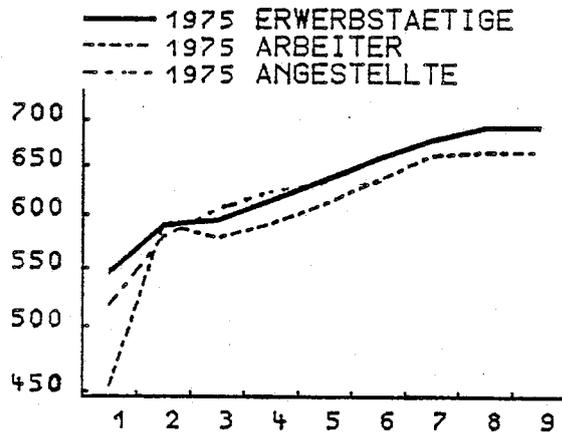
DIE VERTEILUNG DER EINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT 1970
MEDIAN = 100
LOHNSTEUERSTATISTIK



EINKOMMENSZUWAECHSE DER UNSELBSTSTAENDIGEN 1953 BIS 1975
 JEDES DEZIL 1953=100*)
 LOHNSTUFENSTATISTIK

MAENNER

FRAUEN



DEZILE

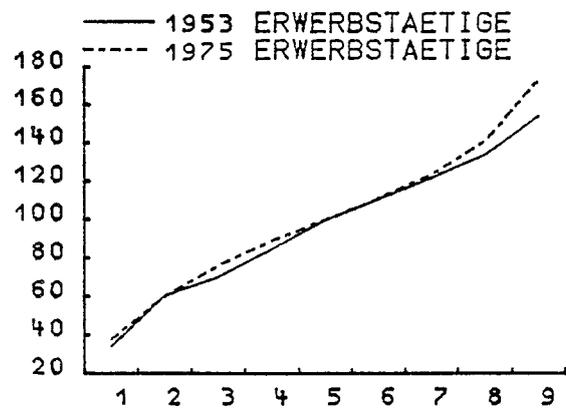
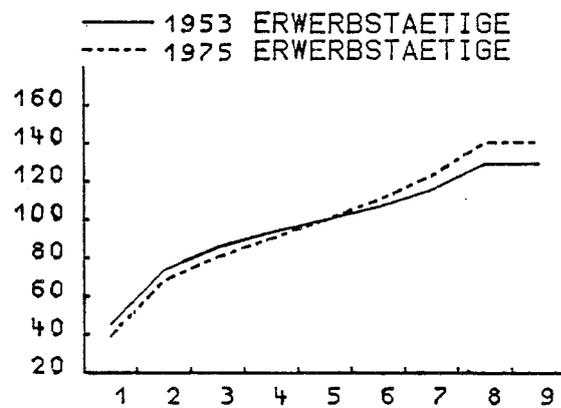
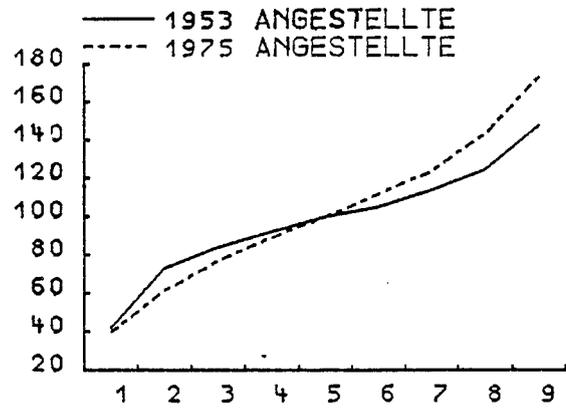
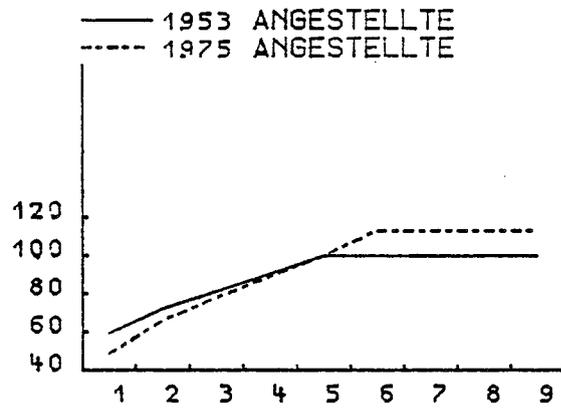
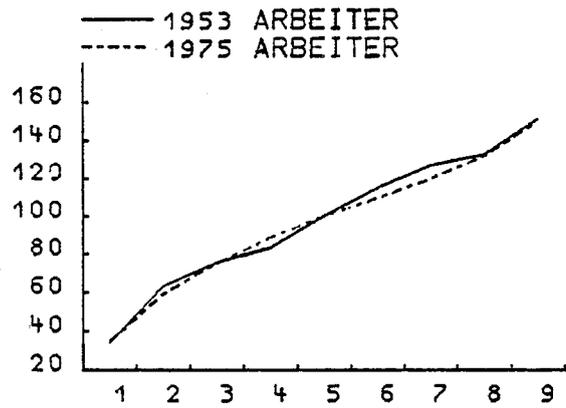
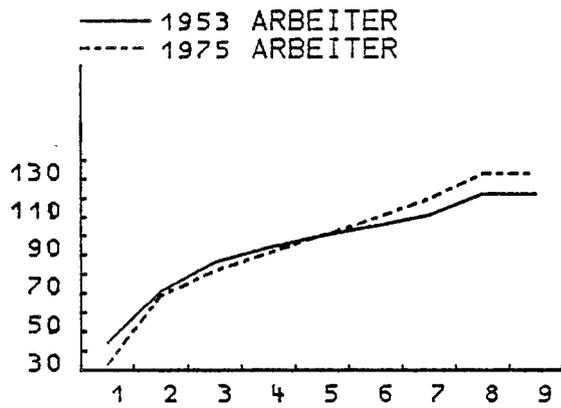
DEZILE

*) log. Maßstab

VERTEILUNG DER EINKOMMEN AUS UNSELBSTSTAENDIGER ARBEIT 1953 UND 1975
 MEDIAN = 100
 LOHNSTUFENSTATISTIK

MAENNER

FRAUEN



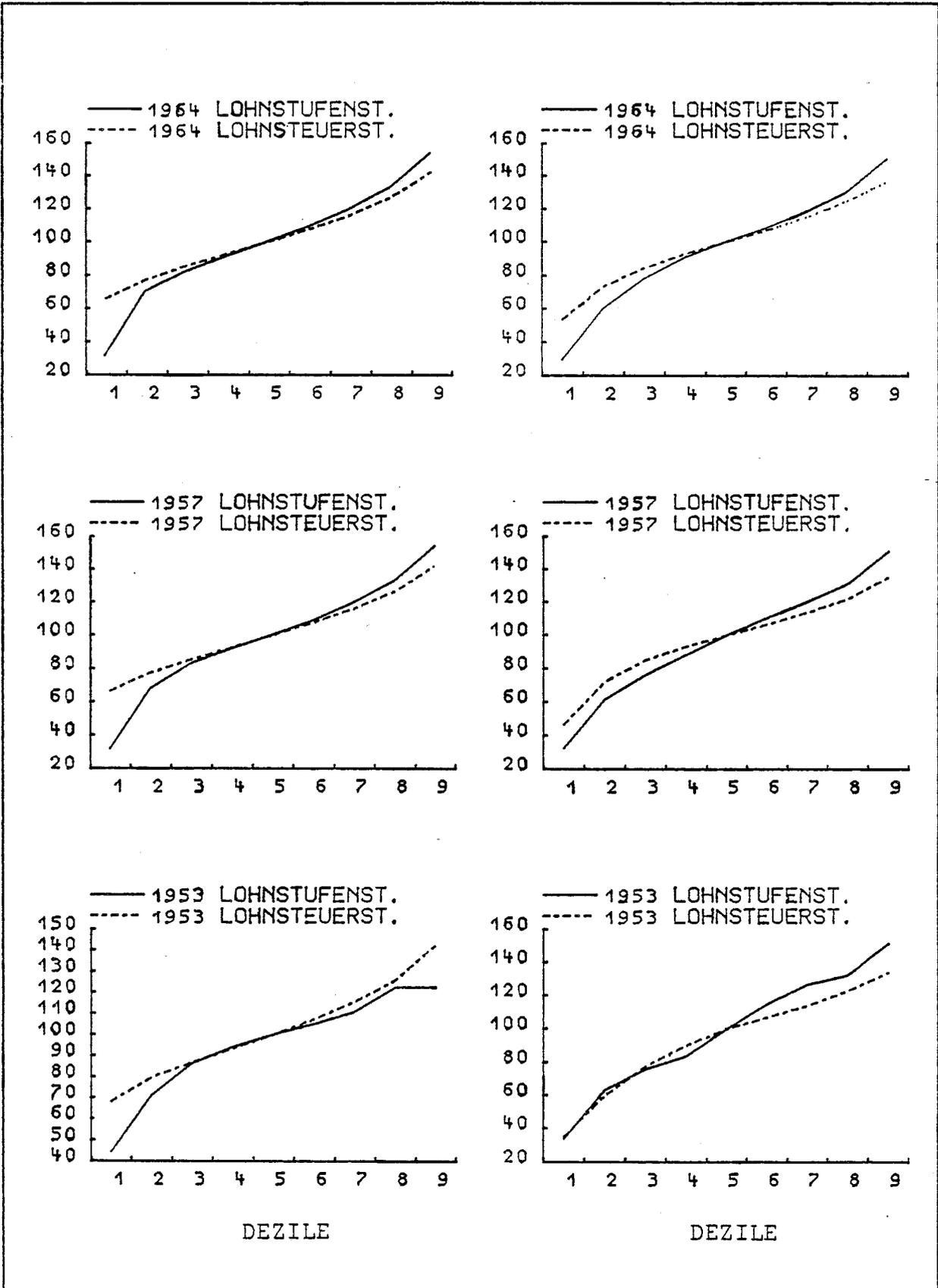
DEZILE

DEZILE

VERGLEICH DER LOHNSTUFEN- UND LOHNSTEUERSTATISTIK
 MEDIAN = 100

ARBEITER MAENNER

ARBEITER FRAUEN



DEZILE

DEZILE

Arbeiterverdienste in der Wiener
Sachgüterproduktion 1926 bis 1975

Günther Chaloupek

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Die Lohnerhebungen der Arbeiterkammer Wien	IV.5
2. Die Entwicklung der Durchschnittslöhne; Vergleich zur Industriestatistik	IV.8
3. Die Verteilung der Verdienste 1963 bis 1975	IV.11
3.1 Männliche Arbeiter	
3.2 Weibliche Arbeiter	
3.3 Verteilung der Arbeitszeitverkürzung	
4. Die langfristige Entwicklung von Lohnniveau und Verteilung in der Wiener Sachgüterproduktion	IV.15
 Bibliographie	 IV.19
 Übersichten	 IV.21

1. Die Lohnerhebungen der Arbeiterkammer Wien

Die Führung von Lohn- und Verbrauchsstatistiken hat in der Wiener Arbeiterkammer eine lange Tradition. Die Arbeiterkammer betrachtete es seit jeher - wie die erste eigene Publikation^{*)} auf diesem Gebiet ausführt - "als eine der wichtigsten Aufgaben, durch Erhebung, Sammlung und Verarbeitung statistischer Daten die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Österreich darzustellen und dadurch dem Verständnis der breiten Massen der Bevölkerung näherzubringen". In Anbetracht des unbefriedigenden Zustandes der zeitgenössischen Einkommensstatistik ging die Arbeiterkammer Wien 1925 dazu über, eigene Lohnerhebungen durchzuführen. Aus der Zwischenkriegszeit liegen zwei Publikationen von Lohnstatistiken aus der Wiener Industrie (für die Jahre 1925 und 1926) vor. Diese beiden Erhebungen erfaßten 115.000 bzw. 120.000 Fälle, ein Umfang, der später nicht mehr erreicht wurde^{**)}. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind seit 1946 regelmäßig jährliche Lohnerhebungen für den Bereich der Wiener Industrie durchgeführt worden.

Die Auswertung erfolgte bis 1962 auf folgende Weise; Alle einlangenden Lohnlisten (zwischen 40.000 und 50.000) wurden ausgewertet. Dadurch ergaben sich notwendigerweise Schwankungen im Repräsentationsgrad dieser Quasi-Stichprobe; etwa hinsichtlich der Branchenstruktur oder der Betriebsgrößenstruktur. Allerdings wurde der schwankende Repräsentationsgrad nicht näher analysiert.

Ab 1963 wurde die Art der Erhebung der Lohndaten grundlegend geändert. Die Zahl der erfaßten Betriebe wurde von rund 300 auf etwa 400 erhöht und die branchen- und größenmäßige Struk-

*) Siehe Bibliographie

***) Die in der Zeit von 1934 bis 1938 durchgeführten Erhebungen wurden hier nicht berücksichtigt.

tur der Betriebsauswahl entsprechend der Statistik der Wiener Gebietskrankenkassa den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt (doppeltgeschichtete Stichprobe). Gleichzeitig wurde dazu übergegangen, nicht mehr die Gesamtheit der in den Lohnlisten der erfaßten Betriebe enthaltenen Fälle auszuwerten, sondern aus diesen eine Stichprobe (jeden achten Fall) zu ziehen. Seither bewegt sich die Grundgesamtheit der Erhebung zwischen 3.000 und 6.000. 1969 und 1974 wurde jeweils eine neue Schichtung der Stichprobe vorgenommen.

Durch die 1963 erfolgte Umstellung ist die Vergleichbarkeit mit den vorangegangenen Jahren erschwert. Die vorliegende Untersuchung legt daher das Schwergewicht auf den seit 1963 verstrichenen Zeitraum. Die Ergebnisse des Abschnitts 4 sind mit Vorsicht zu interpretieren.

Die Verdiensterhebung der Wiener Arbeiterkammer in ihrer modernisierten Form, die alljährlich im Monat Oktober durchgeführt wird, bezieht sich auf die Verdiensthöhe und auf die geleistete Arbeitszeit in Betrieben der Sachgüterproduktion (Industrie und Gewerbe)*).

In der Auswertung werden nur die effektiv geleisteten Arbeitsstunden einbezogen**). Weg-, Arztstunden u.ä. werden nicht berücksichtigt. Liegt in einem Fall sowohl Lohn- als auch Akkordarbeit vor, so wird er entsprechend der darauf entfallenden Stundenzahl schwerpunktmäßig zugeordnet. Neben dieser wöchentlichen Gesamtarbeitszeit wird auch die Basisarbeitszeit (ohne Schicht-, Über-, Sonntags- und Nachtstunden) erfaßt und tabellarisch ausgewiesen.

*) Bis 1969 erstreckte sich die Erhebung auch auf das Baugewerbe, seither nur mehr auf die industrielle oder gewerbliche Sachgüterproduktion.

***) Allerdings ohne (anteilmäßige) Berücksichtigung des Urlaubs. Die Wochenarbeitszeit im Jahresdurchschnitt - also bei Berücksichtigung der Urlaubszeit - ist niedriger und nimmt im Zeitablauf stärker ab.

Unter "Brutto-Wochenverdienst" wird der sich ausschließlich aus der effektiven Arbeitsleistung ergebende Verdienst verstanden. Er enthält deshalb weder Urlaubszuschuß, Krankentgelt, Überlandentschädigung, Trennungsgeld noch Wohnungs- oder Familienbeihilfe oder sonstige nicht aus der Arbeitsleistung resultierende Zulagen. Aus Brutto-Wochenverdienst und Gesamtarbeitszeit ergibt sich der "Brutto-Stundenverdienst". Der der Basisarbeitszeit entsprechende "Basisstundenverdienst" enthält keinerlei Zulagen. Obwohl Basisarbeitszeit und Basisstundenverdienst mehr oder minder fiktive Angaben darstellen, erlauben sie bei einem Vergleich mit den effektiven Werten interessante Einblicke.

Die Verdiensterhebung unterteilt die erfaßten Personen nach dem Geschlecht, nach der Lohnart (Zeitlohn - Akkordlohn) und die Männer auch nach ihrer Qualifikation (Facharbeiter - sonstige Arbeiter).

Lohnerhebungen von jener Art, wie sie von der Wiener Arbeiterkammer veranstaltet werden, sind seit den fünfziger Jahren als Datenquelle für Lohnniveau und Durchschnittslohnbewegung in jenem Maße in den Hintergrund getreten, in dem die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Industriestatistik und andere amtliche Statistiken verbessert, ausgebaut und aktualisiert wurden. Die Lohnstatistik der Arbeiterkammer Wien hat heute vor allem für mehr fachspezifische Fragestellungen Bedeutung: für die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Lohn bzw. Betriebsgröße und Lohn. Eine Zusammenführung dieser Faktoren für die einzelnen Lohnempfänger ist derzeit in Österreich nur in der Lohnstatistik der Wiener Arbeiterkammer möglich. Schließlich bildet diese Statistik auch eine Grundlage für die Analyse der größenmäßigen Verteilung der Arbeiterlöhne.

2. Die Entwicklung der Durchschnittslöhne im Vergleich zur Industriestatistik

2.1. Die Durchschnittslöhne

Nach der Verdienststatistik der Arbeiterkammer Wien*) stieg der durchschnittliche Brutto-Wochenverdienst eines männlichen Arbeiters in der Wiener Sachgüterproduktion von 708 Schilling im Jahr 1963 auf 1.990 Schilling 1975**), der einer Arbeiterin von 446 Schilling auf 1.256 Schilling. Dies ergibt für Männer eine Erhöhung um 180,1 % und für Frauen eine um 183,6 % (siehe Übersichten 1 und 2). Dieser Wachstumsunterschied ist so gering, daß man ein Gleichbleiben der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede konstatieren kann.

Die durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste stiegen von 1963 bis 1975 für Männer von 15,- Schilling auf 49,- Schilling und für Frauen von 10,- Schilling auf 33,30 Schilling. In Prozenten ausgedrückt ergibt sich daraus für Männer ein Zuwachs um 224,5 und für Frauen ein solcher von 233 %. Parallel dazu sank die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Männer von 47,1 Stunden auf 40,6 Stunden (-15,1 %). Bei den Stundenlöhnen ist demnach deutlicher sichtbar als bei den Wochenlöhnen ein etwas stärkeres Wachstum der Verdienste weiblicher Arbeiter zu registrieren. Gleichzeitig nahm die Arbeitszeit der Frauen rascher ab als jene der Männer. Dadurch verschwindet bei den Wochenverdiensten die bei den Stundenverdiensten erkennbare Tendenz zur Einebnung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede wieder.

Insgesamt (für Männer und Frauen) stieg der durchschnittliche Wochenverdienst zwischen 1963 und 1975 um 117,9 % und der durchschnittliche Stundenverdienst um 224,4 %. Real - nach

*) Alle Verdienstangaben dieses und des nächsten Abschnitts schließen das Baugewerbe aus.

**) Um die Vergleichbarkeit mit den anderen Beiträgen des Projekts zu gewährleisten, wurde das Referenzjahr 1975 gewählt.

Deflation mit dem Index der Verbraucherpreise - erhöhte sich (brutto) der Wochenverdienst um 52,6 % und der Stundenverdienst um 78,1 %. Gleichzeitig sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 45,8 Stunden auf 39,1 Stunden oder um 14,6 %. Unterstellt man langfristig eine Parallelentwicklung zwischen Produktivität pro Arbeitsstunde und Reallohn, so kann man sagen, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 78,1 % zu mehr als zwei Dritteln in Realeinkommenserhöhung umgesetzt und zu nahezu einem Drittel in Form einer Senkung der Arbeitszeit genutzt wurde*).

2.2. Vergleich zwischen der Verdienststatistik der Arbeiterkammer Wien und der Industriestatistik

Über den Gesamtzeitraum 1963/75 liegt die Steigerungsrate der durchschnittlichen Wochenverdienste in der Wiener Schagüterproduktion (Arbeiterkammererhebung) mit 177,1 % deutlich unter dem Zuwachs der durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste je Arbeiter lt. Industriestatistik (230,4 %). Diese erhebliche Divergenz, deren Gründe im folgenden aufgezeigt werden, muß bei der Interpretation der Ergebnisse der Arbeiterkammererhebung berücksichtigt werden.

Ein Vergleich der Brutto-Stundenverdienste je Arbeiter in der österreichischen Industrie mit jenen in der Wiener Sachgüterproduktion ist seit 1965 möglich (siehe Übersicht 3). Er zeigt

*) Diese Relation ist allerdings dadurch verzerrt, daß im Rezessionsjahr 1975 die Arbeitszeit außerordentlich stark zurückging und deutlich unter dem Wert von 1976 lag. Vergleicht man die entsprechenden Werte von 1976 mit denen des Basisjahres 1963, so ergibt sich, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu fast drei Vierteln in eine Reallohnerhöhung und zu einem Viertel in eine Arbeitszeitverkürzung umgesetzt wurde. Bei Berücksichtigung der Sonderremunerationen im Stundenlohn verschiebt sich das Verhältnis weiter zugunsten der Reallohnerhöhung.

bis zum Jahre 1973 etwa eine parallele Entwicklung und danach ein gewisses Nachhinken der sich aus der Arbeiterkammerstatistik ergebenden Lohnerhöhungen. Dieses Nachhinken findet seine Erklärung in einer Veränderung der Stichprobe im Hinblick auf die Betriebsgrößen. Der Anteil der in kleineren Betrieben tätigen Arbeiter wurde damals erhöht, woraus sich eine Absenkung des Niveaus der Durchschnittsverdienste ergab.

Von der über die Gesamtperiode kumulierten Divergenz der beiden Statistiken erklärt die Änderung der Betriebsgrößenstichprobe aber nur einen kleinen Teil. 1963/65 stiegen die Brutto-Monatslöhne in der österreichischen Industrie und die Brutto-Wochenverdienste in der Wiener Sachgüterproduktion etwa gleich stark. Zwischen 1965 und 1973 erhöhten sich die ersteren um 112,1 %, die letzteren dagegen nur um 95,7 %. Von dieser Divergenz kann weniger als ein Fünftel durch eine unterschiedliche Abnahme der Arbeitszeit erklärt werden. Daraus ergibt sich der Umkehrschluß, daß die Divergenz zwischen der Industriestatistik und der Arbeiterkammerverdiensterhebung überwiegend auf Sonderremunerationen verschiedenster Art zurückzuführen ist, die in der letzteren Statistik unberücksichtigt bleibt. Wie auch aus der Industriestatistik selbst hervorgeht, haben die Sonderremunerationen in den letzten zehn Jahren deutlich stärker zugenommen als die Stundenverdienste.

Eine empirisch fundierte Aussage darüber, wie sich dieses überproportionale Wachstum der Sonderzahlungen auf die Verteilung der Verdienste auswirkt, ist aufgrund der vorhandenen Daten nicht möglich. Die Ergebnisse der Analyse der folgenden Abschnitte beziehen sich daher nur auf die Verteilung der Arbeiterverdienste ohne Sonderremunerationen. Das langfristige reale Wachstum der Löhne (Abschnitt 4) wird von der Verdiensterhebung durch die Nichterfassung der Sonderremunerationen nicht unbeträchtlich unterschätzt.

3. Die Verteilung der Verdienste 1963 bis 1975

3.1. Männliche Arbeiter

Wenn man die beiden Eckjahre 1963 und 1975 vergleicht, so ist bei den männlichen Arbeitern eine deutliche Entnivellierung der Verdienste eingetreten (siehe Übersicht 4ff). Bei den Basisstundenverdiensten stieg der Gini-Koeffizient von 0,121 auf 0,131. Die Zuwachsrate ist in den beiden untersten Dezilen am niedrigsten (212,2 bzw. 211,4 %) und steigt bis zum achten Dezil auf 242,9 % an. Das neunte Dezil wuchs etwa gleich schnell wie der Median.

Disaggregiert man nach Facharbeitern und sonstigen Arbeitern, so zeigt sich allerdings ein völlig anderes Bild. Bei den Basisverdiensten der Facharbeiter stiegen die Einkommen vom ersten bis zum siebenten Dezil mehr oder weniger im Gleichschritt, darüber etwas langsamer. Der Gini-Koeffizient blieb in diesem Zeitraum etwa konstant. Bei den Basis-Stundenverdiensten der sonstigen Arbeiter trat eine Nivellierung ein. Der Gini-Koeffizient sank von 0,130 auf 0,108. Die Dezile unterhalb des Medians stiegen stärker als im oberen Bereich der Verteilung.

Betrachtet man die Entwicklung der Brutto-Wochenverdienste, so ergibt sich auf der disaggregierten Ebene ein Bild, das - abgesehen von Niveauverschiebungen - nur wenig von der Entwicklung der Basisstundenverdienste abweicht. Die Nivellierung bei den sonstigen Arbeitern ist allerdings schwächer ausgeprägt. Für die Brutto-Wochenverdienste männlicher Arbeiter insgesamt ist dieselbe Entnivellierung zu registrieren wie für die Basisstundenverdienste. Die Entnivellierung ist demnach eine Folge der Zunahme der qualifikationsspezifischen Entlohnungsunterschiede.

3.2. Weibliche Arbeiter

Bei den weiblichen Arbeitern blieb die Zunahme der Basisstundenverdienste des unteren Drittels hinter dem durchschnittlichen Wachstum. Das gleiche gilt für das oberste Dezil (+228,8 %). Vom vierten bis zum achten Dezil wuchsen die Einkommen parallel (zwischen 240,7 und 243,1 %). Noch etwas stärker differenziert ist das Wachstum der Brutto-Wochenverdienste. Hier zeigt sich ein deutliches Zurückbleiben des untersten Dezils und ein gewisses Nachhinken des dritten und neunten Dezils gegenüber der oberen Mitte. Die Gini-Koeffizienten haben sich weder für die Basisstundenverdienste noch für die Brutto-Wochenverdienste signifikant verändert.

3.3. Verteilung und Arbeitszeitverkürzung

Der Vergleich der beiden Eckjahre 1963 und 1975 zeigt für männliche Arbeiter Verschiebungen der relativen Positionen von einem Ausmaß, die einen über die ganze Periode wirkenden Trend vermuten ließen. Diese Vermutung bestätigt sich jedoch bei der Betrachtung einzelner dazwischenliegender Jahre nicht.

Beim Vergleich einzelner Jahre muß berücksichtigt werden, daß 1970, 1972 und 1975 jeweils zu Jahresbeginn eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in Kraft trat, nämlich 1970 und 1975 um je zwei Stunden und 1972 um eine Stunde pro Woche. Wie sogleich zu zeigen versucht wird, dürfte diese Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Auswirkung auf die Verteilung der Arbeitsverdienste geblieben sein. Wie aus Übersicht 7 hervorgeht, ist der größte Teil der beobachteten Entnivellierung nach 1969 in den Jahren der Arbeitszeitverkürzung eingetreten. Von 1963 bis 1969 haben sich die Gini-Koeffizienten kaum in signifikantem Ausmaß verändert - bei den Basisstundenverdiensten zeigt sich eine leichte Nivellierung bei den Männern und eine etwas deutlichere Entnivellierung bei den Frauen,

bei den Brutto-Wochenverdiensten paradoxerweise eine kaum merkliche Entnivellierung bei den Männern und eine schwache Nivellierung bei den Frauen. Die Veränderungen sind jedoch so gering, daß sie als zufallsbedingt betrachtet werden können. Bei den Brutto-Wochenverdiensten männlicher Arbeiter scheinen sie auf einen Sprung in der Relation Facharbeiter/Hilfsarbeiter zurückzugehen, der nach 1964 eingetreten ist und möglicherweise in Änderungen in der Stichprobe seine Ursache hat.

Die Arbeitszeitverkürzung 1969/70^{*)} hat bei der Verteilung der Basisstundenverdienste anscheinend zunächst keine Veränderung bewirkt. Wohl aber ist bei den Bruttowochenverdiensten eine Zunahme der Ungleichheit zu bemerken, am deutlichsten in der Relation Facharbeiter/Hilfsarbeiter, aber auch innerhalb der beiden Gruppen und auch innerhalb der beiden Lohnarten. Die Ursache für diese Veränderungen liegt darin, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht von allen in vollem Umfang mitvollzogen wurde, sondern die Möglichkeit oder Bereitschaft dazu mit zunehmendem Einkommen sinkt. So haben die weiblichen Arbeiter wesentlich stärker mit der Arbeitszeitverkürzung mitgezogen als die Männer und die Hilfsarbeiter stärker als die Facharbeiter.

Nach der Entnivellierung von 1969 auf 1970 hat sich von 1970 bis 1975 die Verteilung der Brutto-Wochenverdienste männlicher Arbeiter insgesamt nicht verändert. Hingegen ist bei der Verteilung der Basisstundenverdienste männlicher Arbeiter eine deutliche Entnivellierung eingetreten, und zwar am deutlichsten bei den Männern insgesamt und bei den Stundenlöhnen. Innerhalb der Untergruppen der Facharbeiter und Hilfsarbeiter änderte sich die Verteilung der Basisstundenverdienste nur wenig. Die Entnivellierung dürfte demnach auf eine Vergrößerung der qualifikationsspezifischen Differenzen in den Basisstundenverdiensten zurückgehen. Das 1970/75 beobachtete Muster von gegenläufigen Bewegungen der Bruttowochen- und der Basis-

*) Siehe dazu E. Weissel /10/.

stundenverdienste läßt folgende Erklärungshypothese plausibel erscheinen. Die Arbeitszeitverkürzung scheint zunächst zu einer gewissen Entnivellierung der Wochenlöhne geführt zu haben, da die oberen Lohnbereiche, besonders die Facharbeiter nicht voll mitzogen. Bei den Stundenlöhnen änderte sich zunächst noch wenig. In der Folge dürfte es jedoch den oberen Lohngruppen gelungen sein, ihre Stundensätze überdurchschnittlich zu erhöhen, sodaß die Entnivellierung nunmehr auch die Stundenlöhne erfaßte. In der Verteilung der Wochenlöhne blieb die Entnivellierung bestehen, auch wenn die Arbeitszeit der besser entlohnten Arbeiter sank. Die Arbeitszeitverkürzung dürfte daher nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristig entnivellierend auf die Verteilung der Verdienste gewirkt haben. Dies gilt allerdings nur für die männlichen Arbeiter. Bei den weiblichen Arbeitern haben sich diesbezüglich keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

4. Die langfristige Entwicklung von Lohnniveau und Verteilung in der Wiener Sachgüterproduktion

Aus den Verdiensterhebungen der Arbeiterkammer Wien läßt sich eine über den Zeitraum des letzten halben Jahrhunderts reichende Zeitreihe der Wochenlöhne zusammenstellen, die Aussagen über die langfristige Entwicklung des Lohnniveaus und - mit einiger Vorsicht - über die Entwicklung der Verteilung der Löhne ermöglicht (siehe Übersichten 8 ff.).

Der durchschnittliche Wochenlohn eines männlichen Arbeiters in der Wiener Sachgüterproduktion^{*)} stieg von 58,80 Schilling im Jahre 1926 auf 1.990,-- Schilling 1975. Sein Reallohn^{**)} erhöhte sich auf mehr als das Doppelte des Ausgangsniveaus, nämlich um 116,5 %. Der Durchschnittslohn einer Arbeiterin stieg im selben Zeitraum von 30,55 Schilling auf 1.256,-- Schilling, real um mehr als das Eineinfachhalbe, nämlich um 163 %.

Mehr oder weniger der gesamte Reallohnzuwachs entfällt auf die zweite Hälfte der hier betrachteten Periode. Bei den Männern ist bis 1974, bedingt durch die große Depression sowie durch den Zweiten Weltkrieg, der Reallohn in den ersten zwanzig Jahren zurückgegangen^{***)}. Bei den Frauen

*) Bis 1960 inklusive Baugewerbe; 1926 sind auch die Löhne von Arbeitern aus Industriebetrieben in der Umgebung Wiens mitenthalten.

***) Als Preisindizes wurden verwendet: der Lebenserhaltungskostenindex 1938, der Verbraucherpreisindex II 1958 und der Verbraucherpreisindex 1966.

****) Die Angaben über das "Reallohniveau" des Jahres 1947 sind insofern problematisch, da als Preise die amtlichen Preise eingesetzt sind, zu denen aber zu dieser Zeit die Rationierung nur bestimmte Mengen der jeweiligen Waren gekauft werden konnten. Auf dem Schwarzen Markt lagen die Preise natürlich etwas höher. Die Realeinkommen sind demnach durch die Art der Deflationierung erheblich überschätzt (Siehe Weissel /7, S. 15/).

löhnen hingegen zeigen die Zahlen einen leichten Anstieg der Reallöhne von 1926 bis 1947 an. Ab 1947 ist ein ständiger Anstieg der Reallöhne sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Arbeitern festzustellen, der jeweils zu mehr als einer Verdoppelung des Ausgangsniveaus führte. Das Ausmaß der Reallohnerhöhung seit der Nachkriegszeit wird durch die Daten über die Wochenverdienste aus zwei Gründen nicht unerheblich unterschätzt. Erstens enthalten die Wochenverdienste keinerlei Remunerationen, Sonderzahlungen und Prämien, deren relative Bedeutung durch die Einführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld in den fünfziger und sechziger, aber auch durch in den letzten zehn Jahren überproportional zunehmende sonstige Remunerationen zugenommen hat. Zweitens kommt in den Wochenlöhnen der durch Arbeitslosigkeit verursachte Lohnausfall nicht zum Ausdruck, dessen Bedeutung im Vergleich zur Zwischenkriegszeit auf einen Bruchteil zurückgegangen ist. Auf Jahresbasis ist das Wachstum der Reallöhne in den letzten fünfzig Jahren mit Sicherheit höher anzusetzen.

Die hier gewonnenen Resultate bestätigen die These, daß der gegenwärtige Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung das Produkt der Entwicklung der letzten dreißig Jahre ist, die in der Geschichte des Kapitalismus einen einzigartigen Abschnitt des Wachstums und der Prosperität bilden. Im Vergleich dazu erscheinen die langfristigen Veränderungen des Lebensstandards in der von Krisen und Weltkriegen heimgesuchten ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts als unbedeutend (oder sogar zweifelhaft).

Hinsichtlich der Verteilung der Arbeiterverdienste in der Wiener Sachgüterproduktion zeigt sich bei männlichen Arbeitern langfristig eine erstaunliche Konstanz der Differentiale. Die mittleren 50 Prozent (vom unteren bis zum oberen Quartil) der Arbeiterverdienste lagen 1926 und 1975 fast genau innerhalb einer Spanne von 1 zu 1,5. In dem zwischen den beiden Endzeitpunkten liegenden Zeitraum ist zunächst (1926/47) eine

gewisse Nivellierungstendenz erkennbar. Bis zu Beginn der sechziger Jahre zeigt sich eine geringfügige Entnivellierung, seit 1963 haben sich die Relationen der Quartile jenen von 1926 wieder angeglichen.

Bei den Arbeiterinnen zeigt sich langfristig eine Tendenz zur Einebnung der Lohnunterschiede. Lagen die mittleren 50 Prozent der Verdienste weiblicher Arbeiter 1926 innerhalb einer Spannweite von fast 1 zu 1,5, so reduzierte sich dieses Verhältnis bis 1975 auf 1 zu 1,3. Im zeitlichen Verlauf gestaltet sich die Verteilung der Frauenlöhne zunächst ähnlich jener der Männer. Zwischen 1926 und 1947 ist eine deutliche Nivellierung zu registrieren. Die in den sechziger und siebziger Jahren einsetzende gegenläufige Bewegung ist bei den Frauen nur im Bereich unterhalb des Medians ausgeprägt, während das obere Quartil 1975 ähnlich nahe beim Median liegt wie 1953. Die Reduzierung der Streuung 1926/75 ist unterhalb des Medians kaum weniger deutlich als oberhalb.

Eine Aussage über die Entwicklung der Verteilung insgesamt (Männer und Frauen) ist nicht zuletzt deshalb problematisch, weil der Anteil der Frauen innerhalb der Stichprobe von weniger als 30 Prozent (1926) auf über 50 Prozent (1975) gestiegen ist.

Trotz methodischer Einschränkungen kann aus den vorliegenden Daten geschlossen werden, daß zwischen 1926 und 1975 eine Nivellierung der Arbeiterlöhne in der Wiener Sachgüterproduktion stattgefunden hat. 1975 lag das untere Quartil dem Median wesentlich näher als 1926. Von 1926 bis 1953 ist sowohl im unteren wie auch im oberen Einkommensbereich eine Annäherung an den Median festzustellen. Die neuen Relationen blieben im Bereich unterhalb des Medians bestehen. Das obere Quartil hat sich seit 1953 wieder deutlich vom Median entfernt, was zu einem guten Teil auf den wachsenden Frauenanteil zurückzuführen ist.

Die Nivellierung ist überwiegend das Resultat der Einebnung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede. Der Median der Frauenlöhne war 1926 nur etwas mehr als halb so hoch wie der Median der Löhne männlicher Arbeiter, erreichte 1953 jedoch 71,3 Prozent und 1975 etwa zwei Drittel desselben. Ein Vergleich der Durchschnittslöhne zeigt eine ähnliche Entwicklung. Diese Verminderung der geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede hat vor allem zwei Ursachen: die erhöhte Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften im Krieg und die Kollektivvertragspolitik in der Nachkriegszeit. Die beiden Faktoren schlugen sich 1947 und 1953 in der Relation Frauenlohn/Männerlohn nieder. Nach 1953 wuchsen die Löhne männlicher Arbeiter rascher als jene der Frauen. Die bis 1953 eingetretene Nivellierung wurde jedoch nur zum geringeren Teil wieder rückgängig gemacht.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die langfristige Entwicklung der Verteilung der Arbeiterverdienste 1926/75 ist durch eine Nivellierungstendenz charakterisiert. Diese läßt sich im wesentlichen auf eine Verminderung der geschlechtsspezifischen Entlohnungsunterschiede zurückführen. Innerhalb der beiden Gruppen zeigt sich bei den Frauen eine schwach ausgeprägte Nivellierungstendenz, bei den Männern eine weitgehende Konstanz des Ausmaßes der Ungleichheit der Verteilung. Im Zeitablauf ist eine Pendelbewegung zu beobachten: eine Nivellierungstendenz bis in die Nachkriegszeit und eine gewisse Entnivellierung seit den fünfziger Jahren.

BIBLIOGRAPHIE

(Publikationen von Lohnerhebungen und diesbezügliche Studien der Arbeiterkammer Wien)

- /1/ Löhne und Lebenshaltung der Wiener Arbeiterschaft im Jahre 1925. Statistische Veröffentlichungen der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1928.
- /2/ Löhne der Wiener Arbeiterschaft im Jahre 1926. Statistische Veröffentlichungen der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien 1929.
- /3/ Jahrbuch der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Jahrgang 1946 bis 1958.
- /4/ Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, herausgegeben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1959 ff.
- /5/ Untersuchungen über die Lohnentwicklung aus der Arbeiterkammer Wien, aufgrund der eigenen Lohnstatistik.
- /6/ MÜLLER, H., Die Entwicklung der Arbeitseinkommen 1945/1952. Wien o.J. (1953).
- /7/ Die langfristige Entwicklung von Löhnen und Gehältern in Wien. Eine Studie der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte (Verfasser: Erwin Weissel), Wien o.J. (1964).
- /8/ WEISSEL, E., Lebensalter, Arbeitszeit und Lohn. Wien 1969.
- /9/ WEISSEL, E., Die Lohnentwicklung in der Wiener Industrie in den sechziger Jahren, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft, Heft IV, Wien o.J. (1974).
- /10/ WEISSEL, E., Kurzfristige Effekte der Arbeitszeitverkürzung. Wien 1976.

ÜBERSICHTEN

Übersicht 1

Verdienste und Arbeitszeit in der Wiener Sachgüterproduktion

Im Oktober im Jahre	Facharbeiter		Männer Sonstige Arbeiter		Frauen		Ins- gesamt	Facharbeiter		Männer Sonstige Arbeiter		Frauen		Ins- gesamt
	Zu- sammen	Bruttowochenverdienst in S	Bruttostundenverdienst in S	Zu- sammen	Bruttostundenverdienst in S	Zu- sammen		Bruttostundenverdienst in S	Wochenarbeitszeit in Stunden	Zu- sammen	Bruttostundenverdienst in S	Zu- sammen	Bruttostundenverdienst in S	
1963	742	656	710	446	580	46.9	47.5	47.1	44.5	45.8	15.8	15.1	10.0	12.7
1964	827	678	766	481	625	47.5	46.7	47.1	43.7	45.8	17.4	14.5	11.0	13.8
1965	906	775	852	527	690	47.1	47.4	47.2	43.0	45.4	19.2	16.3	11.0	13.8
1966	1005	840	937	591	763	46.8	47.2	47.0	43.1	45.0	21.5	17.8	13.7	15.3
1967	1015	850	949	598	776	45.1	45.6	45.3	42.4	43.9	22.5	20.9	14.1	17.7
1968	1062	908	1002	647	832	45.7	45.3	45.5	42.5	44.1	23.2	20.0	15.2	18.9
1969	1163	964	1081	703	897	45.1	45.5	45.3	42.2	43.8	25.8	21.2	16.7	20.5
1970	1277	1007	1162	733	952	44.5	44.0	44.3	40.7	42.5	28.7	22.9	18.0	22.4
1971	1421	1141	1292	815	1050	44.5	44.6	44.2	40.5	42.4	32.4	25.6	20.1	24.8
1972	1586	1277	1449	933	1174	42.5	44.2	43.2	39.8	41.4	37.3	33.5	23.4	28.4
1973	1872	1442	1677	1067	1351	42.4	43.2	42.8	39.0	40.8	44.1	39.2	27.3	33.1
1974	1941	1524	1761	1136	1432	42.3	43.4	42.8	39.1	40.8	45.9	41.2	29.1	35.1
1975	2224	1720	1990	1256	1612	40.1	41.2	40.6	37.8	39.1	55.4	49.0	33.3	41.2
1976	2502	1976	2253	1440	1843	41.0	41.7	41.4	38.5	39.9	61.0	54.5	37.4	46.2

Quelle: Arbeiterkammer Wien

Die Entwicklung der Durchschnittslöhne in der Wiener Sachgüterproduktion

Indizes 1963=100

	Männer Brutto- Wochen- verdienst	Brutto- Stunden- verdienst	Frauen Brutto- Wochen- verdienst	Brutto- Stunden- verdienst	Insgesamt Brutto- Wochen- verdienst	Brutto- Stunden- verdienst	Brutto- Stunden- verdienst real 1)
1963	100	100	100	100	100	100	100
1964	107,9	107,9	107,8	110	107,8	108,7	104,7
1965	120,0	119,9	118,2	123	119,0	120,5	110,6
1966	132,0	131,8	132,5	137	131,6	133,8	120,1
1967	133,7	138,4	134,1	141	133,8	139,4	120,4
1968	141,1	145,7	145,1	152	143,4	148,8	124,9
1969	152,3	158,3	157,6	167	154,7	161,4	131,6
1970	163,7	174,2	164,3	180	164,1	176,4	137,7
1971	182,0	193,4	182,7	201	181,0	195,3	145,6
1972	204,1	221,9	209,2	234	202,4	223,6	156,8
1973	236,2	259,6	239,2	273	232,9	260,6	170,0
1974	248,0	272,8	254,7	291	246,9	276,4	164,6
1975	280,1	324,5	283,6	333	277,9	324,4	178,1
1976	317,3	360,9	322,9	374	317,8	363,8	186,0

1) deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex I 1958 und dem Verbraucherpreisindex 1966

Quelle: Arbeiterkammer Wien

Durchschnittsverdienste in der österreichischen Industrie lt. Industriestatistik

	Brutto-Monatsverdienst je Arbeiter in S 1963=100	Bruttostundenverdienst ¹⁾ je Arbeiter in S	Relation Arbeiterkammer- statistik/Industriestatistik ²⁾
1963	2.647	100,00	-
1964	2.890	109,2	-
1965	3.141	118,7	100,7
1966	3.514	132,8	102,4
1967	3.781	142,8	99,4
1968	4.018	151,8	100,0
1969	4.263	161,1	102,0
1970	4.662	176,1	99,6
1971	5.295	200,0	97,3
1972	5.912	223,3	99,3
1973	6.665	251,8	102,8
1974	7.710	291,3	94,9
1975	8.746	330,4	94,5
1976	9.553	360,9	97,3

1) je bezahlter Stunde, ohne Remuneration und Urlaubszuschüsse

2) Brutto-Stundenverdienst je Arbeiter lt. Arbeiterkammer-Erhebung
in % der Industriestatistik

Quelle: Industriestatistik (bis 1970 Bundeskammer der gewerblichen
Wirtschaft, ab 1971 Statistisches Zentralamt)

Basisstundenverdienste Industriearbeiter^{+))}

jedes Dezil 1963=100

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9
MÄNNER, INSGESAMT									
1969	159.4	155.8	156.6	156.1	158.8	160.9	160.0	159.5	154.5
1970	172.3	169.9	171.0	171.6	174.1	176.1	176.7	175.8	171.0
1975	312.2	311.4	317.8	325.6	332.6	335.9	339.7	342.9	334.2
MÄNNER, FACHARBEITER									
1969	161.4	161.0	162.3	164.7	164.1	161.3	162.3	160.3	154.7
1970	132.6	181.8	181.8	181.7	181.6	180.2	179.3	175.9	171.3
1975	356.5	356.0	352.0	354.4	356.2	353.5	354.4	346.4	335.1
MÄNNER, SONSTIGE ARBEITER									
1969	163.2	158.1	156.4	154.0	152.1	152.1	151.0	151.4	151.0
1970	175.4	171.7	169.7	167.5	166.7	165.6	163.7	163.8	160.5
1975	321.8	312.9	311.9	311.4	313.0	310.5	307.4	310.2	304.0
FRAUEN, INSGESAMT									
1969	165.6	161.5	164.4	166.7	168.1	169.5	170.9	171.5	166.7
1970	176.3	176.4	178.7	182.2	183.7	185.0	184.3	184.5	178.4
1975	330.0	330.6	337.2	342.2	342.6	343.1	340.7	342.9	328.8

^{+))} ohne Bauarbeiter

Quelle: Arbeiterkammer Wien, Institut für Höhere Studien

Brutto-Wochenverdienste Industriearbeiter⁺⁾

jedes Dezil 1963=100

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9
MÄNNER, INSGESAMT									
1969	149.1	151.2	150.3	152.3	153.0	153.6	154.6	155.3	154.9
1970	153.3	156.7	159.5	162.1	164.4	167.4	168.9	171.1	169.8
1975	261.9	268.5	270.0	276.9	281.1	295.4	288.2	292.4	286.1
MÄNNER, FACHARBEITER									
1969	155.1	155.0	158.4	157.0	156.9	157.4	156.9	158.2	154.8
1970	167.2	167.0	169.4	171.1	173.7	174.6	175.3	176.7	172.2
1975	234.7	293.9	302.3	302.2	303.7	306.8	305.4	303.2	296.4
MÄNNER, SONSTIGE ARBEITER									
1969	145.4	149.5	148.2	148.8	147.7	147.0	147.3	146.6	147.6
1970	146.5	151.7	150.9	153.4	153.9	154.1	156.4	157.9	154.9
1975	263.9	262.2	262.2	366.2	264.3	261.7	259.7	255.2	263.4
FRAUEN, INSGESAMT									
1969	150.1	158.7	160.7	162.1	163.4	164.5	164.1	162.1	158.8
1970	151.9	164.3	165.2	168.0	169.9	172.8	172.0	169.3	166.3
1975	261.4	273.4	284.4	290.6	294.8	299.5	299.0	289.8	231.3

+) ohne Bauarbeiter

Quelle: Arbeiterkammer Wien, Institut für Höhere Studien

Gini-Koeffizienten, Basisstundenverdienste

	Männer				Frauen			
	insgesamt	Facharbeiter	sonstige Arbeiter	Stundenlohn	Akkordlohn	insgesamt	Stundenlohn	Akkordlohn
1963	0,1206	0,1015	0,1291	0,1138	0,1151	0,0839	0,0735	0,0718
1969	0,1166	0,0987	0,1017	0,1141	0,0972	0,0944	0,0853	0,0702
1970	0,1174	0,0941	0,1005	0,1140	0,1138	0,0862	0,0789	0,0634
1975	0,1310	0,1002	0,1080	0,1309	0,1178	0,0854	0,0815	0,0636

Gini-Koeffizienten, Brutto-Wochenverdienste

	Männer				Frauen			
	insgesamt	Facharbeiter	sonstige Arbeiter	Stundenlohn	Akkordlohn	insgesamt	Stundenlohn	Akkordlohn
1963	0,1457	0,1351	0,1543	0,1479	0,1315	0,1285	0,1308	0,1079
1969	0,1491	0,1352	0,1507	0,1469	0,1455	0,1228	0,1262	0,1024
1970	0,1605	0,1404	0,1609	0,1599	0,1558	0,1236	0,1283	0,1032
1975	0,1609	0,1400	0,1516	0,1599	0,1634	0,1221	0,1255	0,0982

Lohnrelationen für die Brutto-Stundenverdienste in
der Wiener Sachgüterproduktion

	<u>Facharbeiter</u> <u>sonstige Arbeiter</u> %	<u>Frauen</u> <u>sonstige Arbeiter</u> %
1963	113,3	68,2
1964	122,0	70,9
1965	116,9	68,0
1966	119,4	70,4
1967	119,4	70,4
1968	117,0	71,3
1969	119,3	72,5
1970	126,8	72,8
1971	124,5	71,4
1972	124,2	73,0
1973	129,8	74,0
1974	127,4	74,5
1975	129,3	73,0
1976	126,6	72,9

Quelle: Arbeiterkammer Wien

Arbeiterwochenlöhne 1926/75

	M ä n n e r				F r a u e n				I n s g e s a m t			
	zu laufenden Preisen		zu Preisen von 1960		zu laufenden Preisen		zu Preisen von 1960		zu laufenden Preisen		zu Preisen von 1960	
	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median	Durchschnitt	Median
1926	58,80	54,59	453,40	420,94	Schilling 30,55	28,46	235,60	219,46	51,57	46,46	400,70	361,04
1947	112	108,60	405,80	393,45	71	70,23	257,20	254,44	-	97,66	-	353,82
1953	387	372,09	449,--	431,59	272	265,17	307,60	307,57	-	325,59	-	377,68
1960	581	560,01	581,--	560,01	361	353,54	361,--	353,54	-	455,21	-	455,21
1963	708	683,40	636,--	614,30	446	430,30	400,90	386,80	-	527,90	-	474,50
1975	1990	1921,30	981,70	947,90	1256	1268,50	619,63	625,80	1612	1452,40	795,30	716,50

Quelle: Arbeiterkammer Wien

Frauenlöhne in Prozent der Männerlöhne 1926/75

	Durchschnitt	Median
1926	52.0	52.1
1947	63.4	64.7
1953	70.3	71.3
1960	62.1	63.1
1963	63.0	63.0
1975	63.1	66.0

Quelle: Übersicht 8

Einkommensrelationen (Quartile) 1926/75

	<u>Männer</u>			<u>Frauen</u>		
	25	50	75	25	50	75
1926	79,5	100	118,7	80,7	100	119,4
1947	85,0	100	116,3	86,7	100	113,3
1953	84,7	100	119,4	88,8	100	112,0
1960	84,1	100	119,9	88,1	100	113,6
1963	84,6	100	117,5	89,1	100	111,0
1975	80,9	100	121,0	85,1	100	111,9

Quelle: Arbeiterkammer Wien

Die Lohnstruktur der österreichischen Industrie
1962 bis 1975

Meinhard Supper

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	V.5
2. Die Daten	V.6
3. Problemstellung und Methode	V.9
4. Gesamtstruktur	V.10
5. Branchenstruktur	V.17
6. Branchenstruktur nach Qualifikationsgruppen	V.24
7. Qualifikationsstruktur	V.31
8. Qualifikationsstruktur nach Branchen	V.32
Übersichten	V.35

1. Einleitung

Wie für die meisten Strukturbegriffe der Wirtschaftswissenschaften gibt es auch für den Begriff "Lohnstruktur" eine Reihe von Definitionen, je nach dem, nach welchen Strukturmerkmalen gegliedert wird. Von den am häufigsten genannten Strukturmerkmalen: Branchen, Qualifikation, Lohnart, Arbeitszeit, Alter und Geschlecht soll im folgenden nur die Branchen-, Qualifikations- und Lohnartenstruktur näher analysiert werden. Diese Beschränkung erfolgt, weil das verwendete Datenmaterial - die periodischen Lohnerhebungen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft - die Löhne nicht nach Alter und Geschlecht aufgliedert, wohl aber nach Qualifikation, Lohnart und Branche. Diese bisher noch nicht vollständig ausgewerteten Statistiken reichen bis 1961 zurück. Die folgende Untersuchung behandelt nach Möglichkeit den Zeitraum bis 1975; in einigen Fällen mußte sie allerdings mit dem Jahr 1974 abschließen, da das Datenmaterial noch nicht weiter aufgearbeitet ist; dafür war es in anderen Fällen möglich, auch rezentere Daten (bis zum Jahr 1977) zu analysieren.

2. Die Daten

Das Datenmaterial stammt aus der Lohnerhebung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft für die Industrie, die seit 1962 halbjährlich stattfindet⁺). Seit 1974 sind die Erhebungsmonate März und September, in den Jahren 1962 bis 1973 waren es April und Oktober (die Änderung der Erhebungsmonate erfolgte, um einer Verschiebung im Rhythmus der Lohnabschlüsse Rechnung zu tragen). Basis der Daten ist eine Erhebung in Fragebogenform, die die Fachverbände der Industrie umfaßt. Für den Fachverband der Filmindustrie (Fachverband 08) findet keine Erhebung statt. Die im Laufe der Zeit durchgeführten Änderungen der Fachverbands- bzw. Berufsgruppenunterteilungen wurden durch Rückrechnen mit dem im September 1974 gültigen Einteilungskriterium ausgeschaltet.

Die Repräsentation der befragten Unternehmungen schwankt, wodurch die Aussagekraft der Daten leidet. Es wurden allerdings bereits bei den ersten Erhebungen alle Großbetriebe und die meisten Mittelbetriebe erfaßt. Im Laufe der Zeit wurde der Repräsentationsgrad verbessert, sodaß man von einer durchschnittlich 80%-igen Beteiligung aller Firmen sprechen kann. Große Sprünge bei der Zahl der erfaßten Betriebe sind von der Erhebung 4/1962 auf 10/1962, von 10/1962 auf 4/1963 sowie von 10/1970 auf 10/1971 (hier vor allem aufgrund der Tatsache, daß keine Daten für 4/1970 vorliegen) zu konstatieren (siehe Übersicht 1).

Die Schwankungen sind aber nicht so bedenklich, wenn man sie mit den Schwankungen der von der Erhebung erfaßten

+) Neben dieser halbjährlichen Erhebung für die Industriearbeiter findet noch eine jährliche Erhebung für die Industrieangestellten statt, die in diesem Beitrag nicht behandelt wird.

Arbeiter vergleicht. Diese sind durchwegs geringer. Der Repräsentationsgrad bezüglich der Beschäftigten hat sich im Laufe der Zeit verbessert. 1975 wurden von der Erhebung 77% der in der Industrie beschäftigten Arbeiter erfaßt.

Die Erhebung umfaßt die Lohnarten Zeitlohn, Akkordlohn, Prämienlohn sowie den Durchschnitt dieser Lohnarten. In den Zeitlohnsätzen sind platzgebundene Zulagen enthalten, die lohnartigen Charakter haben. Nicht erfaßt sind Überstundenentgelte, Nachtschichtzulagen und Sonderzahlungen. Der Umfang der einbezogenen Zulagen ist nicht fachverbandseinheitlich. Bei den letzten Erhebungen hat sich dabei folgende Dreiteilung ergeben: Bei den Fachverbänden der Gruppe A (siehe Übersicht 2) sind Vorarbeiterzulagen und Akkordablösen enthalten, bei den Arbeitern der Gruppe B auch Qualifikations-, Leistungs-, Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszulagen, bei den Löhnen der Chemiewerker (Gruppe C) noch Schicht- und Dienstalterszulagen.

Der Unterschied zwischen Akkord- und Prämienlohn besteht generell (die Grenzen sind in den einzelnen Kollektivverträgen fließend) darin, daß die Bezugsgrößen bei den Akkorden in einem direkten Verhältnis zur mengenmäßigen Aufbringung stehen, während sie bei den Prämien z.B. in der Güte der Erzeugnisse, im Nutzungsgrad der Betriebsmittel, in der Ausnutzung der Werkstoffe usw. bestehen. Der Durchschnittslohn (als vierte "Lohnart") stellt die mit den in der jeweiligen Lohnart beschäftigten Arbeitern gewichtete Summe von Stundenlohn, Akkordlohn und Prämienlohn dar.

Es wurden die Löhne für folgende Berufsqualifikationen (im folgenden Qualifikationsgruppen) erhoben: Facharbeiter (1), besonders qualifizierte Arbeiter (2), qualifizierte angelernte Arbeiter (3), sonstige angelernte Arbeiter (4),

Hilfsarbeiter - schwer (5), Hilfsarbeiter - leicht (6). Die Berufskategorie 7 ist die mit der Zahl der in den Berufskategorien 1 bis 6 Beschäftigten gewichtete Summe der Löhne dieser Berufskategorien. Die Löhne, die für die sechs Berufskategorien ausgewiesen werden, sind das Resultat einer Standardisierung. Die Kollektivverträge vieler Fachverbände und der meisten Berufsgruppen (d.s. die Untergliederungen der Fachverbände) weisen eine viel stärkere Differenzierung der Lohnklassen aus. Auf die Heranziehung dieses Datenmaterials, das an und für sich einen viel genaueren Einblick in die Lohnstruktur als die sechs Berufskategorien bietet, wurde verzichtet, weil dies erstens eine weitere Aufgliederung des Materials nach Berufsgruppen bedeutet hätte, weil zweitens der Grad der Differenzierung je nach Fachverband und Berufsgruppe sehr stark schwankt und weil drittens starke Brüche in den statistischen Reihen im Beobachtungszeitraum dadurch entstanden, daß es sehr häufig zu Zusammenfassungen alter Lohnklassen in eine neue und/oder zur Einführung neuer Lohnklassen zusätzlich zu den bestehenden alten kam.

3. Problemstellung und Methode

Das Datenmaterial umfaßt Kollektivvertragslöhne und Istlöhne der Industriearbeiter. Sowohl Kollektivvertragslöhne als auch Istlöhne können nach den Merkmalen: Lohnart, Fachverband und Qualifikation in "Strukturen" geordnet werden. Für jede der vier Lohnarten werden folgende fünf Strukturen dargestellt:

- Gesamtstruktur. Verteilung der Löhne in der gesamten Industrie.
- Branchenstruktur. Verteilung der Löhne über die einzelnen Fachverbände.
- Branchenstruktur nach Qualifikationsgruppen. Für jede der sechs Qualifikationsgruppen wird die Verteilung der Löhne über die einzelnen Fachverbände dargestellt.
- Qualifikationsstruktur. Verteilung der Löhne über die einzelnen Qualifikationsgruppen.
- Qualifikationsstruktur nach Branchen. Für jeden Fachverband wird die Verteilung der Löhne über die einzelnen Qualifikationsgruppen dargestellt.

Die genannten Strukturen werden folgendermaßen ausgewertet: Neben dem Querschnittsvergleich erfolgt auch jeweils ein Vergleich der Entwicklung im Zeitablauf. Die Istlöhne werden jeweils den Kollektivvertragslöhnen gegenübergestellt. Die Stabilität der Verteilungen wird mit Hilfe von Rangkorrelationen untersucht. Als Ungleichheitsmaße werden relative Spannen, Standardabweichungen, Variationskoeffizienten und Gini-koeffizienten berechnet.

Die Untersuchung beschränkt sich auf die Darstellung der Lohnstrukturen und deren Veränderung und verzichtet auf die Erklärung der Lohnstruktur (erste Versuche unter Heranziehung von fachverbandsspezifischen Kennziffern wie Beschäftigung, Produktivität, Umsatz usw. haben gezeigt, daß es keine einfachen Erklärungen gibt).

4. Gesamtstruktur

Die Gesamtstruktur wurde jeweils sowohl aufgrund der Frühjahrs-, als auch aufgrund der Herbsterhebung ermittelt. Um die Berechnungen nicht zu aufwendig und die Darstellung zu umständlich zu machen, wurde für die weiteren Gliederungen nur jeweils eine der beiden Jahreserhebungen herangezogen. Dabei war die Vorfrage zu klären, durch welche Erhebung die Entwicklung der Lohnstruktur besser wiedergegeben wird. Für die Verwendung der Herbsterhebung, die ab Herbst 1974 im September und vorher im Oktober erfolgte, sprechen a priori ein statistisches und ein ökonomisches Argument: Die Erhebungen beginnen zwar im Frühjahr 1962, für diesen Zeitpunkt fehlen allerdings viele Werte (vor allem bei den Kollektivvertragslöhnen), sodaß ein einigermaßen kompletter Datensatz erst ab Herbst 1962 zur Verfügung steht; andererseits sieht es so aus, als ob zum Herbsttermin die Lohnrunden häufiger abgeschlossen waren als zum Frühjahrstermin. Es finden zwar das ganze Jahr hindurch Kollektivvertragshandlungen statt, sodaß beide Erhebungen eigentlich nur Momentaufnahmen darstellen. Wenn man aber überhaupt von einer Tarifpause sprechen kann, so trifft dies für den Sommer zu. Im Frühjahr können zeitliche Verzögerungen bei den Abschlüssen dazu führen, daß wichtige Abschlüsse nicht mehr von der Frühjahrserhebung erfaßt werden. Überdies dauert es dann noch eine gewisse Zeit, bis sich die Istlöhne an die gestiegenen Tariflöhne angepaßt haben.

Die statistischen Kennzahlen für die Gesamtstruktur zeigen zwischen Frühjahrs- und Herbsterhebung jeweils so geringe Unterschiede, daß eine Beschränkung auf die Herbsterhebung unproblematisch erscheint, wenn auch nicht ausgeschlossen werden kann, daß dies nicht im selben Maße für die Teilstrukturen gilt.

Übersicht 3 zeigt die Gesamtstruktur für den Zeitlohn und den Durchschnittslohn für ausgewählte Jahre. Folgende Tendenzen lassen sich erkennen:

- Bei den Kollektivvertragslöhnen liegt der Median in allen Fällen unter dem arithmetischen Mittel, für die Mehrzahl der Arbeiter gilt somit ein unterdurchschnittlicher Kollektivvertragslohn. Beim Istzeitlohn ist meistens dasselbe der Fall, mit Ausnahme der Jahre 1967/70, wo die Mehrzahl der Arbeiter überdurchschnittliche Stundenverdienste bezog. Beim effektiven Durchschnittslohn je Industriearbeiter lag das arithmetische Mittel bis inklusive 1970 unter dem Median, danach war es umgekehrt. Die Unterschiede zwischen arithmetischem Mittel und Median sind relativ gering. Sie deuten aber auf eine ungleichere Verteilung der Kollektivvertragslöhne und eine generelle Zunahme der Ungleichheit der Verteilung in den siebziger Jahren hin.
- Bei den Kollektivvertragslöhnen wächst der Maximallohn stärker als das arithmetische Mittel und dieses stärker als der Minimallohn. Bei den Istlöhnen gibt es keine eindeutige Rangfolge der Entwicklung dieser drei Kennzahlen.
- Betrachtet man nur die Eckjahre, nimmt die relative Spanne (Relation zwischen Maximal- und Minimallohn) in allen Fällen zu. Berechnet man gleitende Durchschnitte, so hat die relative Spanne bei den Istlöhnen eher sinkende Tendenz. Die Schwankungen seit Beginn der sechziger Jahre zeigen kein eindeutiges (etwa konjunkturelles) Muster. Das Verhältnis von Maximal- und Minimallohn bei den Industriearbeitern beträgt etwa zwei und ist beim Durchschnittslohn etwas größer als beim Zeitlohn, bei den Kollektivvertragslöhnen meist etwas größer als bei den Istlöhnen.

- Betrachtet man nur die Eckjahre, nimmt der Variationskoeffizient bei den Ist-Löhnen ab und bei den KV-Löhnen zu. Berechnet man gleitende Durchschnitte, so sinkt der Variationskoeffizient bei den Ist-Löhnen in den 60er Jahren und steigt in den 70er Jahren leicht an. Die Tendenz über den gesamten Zeitraum ist sinkend. Bei den KV-Durchschnittslöhnen schwankt der Variationskoeffizient in den 60er Jahren und steigt in den 70er Jahren. Bei den KV-Zeitlöhnen ist keine eindeutige Tendenz erkennbar.

Diese Ergebnisse erlauben folgende Schlußfolgerungen, von welchen eine nicht überraschend ist, wohl aber die andere: Die Lohnstruktur ist erstens ziemlich konstant; die bisher dargestellten Verteilungsmaße deuten zweitens alle darauf hin, daß die Verteilung bei den Istlöhnen gleicher ist als bei den Kollektivvertragslöhnen. Aufgrund der erklärten Ziele der Kollektivvertragslohnpolitik hätte man eigentlich eine gegenteiliges Resultat erwartet, besteht doch die Aufgabe der Kollektivvertragspolitik in der Industriegesellschaft nach allgemeiner Ansicht darin, bestimmte gesellschaftliche Standards im Bereich der Lohnpolitik durchzusetzen; neben dem Prinzip des garantierten Mindestlohns gehören dazu vor allem Verteilungskorrekturen. Die generell zu beobachtende Konstanz der Lohnstrukturen wird meist so interpretiert, daß die Nivellierungseffekte der Kollektivvertragslohnpolitik durch eine gegenläufige Bewegung der Istlöhne kompensiert werden. Aufgrund der Übersicht 3 könnte man eher den Eindruck gewinnen, daß von den Kollektivvertragslöhnen entnivellierende Tendenzen ausgehen, die durch die Istlohnentwicklung kompensiert werden.

Die bisherigen Ergebnisse sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren. Die Wachstumsraten der Extremwerte erfassen nicht die gesamte Verteilung, auch die relativen Spannen geben nur ein ungenaues Bild der Verteilung. Es wurden daher als weitere Verteilungsmaße Dezile und Gini-

Koeffizienten berechnet. Die Dezile sind Zufallsschwankungen weniger ausgesetzt als Extremwerte. Die Gini-Koeffizienten haben den Vorteil, daß sie genauso wie der Variationskoeffizient die Gesamtverteilung erfassen und zum Unterschied vom letztgenannten, auch die Position des Merkmalsträgers in der Verteilung berücksichtigen.⁺)

Bei der Interpretation der Verteilungsmaße sind auch statistische Probleme zu beachten, die sich aus Mängeln des Datenmaterials ergeben. Die ersten Erhebungen (1962-1964) sind im Kollektivvertragslohnbereich durch viele Leermeldungen gekennzeichnet. Dies führt am Beginn des Beobachtungszeitraums zu überhöhten Konzentrationskoeffizienten. Da die Kollektivvertragslöhne in den Fachverbänden durch Gewichtung der Daten für die einzelnen Berufsgruppen ermittelt werden, können Schwankungen der Beschäftigtenzahl dieser Berufsgruppen (d.h. der verwendeten Gewichte) dazu führen, daß die Kollektivvertragslöhne in späteren Erhebungen niedriger sind als in früheren. Derartige Unterschätzungen treten vor allem auf, wenn die Schwankungen groß sind. Da dies für die ersten Erhebungen zutrifft, sind die Kollektivvertragslohndaten vor 1965 nur von beschränkter Aussagekraft.

Die Dezile (Anteile von jeweils 10% der Beschäftigten am kumulierten Gesamteinkommen in Prozent) haben sich folgendermaßen entwickelt:

⁺) Siehe dazu etwa G. Blümle, Theorie der Einkommensverteilung, Berlin-Heidelberg-New York, 1975, 42ff. Die Gini-Koeffizienten wurden nach der dort angegebenen Methode berechnet.

		Zeitlohn		Durchschnittslohn	
		Ist	KV	Ist	KV
1. Dezil	1962	7.33	4.42	7.18	4.79
	1965	7.38	6.92	7.38	7.22
	1974	7.22	7.57	7.27	7.76
10. Dezil	1962	12.61	13.73	12.74	13.26
	1965	12.47	13.58	12.31	13.29
	1974	12.63	13.65	12.50	13.46

Von der Mitte der sechziger Jahre bis Mitte der siebziger Jahre hat danach bei den Istlöhnen das unterste Dezil leicht an Boden verloren, das oberste Dezil dagegen gewonnen. Im Zeitraum 1962/65 war es umgekehrt; gemessen am effektiven Durchschnittslohn hatte über den gesamten Beobachtungszeitraum das unterste Dezil leicht Positionsgewinne, das oberste Dezil leichte Verluste zu verzeichnen. Bei den Kollektivvertragslöhnen sind die Werte für 1962 offensichtlich unbrauchbar. Von der Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre hat bei den Kollektivvertragslöhnen das oberste Dezil zwar auch seinen Anteil vergrößert, gleichzeitig - und noch stärker - hat aber auch das unterste Dezil seine Position verbessern können. Diese Ergebnisse sprechen doch für eine gewisse nivellierende Tendenz der Kollektivvertragslohnpolitik.

Übersicht 4, die die Gini-Koeffizienten der Gesamtstruktur im Zeitraum 1962/74 darstellt, erlaubt folgende Schlußfolgerungen:

- Die Konzentration ist in allen Fällen gering. Eine graphische Darstellung der Lorenz-Kurven zeigt, daß diese alle nahe der Gleichverteilungsgeraden liegen.

- Bei den Kollektivvertragslöhnen sind die Koeffizienten der ersten Erhebungen (vor allem der Herbst-erhebung 1963) deutlich überhöht. Selbst wenn man diese Werte ausklammert, liegen aber die Spitzenwerte beim Zeitlohn eindeutig in den sechziger Jahren, danach sinkt die Konzentration. Das Muster bei den Durchschnittslöhnen ist weniger eindeutig, doch scheint auch hier Ende der sechziger Jahre eine Tendenzwende eingetreten zu sein. Ein konjunkturelles Muster läßt sich aus den Daten nicht ablesen.
- Bei den Istlöhnen kann man im Beobachtungszeitraum kaum von einem eindeutigen Trend sprechen. Sofern man den relativ hohen Anfangswerten vertrauen kann, scheint in den sechziger Jahren eher eine gewisse Nivellierung stattgefunden zu haben, in den siebziger Jahren nähern sich dann die Gini-Koeffizienten wieder den Ausgangswerten.
- Die Konzentration der Istlöhne ist sowohl bei den Zeitlöhnen als auch bei den Durchschnittslöhnen bis 1970 niedriger als bei den Kollektivvertragslöhnen, danach ist es (mit Ausnahme des Zeitlohns in der Herbst-erhebung 1974) umgekehrt. Der durchschnittliche Gini-Koeffizient im Zeitraum 1965/74 ist trotz dieser Trendumkehr bei den Kollektivvertragslöhnen höher als bei den Istlöhnen. Zusammenfassend kann daher festgehalten werden, daß zwar im langjährigen Durchschnitt die Konzentration bei den Kollektivvertragslöhnen höher war als bei den Istlöhnen, daß aber in den letzten Jahren die Kollektivvertragspolitik nivellierend wirkte, was allerdings bisher auf die Effektivlohnstruktur nicht durchgeschlagen hat. Die Ursache dafür dürfte in der guten Konjunktur Anfang der siebziger Jahre zu suchen sein, die einerseits eine Verknappung bestimmter Qualifikationen und andererseits einen starken Zustrom von

Gastarbeitern zur Folge hatte. Jedenfalls relativieren die Gini-Koeffizienten, wie bereits die Dezilwerte, die Ergebnisse der Übersicht 3, da sie doch Bemühungen der Kollektivvertragspolitik erkennen lassen, die Lohnunterschiede zu verringern.

5. Branchenstruktur

Übersicht 5 zeigt die Branchenhierarchie für die Ist-Löhne der Industriearbeiter im Jahr 1977 aufgeschlüsselt nach den einzelnen Lohnarten. Neben den absoluten Zahlen finden sich in Klammern jeweils die Rangzahlen, die sich ergeben, wenn man die Löhne der Höhe nach ordnet. Zwischen den einzelnen Lohnarten besteht eine relativ hohe Rangkorrelation.⁺⁾

Im Spitzenfeld finden sich folgende Branchen: Den ersten Rang nimmt beim Durchschnittslohn die Fahrzeugindustrie ein; beim Akkord- und Prämienlohn rangiert sie ebenfalls an erster Stelle, beim Zeitlohn an zweiter Stelle. Es folgen die Bergbaubetriebe und Eisenhüttenwerke; sie liegen beim Durchschnittslohn und beim Prämienlohn an zweiter Stelle, beim Akkordlohn an vierter und beim Zeitlohn an erster Stelle. Die Gießereiindustrie nimmt beim Durchschnittslohn den dritten Rang ein; beim Akkordlohn findet sie sich an zweiter, beim Zeitlohn an siebenter und beim Prämienlohn an fünfter Stelle (die Arbeiter im Akkordlohn machen bei der Gießereiindustrie ungefähr ein Drittel aller Arbeiter aus, der Akkordlohn liegt überdies beträchtlich über dem Zeitlohn). Den vierten Rang nimmt gemessen am Durchschnittslohn die Maschinen- und Stahlbauindustrie ein; beim Prämienlohn liegt sie an vierter, beim Zeitlohn an fünfter und beim Akkordlohn an sechster Stelle. An fünfter Stelle folgt schließlich gemessen am Durchschnittslohn die chemische Industrie, wobei diese Position durch

^{+) Der Rangkorrelationskoeffizient zwischen Zeitlohn und Prämienlohn beträgt 0.91, jener zwischen Prämienlohn und Akkordlohn 0.84 und jener zwischen Zeitlohn und Akkordlohn 0.80.}

einen dritten Platz beim Prämienlohn, einen vierten beim Zeitlohn, aber bloß einen neunten beim Akkordlohn zustandekommt.

Im Schlußfeld bestehen in der Reihung geringere Abweichungen zwischen den einzelnen Lohnarten: Die Bekleidungsindustrie nimmt durchwegs den letzten Platz ein. Die ledererzeugende Industrie findet sich beim Durchschnittslohn und Zeitlohn an vorletzter Stelle, beim Prämienlohn am drittletzten und beim Akkordlohn am fünftletzten Rang. Etwas günstiger ist die Position der lederverarbeitenden Industrie: diese nimmt beim Durchschnittslohn den viertletzten und beim Zeit- und Akkordlohn den drittletzten Rang ein, beim Prämienlohn liegt sie an vorletzter Stelle. Für die Textilindustrie ergibt sich im Durchschnitt ein 17. Rang (unter 19 Branchen), der durch jeweils einen 16. Platz bei den einzelnen Lohnarten zustandekommt. Weit unten in der Lohnhierarchie ist auch die Papier- und Papierverarbeitende Industrie zu finden: sie liegt beim Durchschnittslohn am 15. Platz; den gleichen Rang nimmt sie beim Zeit- und Prämienlohn ein, nur beim Akkordlohn liegt sie an vorletzter Stelle.

Übersicht 6 zeigt die Branchenhierarchie der Kollektivvertragslöhne im Jahr 1977 aufgeschlüsselt nach Lohnarten. Die Rangkorrelation zwischen den einzelnen Lohnarten ist etwas höher als bei den Istlöhnen, vor allem zwischen Zeit- und Akkordlohn ist sie sehr eng⁺⁾ . Zum Unterschied von den Istlöhnen nimmt bei den Kollektivvertragslöhnen gemessen am Durchschnittslohn die Nahrungs- und Genussmittelindustrie den ersten Rang ein; beim Zeitlohn hat sie

⁺⁾ Die Rangkorrelation zwischen dem Zeitlohn und Akkordlohn beträgt 0.97, jene zwischen dem Zeitlohn und Prämienlohn 0.84 und jene zwischen dem Prämienlohn und Akkordlohn 0.87.

den ersten, beim Akkord- und Prämienlohn den zweiten Platz. Schon an zweiter Stelle findet sich bei den Kollektivvertragslöhnen die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie. Diese Position nimmt sie auch beim Zeitlohn ein, beim Akkord- und Prämienlohn liegt sie an dritter Stelle. Gemessen am Durchschnittslohn liegt an dritter Stelle die Glasindustrie. Sie zahlt die höchsten Akkordlöhne, die dritthöchsten Zeitlöhne und die sechsthöchsten Prämienlöhne. Es folgt die Stein- und keramische Industrie. Mit Ausnahme des Zeitlohnes, wo sie die fünfthöchsten Löhne zahlt, liegt sie bei den anderen Lohnarten an vierter Stelle. Den fünften Rang nimmt die chemische Industrie ein, sie zahlt die vierthöchsten Zeitlöhne, die sechsthöchsten Akkordlöhne und die achthöchsten Prämienlöhne.

Am Ende der Lohnhierarchie sind auch bei den Kollektivvertragslöhnen die Ränge stabiler. An letzter Stelle findet sich die ledererzeugende Industrie, die mit Ausnahme des Prämienlohns (17. Platz) durchwegs den neunzehnten Rang einnimmt. Die lederverarbeitende Industrie liegt nur beim Prämienlohn an letzter Stelle, bei den übrigen Lohnarten liegt sie jeweils am vorletzten Platz. An drittletzter Stelle findet sich bei den Kollektivvertragslöhnen die Bekleidungsindustrie (nur bei den Prämienlöhnen hat sie einen vorletzten Rang), am viertletzten Platz die Textilindustrie (sie liegt nur beim Akkordlohn einen Rang besser). Davor rangiert schließlich die Papier- und Pappeverarbeitende Industrie mit einer 15. Stelle beim Durchschnittslohn und Zeitlohn, einer 12. beim Prämienlohn und einer 16. beim Akkordlohn.

Ein Vergleich der Branchenhierarchie im Jahr 1977 bei Ist- und Kollektivvertragslöhnen zeigt vor allem im Spitzenfeld sehr große Unterschiede. Von den Fachverbänden, die beim effektiven Durchschnittslohn im Spitzenfeld aufscheinen, findet sich bei den Kollektivvertragslöhnen nur die chemische Industrie wieder; was das Schlußfeld anlangt,

sind bei den Istlöhnen und den Kollektivvertragslöhnen die Fachverbände zwar identisch, die Rangfolgen sind aber unterschiedlich (dies gilt für den Durchschnittslohn, bei den einzelnen Lohnarten sind die Abweichungen etwas geringer). Die Lohnhierarchie, die sich aus den Kollektivvertragsabschlüssen ergibt, wird durch unterschiedliche Überzahlungssätze doch beträchtlich verändert. +)

Die Lohnhierarchie im Jahr 1977 wurde so ausführlich dargestellt, weil sie sich im Zeitablauf nur sehr wenig geändert hat. Dies zeigen die im folgenden dargestellten Rangkorrelationskoeffizienten zwischen der Branchenhierarchie der Ist- und Kollektivvertragslöhne zu jeweils zwei Zeitpunkten:

	I s t l ö h n e			
	Zeitlohn	Akkordlohn	Prämienlohn	Durchschnittslohn
1962/77	0.91	0.88	0.89	0.95
1962/67	0.96	0.88	0.69	0.94
1967/77	0.92	0.93	0.85	0.96

	K o l l e k t i v v e r t r a g s l ö h n e			
	Zeitlohn	Akkordlohn	Prämienlohn	Durchschnittslohn
1962/77	0.70	0.61	0.70	0.75
1962/67	0.97	0.68	0.62	0.82
1967/77	0.72	0.91	0.90	0.76

+) Der Rangkorrelationskoeffizient zwischen Ist- und Kollektivvertragslöhnen beträgt beim Durchschnittslohn 0.58, beim Akkordlohn 0.61, beim Zeitlohn 0.65 und beim Prämienlohn 0.70.

Etwas überraschend ist, daß die Stabilität der Hierarchien bei den Istlöhnen viel ausgeprägter ist als bei den Kollektivvertragslöhnen (dies scheint jedoch wenigstens teilweise eine Folge des unterschiedlichen Zeitpunkts von Lohnabschlüssen zu sein). Auffällig ist weiters, daß in den letzten Jahren - im Gegensatz zur Zeit davor - die Kollektivvertragslohnhierarchie bei den Akkord- und Prämienlöhnen viel stabiler war als bei den Zeitlöhnen.

Übersicht 7 gibt einen Überblick über die Rangveränderungen der Ist-Löhne im gesamten Beobachtungszeitraum sowie in den zwei Teilperioden. Die große Konstanz der Istlohnhierarchie kommt darin zum Ausdruck, daß im Zeitraum 1962/77 nur in vier Fällen eine höhere Rangdifferenz als drei festzustellen war. Die Rangverbesserung beim Akkordlohn in der Fahrzeugindustrie ist allerdings markant und erstreckt sich über die gesamte Untersuchungsperiode. Die Vorrückung des Akkordlohns in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie beschränkt sich auf die Periode 1962/67; dagegen kam die Rangverbesserung beim Prämienlohn in der chemischen Industrie fast ausschließlich in der Periode 1967/77 zustande. Die Verbesserung der Position des Prämienlohns der Glasindustrie in der 2. Periode reichte nicht aus, die Rangverschlechterung zu Beginn des Untersuchungszeitraums wettzumachen. Umgekehrt wurden leichte Verbesserungen der Akkordlohnposition der Maschinen- und Stahlbauindustrie, der Holzverarbeitenden Industrie sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in der ersten Periode in der zweiten Periode wieder etwas zurückgenommen.

Die Übersichten 8 und 9 geben eine Erklärung für die niedrigen Rangkorrelationskoeffizienten bei den Kollektivvertragslöhnen. Die Rangverschiebungen sind beträchtlich. Erheblich ihre Position verbessern konnten die Nahrungs- und Genußmittelindustrie bei den Leistungslöhnen sowie die Säge- und die Glasindustrie bei den Zeit- und Durch-

schnittslöhnen. Die Positionsgewinne der Nahrungs- und Genußmittelindustrie fallen in die erste, die der Glas- und der Sägeindustrie in die zweite Periode. Die Rangverluste betreffen verschiedene Lohnarten in einer Reihe von Fachverbänden; besonders ausgeprägte Tendenzen über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg sind hier nicht festzustellen.

Die doch recht starken Schwankungen in der relativen Position der Tariflöhne schlagen sich nur in wenigen Fällen und auch dann nur gedämpft im Istlohnbereich nieder. Im Zeitablauf hat sich die Beziehung zwischen Mindestlöhnen und Istlöhnen eher gelockert, wie die folgende Aufstellung der Rangkorrelationskoeffizienten zwischen Kollektivvertrags- und Istlöhnen für verschiedene Zeitpunkte und Lohnarten zeigt:

	Zeitlohn	Akkord- lohn	Prämien- lohn	Durchschnitts- lohn
1962	0.85	0.88	0.91	0.83
1967	0.75	0.52	0.63	0.67
1977	0.65	0.61	0.70	0.58

Die Branchenhierarchien der Kollektivvertrags- und Istlöhne waren 1962 in allen Fällen ähnlicher als 1977. Beim Zeitlohn und Durchschnittslohn wurde der Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und Istlöhnen ständig geringer, bei den Leistungslöhnen wurde die Korrelation zwischen Kollektivvertrags- und Istlöhnen im Zeitraum 1967/77 wieder etwas größer.

Die Übersichten 10 bis 12 zeigen, bei welchen Fachverbänden und Lohnarten die Rangdifferenzen zwischen Kollektivvertrags- und Effektivlöhnen am größten sind. Höhere Rangzahlen bei den Kollektivvertragslöhnen als bei den Istlöhnen wiesen 1977 vor allem folgende Fachverbände auf: Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Sägeindustrie, Glasindustrie, Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Papierindustrie. Umgekehrt rangieren die Bergbaubetriebe und Eisenhütten, die Gießereiindustrie und die Fahrzeugindustrie bei den Istlöhnen viel besser als bei den Kollektivvertragslöhnen. Daraus zu schließen, daß in der ersten Gruppe von Fachverbänden die Kollektivvertragspolitik Abschlüsse durchgesetzt hat, die sich dann im Istlohnbereich nicht voll realisieren ließen, wäre vorschnell; vielmehr dürften institutionelle Umstände eine große Rolle spielen. Während in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie die Lohnverhandlungen für relativ kleine Arbeitnehmergruppen stattfinden und eine möglichst starke Kontrolle der Istlöhne angestrebt wird, wird für den gesamten Eisen- und Metallbereich im wesentlichen eine einzige Kollektivlohnvereinbarung getroffen, dafür gibt es eine Vielzahl von Zusatzvereinbarungen auf Betriebsebene, die sich in - im Vergleich zur Nahrungsmittelindustrie - größeren Überzahlungen niederschlagen.

6. Branchenstruktur nach Qualifikationsgruppen

Die Übersichten 13 und 14 stellen die Branchenhierarchie der Kollektivvertrags- und Istlöhne für die sechs Qualifikationsgruppen im Jahr 1975 dar; Übersicht 15 gibt zusätzlich die Branchenhierarchie für die Istlöhne im Jahr 1977 wieder^{*)}.

Die höchsten effektiven Facharbeiterlöhne zahlten (sowohl 1975 als auch 1977) die chemische Industrie, die Fahrzeugindustrie, die Glasindustrie, die Bergbaubetriebe und Eisenhütten und die Gießereiindustrie. Bei den Kollektivvertragslöhnen lagen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die Glasindustrie, die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, die Gas- und Wärmeversorgungsindustrie und die chemische Industrie an der Spitze. Die niedrigsten effektiven Facharbeiterlöhne bezahlen die Bekleidungsindustrie, die ledererzeugende Industrie, die Textilindustrie, die lederverarbeitende Industrie und die Sägeindustrie. Dieselben Branchen finden sich auch bei den Mindestlöhnen am Ende der Rangfolge.

Bei den besonders qualifizierten angelernten Arbeitern wird die Effektivlohnhierarchie von den Bergbaubetrieben und Eisenhütten, der chemischen Industrie, der Fahrzeugindustrie, der Gießereiindustrie sowie der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie angeführt. Die höchsten

*) Da die Kollektivvertragslöhne für die sechs Qualifikationsgruppen in einem aufwendigen Berechnungsverfahren aus einer größeren Zahl von Qualifikationsgruppen in den einzelnen Fachverbänden ermittelt werden müssen, wurde auf diese Berechnung für 1977 verzichtet. Dies scheint gerechtfertigt, da bei den Istlöhnen die Unterschiede in der Rangordnung zwischen 1975 und 1977 gering sind.

Kollektivvertragslöhne zahlen wiederum die Nahrung- und Genußmittelindustrie, gefolgt von der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, der Glasindustrie, der Stein- und keramischen Industrie und der chemischen Industrie. Die niedrigsten Istlöhne für besonders qualifizierte angelernte Arbeiter finden sich in der Bekleidungsindustrie, der lederverarbeitenden Industrie, der Textilindustrie, der ledererzeugenden Industrie und der Holzverarbeitenden Industrie (diese Reihung bezieht sich auf 1975, 1977 nahm die ledererzeugende Industrie den zweitletzten Platz ein). Bei den Mindestlöhnen liegen am Ende der Lohnhierarchie die lederverarbeitende Industrie, die Bekleidungsindustrie, die ledererzeugende Industrie und die Textilindustrie.

Für die qualifizierten angelernten Arbeiter bezahlen die höchsten Istlöhne die Fahrzeugindustrie, die Gießereindustrie, die Bergbaubetriebe und Eisenhütten, die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie sowie die Stein- und keramische Industrie. Die höchsten Kollektivvertragslöhne sind wiederum in der Nahrungsmittelindustrie sowie in der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie zu finden, es folgen die Sägeindustrie, die Glasindustrie und die Stein- und keramische Industrie. Im Schlußfeld liegen bei den Istlöhnen der qualifizierten angelernten Arbeiter die Bekleidungsindustrie, die ledererzeugende Industrie (1975, 1977 die Textilindustrie), die lederverarbeitende Industrie, die Textilindustrie und die papier- und pappenverarbeitende Industrie, bei den Mindestlöhnen die Bekleidungsindustrie, die ledererzeugende Industrie, die lederverarbeitende Industrie und Textilindustrie.

Die sonstigen angelernten Arbeiter verdienen effektiv am meisten in den Bergbaubetrieben und Eisengütten und der Gießereindustrie, der chemischen Industrie, der Fahrzeugindustrie und der Gas- und Wärmeversorgung. 1975 lag die Gas- und Wärmeversorgung an dritter und die Fahrzeugindustrie an fünfter Stelle. Bei den Mindestlöhnen lagen die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die Papier-, Zellulose-, Holzstoff-

die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, die chemische Industrie und die holzverarbeitende Industrie an der Spitze. Die niedrigsten Löhne für die sonstigen angelernten Arbeiter zahlen effektiv die ledererzeugende Industrie, die Bekleidungsindustrie, die papier- und pappeverarbeitende Industrie und die lederverarbeitende Industrie, tariflich die ledererzeugende Industrie, die Bekleidungsindustrie, die lederverarbeitende Industrie und die papier- und pappeverarbeitende Industrie.

Die höchsten Effektivlöhne für die Hilfsarbeiter, schwer, findet man in der Bergbau- und Eisenindustrie, der Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, der Gießereiindustrie, der Gas- und Wärmeversorgungsindustrie sowie der Stein- und keramischen Industrie (1977 trat an deren Stelle die chemische Industrie). Bei den Mindestlöhnen führt die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die Stein- und keramische Industrie, die holzverarbeitende Industrie und die Sägeindustrie die Rangfolge an. Am Ende der Branchenhierarchie finden sich sowohl bei den Istlöhnen als auch bei den Kollektivvertragslöhnen die ledererzeugende Industrie, die lederverarbeitende Industrie, die Textilindustrie, die Bekleidungsindustrie und die Glasindustrie (zwischen 1975 und 1977 ist bei den Effektivverdiensten auch die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie von der ersten in die zweite Gruppe zurückgefallen).

Die Hierarchie der Istlöhne bei den Hilfsarbeitern, leicht wird ebenfalls durch die Bergbaubetriebe und Eisenhütten angeführt, es folgen die Stein- und keramische Industrie, die Maschinen- und Stahlbauindustrie, die Fahrzeugindustrie und die Gießereiindustrie. Bei den Kollektivvertragslöhnen dagegen liegt die Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie an der Spitze, vorgerückt ist wiederum die

sich die Stein- und keramische Industrie, die Sägeindustrie und die h Holzverarbeitende Industrie. Die niedrigsten Effektivlöhne für die Hilfsarbeiter, leicht zahlen die Glasindustrie, die papier- und pappeverarbeitende Industrie, die Bekleidungsindustrie, die lederverarbeitende Industrie und die Textilindustrie (1975 nahm die Stelle die Sägeindustrie ein). Die niedrigsten Kollektivvertragslöhne für die Hilfsarbeiter, leicht werden in der Glasindustrie, der lederverarbeitenden Industrie, der Bekleidungsindustrie, der papier- und pappeverarbeitenden Industrie und in der Textilindustrie vereinbart.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Branchenhierarchie bei den einzelnen Qualifikationen sehr ähnlich ist, viel ausschlaggebender ist jeweils, ob es sich um Effektiv- oder Mindestlöhne handelt. Im weiteren wird die zeitliche Stabilität der Lohnhierarchien untersucht. Übersicht 16 gibt Rangkorrelationskoeffizienten für die sechs Qualifikationsgruppen zwischen jeweils zwei Zeitpunkten wieder. Für die Kollektivvertragslöhne wurden nur für die Periode 1967/75 Koeffizienten berechnet, weil - worauf bereits hingewiesen wurde - in der Erhebung 1962 viele Kollektivvertragslöhne fehlen. Dabei ist folgendes festzustellen:

- Bei den Istlöhnen ergibt eine Disaggregation für die Periode 1962/75 geringere Rangkorrelationskoeffizienten als im industriellen Durchschnitt (dies gilt vor allem für die Leistungslöhne, und hier wiederum insbesondere für die Prämienlöhne der sonstigen angelernten Arbeiter). In der Periode 1967/75 ist die zeitliche Stabilität der Istlohnhierarchie bei den Prämienlöhnen der qualifizierten angelernten Arbeiter und der Hilfsarbeiter, schwer gering. Dieses Resultat erscheint insofern nicht erstaunlich, weil der vielfältige wirtschaftliche Wandel, gleichgültig ob er technologie- oder nachfragebedingt

ist, vor allem in der Produktionsstruktur und damit in einzelnen Qualifikationsgruppen zum Ausdruck kommt.

- Vergleicht man die Branchenstruktur der Kollektivvertragslöhne der einzelnen Qualifikationsgruppen mit jener im industriellen Durchschnitt, ist der Unterschied besonders auffällig: die Rangkorrelationskoeffizienten sind bei den Kollektivvertragslöhnen höher als bei den Istlöhnen und zwar für fast alle Qualifikationsgruppen und Lohnarten mit Ausnahme der Akkordlöhne, wo - abgesehen vom Facharbeiter und Hilfsarbeiter, leicht - die Istlöhne höhere Rangkorrelationskoeffizienten als die Kollektivvertragslöhne aufweisen. Dies deutet darauf hin, daß die erwähnten Anpassungsprozesse offenbar im Kollektivvertragslohnbereich langsamer vor sich gehen.
- Die Ergebnisse nach Qualifikationsgruppen decken sich insofern mit dem Globalergebnis, als sowohl bei den Istlöhnen als auch bei den Kollektivvertragslöhnen die Hierarchie bei den Zeitlöhnen stabiler ist als bei den Leistungslöhnen, bei welchen ein größeres Naheverhältnis zur Produktion vorausgesetzt werden kann.

Analog zur Übersicht 3 finden sich in den Übersichten 17 und 18 Kennzahlen für die Verteilung der Löhne in den einzelnen Qualifikationsgruppen⁺⁾ . Um die Darstellung nicht zu unübersichtlich zu machen, werden die Ergebnisse nur für die Durchschnittslöhne dargestellt. Dabei zeigt sich folgendes:

⁺⁾ Eine Aktualisierung der Berechnungen war noch nicht möglich, da sie eine Aufbereitung der letzten Erhebungen in einer für die Datenverarbeitung lesbaren Form voraussetzt.

- Das Verhältnis Median/arithmetisches Mittel ist nicht eindeutig. Bei den sonstigen angelernten Arbeitern liegt der Median in allen Fällen unter dem arithmetischen Mittel, d.h. die Mehrzahl der Arbeiter bezieht ein unterdurchschnittliches Einkommen. Mit geringen Ausnahmen (Istlöhne 1974) gilt dies auch für die qualifizierten angelernten Arbeiter und die Hilfsarbeiter, leicht. Bei den besonders qualifizierten angelernten Arbeitern hat die Mehrzahl der Arbeiter einen unterdurchschnittlichen Kollektivvertragslohn, aber einen überdurchschnittlichen Effektivlohn. Bei den Hilfsarbeitern, schwer läßt sich keine einheitliche Tendenz feststellen. Bei den Facharbeitern dagegen verdient mit geringen Ausnahmen die Mehrzahl der Arbeiter überdurchschnittlich.

- Mit Ausnahme der Facharbeiter und der Hilfsarbeiter, leicht ist bei den Istlöhnen die Steigerung der Minimallöhne jeweils am geringsten. Bei den Facharbeitern wachsen die Minimallöhne stärker als das arithmetische Mittel und stärker als die Maximallöhne. Bei den Hilfsarbeitern, leicht nimmt das arithmetische Mittel stärker als die Minimallöhne zu, diese allerdings wiederum stärker als die Maximallöhne. Für die Kollektivvertragslöhne gilt im wesentlichen dasselbe, abgesehen von den Facharbeiterlöhnen, wo die Minimallöhne zwar ebenfalls stärker als das arithmetische Mittel, aber schwächer als die Maximallöhne steigen.

- Bei den Istlöhnen nimmt die relative Spanne bei den besonders qualifizierten Arbeitern, bei den qualifizierten angelernten Arbeitern und bei den sonstigen angelernten Arbeitern zu, bei den Facharbeitern und bei den Hilfsarbeitern, leicht nimmt sie ab. Der Variationskoeffizient hat bei den Kollektivvertragslöhnen in allen Fällen steigende Tendenz.

Zusammenfassend können diese Resultate ähnlich interpretiert werden wie die Globalergebnisse für die Industriearbeiter insgesamt. Auch hier deuten einmal die angeführten Verteilungsmaße darauf hin, daß bei den Istlöhnen eher eine Nivellierung feststellbar ist als bei den Kollektivvertragslöhnen. Auch hier ist es jedoch notwendig, zusätzliche Verteilungsmaße als Information heranzuziehen. Auf eine Berechnung von Quantilen wurde bei den Qualifikationsgruppen verzichtet. Wohl aber wurden Gini-Koeffizienten für die Durchschnittslöhne in den einzelnen Qualifikationsgruppen berechnet (Übersicht 19). Dabei zeigt sich, daß die Gini-Koeffizienten der Kollektivvertragslöhne für alle sechs Qualifikationsgruppen im Zeitablauf zurückgehen. Dies gilt auch für die Istlöhne mit zwei Ausnahmen: Bei den qualifizierten angelernten Arbeitern und bei den Hilfsarbeitern, schwer nehmen die Gini-Koeffizienten im Zeitablauf zu. Auch hier muß wiederum erwähnt werden, daß die Kollektivvertragsdaten der ersten Erhebungen nicht sehr zuverlässig sind. Dennoch scheinen auch hier die Gini-Koeffizienten, die alle Werte der Verteilung berücksichtigen, darauf hinzuweisen, daß die Kollektivvertragslohnpolitik einen gewissen nivellierenden Einfluß hatte, wenn sich dieser auch in sehr engen Grenzen hält.

7. Qualifikationsstruktur

Übersicht 20 gibt die Qualifikationsstruktur (aufgegliedert nach Lohnarten) für die gesamte Industrie wieder. Die Qualifikationsgruppe 7 entspricht dem durchschnittlichen Lohn aller Industriearbeiter. Schon dieser Gesamtüberblick läßt anhaltend große Lohndifferentiale zwischen den einzelnen Qualifikationsgruppen erkennen. Die Überzahlung der Mindestlöhne steigt tendenziell mit der Qualifikation (nur die Facharbeiter haben nicht durchwegs die höchste Überzahlung) und nimmt im Zeitablauf zu. Die Verteilung der durchschnittlichen Industriearbeiterlöhne über die einzelnen Fachverbände wurde bereits diskutiert. Im folgenden wird anhand der sechs Qualifikationsgruppen die Qualifikations(lohn)-struktur in den einzelnen Fachverbänden erörtert.

8. Qualifikationsstruktur nach Branchen

Da pro Fachverband nur jeweils Lohndaten für sechs Qualifikationsgruppen aufscheinen, bei welchen in der Mehrzahl der Fälle die Facharbeiter die höchsten und die Hilfsarbeiter, leicht die niedrigsten Löhne aufweisen, erübrigt sich eine gesonderte Darstellung der Hierarchie der Qualifikationsstrukturen nach Branchen. Es bleibt nur mehr die Verteilung der Löhne über die einzelnen Qualifikationsgruppen in den Fachverbänden zu untersuchen: Zu diesem Zweck wurden relative Spannen, Variationskoeffizienten und Gini-Koeffizienten für die (Ist- und Kollektivvertrags-) Durchschnittslöhne berechnet.

Übersicht 21 zeigt die relative Spanne (Maximum/Minimum) der Durchschnittslöhne der einzelnen Qualifikationen in den einzelnen Fachverbänden für die Jahre 1962 und 1975 bzw. 1977. Die Hauptergebnisse sind folgende:

- Überdurchschnittliche relative Spannen (wobei die Industrie insgesamt als Durchschnitt bezeichnet wird) weisen 1975 bei den Istlöhnen der Höhe nach geordnet folgende Fachverbände auf: Glasindustrie, chemische Industrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, Metallindustrie und Fahrzeugindustrie. Bei den Kollektivvertragslöhnen lautet die Reihung: Glasindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, papier- und pappenverarbeitende Industrie, Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen, Bergbau und Eisenhütten, Gießereiindustrie und Metallindustrie.
- Die Unterschiede der relativen Spannen zwischen Kollektivvertrags- und Istlöhnen sind nicht sehr hoch (der Unterschied beträgt maximal 0.3), die relativen Spannen der Istlöhne sind aber in der Regel höher als die der Kollektivvertragslöhne; Ausnahmen bilden 1975 die Glasindustrie, die papier- und pappeverarbeitende Industrie und die Gas-

und Wärmeversorgungsunternehmen. Höhere Spannen bei den Istlöhnen als bei den Kollektivvertragslöhnen sind auch schon in früheren Erhebungen zu konstatieren. Diese Ergebnisse sind interessant, weil sie den Ergebnissen für die Gesamtstruktur sowie für die Branchenstruktur nach Qualifikationsgruppen widersprechen: Für die Gesamtstruktur und die Branchenstruktur pro Qualifikationsgruppe wurden bei den Kollektivvertragslöhnen höhere relative Spannen als bei den Istlöhnen errechnet. Dies wurde dort als Indiz dafür angesehen, daß die Kollektivvertragslohnpolitik eher nicht nivellierend wirke. Dabei wurde die Nivellierung zwischen den Fachverbänden getestet. Hier wird nun überprüft, ob sich die Kollektivvertragslohnpolitik beim Abschluß der Kollektivvertragslöhne für den engeren Verhandlungsbereich nivellierend auswirkt. Die Ergebnisse der Tabelle lassen eher den Schluß zu, daß dies der Fall ist. Die Unterschiede zur Gesamtstruktur und zur Branchenstruktur nach Qualifikationsgruppen machen deutlich, daß trotz des hohen Grades der Koordination der Lohnpolitik in Österreich die wirtschaftliche Entwicklung (Knappheitsverhältnisse, technologischer Wandel usw.) beim Kollektivvertragsabschluß in den einzelnen Branchen stärker berücksichtigt wird als die Angleichung der interindustriellen Löhne. Die Tatsache, daß die Angleichung eher durch die Istlohnentwicklung erfolgt, deutet auf große Mobilität und Substituierbarkeit der Arbeitskräfte hin, aber auch auf die in den meisten Studien über die Lohnstruktur festgestellten gesellschaftlichen Determinanten der Lohnstruktur: auf bestimmte Vorstellungen der Lohngerechtigkeit, die sich gegenüber wirtschaftlichen Änderungen als sehr resistent erweisen und sich nicht kurzfristig der Marktentwicklung anpassen.

- Die Hierarchie der relativen Spannen bleibt beim Kollektivvertragslohn relativ konstant (Rangkorrelationskoeffizient 0.73). Dies gilt nicht für den Istlohn, wo der Korrelations-

koeffizient wesentlich niedriger ist. Die stärksten Veränderungen wurden für die lederverarbeitende Industrie (vom 2. auf den 10. Rang) sowie für die chemische Industrie (vom 12. auf den 2. Rang) und für die Metallindustrie (vom 14. auf den 6. Rang) festgestellt.

Eine Analyse der Variationskoeffizienten für den Durchschnittslohn zeigt, daß bei den Kollektivvertrags- und bei den Istlöhnen die Unterschiede zwischen den Erhebungen 1974 und 1962 sehr klein sind, daß sich also die Streuung der Löhne kaum verändert hat. Auch die Unterschiede zwischen den Variationskoeffizienten der Ist- und Kollektivvertragslöhne sind sowohl 1974 als auch 1962 sehr gering. Es halten sich die Fachverbände, in welchen die Variationskoeffizienten der Istlöhne kleiner als die der Kollektivvertragslöhne sind und die Fachverbände, in welchen die Variationskoeffizienten der Kollektivvertragslöhne höher als die der Istlöhne sind, die Waage. Übersicht 22 schließlich gibt die Gini-Koeffizienten des Durchschnittslohns für die Jahre 1962, 1967 und 1974 wieder. Hier zeigt sich doch, daß in der Mehrzahl der Fälle die Konzentration bei den Istlöhnen größer sein dürfte als bei den Kollektivvertragslöhnen - dies spricht eher dafür, daß der Kollektivvertragslohnpolitik ein nivellierender Effekt nicht abgesprochen werden kann. Untersucht man die Stabilität des relativen Konzentrationsgrades, so zeigt sich, daß die Konzentration bei den Istlöhnen im Zeitablauf konstanter ist als bei den Kollektivvertragslöhnen, was aufgrund des unterschiedlichen Ablaufs der einzelnen Lohnrunden nicht weiter überraschend ist.

ÜBERSICHTEN

Erfasste Beschäftigte und Betriebe

Erhebung	Beschäftigte	Veränderung in %	Betriebe	Veränderung in %
04 62	295.496	-	1469	-
10 62	310.083	4.93	2485	69.16
04 63	315.416	1.71	3134	26.11
10 63	308.957	-2.04	3110	-0.76
04 64	327.570	6.02	3244	4.30
10 64	325.657	-0.59	3313	2.12
04 65	331.372	1.75	3197	-3.50
10 65	315.263	-4.86	3237	1.25
04 66	317.901	0.83	3297	1.85
10 66	314.785	-0.98	3274	-0.69
04 67	316.770	0.63	3318	1.34
10 67	309.707	-2.22	3306	-0.36
04 68	295.595	-4.55	3183	-3.72
10 68	323.950	9.59	3222	1.22
04 69	319.004	-1.52	3090	-4.09
10 69	324.275	1.65	3123	1.06
04 70	335.701	3.52	3144	0.67
10 70	330.390	-1.58	3223	2.51
04 71				
10 71	368.514	11.53	3967	23.08
04 72	367.986	-0.14	3947	-0.50
10 72	375.706	2.09	4022	1.90
04 73	375.064	-0.17	4116	2.33
10 73	385.667	2.82	4304	4.56
03 74	381.591	-1.05	4257	-1.09
09 74	380.522	-0.28	4339	1.92
03 75	377.818	-0.71	4461	2.81

Fachverbände

01	Bergbaubetriebe und Eisenhütten (A)
02	entfällt
03	Stein- und keramische Industrie (B)
04	Glasindustrie (A)
05	Chemische Industrie (C)
06	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie (B)
07	Papier- und Pappeverarbeitende Industrie (A)
08	entfällt
09	Sägeindustrie (A)
10	Holzverarbeitende Industrie (B)
11	Nahrungs- und Genußmittelindustrie (B)
12	Ledererzeugende Industrie (B)
13	Lederverarbeitende Industrie (B)
14	Gießereiindustrie (A)
15	Metallindustrie (A)
16	Maschinen- und Stahlbauindustrie (A)
17	Fahrzeugindustrie (A)
18	Eisen- und Metallwarenindustrie (A)
19	Elektroindustrie (A)
20	Textilindustrie (B)
21	Bekleidungsindustrie (B)
22	Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (A)
23	Gesamtindustrie

Lohnstrukturen in der Industrie¹⁾

	I s t				K v			
	1962	1965	1974	74/62	1962	1965	1974	74/62
Z e i t l o h n								
Arithmet.Mittel (S)	10,75	13,76	32,73	3,04	8,83	11,07	24,37	2,76
Median (S)	10,47	13,69	32,07	3,06	8,30	10,50	23,21	2,80
Minimumlohn (S)	7,09	9,04	19,73	2,78	6,31	7,32	15,26	2,42
Maximumlohn (S)	14,39	17,63	42,22	2,93	12,43	15,87	35,57	2,86
relative Spanne ¹⁾	2,03	1,95	2,14	1,99 ²⁾	1,97	2,17	2,33	2,19 ²⁾
Standardabweichung	1,96	2,36	5,74		1,49	1,93	4,43	
Variationskoeffizient	18,23	17,15	17,52		16,87	17,47	18,17	
D u r c h s c h n i t t s l o h n								
Arithmet.Mittel (S)	11,73	14,68	34,25	2,92	8,67	10,80	23,57	2,72
Median (S)	11,78	14,88	33,96	2,88	8,30	10,00	22,00	2,65
Minimumlohn (S)	7,28	9,28	19,73	2,71	6,34	7,35	15,26	2,41
Maximumlohn (S)	15,57	20,32	44,22	2,84	12,37	15,81	35,28	2,85
relative Spanne ¹⁾	2,14	2,19	2,24	2,11 ²⁾	1,95	2,15	2,31	2,22 ²⁾
Standardabweichung	2,11	2,38	5,88		1,33	1,78	4,10	
Variationskoeffizient	17,95	16,18	17,17		15,34	16,50	17,41	

1) Relative Spanne = $\frac{\text{Maximumlohn}}{\text{Minimumlohn}}$

2) Arithmetisches Mittel der relativen Spannen 1962-1974
+) Arbeiter, Herbstserhebung

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS

Ginikoeffizienten der Gesamtstruktur

Datum	Zeitlohn		Durchschnittslohn	
	KV	IST	KV	IST
1962 04	-	0.099	-	0.099
1962 10	0.129	0.099	0.118	0.098
1963 04	0.126	0.103	0.116	0.099
1963 10	0.215	0.101	0.216	0.097
1964 04	0.133	0.100	0.122	0.093
1964 10	0.136	0.096	0.126	0.091
1965 04	0.100	0.097	0.092	0.093
1965 10	0.102	0.094	0.092	0.088
1966 04	0.105	0.090	0.098	0.088
1966 10	0.105	0.095	0.097	0.091
1967 04	0.104	0.094	0.099	0.096
1967 10	0.103	0.092	0.098	0.088
1968 04	0.120	0.094	0.115	0.090
1968 10	0.105	0.089	0.098	0.085
1969 04	0.099	0.088	0.094	0.085
1969 10	0.100	0.092	0.095	0.087
1970 04	0.097	0.091	0.092	0.086
1970 10	0.109	0.093	0.101	0.089
1971 04	0.092	0.094	0.088	0.100
1971 10	0.090	0.099	0.086	0.096
1972 04	0.093	0.095	0.088	0.093
1972 10	0.092	0.099	0.086	0.095
1973 04	0.094	0.099	0.091	0.098
1973 10	0.095	0.098	0.091	0.095
1974 03	0.097	0.102	0.092	0.101
1974 09	0.096	0.096	0.091	0.094

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS

Ist-Löhne der Industriearbeiter 1977(pro Stunde in Schilling,
in Klammern die Rangordnung)

Fachverband	Zeit- lohn	Akkord- lohn	Prämien- lohn	Durchschnitts- lohn
Bergbaubetriebe und Eisenhüttenwerke	52,88(1)	62,08 (4)	57,22 (2)	56,11 (2)
Stein- und keramische Industrie	46,54(8)	62,38 (3)	53,35 (6)	50,09 (8)
Glasindustrie	44,20(12)	61,05 (5)	51,36 (9)	48,62 (9)
Chemische Industrie	51,14(4)	53,65 (9)	55,87 (3)	52,33 (5)
Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pap- penindustrie	51,44 (3)	55,02 (8)	50,83 (10)	51,75 (6)
Papier- u. Pappever- arbeitende Industrie	38,14 (15)	37,79 (18)	41,28 (15)	38,36 (15)
Sägeindustrie	43,66 (14)	50,53 (12)	48,77 (11)	44,50 (14)
Holzverarb. Industrie	44,53 (11)	56,36 (7)	46,94 (13)	47,06 (10)
Nahrungs- u. Genuß- mittelindustrie	45,27 (10)	47,52 (14)	51,49 (8)	45,66 (13)
Ledererzeug. Industrie	35,10 (18)	41,45 (15)	37,79 (17)	36,52 (18)
Lederverarb. Industrie	35,56 (17)	38,53 (17)	36,95 (18)	37,50 (16)
Gießereiindustrie	48,02 (7)	62,55 (2)	54,79 (5)	54,55 (3)
Metallindustrie	48,60 (6)	53,22 (10)	51,92 (7)	50,27 (7)
Maschinen- und Stahl- bauindustrie	50,55 (5)	60,81 (6)	55,08 (4)	53,76 (4)
Fahrzeugindustrie	51,48 (2)	63,55 (1)	58,24 (1)	57,08 (1)
Eisen- und Metall- warenindustrie	44,16 (13)	51,46 (11)	46,68 (14)	46,38 (12)
Elektroindustrie	46,24 (9)	46,27 (13)	48,05 (12)	46,42 (11)
Textilindustrie	36,31 (16)	38,74 (16)	37,82 (16)	37,35 (17)
Bekleidungsindustrie	33,37 (19)	36,15 (19)	35,22 (19)	34,68 (19)
Industrie insgesamt	50,99	75,67	57,34	55,20

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

KV-Löhne der Industriearbeiter 1977(pro Stunde in Schilling,
in Klammern die Rangordnung)

Fachverband	Zeit- lohn	Akkord- lohn	Prämien- lohn	Durchschnitts- lohn
Bergbaubetriebe und Eisenhüttenwerke	36,02 (7)	35,58 (8)	32,27 (13)	34,49 (9)
Stein- und keramische Industrie	36,49 (5)	37,15 (4)	37,11 (4)	36,70 (4)
Glasindustrie	36,91 (3)	42,90 (1)	36,61 (6)	38,10 (3)
Chemische Industrie	36,61 (4)	36,67 (6)	36,41 (8)	36,58 (5)
Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pap- penindustrie	40,44 (2)	37,76 (3)	39,54 (3)	40,13 (2)
Papier- u. Pappever- arbeitende Industrie	31,87 (15)	27,94 (16)	32,91 (12)	31,77 (15)
Sägeindustrie	36,13 (6)	36,63 (7)	36,50 (7)	36,19 (7)
Holverarb. Industrie	34,42 (12)	34,12 (10)	34,11 (9)	34,28 (10)
Nahrungs- u. Genuß- mittelindustrie	42,24 (1)	37,89 (2)	39,62 (2)	42,05 (1)
Ledererzeug. Industrie	26,47 (19)	26,69 (19)	28,15 (17)	26,61 (19)
Lederverarb. Industrie	27,29 (18)	27,12 (18)	27,41 (19)	27,19 (18)
Gießereiindustrie	34,20 (13)	31,84 (12)	33,60 (10)	33,27 (12)
Metallindustrie	35,09 (10)	32,29 (11)	33,10 (11)	34,09 (11)
Maschinen- und Stahl- bauindustrie	35,97 (8)	37,04 (5)	36,73 (5)	36,33 (6)
Fahrzeugindustrie	35,19 (9)	34,32 (9)	40,43 (1)	35,24 (8)
Eisen- und Metall- warenindustrie	33,36 (14)	31,77 (13)	31,80 (14)	32,68 (13)
Elektroindustrie	34,85 (11)	30,42 (14)	31,48 (15)	32,91 (14)
Textilindustrie	28,65 (16)	28,29 (15)	28,61 (16)	28,52 (16)
Bekleidungsindustrie	27,73 (17)	27,50 (17)	27,53 (18)	27,62 (17)
Industrie insgesamt	39,62	40,49	40,05	39,82

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

RANGVERÄNDERUNGSTABELLE DER IST-LÖHNE
(es werden nur Rangdifferenzen größer als 3 aufgenommen)

1962/77

Rangdifferenz	Verbesserungen	Verschlechterungen
6	Fahrzeugindustrie / A (7 auf 1)	
5	Glasindustrie / Z (15 auf 10) Nahrungs- und Genussmittelindustrie / A (17 auf 12)	Glasindustrie / P (5 auf 8)
4	Chemische Industrie / P (7 auf 3)	

1962/67

13		Glasindustrie / P (5 auf 16)
5	Maschinen- und Stahlbauindustrie / A (8 auf 3) Holzverarbeitende Ind. / A (7 auf 2) Nahrungs- und Genussmittelindustrie / A (18 auf 13)	
4	Papier- und Papierverarbeitende Industrie / P (16 auf 11) Textilindustrie / D (12 auf 8)	Maschinen- und Stahlbauindustrie / A (4 auf 8) Glasindustrie / D (8 auf 12) Bergbaubetriebe und Eisenhüttenwerke / A (2 auf 6)

1967/77

8	Glasindustrie / P (17 auf 9)	
5		Holzverarbeitende Ind. / A (12 auf 7)
4	Stein- und keramische Industrie / Z (12 auf 8) Glasindustrie / D (13 auf 9) Chemische Industrie / Z (8 auf 4)	Metallindustrie / P (3 auf 7) Eisen- und Metallwarenindustrie / Z (9 auf 13) Eisen- und Metallwarenindustrie / P (10 auf 14)

A = Akkordlohn D = Durchschnittslohn P = Prämienlohn Z = Zeitlohn

RANGVERÄNDERUNGSTABELLE DER KV-LÖHNE

(es werden nur Rangdifferenzen größer als 3 aufgenommen)

1962/77

Rangdifferenz	Verbesserungen	Verschlechterungen
14	Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie / A (16 auf 2)	
10	Glasindustrie / Z (12 auf 2)	
9	Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie / P (11 auf 2)	
7	Glasindustrie / D (9 auf 2)	
	Sägeindustrie / Z (11 auf 4)	
	Sägeindustrie / D (12 auf 5)	
6	Papier- und papper- arbeitende Industrie / P (16 auf 10)	Elektroindustrie / P (7 auf 13)
		Bergbaubetriebe und Eisen- hütten / P (5 auf 11)
5	Sägeindustrie / P (10 auf 5)	Gießereiindustrie / A (5 auf 10)
		Gießereiindustrie / D (5 auf 10)
		Fahrzeugindustrie / Z (2 auf 7)
4		Ledererzeugende Ind / A (13 auf 17)
		Lederverarbeitende Ind / A (12 auf 16)
		Fahrzeugindustrie / A (3 auf 7)
		Elektroindustrie / D (8 auf 12)

A = Akkordlohn D = Durchschnittslohn P = Prämienlohn Z = Zeitlohn

RANGVERÄNDERUNGSTABELLE DER KV-LÖHNE

(es werden nur Rangdifferenzen größer als 3 aufgenommen)

1962/67

Rangdifferenz	Verbesserungen	Verschlechterungen
15	Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie / A (16 auf 1)	
9	Holzverarbeitende Industrie / D (11 auf 2)	
8	Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie / P (11 auf 2)	
7		Glasindustrie / P (3 auf 11)
5	Glasindustrie / D (9 auf 4)	Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / P (5 auf 12)
4	Sägeindustrie / P (10 auf 6)	
	Holzverarbeitende Industrie / P (8 auf 4)	Gießereindustrie / A (5 auf 9)

1967/77

10	Glasindustrie / Z (13 auf 3)	
9		Holzverarbeitende Ind. / Z (3 auf 12)
8	Sägeindustrie / Z (14 auf 6)	
7	Glasindustrie / P (13 auf 6)	Holzverarbeitende Ind. / D (3 auf 10)
6	Sägeindustrie / D (13 auf 7)	Lederverarbeitende Ind. / A (11 auf 10)
5		Fahrzeugindustrie / Z (4 auf 9)
4		Fahrzeugindustrie / A (5 auf 9)
		Fahrzeugindustrie / D (4 auf 8)

A = Akkordlohn D = Durchschnittslohn P = Prämienlohn Z = Zeitlohn

RANGDIFFERENZ ZWISCHEN IST- UND KV-LÖHNEN
 (es werden nur Rangdifferenzen größer als 3 aufgenommen)

1962

Rangdifferenz	KV		Ist	KV
	KV	Ist		
9	Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie / D	1	10	
6	Nahrungs- und Genuß- mittelindustrie / Z	1	7	
5				Holzverarbeitende Ind. / A
			6	11
4	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / A	5	10	
	Fahrzeugindustrie / A	3	7	
	Holzverarbeitende Ind. / P	8	12	
				Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / D
			1	6
				Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / Z
			1	5
				Gießereiindustrie / Z
			5	9
				Metallindustrie / Z
			2	6
				Gießereiindustrie / A
			1	5
				Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / P
			1	5
				Metallindustrie / P
			5	9

A = Akkordlohn D = Durchschnittslohn P = Prämienlohn Z = Zeitlohn

RANGDIFFERENZ ZWISCHEN IST- UND KV-LÖHNEN

(es werden nur Rangdifferenzen größer als 3 aufgenommen)

1967

Rangdifferenz	KV	Ist	Ist	KV		
13	Nahrungs- und Genußmittel- Industrie / A	1	14	Holzverarbeitende Ind. / A	2	13
11				Gießereiindustrie / A	1	12
10	Nahrungs- und Genußmittel- Industrie / D	1	11	Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / P	4	14
9				Gießereiindustrie / D	2	11
8	Holzverarbeitende Ind. / Z	3	11			
7	Glasindustrie / D	5	13	Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / Z	1	8
	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / A	3	10	Metallindustrie / P	3	10
	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / P	1	8	Bergbaubetriebe und Eisen- hüttenwerke / D	3	10
6	Stein- und keramische Ind. / Z	6	12	Gießereiindustrie / Z	4	10
	Nahrungs- und Genußmittel- Industrie / Z	7	1			
	Sägeindustrie / A	8	14			
	Nahrungs- und Genußmittel- Industrie / P	3	9			
5	Holzverarbeitende Ind. / D	3	9			
4	Holzverarbeitende Ind. / P	6	11	Metallindustrie / Z	6	11
	Chemische Industrie / A	8	12	Metallindustrie / D	5	9
	Lederverarbeitende Ind. / A	11	15			
	Maschinen- und Stahlbau- Industrie / A	4	8			
	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / D	2	6			
	Glasindustrie / P	13	17			

A = Akkordlohn D = Durchschnittslohn P = Prämienlohn Z = Zeitlohn

RANGDIFFERENZEN ZWISCHEN IST- UND KV-LÖHNEN

(es werden nur Rangdifferenzen größer als 3 aufgenommen)

1977

Rangdifferenz	KV	Ist	Ist KV
12	Nahrungs- und Genußmittel- industrie / A	2 14	
	Nahrungs- und Genußmittel- industrie / D	1 13	
11			Bergbaubetriebe und Eisenhütten / P
10			Gießereiindustrie / A
9	Glasindustrie / Z	3 12	Gießereiindustrie / D
	Nahrungs- und Genußmittel- industrie / Z	1 10	
8	Sägeindustrie / Z	6 14	Fahrzeugindustrie / A
7	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / P	3 10	Bergbaubetriebe und Eisenhütten / D
	Sägeindustrie / D	7 14	Fahrzeugindustrie / Z
6	Glasindustrie / D	3 9	Fahrzeugindustrie / D
	Nahrungs- und Genußmittel- industrie / P	2 8	Bergbaubetriebe und Eisenhütten / Z
5	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / A	3 8	Gießereiindustrie / Z
	Sägeindustrie / A	7 12	Chemische Industrie / P
4	Stein- und keramische Ind / D	4 8	Gießereiindustrie / P
	Glasindustrie / A	1 5	Bergbaubetriebe und Eisenhütten / A
	Papier-, Zellulose-, Holzstoff- und Pappenindustrie / D	2 6	Ledererzeugende Industrie / A
	Sägeindustrie / P	7 11	Metallindustrie / Z
	Holzverarbeitende Industrie / P	9 13	Metallindustrie / P
			Metallindustrie / D

A = Akkordlohn D = Durchschnittslohn P = Prämienlohn Z = Zeitlohn

Übersicht 13

Die Branchenhierarchie der KV-Löhne für die einzelnen Qualifikationsgruppen 1975
(in Klammern die Rangordnung)

Fach- verband ⁺	Facharbeiter	Besonders qualifizierte ange- lernte Arbeiter	Qualifizierte an- gelernte Arbeiter	sonstige ange- lernte Arbeiter	Hilfsarbeiter schwer	Hilfsarbeiter leicht
1	34.97 (6)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
3	32.40 (14)	32.21 (4)	29.55 (5)	-	28.15 (3)	26.20 (3)
4	39.85 (2)	32.58 (3)	30.80 (4)	24.19 (13)	26.65 (6)	19.51 (19)
5	36.07 (5)	32.07 (5)	-	28.64 (3)	26.33 (7)	24.94 (6)
6	38.85 (3)	35.11 (2)	32.42 (2)	29.50 (2)	31.47 (1)	28.61 (1)
7	33.45 (12)	29.06 (7)	28.85 (6)	23.18 (15)	24.52 (16)	21.17 (16)
9	31.84 (15)	29.05 (8)	31.50 (3)	-	27.27 (5)	25.90 (4)
10	30.62 (16)	29.75 (6)	26.40 (7)	26.34 (4)	27.80 (4)	25.50 (5)
11	42.11 (1)	40.19 (1)	37.30 (1)	29.57 (1)	29.57 (2)	26.47 (2)
12	25.73 (19)	24.28 (18)	22.87 (18)	20.36 (18)	20.99 (19)	-
13	26.17 (18)	23.92 (20)	23.27 (17)	22.12 (16)	20.93 (20)	20.16 (18)
14	34.71 (7)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
15	34.44 (8)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
16	33.96 (9)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
17	33.41 (13)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
18	33.56 (11)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
19	33.93 (10)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
20	28.57 (17)	26.33 (17)	24.50 (16)	23.90 (14)	23.21 (17)	22.13 (15)
21	25.58 (20)	24.22 (19)	22.28 (19)	21.83 (17)	23.13 (18)	21.10 (17)
22	36.16 (4)	27.00 (12)	25.00 (11)	24.20 (8)	25.00 (11)	23.50 (10)
23	34.38	29.03	26.84	24.94	25.60	23.65

+) siehe Übersicht 2

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Die Branchenhierarchie der Ist-Löhne für die einzelnen Qualifikationsgruppen 1975
(in Klammern die Rangordnung)

Fach- verband	Facharbeiter	Besonders quali- fizierte ange- lernte Arbeiter	Qualifizierte an- gelernte Arbeiter	sonstige ange- lernte Arbeiter	Hilfsarbeiter schwer	Hilfsarbeiter leicht
1	51.09 (4)	49.31 (1)	45.56 (3)	42.79 (1)	41.22 (1)	33.93 (1)
3	45.93 (13)	43.46 (9)	41.59 (5)	-	38.55 (5)	32.95 (2)
4	51.40 (3)	44.35 (7)	38.03 (13)	31.53 (14)	31.62 (16)	25.79 (19)
5	52.14 (1)	48.90 (2)	-	40.86 (4)	36.83 (7)	31.62 (8)
6	49.23 (6)	44.83 (5)	42.18 (4)	35.62 (8)	39.76 (2)	32.21 (7)
7	41.00 (15)	36.86 (15)	35.78 (15)	28.54 (16)	32.64 (14)	26.72 (18)
9	39.69 (16)	37.23 (14)	40.49 (9)	-	33.85 (12)	28.30 (15)
10	45.03 (14)	36.69 (16)	38.05 (12)	33.23 (11)	34.26 (11)	29.46 (12)
11	46.10 (11)	41.78 (12)	41.10 (7)	32.22 (12)	32.22 (15)	28.42 (14)
12	38.55 (19)	35.85 (17)	32.21 (18)	26.52 (18)	28.37 (20)	-
13	39.33 (17)	33.72 (19)	32.27 (17)	30.89 (15)	28.89 (19)	27.99 (16)
14	50.55 (5)	46.39 (4)	48.15 (2)	41.27 (2)	39.68 (3)	32.56 (5)
15	49.14 (8)	44.41 (6)	39.72 (10)	36.90 (7)	36.12 (8)	30.47 (10)
16	49.23 (6)	44.01 (8)	41.03 (8)	37.60 (6)	36.06 (9)	32.76 (3)
17	51.99 (2)	48.87 (3)	49.13 (1)	39.53 (5)	37.81 (6)	32.68 (14)
18	46.97 (9)	42.08 (11)	38.18 (11)	33.75 (10)	35.15 (10)	31.14 (9)
19	46.28 (10)	39.99 (13)	37.66 (14)	34.96 (9)	33.50 (13)	29.96 (11)
20	38.90 (18)	35.59 (18)	33.21 (16)	31.82 (13)	30.00 (18)	28.51 (13)
21	33.39 (20)	31.28 (20)	28.11 (19)	28.30 (17)	30.07 (17)	27.19 (17)
22	46.09 (12)	42.56 (10)	41.53 (6)	40.92 (3)	38.99 (4)	32.55 (6)
23	48.17	44.29	40.24	34.74	35.35	30.51

+) siehe Übersicht 2

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Übersicht 15

Die Branchenhierarchie der Ist-Löhne für die einzelnen Qualifikationsgruppen 1977
(in Klammern die Rangordnung)

Fach- verband ^{†)}	Facharbeiter	Besonders quali- fizierte ange- lernte Arbeiter	Qualifizierte an- gelernte Arbeiter	sonstige ange- lernte Arbeiter	Hilfsarbeiter schwer	Hilfsarbeiter leicht
1	60.18 (4)	58.84 (1)	54.46 (3)	51.11 (1)	48.59 (1)	40.66 (1)
3	56.64 (9)	52.95 (6)	50.12 (5)	-	46.26 (5)	39.24 (2)
4	61.73 (2)	50.82 (9)	44.32 (13)	39.42 (11)	39.58 (14)	30.21 (19)
5	62.47 (1)	57.96 (2)	-	48.22 (3)	43.19 (8)	38.25 (7)
6	58.01 (7)	53.31 (5)	50.41 (4)	42.54 (7)	48.04 (3)	38.51 (5)
7	49.11 (15)	44.83 (14)	41.71 (14)	34.02 (15)	38.28 (16)	30.36 (18)
9	46.50 (16)	44.46 (15)	47.81 (9)	-	40.14 (12)	35.16 (13)
10	53.07 (14)	42.41 (16)	-	-	44.85 (6)	39.21 (3)
11	53.77 (13)	49.37 (12)	48.61 (8)	38.18 (12)	40.23 (11)	34.31 (14)
12	44.72 (19)	39.36 (19)	38.48 (15)	31.78 (17)	33.23 (20)	-
13	45.87 (17)	40.03 (18)	37.98 (16)	36.82 (14)	34.02 (19)	30.58 (17)
14	58.82 (5)	54.80 (4)	58.08 (2)	49.80 (2)	48.56 (2)	37.88 (8)
15	57.25 (8)	51.91 (8)	46.26 (10)	42.45 (8)	39.98 (13)	36.92 (11)
16	58.40 (6)	52.23 (7)	48.84 (7)	45.49 (6)	42.20 (9)	38.46 (6)
17	61.23 (3)	57.00 (3)	58.53 (1)	47.94 (4)	44.72 (7)	38.81 (4)
18	55.94 (10)	49.49 (11)	45.21 (11)	40.37 (10)	41.73 (10)	36.91 (12)
19	54.63 (12)	47.72 (13)	45.17 (12)	41.94 (9)	39.25 (15)	37.08 (10)
20	44.73 (18)	40.83 (17)	36.97 (17)	36.89 (13)	34.94 (18)	33.24 (15)
21	39.61 (20)	37.42 (20)	33.95 (18)	34.02 (15)	35.48 (17)	32.41 (16)
22	55.44 (11)	49.81 (10)	49.54 (6)	47.63 (5)	46.36 (4)	37.48 (9)
23	61.12	59.67	53.52	42.90	43.06	37.50

†) siehe Übersicht 2

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Rangkorrelationskoeffizienten

Ist-Löhne 1962/75

	Zeitlohn	Akkordlohn	Prämienlohn	Durchschnittslohn
Facharbeiter	0,76	0,74	0,88	0,88
Besonders qualif. angelernte Arb.	0,69	0,78	0,67	0,81
Qualifizierte angelernte Arb.	0,94	0,51	0,56	0,72
Sonstige ange- lernte Arbeiter	0,46	0,88	0,40	0,47
Hilfsarbeiter, schwer	0,88	0,63	0,79	0,91
Hilfsarbeiter, leicht	0,58	0,66	0,31	0,82

Ist-Löhne 1967/75

	Zeitlohn	Akkordlohn	Prämienlohn	Durchschnittslohn
Facharbeiter	0,83	0,75	0,69	0,87
Besonders qualif- angelernte Arb.	0,71	0,84	0,71	0,79
Qualifizierte angelernte Arb.	0,82	0,84	0,43	0,80
Sonstige ange- lernte Arbeiter	0,88	0,83	0,63	0,87
Hilfsarbeiter, schwer	0,62	0,66	0,27	0,73
Hilfsarbeiter, leicht	0,87	0,70	0,61	0,86

KV-Löhne 1967/75

	Zeitlohn	Akkordlohn	Prämienlohn	Durchschnittslohn
Facharbeiter	0,90	0,93	0,87	0,88
Besonders qualif- angelernte Arb.	0,76	0,79	0,78	0,80
Qualifizierte angelernte Arb.	0,88	0,74	0,86	0,85
Sonstige ange- lernte Arbeiter	0,95	0,54	0,74	0,80
Hilfsarbeiter, schwer	0,65	0,63	0,88	0,73
Hilfsarbeiter, leicht	0,92	0,82	0,91	0,93

Lohnstrukturen in der Industrie^{*)}

Durchschnittslohn

	Facharbeiter					
	1962	Ist 1974	74/62	1962	KV 1974	74/62
Arithmet.Mittel(S)	13,78	40,49	2,94	10,13	28,10	2,77
Median (S)	13,93	41,30	2,96	10,22	27,45	2,69
Minimumlohn (S)	9,19	29,37	3,20	7,24	20,56	2,84
Maximumlohn (S)	15,57	44,22	2,84	12,37	35,28	2,85
relative Spanne ¹	1,69	1,51	1,6 ²	1,71	1,72	1,72 ²
Variationskoeffizient	0,09	0,07		0,09	0,10	

	Bes.qual.angel. Arbeiter					
	1962	Ist 1974	74/62	1962	KV 1974	74/62
Arithmet.Mittel (S)	12,62	37,42	2,97	8,92	23,98	2,69
Median (S)	12,64	37,56	2,97	8,70	22,00	2,53
Minimumlohn (S)	10,26	27,79	2,71	7,45	19,43	2,61
Maximumlohn (S)	14,39	41,74	2,90	12,14	34,12	2,81
relative Spanne ¹	1,4	1,50	1,45 ²	1,63	1,76	1,69
Variationskoeffizient	0,11	0,10		0,13	0,15	

	Qual. angel.Arbeiter					
	1962	Ist 1974	74/62	1962	KV 1974	74/62
Arithmet.Mittel (S)	12,31	33,89	2,75	8,56	22,35	2,61
Median (S)	12,27	34,66	2,82	8,30	20,82	2,51
Minimumlohn (S)	9,81	23,26	2,37	7,45	17,60	2,36
Maximumlohn (S)	14,06	41,62	2,96	11,27	31,82	2,82
relative Spanne ¹	1,43	1,79	1,61 ²	1,51	1,81	1,66 ²
Variationskoeffizient	0,10	0,13		0,10	0,16	

1) Relative Spanne = $\frac{\text{Maximumlohn}}{\text{Minimumlohn}}$

2) Arithmetisches Mittel der relativen Spannen 1962-74

*) Arbeiter, Herbsthebung

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS.

Lohnstrukturen in der Industrie⁺⁾

Durchschnittslohn

Sonst. angel. Arbeiter

	1962	1974	74/62	1972	1974	74/62
		Ist			KV	
Arithmet. Mittel (S)	10,91	29,51	2,71	7,89	20,85	2,64
Median (S)	10,45	28,73	2,75	7,70	19,82	2,57
Minimumlohn (S)	9,04	23,06	2,55	7,45	16,68	2,24
Maximumlohn (S)	12,71	35,32	2,78	9,76	25,13	2,58
relative Spanne ¹	1,41	1,53	1,47	1,31	1,51	1,41
Variationskoeffizient	0,11	0,09		0,07	0,09	

Hilfsarbeiter schwer

	1962	1974	74/62	1962	1974	74/62
		Ist			KV	
Arithmet. Mittel (S)	9,85	29,70	3,02	7,54	21,50	2,85
Median (S)	9,74	30,09	3,09	7,59	20,80	2,74
Minimumlohn (S)	8,48	22,79	2,69	6,87	17,32	2,52
Maximumlohn (S)	12,60	33,96	2,70	8,44	26,76	3,17
relative Spanne ¹	1,49	1,49	1,49 ²	1,23	1,55	1,39 ²
Variationskoeffizient	0,08	0,09		0,04	0,11	

Hilfsarbeiter leicht

	1962	1974	74/62	1962	1974	74/62
		Ist			KV	
Arithmet. Mittel (S)	8,79	25,82	2,94	7,31	19,97	2,73
Median (S)	8,41	25,87	3,08	7,30	19,44	2,66
Minimumlohn (S)	7,28	19,73	2,71	6,34	15,26	2,41
Maximumlohn (S)	11,15	29,60	2,65	7,70	24,25	3,15
relative Spanne ¹	1,53	1,50	1,52	1,21	1,59	1,40
Variationskoeffizient	0,11	0,06		0,04	0,10	

1) Relative Spanne = $\frac{\text{Maximumlohn}}{\text{Minimumlohn}}$

2) Arithmetisches Mittel der relativen Spannen 1962-74

+) Arbeiter, Herbsterhebung

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS.

Gini-Koeffizienten der Qualifikationsgruppen

Durchschnittslohn

Qual. Gruppe	1962		1964		1967		1970		1974	
	KV	IST								
1	0.046	0.041	0.053	0.025	0.043	0.023	0.043	0.032	0.040	0.028
2	0.069	0.056	0.088	0.050	0.073	0.041	0.070	0.052	0.071	0.046
3	0.116	0.055	0.136	0.053	0.050	0.050	0.073	0.065	0.106	0.056
4	0.171	0.058	0.186	0.042	0.061	0.040	0.048	0.048	0.060	0.043
5	0.046	0.038	-	-	0.063	0.056	0.051	0.049	0.032	0.049
6	0.063	0.055	0.074	0.046	0.026	0.035	0.047	0.030	0.027	0.039

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS.

Qualifikationsstruktur der Industrielöhne

1962/10 Qualifikationsgruppe	Zeitlohn:		Akkordlohn		Prämienlohn		Durchschnittslohn	
	IST	KV	IST	KV	IST	KV	IST	KV
1	12.88	10.26	15.23	9.93	14.70	10.07	13.78	10.14
2	11.50	9.14	14.12	8.68	13.00	8.59	12.62	8.90
3	10.84	8.83	13.85	8.34	13.57	8.36	12.31	8.58
4	9.73	7.92	12.66	8.01	12.45	7.71	10.91	7.87
5	8.86	7.55	10.70	7.51	10.20	7.56	9.85	7.58
6	8.23	7.31	10.40	7.42	10.51	7.28	8.79	7.32
7	10.75	8.81	12.87	8.45	12.92	8.55	11.73	8.66
<u>1975/9 (in Klammern 1977/9)</u>								
1	46.32 (56.65)	34.81	53.21 (80.07)	33.02	49.71 (61.09)	34.32	48.17 (61.12)	34.38
2	41.90 (54.62)	29.99	47.87 (76.97)	27.42	47.28 (65.21)	28.01	44.29 (59.67)	29.03
3	37.32 (50.20)	27.95	42.94 (72.19)	25.33	43.97 (52.47)	25.94	40.24 (53.52)	26.84
4	33.09 (41.62)	25.54	35.63 (60.95)	24.12	37.37 (43.88)	25.10	34.74 (42.90)	24.94
5	33.75 (41.86)	25.93	38.33 (55.54)	24.30	39.39 (45.55)	25.74	35.35 (43.06)	25.60
6	30.01 (37.09)	23.71	32.98 (49.82)	22.63	32.96 (38.20)	24.00	30.51 (37.50)	23.65
7	39.12 (50.99)	29.48	42.92 (75.67)	26.96	43.56 (57.34)	27.89	40.77 (55.20)	28.61

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Relative Spanne zwischen den Qualifikationsgruppen
in den einzelnen Fachverbänden

Durchschnittslohn

Fachverband	I s t			K V	
	1962	1975	1977	1962	1975
Bergbaubetriebe und Eisenhütten	1,40	1,51	1,48	1,40	1,49
Stein- u. keramische Industrie	1,36	1,39	1,44	-	1,24
Glasindustrie	2,03	1,99	2,04	1,69	2,04
Chemische Industrie	1,47	1,65	1,63	1,39	1,45
Papier-, Zellulose-, Holzstoff- u. Pappenind.	-	1,53	1,50	-	1,36
Papier- u. pappeverarbeitende Industrie	1,72	1,53	1,61	1,68	1,58
Sägeindustrie	1,30	1,43	1,32	1,24	1,23
Holzverarbeitende Industrie	1,48	1,53	1,35	1,34	1,20
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	1,61	1,62	1,57	1,71	1,59
Ledererzeugende Industrie	1,36	1,45	1,41	1,29	1,26
Lederverarbeitende Industrie	1,81	1,41	1,50	1,49	1,30
Gießereiindustrie	1,75	1,55	1,55	1,40	1,48
Metallindustrie	1,37	1,61	1,55	1,38	1,47
Maschinen- u. Stahlbauindustrie	1,55	1,50	1,52	1,40	1,45
Fahrzeugindustrie	1,57	1,59	1,58	1,40	1,42
Eisen- u. Metallwarenindustrie	1,66	1,51	1,52	1,40	1,43
Elektroindustrie	1,57	1,55	1,47	1,38	1,44
Textilindustrie	1,56	1,36	1,35	-	1,29
Bekleidungsindustrie	1,07	1,23	1,22	1,05	1,21
Gas- u. Wärmeversorgungsunternehmen	-	1,42	1,48	-	1,54
Gesamtindustrie	1,57	1,58	1,63	1,39	1,45

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS.

Gini-Koeffizienten der Fachverbände
Durchschnittslohn

Fach- verband ^{+))}	KV 1962		KV 1967		KV 1974	
	IST	IST	IST	IST	IST	IST
1	0.060	0.046	0.072	0.046	0.073	0.046
3	-	0.046	0.034	0.034	0.027	0.044
4	0.098	0.131	0.106	0.134	0.100	0.112
5	0.063	0.072	0.078	0.073	0.064	0.077
6	-	-	0.066	0.051	0.051	0.052
7	0.077	0.096	0.077	0.096	0.084	0.084
9	0.031	0.036	0.034	0.033	0.042	0.037
10	0.281	0.069	0.276	0.066	0.036	0.065
11	0.106	0.098	0.091	0.090	0.083	0.085
12	0.051	0.062	0.052	0.070	0.042	0.065
13	0.062	0.089	0.057	0.081	0.046	0.059
14	0.066	0.061	0.062	0.057	0.064	0.054
15	0.062	0.043	0.056	0.058	0.068	0.060
16	0.058	0.057	0.060	0.057	0.069	0.060
17	0.061	0.063	0.063	0.054	0.068	0.057
18	0.067	0.085	0.066	0.079	0.067	0.078
19	0.067	0.080	0.068	0.072	0.069	0.069
20	0.000	0.038	0.026	0.036	0.025	0.029
21	0.010	0.013	0.036	0.040	0.032	0.035
22	-	-	-	-	0.055	0.055

+) siehe Übersicht 2

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, IHS

Einkommenschancen im Lebenszyklus
Befunde aus dem österreichischen Mikrozensus

Michael Wagner

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Einleitung	VI.5
II. Ausgleich oder Ungleichheit?	VI.7
1. Theorien des Humankapitals	
2. Modelle des strukturierten Arbeitsmarktes	
III. Datenkörper und Darstellungsverfahren	VI.19
1. Mikrozensus - EBKU	
2. Beschränkungen und Verzerrungen	
3. Konstruktion von Einkommensprofilen	
IV. Verteilung von Einkommenschancen	VI.29
1. Querschnittsverteilung	
2. Einkommensprofile I: Beruf	
3. Einkommensprofile II: Schulbildung	
V. Zusammenfassung	VI.40
Literaturhinweise	VI.42
Bibliographie	VI.43
Übersichten und Abbildungen	VI.45

I. Einleitung

Jede Person besitzt eine ökonomische Biographie. Die Zusammenfassung solcher individuellen Biographien läßt einen typischen Verlauf des Arbeitseinkommens erkennen: Viele Menschen machen recht ähnliche Erfahrungen darüber, wie sich ihre Stellung in der Einkommenspyramide über den Lebenszyklus hinweg verändert. Solche typischen Veränderungen gleichen einem Profil. Abbildung 1 zeigt ein derartiges Einkommensprofil; es ist das Einkommensprofil eines "typischen" Wiener Facharbeiters.

Das Einkommensprofil in Abbildung 1 spiegelt die durchschnittlichen Einkommenschancen in den verschiedenen Lebensabschnitten eines Facharbeiters wider. Der Wochenlohn des Facharbeiters steigt bis ungefähr zu seinem dreißigsten Lebensjahr steil an; die zunehmende Qualifikation und die vermehrte Erfahrung erhöhen die Einkommenschancen. Dann folgen zwei Jahrzehnte, in denen vor allem der starke körperliche Einsatz und die lange wöchentliche Arbeitszeit den Wochenlohn auf einer hohen Stufe halten. Mit zunehmendem Alter läßt die körperliche Leistungsfähigkeit nach: der Lohn sinkt wieder. Über den gesamten Lebenszyklus des Facharbeiters ergibt sich ein typisches Einkommensprofil; es gleicht einem umgekehrten "J".

Auf ähnliche Weise lassen sich typische Einkommensprofile für andere Tätigkeitsbereiche nachzeichnen. Weibliche Hilfsarbeiter besitzen ein flaches, tiefliegendes Einkommensprofil. Sie fangen in jungen Jahren mit einem niedrigen Lohn an, über den sie ihr ganzes Leben kaum hinauskommen. Den Hilfsarbeiterinnen fehlt es an anerkannten fachlichen Qualifikationen; sie verbringen ihr Arbeitsleben stets am unteren Ende der Einkommenspyramide. Ganz anders liegt dagegen das Einkommensprofil der Akademiker im öffentlichen

Dienst. Deren Einkommensprofil setzt relativ hoch an und ist steil nach oben gerichtet. Die A-Beamten dürfen damit rechnen, ihr gesamtes Arbeitsleben stetig in der Einkommenspyramide aufzusteigen.

Die Unterschiede zwischen den Einkommensprofilen verschiedener Berufsgruppen sind offenkundig. Diesen Unterschieden hat die Verteilungsforschung im letzten Jahrzehnt zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt. Denn die Untersuchung von Einkommensprofilen verspricht die Aufklärung über zwei Problemkreise:

- Erstens, von welchen Bestimmungsgrößen hängt die beobachtbare gesamtwirtschaftliche Verteilung der Arbeitseinkommen ab?
- Zweitens, welchen Grad an Ungleichheit zeigt die Verteilung der "Lebenseinkommen", die die Unselbständigen einer Generation als Remuneration für ihre Arbeit erhalten?

In der Beantwortung beider Fragen spielen Lage und Form der verschiedenen Einkommensprofile eine besondere Rolle.

Die folgende Studie dokumentiert typische Einkommensprofile österreichischer Arbeitnehmer. Dem empirischen Befund im engeren Sinn wird eine Skizze alternativer theoretischer Erklärung der verschiedenen Profiltypen vorangestellt (Kapitel II). Darauf folgt eine kurze Erläuterung der Datenquellen und des Darstellungsverfahrens (Kapitel III). Wer nur an den empirischen Ergebnissen Interesse hat, kann unmittelbar zu Kapitel IV übergehen.

II. Ausgleich oder Ungleichheit?

Die Verteilungstheorie besitzt kein unumstrittenes Modell zur Erklärung unterschiedlicher Einkommensprofile. Vereinfacht lassen sich zwei große verteilungstheoretische Forschungsansätze unterscheiden: (a) die Theorien des Humankapitals und (b) die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes.

1. Theorien des Humankapitals

Die Theorien des Humankapitals erklären Form und Lage der Einkommensprofile nach dem Muster einer Produktionsfunktion: Die Ausübung eines Berufes verlangt in den meisten Fällen eine besondere Ausbildung. Dauer und Kosten dieser Ausbildung sind nicht für alle Tätigkeitsfelder gleich. Zur Ausführung einfacher Hilfstätigkeiten genügt eine kurze Anlernzeit; die Arbeit eines Internisten erfordert dagegen ein langjähriges Studium. Die Kosten einer solchen Ausbildung können als Investitionen in die Leistungsfähigkeit einer Person angesehen werden: der Arzt akkumuliert während seiner Ausbildung Humankapital.

Beschränkt man sich auf ein rein monetäres Kalkül bei der Erklärung der Berufswahl, so muß die Investition in das Humankapital einen angemessenen Ertrag abwerfen. Dieser Ertrag läßt sich an den Entlohnungsunterschieden für verschieden qualifizierte Berufe ablesen. Auf einem vollkommenen Arbeitsmarkt werden stets unterschiedlich hohe Löhne für Tätigkeitsfelder bezahlt werden, deren Ausfüllung unterschiedlich hohe Investitionen in das Humankapital verlangt. Die Lohndifferentiale entsprechen einer Rendite auf unterschiedlich großes Humankapital, das bei der Berufsausübung zur Anwendung kommt.

Bei Vernachlässigung nicht-monetärer Gesichtspunkte und unter der Annahme perfekter Märkte für Arbeitskräfte, Kredite und Ausbildungsinvestitionen besteht eine einheitliche Rendite für alle Formen des Humankapitals. Jede Investition in das Humankapital - ob Ausbildung zum Straßenkehrer oder ob Ausbildung zum Facharzt - erbringt dieselbe Ertragsrate. Denn jede größere Abweichung von der Gleichgewichtsrate würde für den betreffenden Ausbildungsbereich entweder einen Zustrom oder einen Abstrom von investitionswilligen Personen bewirken. Die beobachtbaren Entlohnungsdifferentiale dienen im Gleichgewicht dazu, den Barwert der Einkommensunterschiede über das gesamte Arbeitsleben mit den Differenzen in den Ausbildungskosten auszugleichen. Die Entlohnungsdifferentiale sind nicht Ausdruck von Privilegierung oder Diskriminierung; vor dem perfekten Konkurrenzmarkt sind alle Arbeitskräfte gleich.

Zeitstruktur und Profilverlauf. Ausbildungsinvestitionen unterscheiden sich sowohl nach ihrem Gesamtvolumen wie nach der Verteilung über den Lebenszyklus einer Arbeitskraft: ein Handwerker verdient schon während seiner Ausbildung zum Meister mit zunehmender Qualifikation mehr. Ein Student dagegen erhält erst nach Abschluß des Studiums eine seinem Qualifikationsprozeß entsprechende Entlohnung. Für den Handwerker gehen die Investitionen in das Humankapital von Anfang an Hand in Hand mit der Berufsausübung; der Aufbau erfolgt daher langsamer. Der Arzt muß dagegen den ersten intensiven Aufbau von Humankapital ohne Remunerierung vornehmen; erst während der Facharztausbildung laufen Berufsausübung und Ausbildungsinvestition parallel.

Jedes Tätigkeitsfeld verlangt eine typische Investitionsstruktur in das Humankapital. Die Investitionsstruktur bestimmt - gemeinsam mit der Abschreibungsrate und der

Markttrendite - Form und Lage des Einkommensprofils. Denn die Investitionsstruktur gibt an, wieviel Humankapital in jedem Abschnitt des Berufslebens üblicherweise zur Anwendung kommt.

Im allgemeinen sind Einkommensprofile konkav gekrümmt: Die höchsten Einkommenszuwächse werden meist am Anfang der Berufslaufbahn erzielt. Dann folgt eine Periode leicht zunehmenden Humankapitals (das durch zunehmende Berufserfahrung aufgebaut wird); gegen Ende des Berufslebens kommt es zu einer Stagnation oder sogar zu einem Abbau des Humankapitals.

Gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung. Mit der investitionstheoretischen Ableitung von Form und Lage der Einkommensprofile ist ein erster Schritt zur Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung getan. Der zweite Schritt betrifft die Frage: Wovon hängt die relative Häufigkeit der einzelnen Profile in einer Volkswirtschaft ab?

Jedes Einkommensprofil entspricht einem Tätigkeitsfeld; die gesamtwirtschaftliche Verteilung von Tätigkeitsfeldern hängt von der Wahl optimaler Techniken durch die Unternehmungen ab. Die Unternehmer streben für alle Arten von Arbeit jenes Einsatzniveau an, das bei gegebenen Preisen den Ertrag maximiert. Im ökonomischen Gleichgewicht läßt sich daher gesamtwirtschaftlich die relative Häufigkeit bestimmter Profiltypen aus der Produktionstechnologie im weitesten Sinn ableiten. Damit ist die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung allein durch ein mikro-ökonomisches Entscheidungskalkül unter vorgegebenen demographischen und technologischen Bedingungen erklärt.

Streuung oder Ungleichheit? Vertreter der Theorien des Humankapitals beanspruchen, eine doppelte Leistung erbracht zu haben: Erstens, die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung wird ausschließlich auf der Grundlage des traditionellen mikroökonomischen Entscheidungskalküls abgeleitet. Zweitens, der spezifische Verlauf von Einkommensprofilen erlaubt eine Neubewertung der üblichen Meßverfahren zur Bestimmung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensungleichheit. Wer die Existenz von konkaven Einkommensprofilen berücksichtigt, der mißt die Streuung von Einkommen zu einem bestimmten Zeitpunkt keine besondere normative Bedeutung zu. Selbst wenn alle Personen das gleiche konkave Einkommensprofil besäßen, ließe sich doch für jeden einzelnen Zeitpunkt eine beträchtliche Einkommensungleichheit beobachten, da sich nicht alle Personen im gleichen Abschnitt ihres Einkommensprofils befinden. Manche Personen stehen am Anfang ihres Profils, andere Personen haben dagegen bereits ihren Einkommenshöhepunkt erreicht. Unter solchen Umständen zeigt jeder zeitliche Querschnitt stets Einkommensungleichheit an, obwohl alle Profile - alle individuellen zeitlichen Längsschnitte - identisch sind. Welche normative Bedeutung kommt unter solchen Umständen der Ungleichheitsmessung noch zu?

Jedenfalls ist die Einkommensungleichheit bei Berücksichtigung der gesamten Einkommensprofile wesentlich geringer als es die üblichen Querschnittsmessungen nahelegen. Schließlich ist noch zu bedenken, daß im Gleichgewicht ja alle Unselbständigen die gleiche Rendite auf ihr Humankapital erhalten. Die Unterschiede im Lebenseinkommen beruhen ausschließlich auf der Größe und der Verwertung des Humankapitals. Grundsätzlich hatten alle Arbeitnehmer die freie Wahl, die ihnen am befriedigendsten scheinende Investition in ihr Humankapital vorzunehmen. Nach einem rein monetären

Kalkül stellen sich Straßenkehrer und Internist gleich gut: Über den gesamten Lebenszyklus betrachtet, amortisiert das Einkommen gerade die Ausbildungskosten.

Kritik. Die Anschauungen der Humankapitaltheorie gelten nicht unwidersprochen. Es werden vor allem drei Gruppen von Einwänden gegen die Humankapitaltheorie geltend gemacht:

- (i) Die Humankapitaltheorie kann keinen empirischen Beleg dafür erbringen, daß der individuelle Arbeitnehmer einen Barwertmaximierungskalkül verwendet. Theoretisch gesehen ist die für eine besondere Zielfunktion bloß einer von vielen Spezialfällen.
- (ii) Die vorliegenden empirischen Arbeiten auf Grundlage des Humankapitalkonzepts sind außerstande, das Volumen von Humankapitalinvestitionen verlässlich direkt zu schätzen. Die indirekt errechneten Renditen auf verschiedene Formen des Humankapitals sind daher nicht gesicherte empirische Befunde.
- (iii) Wenn diese in Humankapitalmodellen errechneten Renditen doch als erste Annäherung an die Wirklichkeit anerkannt werden sollten, dann zeigt sich erst recht ein Ergebnis, das den Voraussetzungen der Humankapitaltheorie widerspricht: Die Renditen auf das Humankapital zeigen eine hohe Streuung zwischen Individuen und zwischen verschiedenen Berufsgruppen. Dieses Ergebnis läßt die Annahme eines perfekten Arbeitsmarktes als unplausibel erscheinen.

Auf diese Unvollkommenheiten am Arbeitsmarkt einzugehen, versucht gerade ein zur Humankapitalkonzeption alternativer Erklärungsansatz: die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes.

2. Modelle des strukturierten Arbeitsmarktes

Die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes erklären die unterschiedlichen Einkommensprofile aus der Organisation und Arbeitsweise ökonomischer Institutionen: Die großen Institutionen des Wirtschaftslebens - Unternehmen, öffentliche Dienststellen oder Interessensvertretungen - besitzen eine Vielzahl von internen Regelungen, die eine "normale Berufslaufbahn" in groben Zügen vorherbestimmen.

Die Strukturtheorien des Arbeitsmarktes zeigen, daß hinter diesen Regelungen zwar ökonomische Überlegungen stehen. Diese spiegeln aber nicht notwendigerweise den Ausgleichsmechanismus des Konkurrenzmarktes wider: Einkommensprofile sind vielmehr Ausdruck der im Wirtschaftsleben stabil organisierten Ungleichheit. Das zeigt sich an der Gegenüberstellung zweier kontrastierender Berufslaufbahnen und Einkommensprofile: dem "Hilfsarbeiter" und dem "Beamten".

Flache Einkommensprofile. Auch in einer entwickelten Industriegesellschaft stellen viele Tätigkeitsbereiche bloß geringe Ansprüche an die spezifische Leistungsfähigkeit einer Arbeitskraft. Für viele Hilfsarbeiten reicht körperliche Gesundheit und eine kurze Anlernzeit aus. In solchen Tätigkeitsbereichen arbeiten vor allem Personen, die wenig Ausbildung und geringe Mobilität besitzen. Die Tätigkeit selbst ist mäßig entlohnt und mit geringem Ansehen verbunden. Der Arbeitsplatz bietet wenig Möglichkeiten, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben. Unternehmen sehen auch kaum Aufstiegsmöglichkeiten von solchen Positionen vor. Das läge nicht im Unternehmensinteresse, Unqualifizierte

Arbeitskräfte werden je nach Bedarf aufgenommen oder entlassen. Es besteht kein Grund, Hilfsarbeiter durch ein ausgeklügeltes Aufstiegsschema eng an das Unternehmen zu binden.

Die geringen Qualifikations- und Aufstiegschancen schränken den ökonomischen Ertrag der Berufsausübung für einfache Hilfstätigkeiten meist auf die laufende Entlohnung ein. Hilfsarbeiter haben daher jeden Grund, das Unternehmen zu wechseln, wenn sie erwarten, in einem anderen Arbeitsplatz mehr zu verdienen. Allerdings ist auch die neue Tätigkeit wieder Hilfsarbeit. Denn im alten Tätigkeitsbereich konnten keine besonders anerkannten Fähigkeiten erworben werden. So verläuft das Arbeitsleben als eine Folge unqualifizierter Tätigkeitsbereiche. Das spiegelt sich in einem flachen und niedrigen Einkommensprofil wider.

Das Einkommensprofil des Hilfsarbeiters ist nicht vor allem Ausdruck seiner freien Investitionsentscheidungen, die er als Fünfzehnjähriger zu treffen gehabt hätte. Die verabsäumte formale Qualifikation weist eher auf die Unerfahrenheit der Eltern, ökonomische Beschränkung oder mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten hin. Indes, das Verabsäumte kann kaum wieder wettgemacht werden. Wer sich längere Zeit im Arbeitsmarkt für Hilfstätigkeiten aufgehalten hat, der findet nur schwer wieder heraus. Die Bewerbung um aufstiegsträchtige Posten scheitert meist am Fehlen formaler Qualifikationen. Solche Qualifikationen sind auch kaum mehr nachzuholen, wenn erst einmal eine Familie ernährt werden muß. Der Hilfsarbeiter wird zum Gefangenen seines Arbeitsmarktes.

Geplanter Aufstieg. Für einen Beamten machen sich Loyalität und Leistungswillen bezahlt. Das staatliche Verwaltungsschema sieht für erfolgreiche Beamte raschere Vorrückung

und bessere Aufstiegschancen vor. Der leistungsfähige Beamte darf damit rechnen, in frei werdende Posten übergeordneter Tätigkeitsbereiche aufzurücken. Diese Beförderungschancen sind nicht zufällig oder willkürlich. Sie sind Teil eines Systems vollständiger Berufslaufbahnen, das der öffentliche Dienst (oder auch Großunternehmen) geschaffen haben. Vom Eintritt in das Berufsleben bis zur Pensionierung stehen dem Beamten mehrere vorgezeichnete Karrieren offen. Damit soll eine feste Loyalität des Beamten zur öffentlichen Hand geschaffen werden. Zugleich erlaubt das System des internen Aufstieges die potentiellen Bewerber für Führungsaufgaben jahrelang auf ihre Eignung hin zu prüfen. Die Regeln dieser oft nur informellen Kontrolle sind dem Beamten bekannt; er kann seine Laufbahn planen. Auf diese Weise ergänzen zwei Faktoren einander: die Absicht der öffentlichen Hand, loyale und verlässliche Beamte zu besitzen, und der Wunsch des Einzelnen, einen stetigen Aufstieg in der sozialen und ökonomischen Hierarchie vor sich zu sehen. Das Gehaltsschema des öffentlichen Dienstes verspricht tatsächlich einen solchen Aufstieg.

Im "Hilfsarbeiter" und im "Beamten" sind zwei extreme Berufslaufbahnen verwirklicht. Der Hilfsarbeiter verrichtet dieselbe Tätigkeit bei wechselnden Arbeitgebern. Eine gute Erfüllung seiner Aufgaben oder die positive Identifikation mit seiner Arbeit verbessert seine ökonomische Lage kaum. Ein Leben lang im gleichen Arbeitsmarkt, verläuft sein Einkommensprofil stets im unteren Bereich der Einkommenspyramide. Der Beamte im Verwaltungsdienst rückt dagegen immer wieder vor. Bei gleichem Arbeitgeber erlebt er zumindest einen durch das Laufbahnschema vorgezeichneten Mindestaufstieg. (Im gehobenen Verwaltungsdienst ist dieser Mindestaufstieg recht beachtlich.)

Arbeitsmarktsegmente. Diese beiden Berufslaufbahnen zeigen exemplarisch, welchen Einfluß die verschiedenen Organisationsmuster auf die Form typischer Einkommensprofile nehmen. Dieser

Einfluß beruht nicht auf willkürlichen Entscheidungen von Personalchefs sondern auf einer systematischen Segmentierung des Arbeitsangebots. Die Erfahrung zeigt, daß kein einheitlicher gesamtwirtschaftlicher Arbeitsmarkt besteht. Das Arbeitsangebot zerfällt vielmehr in viele kleine einzelne Arbeitsmärkte. Jeder dieser Arbeitsmärkte hat seine eigenen Zutrittsbedingungen. Meist muß ein Bewerber eine bestimmte formale Ausbildung und die erfolgreiche Behauptung auf anderen Arbeitsmärkten nachweisen. Solche Anforderungen mögen von einer abgeschlossenen Hauptschulbildung bis zu einer genau festgelegten Folge von Dienstjahren in bestimmten Verwaltungsstellen reichen. Wer die Anforderungen nicht erfüllt, der wird erst gar nicht in das Arbeitsangebot einbezogen. Indes, vieles an den Eintrittsbedingungen in einen spezifischen Arbeitsmarkt steht mit dem eigentlichen Tätigkeitsbereich nur in einem losen Zusammenhang. Das ist etwa bei den organisationsinternen Arbeitsmärkten offensichtlich.

Solche interne Arbeitsmärkte entstehen durch die zuweilen ausdrücklich in Betriebsvereinbarungen vorgesehene Regelung, bestimmte Tätigkeitsfelder nur durch Bewerber zu besetzen, die bereits im Unternehmen arbeiten. Der Ausschluß von organisationsfremden Bewerbern wird nicht von der Annahme abgeleitet, nur die Unternehmensmitglieder wüßten den zu vergebenden Posten am besten auszufüllen. Die interne Postenvergabe ist aus der Sicht der Unternehmung vielmehr Teil einer langfristigen Unternehmensstrategie: Arbeitnehmer werden durch ein System des internen Aufstieges zu Unternehmensloyalität und vermehrter Anstrengung motiviert. Nicht die Auswahl des besten Bewerbers für ein bestimmtes Tätigkeitsfeld, sondern die Auswirkung der Rekrutierungspraxis auf die gesamte Arbeitsweise des Unternehmens steht bei der Abgrenzung eines internen Arbeitsmarktes im Vordergrund.

Karrierelese Arbeitsmärkte. Die Segmentierung des Arbeitsmarktes kann sowohl für das Einzelunternehmen wie für die

Funktion des gesamten Wirtschaftssystems durchaus ökonomisch erwünscht sein. Das gilt nicht nur für die Abschirmung genau strukturierter interner Arbeitsmärkte. Auch der ungegliederte Arbeitsmarkt für Hilfstätigkeiten erfüllt eine wichtige Funktion für die Unternehmungen. Die Normierung von Hilfstätigkeiten als "karrierelos" hemmt den Abgang von Arbeitskräften aus diesem Arbeitsbereich. Da die Ausübung von Hilfstätigkeiten nicht als Qualifikation für den Zutritt in chancenreichere Arbeitsmärkte gilt, ist der Hilfsarbeiter gezwungen, sein Leben lang niedrig entlohnte unattraktive Arbeit zu verrichten. Würden alle Unternehmen gesicherte Aufstiegsmöglichkeiten für Hilfsarbeiter schaffen, so würde das Arbeitsangebot auf diesem Markt knapp. Mangelnde Mobilität und unzureichende formale Ausbildung reichten dann nicht mehr aus, um Personen zu zwingen, ihre Leistungen auf dem Arbeitsmarkt für Hilfstätigkeiten anzubieten. Das hätte einen Umsturz in der Entlohnungshierarchie zur Folge. Ein solcher Umsturz wird durch die Segmentierung des Arbeitsmarktes verhindert.

Sozialökonomie der Ungleichheit. Die Segmentierung des Arbeitsmarktes ist Teil der marktwirtschaftlichen Lösung des folgenden Koordinationsproblem: einerseits beeinflussen die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage den Lohn für bestimmte Tätigkeitsfelder; andererseits erfordert die bestehende Arbeitsorganisation eine hierarchische Lohnstruktur. Soll der "Marktlohn" in die bestehende Lohnhierarchie der Einzelunternehmen passen, so müssen Angebot und Nachfrage entsprechend geregelt werden. Das erfolgt durch vielfältige soziale und ökonomische Bestimmungsgrößen. Solche Faktoren lassen sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen; zu ihnen zählt die Immobilität weiblicher Arbeitskräfte in einer ländlichen, arbeitsplatzarmen Region ebenso wie das Erziehungsmilieu von Arztfamilien, deren Kinder stets einen hohen Anteil unter den Medizinstudenten ausmachen.

Uneinheitliche Modelle. Den Modellen des strukturierten Arbeitsmarktes mangelt es an einem einheitlichen theoretischen Ansatz. Dieser Einwand - ihn machen vor allem Vertreter der Humankapitaltheorie geltend - ist nicht unberechtigt. Die Modelle des strukturierten Arbeitsmarktes enthalten zu viele Elemente der institutionellen Wirklichkeit, als daß ein einfaches mikroökonomisches Entscheidungskalkül zur Erklärung ausreichen könnte. Die Organisationsmuster des modernen Wirtschaftslebens folgen nicht einer geradlinigen Logik rationaler Wahl auf vollkommenen Konkurrenzmärkten.

Der Verzicht auf eine nach einheitlichem Muster zugeschnittene Mikroanalyse von Einkommensprofilen ist allerdings weder mit einem Verzicht auf Mikroanalyse überhaupt, noch mit einer Vernachlässigung der ökonomischen Marktkräfte gleichzusetzen. Im Gegenteil, die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes gehen gerade von den Regeln des Arbeitsangebotes und der Arbeitsnachfrage auf der Ebene einzelner Unternehmungen und Arbeitskräfte aus. Nur behaupten die Strukturmodelle, daß der Arbeitsmarkt inhomogen ist. Ursache der Inhomogenität ist die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die sich dem Druck des Konkurrenzmechanismus gewachsen erweist. Die vielfältigen Interessen an der Erhaltung von Barrieren innerhalb des Arbeitsmarktes sind stärker als der kurzfristige kompetitive Effizienzdruck. Die Existenz von Arbeitsmarktbarrieren und die außerökonomischen Elemente der Berufswahl lassen beträchtliche und stabile Differentiale im gesamten Lebensinkommen zwischen Berufsgruppen entstehen. Die verschiedenen Einkommensprofile spiegeln daher nicht vor allem den Ausgleich von Aufwand und Ertrag für unterschiedliche Bildungsinvestitionen wider (wie die Theorien des Humankapitals behaupten). Die Einkommensprofile entsprechen vielmehr den unterschiedlichen arbeitsorganisatorischen Regelungen der verschiedenen Tätigkeitsbereiche einer entwickelten Wirtschaft.

Interpretationsansatz für die Empirie. Die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes geben ein zur Humankapitaltheorie kontrastierendes Erklärungsschema. Die empirischen Fakten bleiben indes gleich. Nur in der Deutung der Fakten weichen beide Theoriegruppen voneinander ab. Die folgenden österreichischen Daten sind weder zu einer Bestätigung noch zu einer Widerlegung einer der beiden Theorien geeignet. Vielmehr dienen die Humankapital- und die Strukturtheorien als alternative Interpretationsmöglichkeiten für die Bestimmungsgrößen der österreichischen Einkommensprofile. Doch ehe deren Verlauf dargestellt wird, gibt das nächste Kapitel noch einen Überblick über die Eigenheiten der vorliegenden Daten aus dem österreichischen Mikrozensus.

III. Datenkörper und Darstellungsverfahren

1. Mikrozensus und EBKU

Die folgenden Befunde zu typischen Einkommensprofilen von österreichischen Erwerbstätigen beruhen auf Daten des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine vierteljährliche Befragung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. Die Befragung erfaßt ungefähr 38.000 Wohnungen in 500 Gemeinden. Das entspricht einer Zufallsstichprobe von rund 1,4 % aller österreichischen Wohnungen.

Drei Frageeinheiten. Im Rahmen des Mikrozensus besteht die Befragung der Haushalte jeweils aus drei Teilen. Der erste Teil bezieht sich auf den Haushalt als Gesamtheit (siehe linke Spalte in Abbildung 2). Der zweite und der dritte Frageblock geht auf die einzelnen Personen des Haushaltes ein. Die zweite Fragengruppe besteht aus einem gleichbleibenden Satz von Fragen zur Person (siehe rechte Spalte in Abbildung 2). Der dritte Fragenblock wird schließlich zu bestimmten thematischen Schwerpunkten gestellt. Diese Schwerpunkte wechseln mit jedem Mikrozensus. So betraf dieser Schwerpunkt etwa das "Einkommen" (Mikrozensus 1971/2), das "kulturelle Verhalten" (Mikrozensus 1972/2) oder den "Berufsweg" (Mikrozensus 1972/3).

Wechsel der Stichprobenpopulation. Die drei Fragengruppen zusammen zeigen oft ein ausführliches sozialstatistisches Profil der Befragten. Insbesondere die Antworten zum jeweiligen thematischen Schwerpunkt enthalten wichtige Daten zu den sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen in Österreich. Grundsätzlich könnte aufgrund der wechselnden Schwerpunkte ein immer detaillierteres Bild einer repräsentativen Stichprobe aller Österreicher gewonnen werden.

Das ist allerdings nicht der Fall. Denn für jeden Mikrozensus werden nicht nur die Themen, sondern auch rund ein Achtel der befragten Personen ausgewechselt. Die in einer bestimmten Wohnung lebenden Personen werden nur in acht aufeinanderfolgenden Mikrozensen befragt. Dann scheiden sie wieder aus der Stichprobe aus. Dieser Wechsel der Stichprobenpopulation erleichtert die Last der befragten Haushalte, schränkt aber die sozialstatistischen Aussagen ein, die sich aus der Kombination von Mikrozensen gewinnen lassen. Denn im besten Fall ergeben die thematischen Schwerpunkte von acht Mikrozensen ein achtdimensionales Bild von etwas weniger als 5000 repräsentativen österreichischen Haushalten.

Verknüpfung von Mikrozensen. Für die Verteilungsforschung ergibt sich aus den bisherigen Befragungen des Mikrozensus die Möglichkeit, zwei thematische Schwerpunkte miteinander zu verknüpfen: das persönliche Netto-Einkommen von Unselbständigen (1971/2) und der Berufsweg von Unselbständigen (1972/3). Eine solche Verknüpfung konnte die vorliegende Studie einem sogenannten "Durchschnittsfile" entnehmen, das am Institut für Höhere Studien in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt von M.Hauser und H. Glasauer erstellt wurde. Dieses Durchschnittsfile, mit der Kurzbezeichnung EBESKU, enthält den Durchschnitt der Stichprobenmengen der Mikrozensen 1971/2, 1972/2, 1972/4; d.h. EBESKU enthält die Personen in jenen Wohnungen, die sowohl 71/2 wie 72/2, wie 72/3 erfaßt wurden. Die thematischen Schwerpunkte waren: "Einkommen", "Berufsweg" und "kulturelles Verhalten". Diese Daten auf EBESKU bilden die Grundlage der folgenden Befunde über Einkommensprofile.

2. Beschränkungen und Verzerrungen

Der Datenkörper von EBKU enthält von jeder erfaßten Person eine Vielfalt von Sozialdaten. (Die Person selbst kann allerdings nicht identifiziert werden; das widerspricht der Geheimhaltungspflicht des Statistischen Zentralamtes und wäre für die Analyse auch unerheblich.)

Für die Konstruktion von Einkommensprofilen sind vor allem folgende Merkmale von Interesse: (i) Alter, Geschlecht, Teilnahme am Erwerbsleben, Beruf, sozialrechtliche Stellung im Beruf, (ii) Einkommen, (iii) höchste abgeschlossene Schulbildung, Art der Tätigkeit im Beruf. Die Merkmale unter (i) können den gleichbleibenden Fragen zur Person entnommen werden. Das Einkommen ist nur im Mikrozensus 71/2 erhoben worden, während die Merkmale unter (iii) nur aus dem Mikrozensus 72/3 entnommen werden können. Es war daher der Rückgriff auf EBKU notwendig.

Probleme der Durchschnittsbildung. Die Verwendung des Datenkörpers EBKU birgt gewisse Nachteile. Die Durchschnittsbildung über zwei Mikrozensen, die fünf Quartale auseinanderliegen, führt zu einer erheblichen Verringerung der Stichprobengröße. EBKU enthält nur mehr rund 11.000 Personen, deren Antwort zur Konstruktion von Einkommensprofilen verwendet werden kann. Ein zweites Problem bildet die Erhebung zweier Merkmale (etwa "Einkommen" und "Tätigkeitsbereich") zu zwei verschiedenen Zeitpunkten, nämlich im Juni 1971 und im September 1973. Da jeder Person nur ein bestimmtes Alter zugeordnet wird, kann folgende formale Inkonsistenz entstehen: Jede Person wird gleichzeitig durch "Alter", "Einkommen" und "Tätigkeitsbereich" charakterisiert. "Einkommen" und "Tätigkeitsbereich" beziehen sich aber auf verschiedene Erhebungszeitpunkte und damit auf ein verschiedenes Alter der befragten Personen. Dieses

Zeitproblem kann allerdings durch die Bildung geeigneter Altersgruppen verringert werden. Neben solchen Problemen der Durchschnittsbildung stehen der Auswertung der Mikrozensusdaten zur Konstruktion von Einkommensprofilen noch andere Schwierigkeiten entgegen.

Einkommensbegriff. Im Schwerpunkt "Einkommen" wurden die Haushaltsmitglieder gefragt: "Wie hoch ist Ihr regelmäßiges Einkommen, das Ihnen monatlich oder wöchentlich ausbezahlt wird (Netto-Einkommen ohne Nebeneinkünfte; 13. Monatsbezug nicht mitrechnen)?" Als Antwort konnte der Befragte sich in eine der fünf folgenden Einkommensgruppen einordnen: unter 2.000 S, 2.000 bis unter 4.000 S, 4.000 S bis unter 6.000 S, 6.000 S bis unter 8.000 S, 8.000 S oder mehr. (Für Wochenlöhne betragen die Grenzen jeweils ein Viertel der angegebenen Werte.)

Sowohl die Frage selbst, wie die vorgegebene Gliederung der Alternativen hat Vor- und Nachteile. Der Vorteil der Frage nach dem Netto-Einkommen liegt in der höheren Wahrscheinlichkeit, daß die befragte Person die korrekte Antwort kennt (oder zumindest durch einen Blick auf den Lohnstreifen feststellen kann). Der Nachteil des Ausschlusses des 13. und zusätzlicher Gehälter aus der Frage liegt in einer möglichen systematischen Verzerrung zwischen Arbeitern einerseits und Angestellten und Beamten andererseits. Die Angestellten mögen in einer Junibefragung doch die Urlaubsremuneration in ihr Monatsgehalt eingerechnet haben.

Informationsverlust. Die große Klassenbreite in der Einkommensgruppierung besitzt den Vorteil, die Wahrscheinlichkeit systematischer Fehlangaben stark zu verringern. Das ist allerdings um den Preis eines deutlichen Informationsverlustes erkauft. Rund die Hälfte der Befragten

liegt in der Einkommensklasse zwischen 2.000 S und 4.000 S. Das bedeutet, daß die Hälfte der Stichprobenpopulation nach dem Merkmal "Einkommen" nicht differenziert werden kann. Dieses Ergebnis ist nicht verwunderlich, da die Klasse 2.000 bis 4.000 S im Jahre 1971 im Mittelbereich lag und zwei Einkommen enthalten kann, deren größeres doppelt so hoch ist wie das niedrigere. Andererseits enthält die Klasse 8.000 S und mehr bloß 3,5 % der befragten Personen. Diese extreme Streuung in der Besetzungszahl der Einkommensklassen hat ein besonderes Konstruktionsverfahren für die Einkommensprofile erfordert (darauf geht der nächste Abschnitt noch näher ein).

Querschnittsdaten. Schließlich birgt der Mikrozensus noch eine grundlegende Schwierigkeit. Der Mikrozensus ist eine Querschnittsuntersuchung. Es kann daher nicht die Einkommensentwicklung einer einzelnen Person verfolgt werden. Die Einkommensprofile sind daher nicht der Durchschnitt aus individuellen Einkommensverläufen, sondern entstehen aus der Verknüpfung der Durchschnittseinkommen von Personen gleicher Charakteristik, aber verschiedenen Alters. Wäre jede Generation gleich, so ergäbe das kein besonderes Problem. Tatsächlich findet aber der dreißigjährige Facharbeiter von 1971 ganz andere Verhältnisse vor als sie der heute 55-jährige Facharbeiter 1946 vorgefunden hat. Solche Unterschiede beeinflussen den Verlauf von Einkommensprofilen, die aus Querschnittsdaten gewonnen werden. Diese Kohorten- und Generationeneffekte sind bei der Dateninterpretation stets zu berücksichtigen.

Die kritische Beurteilung der Mikrozensusdaten soll kein falsches Bild hervorrufen. International gesehen leiden viele Datenkörper an ähnlichen Problemen. Zudem besitzen die Mikrozensusdaten einen Vorteil, der anderen - besser

gegliederten und auf Längsschnitten beruhenden - Einkommensstudien mangelt: Die Mikrozensusdaten entstammen einer repräsentativen Stichprobe, in der bloß weniger als 10 % der Befragten keine Antwort auf die Frage nach dem Einkommen gegeben haben.

3. Konstruktion von Einkommensprofilen

Der Mikrozensus erfaßt den Verlauf von Einkommensprofilen an vier charakteristischen Punkten. Diese Punkte bilden die Grenzen der Einkommensklassifikation, die der Befragung der Unselbständigen zugrundeliegen: 2.000 S, 4.000 S, 6.000 S, 8.000 S. Nur bei Überschreiten einer dieser Einkommensgrenzen kann ein Aufstieg oder Abstieg im Einkommensverlauf einer Person erfaßt werden.

Anteilsverfahren. Für eine anschauliche Darstellung der Einkommensbewegungen über den gesamten Lebenszyklus eignet sich folgendes Verfahren:

- Aus den vier Einkommensgrenzen wird ein bestimmtes Einkommen ausgewählt, z.B. 4.000 S. Dieses Einkommen dient als Bezugsgröße - als Referenzeinkommen - für den Vergleich von Einkommensverläufen verschiedener Berufsgruppen.
- Der Einkommensverlauf einer bestimmten Berufsgruppe wird durch den Anteil der Personen dargestellt, die mehr als das Referenzeinkommen - z.B. mehr als 4.000 S - verdienen. Verändert sich dieser Anteil mit den verschiedenen Altersgruppen deutlich, so entsteht ein ausgeprägtes Einkommensprofil. Das Einkommensprofil einer bestimmten

Berufskategorie gibt an, wie hoch in jeder Altersgruppe der Anteil von Personen ist, die mehr als das Referenzeinkommen verdienen.

Das skizzierte Darstellungsverfahren ist ein Kompromiß zwischen den Ansprüchen an die Konstruktion von Einkommensprofilen und dem Datenkörper des Mikrozensus: Die grobe Einkommensklassifikation des Mikrozensus schließt von vornherein aus, Einkommensprofile als Verlauf des durchschnittlichen Einkommens über die verschiedenen Altersgruppen darzustellen. Die Einkommensklassen sind viel zu breit als daß eine Zentrierung aller Einkommen auf die Klassenmitte gerechtfertigt werden könnte. Das gilt insbesondere für die Klasse 2.000 S bis 4.000 S. In ihr liegt fast die Hälfte der gesamten Population. Anzunehmen, die Hälfte der Österreicher erzielten das gleiche Einkommen, würde wohl jede weitere Analyse unglaubwürdig erscheinen lassen. Andererseits müßte zur Berechnung von Durchschnittseinkommen eine solches oder ähnliches Zentrierungsverfahren für die Individualeinkommen.

Interpretationsprobleme. Das dargestellte Anteilsverfahren bedarf keiner solchen zusätzlichen Annahmen über die genaue Lage der Einkommen innerhalb der Einkommensklassen. Das Anteilsverfahren zur Konstruktion der Einkommensprofile beschränkt sich ausschließlich auf tatsächlich erhobene Information. Diesem Vorteil steht der Nachteil einer schwierigeren Interpretation des Profilverlaufes gegenüber. Sind Einkommensprofile aus dem Durchschnittseinkommen der verschiedenen Altersgruppen konstruiert, so kann der Profilverlauf unmittelbar interpretiert werden: Form und Lage des Profils spiegeln die durchschnittliche Einkommensentwicklung über den Lebenszyklus einer bestimmten Beschäftigtenkategorie wider. Eine so einfache Deutung des Profiles ist bei der Verwendung des Anteilsverfahrens nicht

möglich. Die Diskussion von Einkommensprofilen, die durch das Anteilsverfahren aus Querschnittsdaten berechnet wurden, muß immer zweierlei berücksichtigen:

- (i) Die Form des Einkommensprofiles hängt wesentlich von der Wahl des Referenzeinkommens ab.
- (ii) Der Verlauf des Einkommensprofiles für eine bestimmte Gruppe von Unselbständigen muß nicht für das Einkommensprofil von Einzelpersonen repräsentativ sein.

Wahl des Referenzeinkommens. Der Einfluß des Referenzeinkommens auf die Form der Einkommensprofile ist leicht zu erkennen. Bei einem Referenzeinkommen von 8.000 S sind die Einkommensprofile fast aller Berufsgruppen flach und tief liegend. Da überhaupt nur 3,6 % der Population mehr als 8.000 S verdienen, muß das Profil für die meisten Gruppen von Beschäftigten um die Null-Prozent-Linie verlaufen. Ein umgekehrter Effekt tritt bei einem Referenzeinkommen von 2.000 S auf. Nur 15 % der Population verdienen weniger als 2.000 S. Das bedeutet, daß vermutlich viele Tätigkeitsfelder ein flaches aber nahe bei der 100 %-Grenze liegendes Profil aufweisen.

An den beiden Extrembeispielen läßt sich die Bedeutung einer datengerechten Wahl des Referenzeinkommens erkennen. Als guter Referenzpunkt darf grundsätzlich jene Einkommensgrenze gelten, die in jeder Altersgruppe von Personen der betreffenden Beschäftigtenkategorie überschritten wird. Ein solches Referenzeinkommen wird zu einem ausgeprägten Einkommensprofil führen. Indes kann sich die Wahl des Referenzeinkommens nicht optimal an den Einkommensverlauf der betreffenden Beschäftigtenkategorie anpassen. Denn es muß für alle Beschäftigtengruppen ein einheitliches Referenzeinkommen sein.

renzeinkommen gewählt werden, soll ein Vergleich zwischen den verschiedenen Einkommensprofilen möglich sein. Die Gegenüberstellung zweier Profile mit unterschiedlichen Referenzeinkommen ist zwar nicht wertlos, aber doch problematisch. Ein solcher Vergleich unterliegt leicht dem Vorwurf, das erwünschte Ergebnis durch eine willkürliche Wahl des Referenzeinkommens herbeigeführt zu haben.

Für die Mikrozensusdaten hat sich das Einkommen von 4.000 S als geeignetes Referenzeinkommen erwiesen. Dieses Einkommen bildet tatsächlich für viele Kategorisierungen der Gesamtpopulation einen "kritischen" Punkt, der in den meisten Altersgruppen von Personen der betreffenden Teilpopulation überschritten wird.

Einzelperson und Teilpopulation. Es liegt nahe, Charakteristika von Berufsgruppen intuitiv auf die einzelnen Mitglieder der Gruppe zu übertragen - etwa das Einkommensprofil einer Berufsgruppe als repräsentativ für die typische Einzelperson anzusehen. Ein solcher Schluß ist stets problematisch; es sei denn, es stehen zusätzliche Informationen zur Verfügung, die einen Hinweis auf das Verhältnis von Einzelpersonen zur Gruppe geben. Einen derartigen Hinweis enthält beispielsweise das Gehaltsschema des öffentlichen Dienstes. Dem Gehaltsschema läßt sich entnehmen, daß normalerweise das Einkommensprofil eines öffentlich Bediensteten stetig ansteigt. Mit dieser Zusatzinformation sind bestimmte Rückschlüsse von dem Einkommensprofil der Kategorie "Beamter" auf das Einkommensprofil des einzelnen Beamten möglich. Fehlen solche verlässlichen Vorkenntnisse, so muß das Einkommensprofil eingeschränkt interpretiert werden: das Einkommensprofil gibt an, wie sich die Wahrscheinlichkeit, mehr als 4.000 S zu verdienen, mit dem Alter der zu einer Beschäftigtenkategorie zählenden Person

verändert. Diese Wahrscheinlichkeit betrifft eine einzelne Person nicht als Individuum, sondern als Teil einer Beschäftigtenkategorie. Das Profil drückt die Sichtweise des Statistikers aus: Angenommen, wir besitzen ausschließlich Kenntnis von der Beschäftigtenkategorie einer Person. Unter dieser Bedingung können wir aus den Daten auf die Wahrscheinlichkeit schließen, mit der eine Person mehr als 4.000 S verdient. Diese Wahrscheinlichkeit variiert deutlich mit verschiedenen Beschäftigungskategorien und mit zunehmendem Alter. Das zeigt das nächste Kapitel.

IV. Verteilung von Einkommenschancen

Der Mikrozensus baut auf fünf Einkommensklassen auf. Diese Klassen bilden ein Koordinatensystem der Einkommensverteilung. Als Koordinatensystem geben die fünf Einkommensklassen vor allem Auskunft über die relative Lage des einzelnen Einkommens innerhalb der gesamtwirtschaftlichen Einkommenspyramide. Die absoluten Werte der Klassengrenzen 2.000 S, 4.000 S, 6.000 S, 8.000 S vermitteln eine grobe Vorstellung von dem absoluten Niveau der österreichischen Einkommenspyramide Anfang der siebziger Jahre. In Zeiten beachtlicher Inflationsraten verlieren die absoluten Werte indes rasch an Informationswert. Die Aussagekraft der relativen Verteilung von Löhnen und Gehältern innerhalb der fünf Klassen bleibt dagegen erhalten: Es ändert sich zwar die Nominalentlohnung, kaum aber die Verteilung der relativen Einkommen. Der folgende Unterabschnitt gibt einen Überblick über die Verteilung der Verdienstchancen verschiedener Gruppen österreichischer Unselbständiger innerhalb des Koordinatensystems der fünf Einkommensklassen des Mikrozensus.

1. Querschnittsverteilung

Die Daten des Mikrozensus zeigen eine typische Verteilung von Einkommenschancen unter den österreichischen Erwerbstätigen auf.

Unterste Einkommensklasse. In der untersten Einkommensklasse des Mikrozensus (bis 2.000 S) befinden sich rund 15 % der Erwerbstätigen. Die Hälfte davon ist jünger als 20 Jahre. Gleichzeitig liegen rund 60 % der Unter-Zwanzigjährigen und 96 % der Lehrlinge in der niedrigsten Einkommensklasse. In den anderen Altersgruppen schwankt der Anteil der Personen

in der untersten Klasse zwischen 7 % und 10 %. Die Altersverteilung in der untersten Einkommensklasse ist ebenfalls recht gleichmäßig, wenn erst einmal das Alter von zwanzig überschritten ist.

Für die soziale Verteilung in der Klasse bis 2.000 S läßt sich eine derartige Konstanz nicht aufweisen: Während nur 9 % der Männer in diese Klasse fallen, verdient mehr als ein Viertel aller Frauen weniger als 2.000 S. Auch zwischen Arbeitern und Angestellten zeigen sich deutliche Unterschiede in der Zugehörigkeit zur Klasse bis 2.000 S: Arbeiter 13 %, Angestellte 6 %.

Innerhalb einer der beiden sozialrechtlichen Kategorien - Arbeiter oder Angestellte - bestehen auffällige Differenzen in der Zugehörigkeit zur niedrigsten Einkommensklasse: Hilfsarbeiter: 25 %; angelernte Arbeiter: 15 %; Facharbeiter: 14 %. (Der geringe Unterschied zwischen angelernten Arbeitern und Facharbeitern ist vor allem auf den hohen Lehrlingsanteil unter den Facharbeitern zurückzuführen. Drei Viertel der Facharbeiter in der Klasse bis 2.000 S sind unter 20 Jahre alt; bei den angelernten Arbeitern ist nur ein Drittel der Niedrigverdiener unter 20 Jahre alt.) Bei den Angestellten zeigt sich folgendes Bild der Zugehörigkeit zur niedrigsten Einkommensklasse: Hilfstätigkeit: 15 % (davon jünger als zwanzig: 30 %); einfache Tätigkeit: 12 % (davon jünger als zwanzig: 66 %); mittlere Tätigkeit: 3 % (davon jünger als zwanzig: 30 %).

Rund um den Median. Im Mikrozensus haben 36 % der erfaßten Personen ein Einkommen von über S 4.000,- angegeben. Von den weiblichen Erwerbstätigen verdienen allerdings drei Viertel weniger als 4.000 S. Auch für die Arbeiter entspricht ein Einkommen von 4.000 S ungefähr dem 3. Quartil, während die Angestellten bei 4.000 S ihren Median besitzen. Unter den Beamten verdienen bloß 30 % weniger als 4.000 S.

Innerhalb einzelner sozialrechtlicher Kategorien zeigt sich folgendes Bild. Weniger als 4.000 S verdienen: 90 % der Hilfsarbeiter; 78 % der angelernten Arbeiter; 66 % der Facharbeiter. Bei den Angestellten: einfache Tätigkeit: 72 %; mittlere Tätigkeit: 40 %; leitende Tätigkeit: 8 %.

Ein kontrastreiches Ergebnis ruft die Gegenüberstellung der Unselbständigen nach dem Grad der höchsten abgeschlossenen Schulbildung hervor. Arbeiter, die nur über eine abgeschlossene Volksschulbildung verfügen, verdienen zu 80 % weniger als 4.000 S. Dieser Anteil nimmt bei den Hauptschulabsolventen um rund 10 Prozentpunkte ab: 68 % verdienen weniger als 4.000 S. Von den Absolventen einer mittleren Fachschule verdienen 53 % weniger als 4.000 S. Dieser Anteil sinkt bei Maturanten auf 33 %, bei den Akademikern auf 10 %. Diese Unterschiede enthalten einen Hinweis auf den Einfluß der Schulbildung auf die Einkommenschancen im Erwerbsleben.

Um das Bild abzurunden, seien noch einige Daten zu den Spitzeneinkommen erwähnt. Unter Spitzeneinkommen werden alle Einkommen über 8.000 S verstanden. Darunter fallen nur etwas mehr als 3 % der Gesamtpopulation. Von den weiblichen Erwerbstätigen erreicht nur ein halbes Prozent dieses Einkommensniveau; bei den Männern sind es rund 5 %, bei den Beamten immerhin mehr als 8 %.

Diese Zahlen geben eine grobe Vorstellung von der Verteilung der Gesamtpopulation auf die verschiedenen Einkommensklassen. Damit ist aber nur die Querschnittsverteilung erfaßt. Einem dynamischen Aspekt, der Verteilung von Einkommenschancen über den Lebenszyklus, ist der nächste Abschnitt gewidmet.

2. Einkommensprofile I: Beruf

Das monatliche Netto-Einkommen von 4.000 S trennt im Mikrozensus die oberen 36 % von den unteren 64 % der Einkommen. Die 4.000 S-Linie entspricht damit ungefähr dem 6. Dezil der Gesamt population und dient im folgenden als Referenzeinkommen für die Beurteilung der relativen Lage der verschiedenen Einkommensbezieher.

In der gesamten Population überschreiten vor allem im Alter zwischen 16 und 30 Jahren viele Einkommensbezieher das Referenzeinkommen. Liegt der Anteil der oberen Einkommen in der Altersgruppe 16 bis 20 Jahre noch bei 3 %, so steigt er zwischen 21 und 25 Jahren auf 17 % und erreicht für die 26 bis 30-Jährigen 40 %. Damit ist der Gesamtdurchschnitt erreicht. Auf diesem Niveau verbleibt der Anteil der oberen Einkommen bis zur Altersgruppe 61 - 65 Jahre: Für die Jahre 26 bis 40 - 40 schwankt der Anteil zwischen 40 % und 45 %; für die Jahre 41 - 65 zwischen 45 % und 55 %.

Sozialrechtliche Kategorien. Bei der Aufgliederung nach verschiedenen Berufsgruppen löst sich das Bild relativer Konstanz im Altersbereich 26 - 40 Jahre auf. Das zeigt eine Gegenüberstellung der sozialrechtlichen Kategorien: Arbeiter, Angestellte und Beamte. Von der Arbeitern erreichen nur 24 %, von den Angestellten 47 %, von den Beamten 70 % ein Einkommen von über 4.000 S. Zusätzlich zu den durchschnittlichen Einkommensunterschieden bestehen deutliche Differenzen im Profilverlauf.

Unter den Arbeitern überschreiten nur in den Altersgruppen 20 - 30 eine wesentliche Zahl von Personen die 4.000 S-Grenze. In den Altersgruppen 30 - 45 bleibt der Anteil der Einkommen konstant. Im Alter 45 - 60 fallen dann wieder rund 10 % der Arbeiter in ihrem Einkommen unter die 4.000 S-

Grenze. Dieses Gruppenprofil spiegelt vermutlich typische Einkommensprofile großer Gruppen von Arbeitern wider; zumindest wird diese Vermutung durch die Untersuchungen von Weissel /11/ über die Einkommensprofile Wiener Arbeiter nahegelegt; Abbildung 1 ist ein anschaulicher Beleg für diese These.

Dem U-förmigen Einkommensprofil der Arbeiter steht der stetige Aufstieg des Einkommensprofils der Beamten gegenüber. Das Einkommensprofil der Beamten setzt relativ hoch an. Schon in der Altersgruppe 21 - 25 Jahre gehören rund ein Fünftel der Beamten zur oberen Einkommenskategorie: Dieser Anteil steigt ständig an. In Dezilen ausgedrückt, zeigt sich der stetige Zuwachs höherer Einkommen besonders eindrucksvoll. Das Einkommen 4.000 S (es entspricht etwa dem 6. Dezil der Gesamtpopulation) ist innerhalb der Kategorie "Beamter" für die Altersgruppe 21 bis 25 das 8. Dezil, für die 26 - 35-Jährigen das 5. Dezil, für die 50-Jährigen das 2. Dezil, für die Altersgruppe 61 - 65 Jahre schließlich sogar nur mehr das 3. Perzentil. Der Grund für den stetigen Anteilszuwachs der oberen Einkommen liegt im Gehaltsschema des öffentlichen Dienstes begründet. Mit zunehmendem Dienstalder steigt das Einkommen an. Dadurch gelangen nach und nach fast alle Beamten über das 6. Dezil der Gesamtpopulation. Innerhalb der Beamenschaft bestehen trotzdem große Einkommensunterschiede. Denn das oberste Fünftel der Beamten fängt schon in jüngeren Jahren mit einem Gehalt an, der über der 4.000 S-Grenze liegt, während das untere Fünftel dieses Einkommen erst zwischen 56 und 65 Jahren erreicht.

Die Angestellten liegen nicht nur im Durchschnittseinkommen zwischen Arbeitern und Beamten; auch ihr Einkommensprofil verläuft der Form nach zwischen den Einkommensprofilen von Arbeitern und Beamten; es ähnelt allerdings eher dem Beamtenprofil. Das zeigen Übersicht 1 und Abbildung 3, die eine

genauere Auskunft über den Verlauf der Einkommensprofile für Arbeiter, Angestellte, Beamte und die Gesamtpopulation geben.

Tätigkeitsfelder. Unter die drei sozialrechtlichen Kategorien fallen recht unterschiedliche Tätigkeitsbereiche. Die Einkommensprofile der Arbeiter oder der Angestellten entstehen aus der Überlagerung von Einkommensprofilen inhomogener Berufsfelder. Inwieweit führt diese Überlagerung zu einer Verzerrung, die einen grundsätzlich falschen Eindruck hervorruft? Diese Frage läßt sich im Rahmen der Mikrozensusdaten nur exemplarisch beantworten. Denn die Grundgesamtheit ist im EBEKU-Datenkörper zu gering, als daß für die folgende vierdimensionale Tabellierung alle logisch möglichen Felder ausreichend mit Fällen besetzt wären. (Die vier Dimensionen sind: sozialrechtliche Stellung, Tätigkeitsbereich, Branche, Altersgruppe.) Nur im Handel und in der Industrie reicht die Zahl der erfaßten Unselbständigen aus, um zumindest für je zwei verschiedene Tätigkeitsbereiche ein ausgeprägtes Einkommensprofil aufzuzeichnen.

Die nach Tätigkeitsbereich und Branche aufgegliederten Einkommensprofile für Arbeiter und Angestellte bestätigen das bisher skizzierte Bild. Die Einkommensprofile der Arbeiter gleichen einem umgekehrten "U". Das gilt für die angelernten Arbeiter und Facharbeiter in der Industrie gleichermaßen wie für die Facharbeiter im Handel. Trotz eines deutlichen Niveauunterschiedes zwischen angelernten Arbeitern und Facharbeitern zeigt das Einkommensprofil ein ähnliches Verlaufsmuster, das typische Einkommensprofil des Arbeiters. Der geringe Branchenunterschied steht im Einklang mit der Hypothese der Strukturtheorien, die Einkommensprofile seien vor allem aus den üblichen sozialen Regelungen für typische Berufslaufbahnen zu erklären. Diese Regeln sind einander in verschiedenen Branchen durchaus ähnlich.

Das bestätigt sich auch bei den Angestellten in mittlerer Position (worunter der Mikrozensus versteht: "weisungsgebundene, technische, kaufmännische oder administrative oder ähnliche Tätigkeiten, die neben entsprechender Ausbildung meist längere Erfahrung erfordern"). Im Handel wie in der Industrie tritt ein deutlicher Knick im Einkommensprofil auf. Die Zuwachsrate der oberen Einkommen nimmt bei einer bestimmten Altersgruppe merklich ab. Das kann aus Übersicht 2 und Abbildung 4 abgelesen werden.

Stellung weiblicher Erwerbstätiger. Die Daten des Mikrozensus spiegeln die ungünstige Position der Frau im Berufsleben deutlich wider. Für alle drei sozialrechtlichen Kategorien liegt der Anteil der Frauen an den oberen Einkommen signifikant unter dem Durchschnitt der Gesamtpopulation. Optisch tritt das besonders bei den weiblichen Arbeitern hervor. Nur 2 % der weiblichen Arbeiter überschreiten die 4.000 S-Linie (gegenüber 34 % der männlichen Arbeiter). Bezogen auf das Referenzeinkommen von 4.000 S ist überhaupt kein Einkommensprofil der weiblichen Arbeiter sichtbar. Deren Einkommensprofil verläuft fast vollständig innerhalb der Klasse 2.000 S bis 4.000 S; es ist daher aus den Mikrozensusdaten nicht ersichtlich. Bei den weiblichen Angestellten und Beamten besteht ebenfalls ein beträchtlicher Niveauunterschied zu den männlichen Erwerbstätigen. Bei den Angestellten überschreitet nur eine von vier Frauen die 4.000 S-Grenz, während es bei den Männern zwei von drei Erwerbstätigen sind. Auch das Einkommensprofil der weiblichen Angestellten liegt deutlich unter dem Einkommensprofil der Gesamtpopulation. Die für Angestellte typische Abflachung des Einkommensprofiles tritt in der Altersgruppe 31 - 35 Jahre auf. In dieser Gruppe haben ungefähr 30 % der weiblichen Angestellten die 4.000 S-Linie überschritten. Übersicht 3 und Abbildung 5 geben einen Überblick über Einkommensprofile weiblicher Erwerbstätiger.

Hohe Einkommen. Die Wahl des 6. Dezils als Referenzeinkommen läßt die Einkommensprofile im oberen Bereich unberücksichtigt. Deshalb soll exemplarisch für zwei Angestelltengruppen die 8.000 S-Linie als Referenzpunkt gewählt werden. Dieses Einkommen entspricht dem 96. Perzentil der Gesamtpopulation: Nur 4 % der Unselbständigen liegen in der Einkommensklasse 8.000 S und mehr.

Unter den besonders qualifizierten und unter den leitenden Angestellten überschreitet ein ansehnlicher Teil die 8.000 S-Linie. Der 96. Perzentil der Gesamtpopulation entspricht für die leitenden Angestellten bloß dem 6. Dezil. Auch auf diesem hohen Niveau zeigt sich das vertraute Angestelltenprofil: Mit der Altersgruppe 41 - 45 Jahre hat nicht ganz die Hälfte der leitenden Angestellten die 8.000 S-Linie überschritten. Bei diesem Anteil bleibt es dann bis zur Pensionierung. Eine genauere Übersicht über die Einkommensprofile an der obersten Einkommensgrenze geben Übersicht 4 und Abbildung 6.

3. Einkommensprofile II: Schulbildung

Die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes, sowie das Humankapitalmodell schreiben der formalen Ausbildung einen großen Einfluß auf den Verlauf des Einkommensprofiles zu. Die Humankapitaltheorie sieht in der Schulbildung die Grundinvestition in die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeitnehmers. Die Strukturtheorien fassen den formalen Schulabschluß als ein Zutrittszertifikat für bestimmte Arbeitsmärkte auf. Der formale Schulabschluß bestimmt die Bandbreite normaler Berufslaufbahnen. Damit ist auch die relative Lage der Einkommensprofile verbunden. So erreicht etwa nur ein Drittel der Hauptschulabsolventen den oberen Einkommensbereich, während es bei den Maturanten immerhin zwei Drittel sind.

Am tiefsten liegt das Einkommensprofil der Erwerbstätigen, deren höchster Schulabschluß die Volksschule bildet. Nur rund ein Fünftel von ihnen erreicht die obere Einkommensklasse. Der Form nach gleicht dieses Einkommensprofil dem Profil für Arbeiter.

Bei den Hauptschulabsolventen besteht eine größere Vielfalt an Berufslaufbahnen. Das Einkommensprofil dieser Gruppe entsteht daher aus der Überlagerung recht unterschiedlicher Profilverläufe. Ab der Altersgruppe 26 - 30 Jahre verläuft das Profil ungefähr an der 40 %-Marke; es ist dem Einkommensprofil der Gesamtpopulation nicht unähnlich, wenn auch insgesamt etwas tiefer liegend. Der Abschluß einer allgemein bildenden höheren Schule verschafft den Zutritt zu höher bezahlten Berufspositionen. Das Einkommensprofil der Maturanten zeigt eine Verquickung der Einkommensprofile von Angestellten und Beamten. Für die mittleren Altersgruppen schwankt das Einkommensprofil um das 80 %-Niveau. Erst unter den 56 - 65-Jährigen steigt der Anteil der oberen Einkommen auf über 90 % an. In Übersicht 5 und Abbildung 7 sind die Einkommensprofile der Erwerbstätigen mit unterschiedlichem Schulabschluß einander gegenübergestellt.

Geschlechtsspezifische Ausbildungseffekte. Der Wert einer formalen Schulbildung ist nicht für alle Gruppen gleich hoch. Das zeigt eine Gegenüberstellung des Ausbildungseffekts bei Männern und Frauen. Mit bloßem Volksschulabschluß haben Frauen kaum eine Chance, die 4.000 S-Grenze zu überschreiten. Das Einkommensprofil dieser Frauen verläuft noch innerhalb der Einkommensklasse 2.000 S bis 4.000 S. Es ist das Profil der Hilfsarbeiter, genauer: der weiblichen Hilfsarbeiter mit geringer Mobilität, in schlecht bezahlten Posten ohne Hoffnung auf Aufstieg. Bei gleichem formalen Bildungsstand erreicht bei den

Männern etwas mehr als ein Viertel die obere Einkommensklasse. Das Einkommensprofil der Männer mit Volksschulabschluß spiegelt ihre typische Berufslaufbahn wider: es ist das U-förmige Einkommensprofil der Arbeiter.

Der markante Unterschied zwischen Frauen und Männern zeigt sich auf jeder Bildungsstufe. Die Diskrepanz nimmt mit zunehmendem Bildungsgrad sogar noch zu. Der Anteil der Frauen mit Hauptschulabschluß im oberen Einkommensbereich liegt bei 8 %, für männliche Erwerbstätige mit gleicher Schulbildung bei 47 %. Dieser Unterschied hängt teils mit der höheren berufsspezifischen Ausbildung von männlichen Jugendlichen, teils mit den ungünstigen Arbeitsmarktverhältnissen für Frauen zusammen. Daß es nicht ausschließlich geschlechtsspezifische Unterschiede im Ausbildungsniveau sind, die Frauen auf einer so niedrigen Einkommensebene halten, zeigt der folgende Vergleich: Unter den weiblichen Maturanten ist der Anteil hoher Einkommen niedriger als der entsprechende Anteil unter den männlichen Erwerbstätigen mit Hauptschulabschluß. Das sollte der Humankapitaltheorie - und den Sozialpolitikern - zu denken geben. Übersicht 6 und 7 stellen die geschlechtsspezifischen Einkommensprofile (gegliedert nach Schulabschluß) gegenüber.

Akademiker. Akademiker erreichten Berufspositionen, deren Einkommen im allgemeinen über dem 6. Dezil der Gesamtpopulation liegen. Um ausgeprägte Einkommensprofile für Akademiker zu gewinnen, muß die 8.000 S-Linie als Referenzeinkommen gewählt werden. Auch auf diesem hohen Einkommensniveau wiederholt sich das charakteristische Einkommensprofil der Beamten. Für die Altersgruppe 31 - 35 Jahre entsprechen die 8.000 S noch dem 3. Quartil. Für die Gruppe 41 - 45 Jahre fällt bereits der Median knapp über die 8.000 S-Linie, während unter den 56 - 60-Jährigen bereits 88 % zur Spitzengruppe vorgestoßen sind.

Bei den Angestellten zeigt sich kein so eindeutiges Einkommensprofil für Akademiker. Für diese Gruppe macht sich vermutlich ein Kohorteneffekt bemerkbar. Unter den 36 - 45-Jährigen konnte 1971 ein besonders hoher Prozentsatz Spitzen-einkommen erzielen. Die älteren Jahrgänge, deren Berufsweg durch den Krieg gestört wurde, zeigen deutlich niedrigere Anteile. Übersicht 8 gibt darüber ausführlicher Auskunft.

V. Zusammenfassung

1. Einkommensprofile dienen der Darstellung typischer Einkommensverläufe über den gesamten Lebenszyklus von unselbständig Erwerbstätigen. Form und Lage der Einkommensprofile lassen sich auf recht unterschiedliche Bestimmungsgrößen zurückführen. Die Theorien des Humankapitals leiten die spezifische Form von Einkommensprofilen nach dem Muster einer Ertragsfunktion ab. Das Einkommensprofil spiegelt die Phasen des Aufbaues von Humankapital und seiner Abschreibung wider. Dem Humankapitalkonzept stehen die Strukturtheorien des Arbeitsmarktes gegenüber. Das Strukturmodell betont die Segmentierung des Arbeitsmarktes in viele Teilmärkte. Der Zutritt zu diesen einzelnen Teilmärkten wird durch gesetzliche Vorschriften, organisationsinterne Regelungen und anerkannte Praxis bestimmt. Dieses Netz von sozialen Normen legt typische Berufslaufbahnen und zugehörige Einkommensprofile fest.
2. Für Österreich lassen sich Einkommensprofile aus dem Mikrozensus des Österreichischen Statistischen Zentralamtes konstruieren. Der Mikrozensus ist eine vierteljährliche Befragung von rund 1,4 % der österreichischen Haushalte zu sozialstatistischen Problemen. Die Verknüpfung zweier Mikrozensen (1971/2 und 1972/3) erlaubt es, Einkommensprofile nach verschiedenen Dimensionen zu gliedern; nach der sozialrechtlichen Stellung, dem Tätigkeitsbereich, der Branche, der Schulbildung oder dem Geschlecht. Die Einkommensprofile geben an, wieviel Prozent einer Altersgruppe das Referenzeinkommen von 4.000 S (es entspricht etwa dem 6. Dezil der Gesamtpopulation) überschreiten.

3. Zwischen den Einkommensprofilen verschiedener Gruppen von Unselbständigen bestehen deutliche Unterschiede. Die Einkommensprofile von Arbeitern gleichen einem umgekehrten "U". Auf Jahre des Aufstiegs und der Stagnation folgen Jahre der Einkommensminderung. Die Einkommensprofile der Angestellten flachen nach einer Periode des Aufstieges ab, während die Einkommensprofile der Beamten einen deutlichen Zuwachs in allen Altersgruppen aufweisen. Dieses Grundmuster der drei Profile zeigt sich in verschiedenen Tätigkeitsfeldern und Branchen immer wieder. Das steht mit einer These der Strukturtheorien im Einklang: Die arbeitsorganisatorischen Regelung unterschiedlicher Tätigkeitsfelder prägt den Verlauf von Karrieren und Einkommensprofilen.

Die Zugangschancen zu bestimmten Tätigkeitsfeldern sind in hohem Maß vom formalen Schulabschluß abhängig. Das spiegelt sich deutlich in den Einkommensprofilen von Volksschul-, Hauptschul- und AHS-Absolventen wider. Die mit der formalen Schulbildung verbundene soziale Auswahl ist indes nicht vor allem auf die technisch notwendigen Ausbildungsqualifikationen bezogen. Das zeigt die Gegenüberstellung geschlechtsspezifischer Einkommensprofile für unterschiedliche Niveaus des Schulabschlusses. Weibliche Erwerbstätige sind meist auf Berufsfelder beschränkt, deren Einkommensprofile deutlich unter den Einkommensprofilen von Männern mit gleicher formaler Bildung liegen.

Literaturhinweise

1. Kapitel: Für Österreich liegt eine von Erwin Weissel /11/ verfaßte ausführliche Studie über Einkommensprofile Wiener Arbeiter vor.

2. Kapitel: Die zwei Hauptansätze der Humankapitalmodelle werden durch Jakob Mincer und durch Gary Becker repräsentiert. Mincer /7/ fragt, wie weit die empirische Erklärungskraft des Humankapitalkonzepts reicht. Becker /2/ sieht dagegen im Humankapitalmodell nur einen Sonderfall seiner allgemeinen Theorie der "Haushaltsproduktion".

Eine empirisch orientierte Kritik am Humankapitalkonzept enthält Jencks et al. /5/. Blaug /3/ führt einzelne Kritikpunkte am Humankapitalmodell in einem Übersichtsartikel an.

3. Kapitel: Die Theorien des strukturierten Arbeitsmarktes reichen von detaillierten empirischen Studien bis zu mathematischen Modellen der Informationsverarbeitung. Eine weitverbreitete Form der Arbeitsmarktsegmentierung ist in Doeringer-Piore /4/ beschrieben. Den Konkurrenzmechanismus auf Arbeitsmärkten stellt Thurow /10/ modellhaft dar. Die Konsequenzen sozialer Vorurteile für die Funktionsweise des Arbeitsmarktes analysieren Akerlof /1/ und Spence /8/ in einfachen mathematischen Modellen.

4. Kapitel: Der Aufbau des österreichischen Mikrozensus ist ausführlich von Lutz /6/ beschrieben.

5. Kapitel: Die Ergebnisse des Mikrozensus 1971/2 (in Hinblick auf die unselbständig Erwerbstätigen) sind in den Statistischen Nachrichten /9/ dargestellt.

Bibliographie

- /1/ AKERLOF, G., The Economics of Caste and of the Rat Race and other Woeful Tales. Quarterly Journal of Economics, 90 (1975), pp. 599-617.
- /2/ BECKER, G., Human Capital (2nd Ed.). New York 1975.
- /3/ BLAUG, M., The Empirical Status of Human Capital Theory: A Slightly Jaundiced Survey. Journal of Economic Literature, 14 (1976), pp. 827-855.
- /4/ DOERINGER, P. - PIORE, M., Internal Labour Markets and Manpower Analysis. Lexington 1971.
- /5/ JENCKS, Ch., et al., Inequality, New York 1972.
- /6/ LUTZ, H., Theoretische Grundlagen des Mikrozensus. Wien 1969.
- /7/ MINCER, J., Investment in Human Capital and Personal Income Distribution. Journal of Political Economy, 66 (1958), pp. 281-302.
- /8/ SPENCE, M., Market Signalling. Cambridge 1974.
- /9/ Statistische Nachrichten, 26 (1971), S. 977-982, Einkommen von unselbständig Beschäftigten und Pensionisten (Teil 1).
- /10/ THURLOW, L., Generating Inequality. New York 1975.
- /11/ WEISSEL, E., Lebensalter, Arbeitszeit und Lohn. Wien 1969.

ÜBERSICHTEN UND ABBILDUNGEN

Einkommensprofile von Arbeitern, Angestellten
und Beamten*)

Altersgruppen	Anteil der Personen (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000; gegliedert nach:			
	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Gesamt- population ¹⁾
	%	%	%	%
16-20	4	5	- ²⁾	3
21-25	16	19	21	17
26-30	32	46	51	40
31-35	32	56	54	44
36-40	34	54	62	44
41-45	29	61	76	48
46-50	24	60	75	46
51-55	20	54	83	49
56-60	20	67	82	47
61-65	13	71	97	53
Alle Altersgruppen ³⁾	24	57	70	36

1) Durchschnitt aus Arbeitern, Angestellten, Beamten; gewichtet mit deren Anteil an der Population.

2) Absolute Besetzungszahl kleiner als zwei.

3) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen.

*) Anteil der Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S r.000,- (etwa t.Dezil der Gesamtpopulation; bezogen auf die Zahl der Personen innerhalb einer Altersgruppe und Kategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2 (EBEKU).

Übersicht 2

Einkommenszyklen in verschiedenen Tätigkeitsfeldern*)

Altersgruppen	Anteil der Personen (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000,-; gegliedert nach:				
	Industrie ¹⁾			Handel	
	Angelernte Arbeiter	Facharbeiter	mittlere Angestellte ²⁾	Facharbeiter	mittlere Angestellte ²⁾
	%	%	%	%	%
21-25	14	17	21	- ³⁾	27
26-30	26	48	63	25	54
31-35	25	52	76	33	75
36-40	30	66	78	60	57
41-45	28	49	79	44	62
46-50	23	44	68	50	83
51-55	14	42	63	40	86
56-60	20	50	100	- ³⁾	86
Alle Altersgruppen ⁴⁾	22	36	65	34	60

1) Umfaßt die Nummern 31-59 der zweistelligen Wirtschaftsklassen.

2) Mittlere Tätigkeit in Angestelltenberufen: technische, kaufmännische, administrative oder ähnliche Tätigkeiten (z.B.: Buchhalter, Pflichtschullehrer, technischer Zeichner, Diplom-Krankenschwester).

3) Absolute Besetzungszahl des Feldes kleiner als zwei.

4) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen (einschließlich 16-20 und 61-65).

* Anteil der Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S 4.000,- (etwa 6. Dezil der Gesamtpopulation); bezogen auf die Zahl der Personen innerhalb einer Altersgruppe und eines Tätigkeitsfeldes.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEKU).

Sozialrechtliche Stellung und Einkommensprofil:Frauen*)

Altersgruppen	Anteil der weiblichen Erwerbstätigen (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000,-; gegliedert nach:		
	Arbeiter	Angestellte	Beamte
	%	%	%
21-25	4	10	31
26-30	1	16	47
31-35	3	31	64
36-40	3	20	54
41-45	2	31	67
46-50	1	34	68
51-55	1	33	83
56-60	1	33	71
Alle Altersgruppen ¹⁾	2	23	63

1) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen, einschließlich 16-20 und 61-65.

* Anteil der weiblichen Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 4.000,- S (etwa 6. Dezil der Gesamtbevölkerung); bezogen auf die Zahl weiblicher Erwerbstätiger innerhalb einer Altersgruppe und sozialrechtlichen Kategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEKU).

Die hohen Einkommensprofile: Angestellte*

Altersgruppe	Anteil der Angestellten (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 8.000,--.	
	Besonders qualifiziert ¹⁾	leitend ²⁾
	%	%
21-25	- ⁴⁾	- ⁴⁾
26-30	5	17
31-35	13	23
36-40	11	31
41-45	20	48
46-50	14	47
51-55	13	37
56-60	18	47
Alle Altersgruppen ³⁾	13	40

1) Filialleiter, Bauingenieur, Fremdsprachenkorrespondent, u.ä.

2) Abteilungsleiter, Prokurist, Chefingenieur, u.ä.

3) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen, einschließlich 16-20 und 61-65.

4) Absolute Besetzungszahl des Feldes kleiner als 2.

* Anteil der Angestellten mit einem monatlich Nettoeinkommen von über S 8.000,- (=96. Perzentil der Gesamtpopulation) bezogen auf die Zahl der Angestellten innerhalb einer Altersgruppe und einem der beiden Tätigkeitsfelder.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEKU).

Einfluß der Schulbildung auf das Einkommensprofil*)

Altersgruppen	Anteil der Personen (in einer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000,-			
	Höchste abgeschlossene Schulbildung			
	Volks- schule	Haupt- schule	Berufsbildende mittlere Schule	Allgem. bildende Höhere Schule
	%	%	%	%
16-20	2	2	3	-1)
21-25	8	19	18	24
26-30	25	40	42	48
31-35	24	42	47	83
36-40	25	45	63	86
41-45	30	42	58	86
46-50	27	42	56	61
51-55	23	36	66	80
56-60	21	49	66	92
61-65	20	41	81	91
Alle Alters- gruppen ²⁾	21	32	47	67

1) Absolute Besetzungszahl des Feldes kleiner als zwei.

2) Gewichteter Durchschnitt über alle Altersgruppen.

*) Anteil der Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S 4.000,-; (etwa 6.Dezil der Gesamtpopulation); in Prozent, bezogen auf die Zahl der Personen innerhalb einer Altersgruppe und Bildungskategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEKU).

Einfluß der Schulbildung auf das Einkommensprofil: Frauen^{*)}

Altersgruppen	Anteil der weiblichen Erwerbstätigen (in Prozent einer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000,-; gegliedert nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung.				
	Volks- schule	Haupt- schule	Fach- schule	AHS ¹⁾	BHS ²⁾
	%	%	%	%	%
21-25	0	7	13	16	36
26-30	3	14	22	25	60
31-35	4	8	36	60	75
36-40	1	5	29	50	75
41-45	3	9	28	57	75
46-50	1	12	48	25	67
51-55	6	7	41	67	60
56-60	2	16	48	71	100
Alle Alters- gruppen	2	8	27	37	64

1) AHS = Allgemeinbildende Höhere Schule

2) BHS = Berufsbildende Höhere Schule

*) Anteil der weiblichen Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S 4.000,- (etwa 6. Dezil der Gesamtpopulation); bezogen auf die Zahl weiblicher Erwerbstätiger innerhalb einer Altersgruppe und Bildungskategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEКУ).

Einfluß der Schulbildung auf das Einkommensprofil: Männer*

Altersgruppen	Anteil der männlichen Erwerbstätigen (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 4.000,-; gegliedert nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung.				
	Volks- schule	Haupt- schule	Fach- schule	AHS ¹⁾	BHS ²⁾
	%	%	%	%	%
21-25	12	26	22	35	73
26-30	30	55	57	75	68
31-35	31	58	54	88	91
36-40	32	64	80	96	94
41-45	37	61	76	100	91
46-50	39	61	78	91	96
51-55	32	56	76	94	100
56-60	27	68	73	100	93
Alle Alters- gruppen	27	47	60	86	86

1) AHS = Allgemeinbildende Höhere Schule

2) BHS = Berufsbildende Höhere Schule

* Anteil der männlichen Erwerbstätigen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S 4.000,- (etwa 6. Dezil der Gesamtpopulation); bezogen auf die Zahl männlicher Erwerbstätiger innerhalb einer Altersgruppe und Bildungskategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEKU).

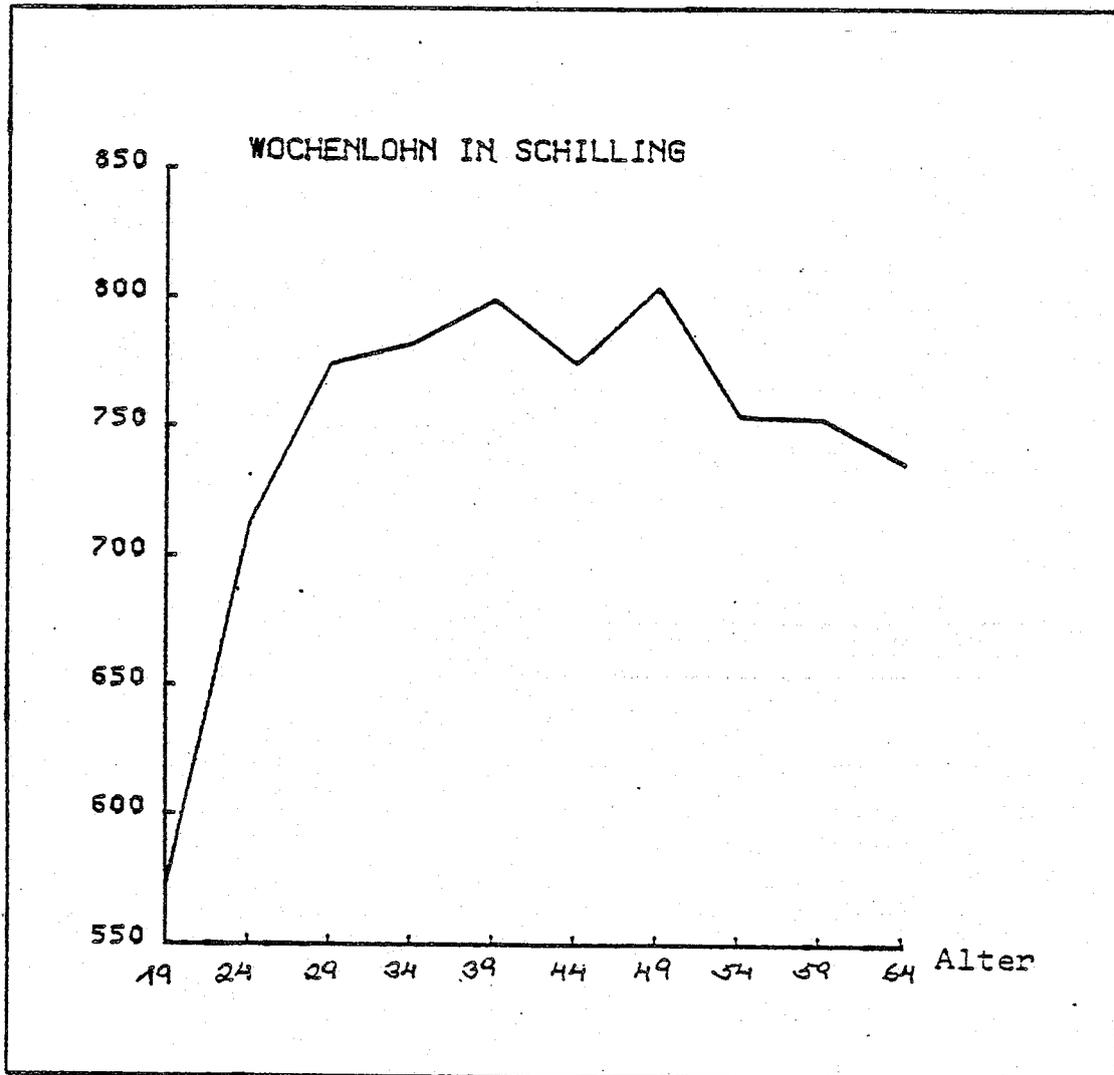
Einkommensprofile von Akademikern im öffentlichen
Dienst und in der Privatwirtschaft*)

Altersgruppen	Anteil der Akademiker (in Prozent ihrer Altersgruppe) mit einem Einkommen von über S 8.000,-, gegliedert nach:	
	Angestellte	Beamte
	%	%
21-25	0	0
26-30	6	0
31-35	22	25
36-40	67	36
41-45	64	53
46-50	50	56
51-55	40	67
56-60	33	88
Alle Altersgruppen	36	52

*) Anteil der Akademiker mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über S 8.000,- (=96. Perzentil der Gesamtpopulation); bezogen auf die Zahl der Akademiker in einer Altersgruppe und sozialrechtlichen Kategorie.

Quelle: Mikrozensus 1971/2, 1972/3 (EBEku).

Durchschnittliches Einkommensprofil
von Facharbeitern; Wien 1967

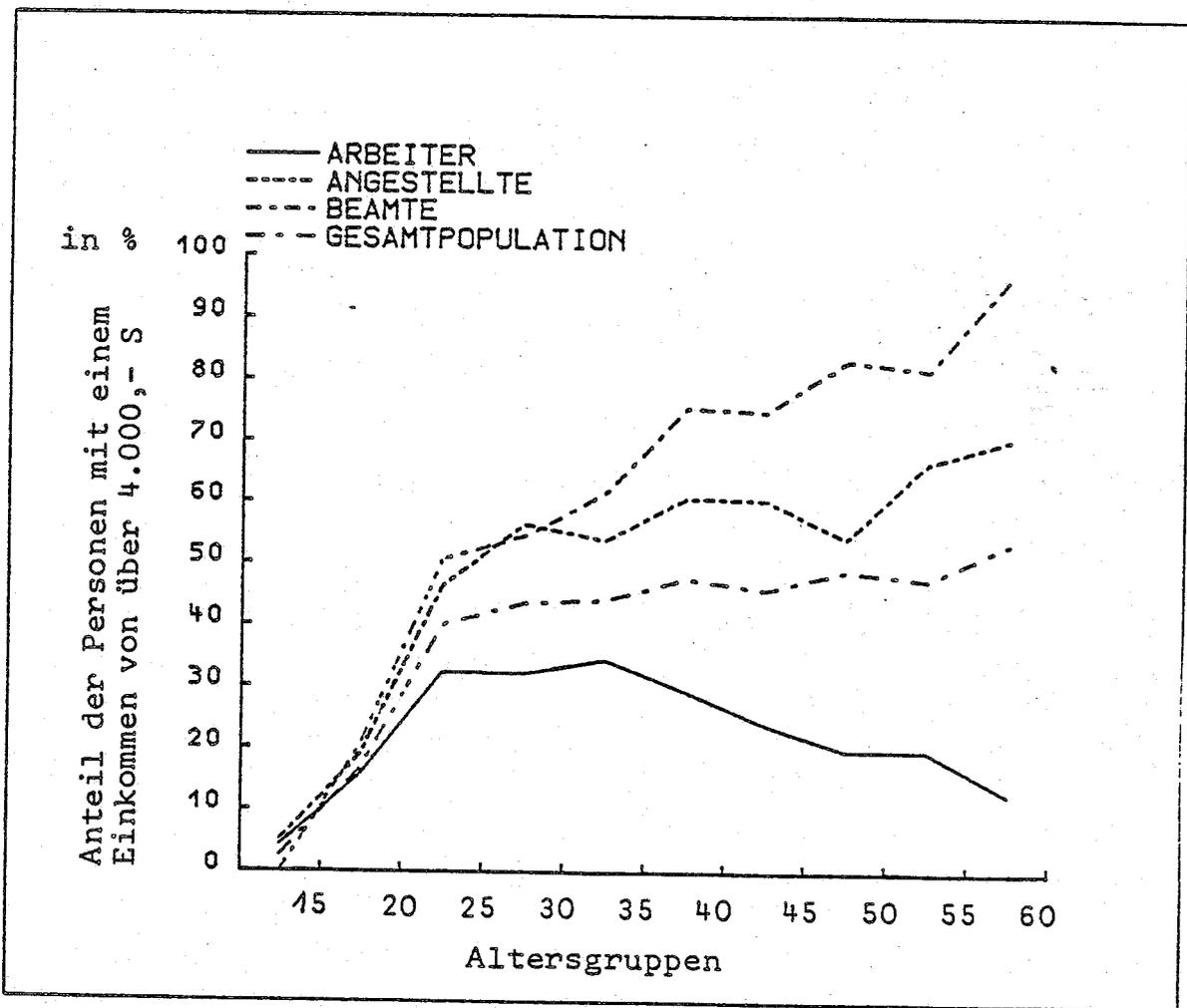


Quelle: Erwin Weissel, Lebensalter, Arbeitszeit und Lohn,
Wien 1969, S. 86.

Fragenkatalog des Mikrozensus

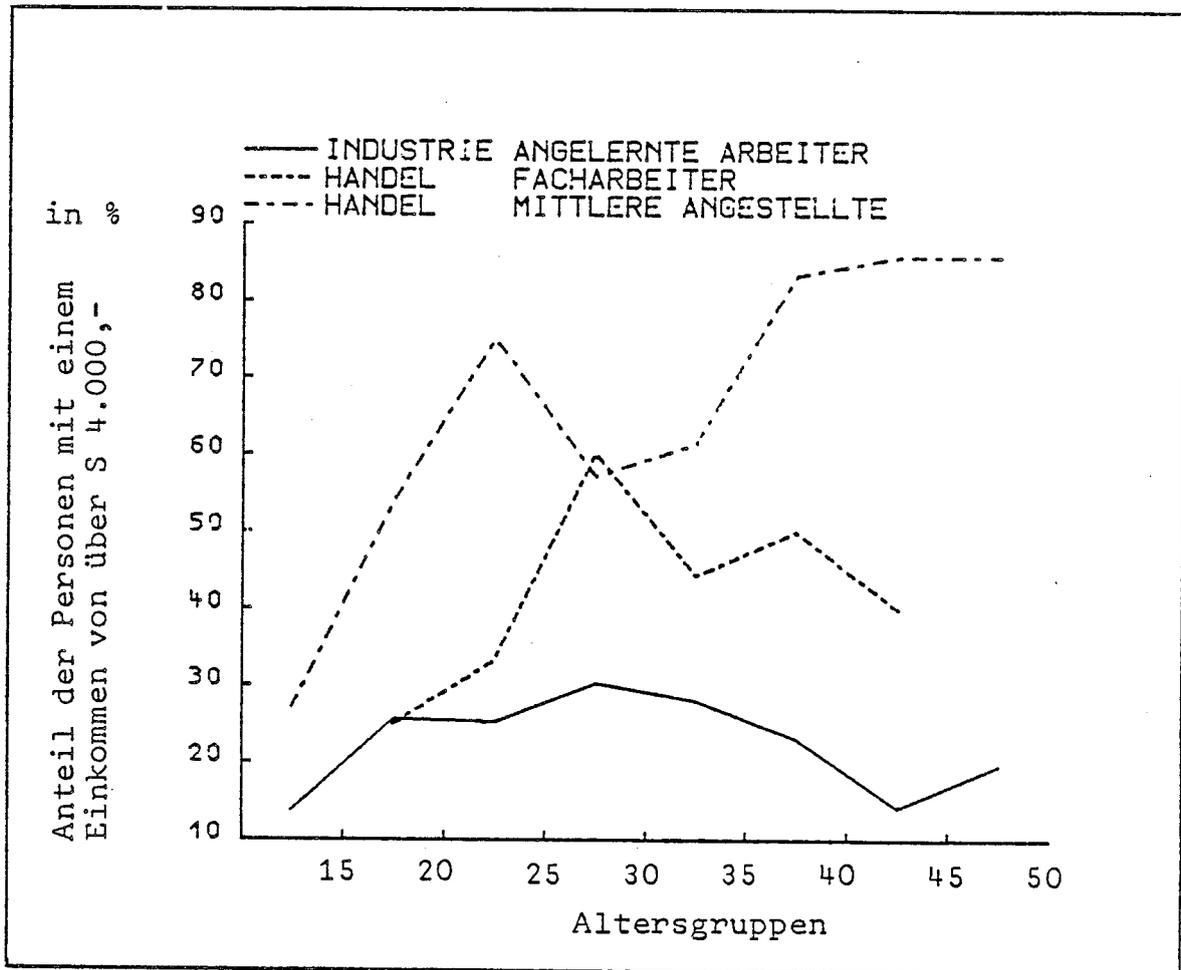
A HAUSHALTSBLATT	Linke Spalte	B PERSONENBLATT	Rechte und mittlere Spalte
1	Wie heißt der Haushaltsvorstand? Familien- und Vornamen, Kennzahlen für Gemeinde, Interviewer, Wohnung und Haushalt sowie Anzahl der Personen im Haushalt eintragen!	1	Wir sprechen jetzt über ... Familien- und Vornamen der Person, Kennzahlen für Gemeinde, Interviewer, Wohnung, Haushalt und Person eintragen!
2	ERSTER ODER FOLGENDER HAUSHALT	2	TAG DER BEFRAGUNG EINTRAGEN!
3	LEERMELDUNG Bei Leermeldung Erhebung hier abschließen!	3	AUSKUNFT Wurde selbst erteilt – durch eine andere männliche Person – durch eine andere weibliche Person erteilt.
4	BAUPERIODE DES HAUSES Aus Adressenliste oder Evidenzblatt übertragen! Bei fehlender Angabe: Wann wurde dieses Haus erbaut (wiederaufgebaut, gänzlich umgebaut): Vor 1919 (1), 1919 – 1944 (2), 1945 – 1960 (3), 1961 oder später (4)?	4	EVIDENZ Bei der ersten Befragung des Haushaltes nicht erheben! Bei ausgeschiedenen Personen: Ist die ausgeschiedene Person weggezogen, gestorben oder liegt ein Haushaltswechsel innerhalb der Wohnung vor? Bei neu erfassten Personen: Ist die neu erfasste Person zugezogen, seit der letzten Befragung geboren worden oder liegt ein Haushaltswechsel innerhalb der Wohnung vor?
5	NUTZFLÄCHE IN QUADRATMETERN Aus Adressenliste oder Evidenzblatt übertragen! Bei fehlender Angabe: Wieviele Quadratmeter Nutzfläche umfaßt die Wohnung?	5	WOHNSITZ Haben Sie in dieser Wohnung Ihren Hauptwohnsitz oder nur eine ständige zweite Unterkunft?
6	ANZAHL DER WOHNÄUßEN Wieviele Räume umfaßt die Wohnung (ohne Küche, Vorzimmer, Bad, Abort und andere Nebenräume sowie ohne jene Räume, die vorwiegend der Ausübung einer Erwerbstätigkeit dienen)? Wohnküche ist als Raum mitzuzählen!	6	ALTER Wie alt waren Sie an Ihrem letzten Geburtstag?
7	DAVON VOM HAUSHALT BENÜTZT Wieviele dieser Räume werden von Ihrem Haushalt benützt?	7	STELLUNG ZUM HAUSHALTSVORSTAND Sind Sie Haushaltsvorstand – Ehegatte (Lebensgefährtin) des Haushaltsvorstandes – Kind des Haushaltsvorstandes – sonstige verwandte oder verschwägerte Person – familienfremde Person?
8	WOHNBEVÖLKERUNG Wieviele Personen gehören zu diesem Haushalt und haben in dieser Wohnung ihren Hauptwohnsitz, auch wenn sie vorübergehend abwesend sind (z.B. Pendler, Studenten, Urlauber)?	8	GESCHLECHT
9	BEVÖLKERUNG MIT 2. UNTERKUNFT Befinden sich in diesem Haushalt auch Personen, die anderswo ihren Hauptwohnsitz und hier nur eine ständige zweite Unterkunft haben? Wieviele sind es?	9	ÖSTERREICHER? Besitzen Sie die österreichische Staatsbürgerschaft?
10	SUMME DER BEVÖLKERUNG Summe der Angaben zu den Fragen 8 und 9 eintragen! (Anzahl der Personen im Kopf des A-Blattes im vorgesehenen Kästchen eintragen!) Bei der ersten Befragung: Wie heißen diese Personen? Namen in den Kopf je eines B-Blattes eintragen!	10	FAMILIENSTAND Sind Sie ledig – verheiratet – verwitwet – geschieden?
11	RECHTSVERHÄLTNISS AN DER WOHNUNG Bewohnt Ihr Haushalt die Wohnung als Hauseigentümer – Verwandter oder Verschwägerter des Hauseigentümers – Wohnungseigentümer (Eigentumswohnung) – Hauptmieter – Untermieter – aufgrund eines sonstigen Rechtsverhältnisses?	11	TEILNAHME AM ERWERBSLEBEN Sind Sie: Beschäftigt (auch bei Teilzeitbeschäftigung oder Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen) – arbeitslos oder Lehrstelle suchend – Pensionist, Rentner – beruflose Hausfrau – Student oder Schüler – verschnüpflichtiges Kind – sonstige erhaltene Person?
12	WOHNUNGS-AUFWAND IM VORMONAT Welcher Betrag wurde für die Benutzung dieser Wohnung im vergangenen Monat einschließlich der Betriebskosten bezahlt? Angabe in Schilling! Bei Hauseigentümern, Verwandten oder Verschwägerten des Hauseigentümers und sonstigen unentgeltlichen Wohnverhältnissen: In jedes Kästchen 0 eintragen!	12	AUSGEÜBTER BERUF Befragung nur bei Beschäftigten und Arbeitslosen fortsetzen! Frage an Beschäftigte: Welche berufliche Tätigkeit üben Sie vorwiegend aus? Frage an Arbeitslose: Welche berufliche Tätigkeit haben Sie zuletzt vorwiegend ausgeübt? Zu beiden Fragen: Bitte bezeichnen Sie diese Tätigkeit möglichst genau!
13	HEIZKOSTEN IM WOHNUNGS-AUFWAND? Enthält dieser Betrag auch ein Entgelt für die Beheizung?	13	BETRIEBSZWEIG Frage an Beschäftigte: Welchem Betriebszweig (welcher Branche) gehört der Betrieb an, in dem Sie vorwiegend beschäftigt sind? Frage an Arbeitslose: Welchem Betriebszweig (welcher Branche) gehörte der Betrieb an, in dem Sie zuletzt vorwiegend beschäftigt waren? Zu beiden Fragen: Bitte, geben Sie die Tätigkeit des Betriebes genau an!
14	KOSTEN FÜR GARAGE ODER ABSTELLPLATZ IM WOHNUNGS-AUFWAND? Enthält dieser Betrag auch ein Entgelt für die Benutzung einer Garage oder eines Abstellplatzes für einen Personenkraftwagen?	14	HIER KEINE EINTRAGUNGEN!
15	ENTGELT FÜR SONSTIGE LEISTUNGEN IM WOHNUNGS-AUFWAND? Nur für Untermieter! Enthält dieser Betrag auch ein Entgelt für Vorpflegung oder besondere Leistungen (z.B. Wäschereinigung, Telefonbenutzung)?	15	STELLUNG IM BERUF Frage an Beschäftigte und Arbeitslose: Sind Sie in diesem Betrieb selbstständig tätig – Arbeiter – Angestellter – Beamter im öffentlichen Dienst – Lehrling in einem Arbeiterberuf – Lehrling in einem Angestelltenberuf – arbeiten Sie ohne förmliches Arbeitsverhältnis im Betrieb eines Familienangehörigen mit?
16	ZWEITWOHNUNG ZUR ERHOLUNG Bei Haushalten, in denen alle Haushaltsmitglieder eine zweite Unterkunft (Feld 9) haben: Dient diese Wohnung als Zweitwohnung zur Erholung (Urlaub, Wochenende)?	16	NORMALE WÖCHENTLICHE ARBEITSZEIT Frage an Beschäftigte: Wieviele Stunden beträgt Ihre normale wöchentliche Arbeitszeit?
		17	Frage an Beschäftigte: Haben Sie in der vergangenen Woche die normale Arbeitsdauer, länger, kürzer oder – z.B. wegen Urlaub oder Krankheit – nicht gearbeitet?
		18	TATSÄCHLICHE ARBEITSZEIT IN DER LETZTEN WOCHE Wenn längere oder kürzere Arbeitsdauer: Wieviele Stunden haben Sie in der vergangenen Woche tatsächlich gearbeitet?

Einkommensprofile von Arbeitern,
Angestellten und Beamten



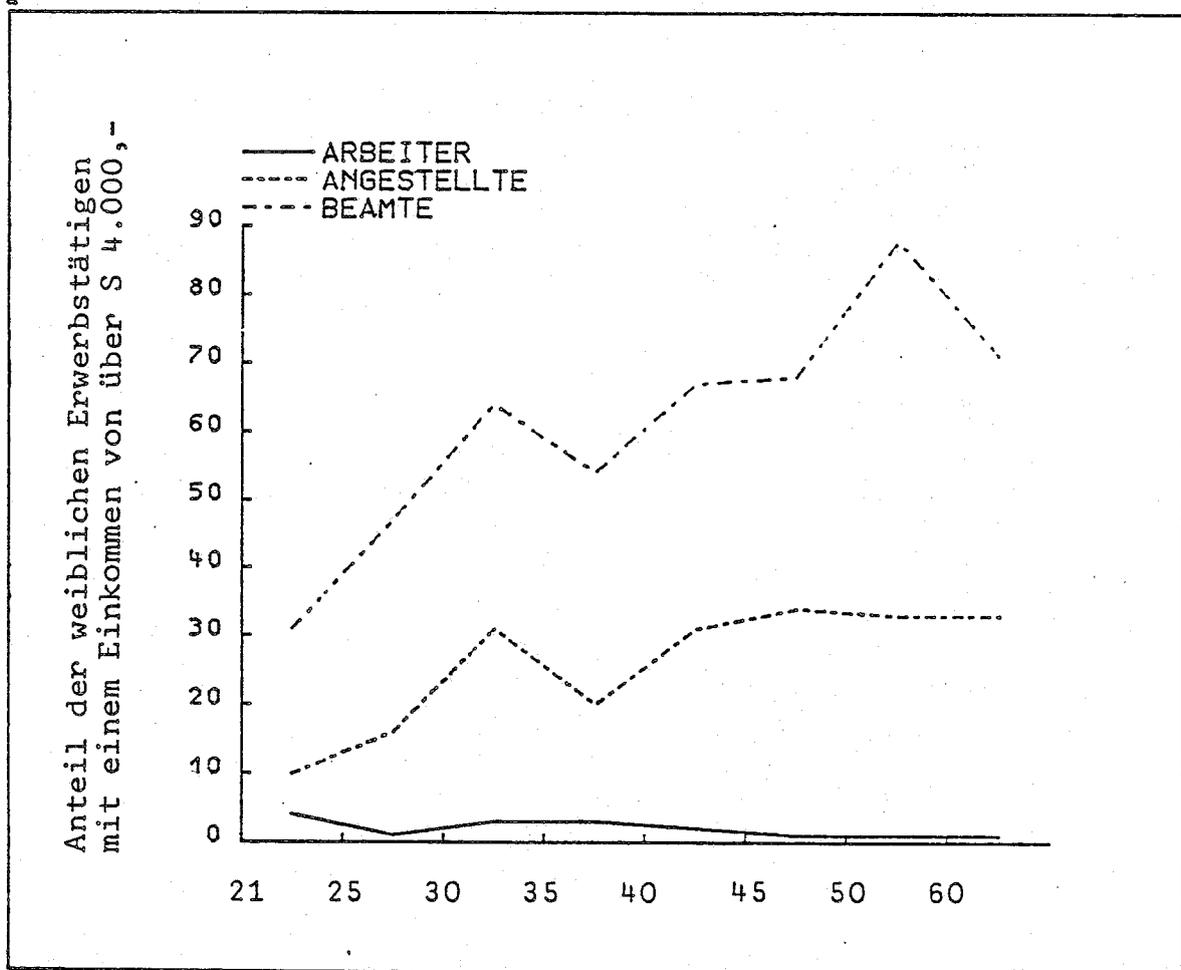
Quelle: Übersicht 8

Einkommensprofile unterschiedlicher
Tätigkeitsfelder und Branchen



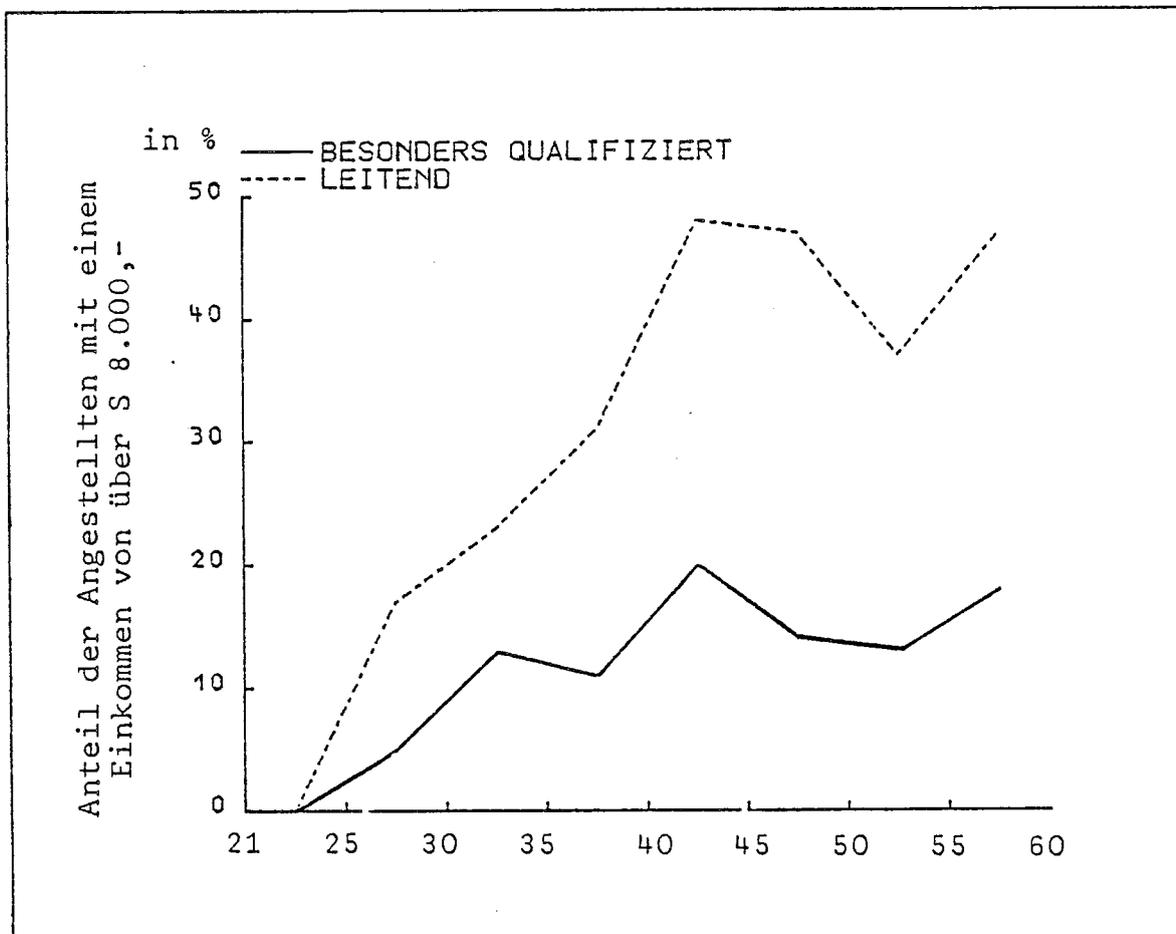
Quelle: Übersicht 2

Einkommensprofile: Frauen



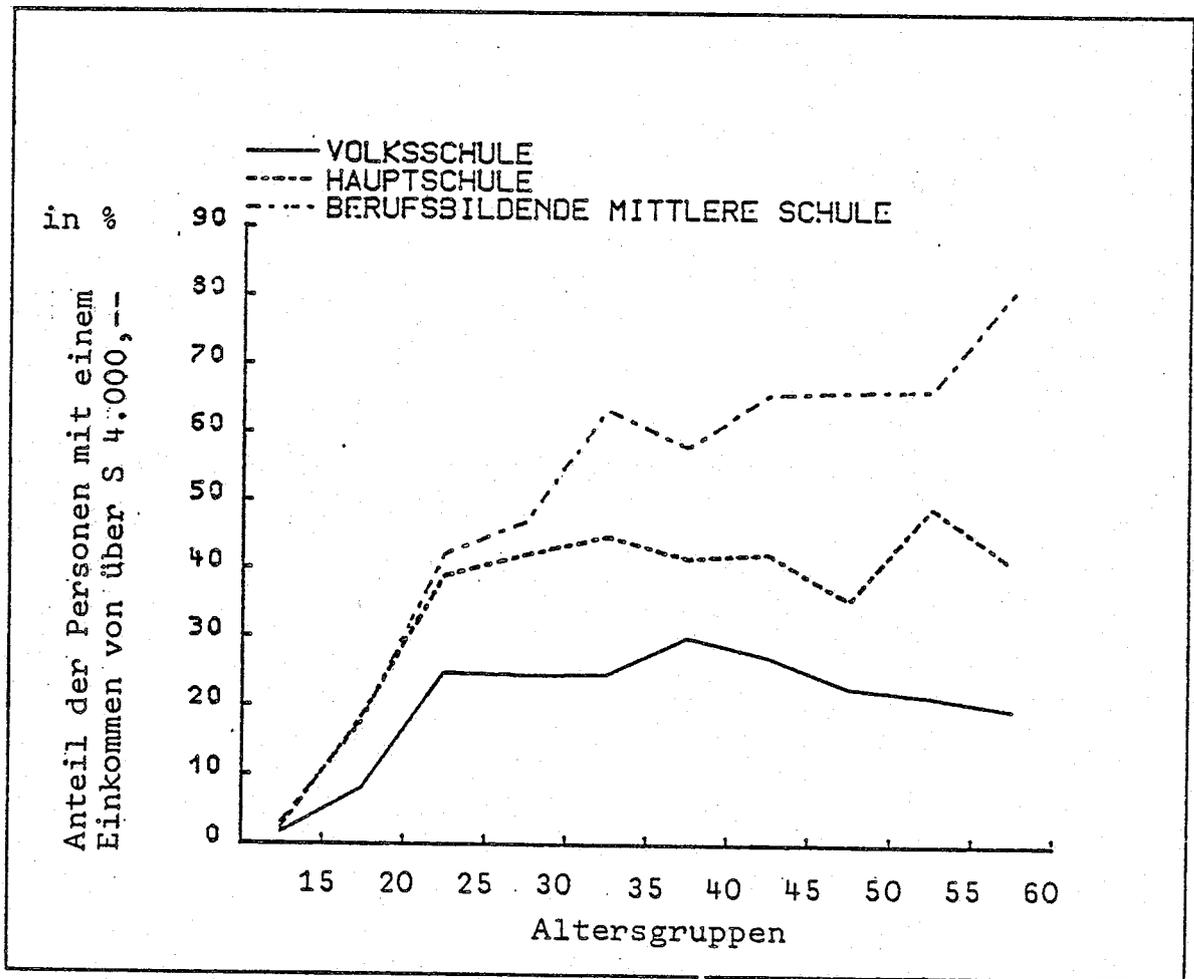
Quelle: Übersicht 3

Hohe Einkommensprofile: Angestellte



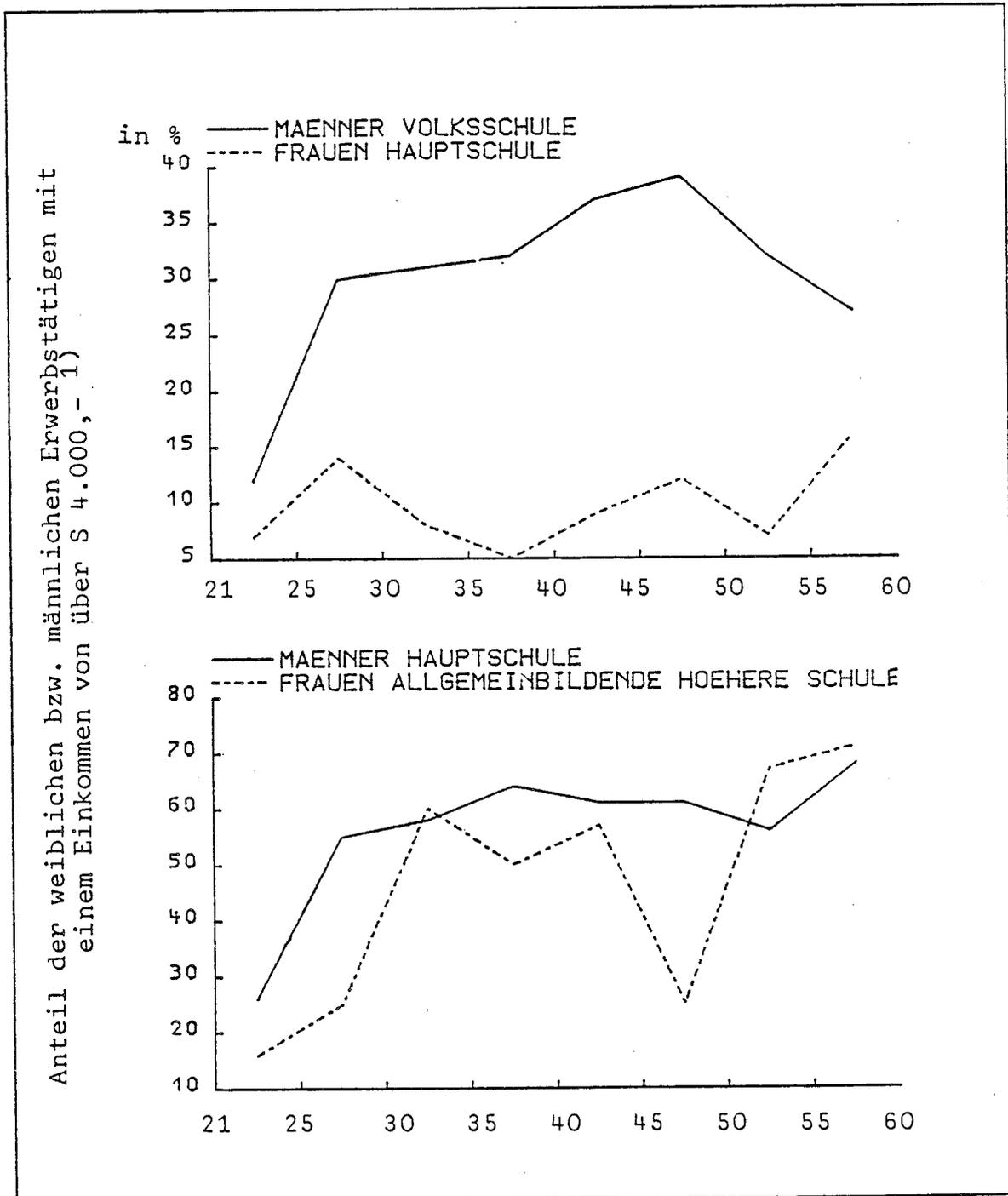
Quelle: Übersicht 4

Schulbildung und Einkommensprofil



Quelle: Übersicht 5

Diskriminierung der Frau?



Quelle: Übersichten 6, 7.

1) Gegliedert nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung.

DIE AUTOREN

Bayer, Dr. Kurt

Industriereferent des Österreichischen Instituts für
Wirtschaftsforschung, Wien.

Chaloupek, Dr. Günther

Geschäftsführer des Beirats für Wirtschafts- und Sozial-
fragen, wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Kammer
für Arbeiter und Angestellte, Wien.

Suppanz, Dr. Hannes

Abteilungsleiter der Abteilung Ökonomie des Instituts
für Höhere Studien, Wien.

Supper, Dr. Meinhard

Referent der wissenschaftlichen Abteilung der Bundes-
wirtschaftskammer, Wien.

Wagner, Dr. Michael

Assistent an der Abteilung Ökonomie des Instituts für
Höhere Studien, Wien.